



WÜRTTEMBERGISCHER  
**G**ESCHICHTS- UND **A**LTERTUMS**V**EREIN

**Histoire régionale.  
Recherche et enseignement**

**Landesgeschichte  
in Forschung und Unterricht**

---

**16. Jahrgang**



FACULTÉ  
DES SCIENCES  
HISTORIQUES...



Université  
de Strasbourg



University of Education  
Pädagogische Hochschule

**karlsruhe**

**PH Schwäbisch Gmünd**  
University of Education



# **Histoire régionale. Recherche et enseignement**

## **Landesgeschichte in Forschung und Unterricht**

Beiträge des Tages der Landesgeschichte in der Schule  
vom 23. Oktober 2019 in Winnenden

Herausgegeben für den

Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein

und die

Abteilung Geschichte  
des Instituts für Gesellschaftswissenschaften  
der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd

sowie dem

Fach Geschichte  
des Instituts für Transdisziplinäre Sozialwissenschaft  
der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe

und dem

Institut d'histoire d'Alsace  
de l'Université de Strasbourg

von Gerhard Fritz, Frank Meier und Claude Muller

**16. Jahrgang**

2020

Alle Rechte vorbehalten

© 2020 by Württembergischer Geschichts- und Altertumsverein Stuttgart

Umschlag: Katharina Schmid, Visuelle Kommunikation, Kirchheim unter Teck

urn:nbn:de:bsz:752-opus4-1239

## **Inhaltsverzeichnis / Table de matières**

VORWORT / AVANT-PROPOS	5
TAGUNGSORTE DES TLG / LIEUX DE CONGRÈS	10
TAGUNGSBEITRÄGE I: GRUNDSATZBEITRÄGE / INTERVENTIONS PRINCIPALES DU CONGRÈS	12
<i>Michael Hoffmann</i>	
„Aber die kleinen Adölfe...“ Regionalgeschichtliche Zugänge zum Nationalsozialismus im kompetenzorientierten Geschichtsunterricht	12
<i>Juliane Schuhmann</i>	
Militärpsychiatrie im Reservelazarett Winnenden – ein psychiatrisches Krankenhaus wird militarisiert. Die Heil- und Pflegeanstalt Winnenden im Zweiten Weltkrieg	20
TAGUNGSBEITRÄGE II: UNTERRICHTSPRAKTISCHE BEITRÄGE / INTERVENTIONS DIDACTIQUES DU CONGRÈS	34
<i>Benjamin Seiz</i>	
Ehrenbürger Ernst Spingler. Eine kontroverse Entnazifizierungsakte und deren Unterrichtspotenzial	34
<i>Eberhard Abele</i>	
Verfolgung vor der Haustür – Gottlob, Anton, Eugen, Marie, Helene und Wilhelm. Beispiele über die Verfolgung Andersdenkender, aus rassistischen Gründen, „Euthanasie“-Verbrechen und die Denunziation von Wehrmachtsangehörigen	47
<i>Hans Jörg Gerste</i>	
Die Fahrradfirma Hahn in Backnang. Die südwestdeutsche Erfolgsgeschichte eines Familienunternehmens in Sachen Mobilität und der Einfluss der 30-er Jahre. Von der Archivarbeit zur Schülersausstellung	64
<i>Daniel Hildwein</i>	
Die „Euthanasie“-Aktion in Grafeneck	83
FREIE BEITRÄGE / ARTICLES LIBRES	97
<i>Samuel Ewert</i>	
Eine Chronik aus dem 16. und 17. Jahrhundert im Geschichtsunterricht. Der Schwäbisch Haller Arzt Dr. Johann Morhard (1554-1631) und seine Haus-Chronik	97

<i>Matthieu Frison</i>	
Le Concordat et l'arrondissement de Wissembourg : la concorde retrouvée ?	111
<i>Carina Kümmel</i>	
Eine fächerübergreifende Unterrichtseinheit zur Historischen Demographie, am Beispiel von Amstetten im 17. Jahrhundert	122
<i>Raphaël Tourtet</i>	
Appartenances et identités confessionnelles protestantes en Alsace: L'exemple de la seigneurie de Bischwiller (XVIIe – XVIIIe siècles)	167
<i>Sophia Ketterer</i>	
Politische Säuberungen nach der Badischen Revolution 1848/49. Einzelschicksale und ihre Einordnung in den gesamtdeutschen Kontext	187
<i>Adalbert Metzinger</i>	
Zwangsarbeit im ländlichen Raum 1940-1945. Das Beispiel Ottersweier	203
<i>Daniel Morgen</i>	
Die Grundschullehrer des früheren Reichslandes Elsass-Lothringen und ihre „Umschulung“ (1918-1924)	217
AUTEURS	227

## VORWORT

Am Mittwoch, dem 23. Oktober 2019, fand in der alten Kelter in Winnenden der 42. Tag der Landesgeschichte in der Schule statt. Leitthema war „Alltag im Nationalsozialismus zwischen Zustimmung, Unterdrückung und Widerstand“. Der Saal der alten Kelter konnte die 126 gezählten Teilnehmer kaum fassen. Gegenüber dem Vorjahr, als in Waldkirch getagt und 86 Teilnehmer gezählt wurden, war dies eine erhebliche Steigerung. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Winnender Oberbürgermeister Hartmut Holzwarth, die Tagungsleiter Dr. Michael Hoffmann (Regierungspräsidium Stuttgart), Prof. Dr. Gerhard Fritz (Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd), Prof. Dr. Frank Meier (Pädagogische Hochschule Karlsruhe) wurde der 15. Band der Reihe „Landesgeschichte in Forschung und Unterricht“ präsentiert, der auch als E-Book erscheint. Gedankt wurde auch Melanie Stumpf, jetzt Ministerium für Kultus und Sport, die in ihrer Zeit beim Regierungspräsidium Stuttgart maßgeblich an der Vorbereitung des Tags der Landesgeschichte in der Schule beteiligt war. Besondere Erwähnung verdient, dass Oberbürgermeister Holzwarth nicht nur für die Dauer der Begrüßung anwesend war, sondern der gesamten Tagung zusammen mit seiner Ehefrau beiwohnte und sich an der Fachdiskussion in außerordentlich kompetenter Weise beteiligte.

Die Runde der Vorträge begann mit dem Grundsatzreferat von Michael Hoffmann, der in seinem praxisnahen und unterrichtsbezogenen Beitrag („‘Aber die kleinen Adölfe...‘ Regionalgeschichtliche Zugänge zum Nationalsozialismus im kompetenzorientierten Geschichtsunterricht“) auf die grundsätzliche Bedeutung eines lokalen Ansatzes bei der Behandlung des Nationalsozialismus hinwies. Nun bietet Winnenden als Ort eines bedeutenden Psychiatrischen Krankenhauses – heute „Zentrum für Psychiatrie“ – einen ganz spezifischen Ansatz für die Behandlung des Nationalsozialismus unter regional- bzw. lokalgeschichtlichen Gesichtspunkten. Von hier aus wurden 1940/41 psychisch Kranke nach Grafeneck abtransportiert, wo sie unter der perfiden Bezeichnung „Euthanasie“ („gnädiger, schöner Tod“) ermordet wurden. Dieser Aspekt tauchte nachmittags in der Arbeitsgruppe von Daniel Hildwein auf. Der zweite Grundsatzvortrag griff ebenfalls ein psychiatriebezogenes Thema auf, das zwar allein schon wegen der Zahl der betroffenen Personen von überragender Bedeutung ist, das allerdings in der öffentlichen Wahrnehmung bei Weitem nicht so präsent ist wie die „Euthanasie“, nämlich die Militärpsychiatrie 1939-1945. Die Referentin dieses zweiten Vortrags, Juliane Schuhmann, konnte, da sie wenige Tage zuvor ein Baby bekommen hatte, nicht selbst vortragen. Ihr Referat („Militärpsychiatrie im Reservelazarett Winnenden – ein psychiatrisches Krankenhaus wird militarisiert. Die Heil- und Pflegeanstalt Winnenden im Zweiten Weltkrieg“) wurde von Gerhard Fritz vorgetragen.

Als letzter Referent des Vormittags stellte Johannes Grebe den „Landespreis für Heimatforschung als Angebot für Schülerinnen und Schüler“ vor.

Der Nachmittag war, wie üblich, den praxisbezogenen Arbeitsgruppen vorbehalten, die im Georg-Büchner-Gymnasium durchgeführt werden konnten. Folgende Workshops wurden durchgeführt:

A: *Benjamin Seiz*:

Ehrenbürger Ernst Spingler – eine kontroverse Entnazifizierungsakte und ihr Unterrichtspotenzial

B: *Eberhard Abele*:

Verfolgung vor der Haustür, Gottlob, Anton, Eugen, Marie, Olga und... exemplarische Beispiele für die frühe Verfolgung Andersdenkender, die Verfolgung aus rassistischen Gründen, Euthanasie-Verbrechen und über die Schicksale einiger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Provinz

C: *Hans-Jörg Gerste:*

Die Fahrradfirma Hahn in Backnang – die südwestdeutsche Erfolgsgeschichte eines Familienunternehmens in Sachen Mobilität und der Einfluss der 30er Jahre. Von der Archivarbeit zur Schülersausstellung

D: *Daniel Hildwein:*

Die Euthanasie-Aktion T 4 am Beispiel Grafeneck (mit Ausblick auf Winnental)

E: *Eva Lienert:*

Wie die Nationalsozialisten in Schwäbisch Gmünd die Macht übernahmen

Um 16.00 Uhr schloss sich eine Stadtführung an. Diese war nicht nur wegen der Besichtigung des berühmten Winnender Schnitzaltars eindrucksvoll, sondern auch und gerade wegen der Tatsache, dass die Gebäude des früheren herzoglichen Schlosses Winnental, das heute vom Zentrum für Psychiatrie genutzt wird, besichtigt werden konnten. Sie waren ja Gegenstand der Referate von Juliane Schuhmann und Daniel Hildwein gewesen.

Der vorliegende Band stellt die meisten der Referate des Winnender Tages der Landesgeschichte in der Schule vor und druckt darüber hinaus freie Beiträge ab, die in keiner direkten Verbindung zum Tagungsthema stehen. Es fehlt von den Referaten des Tages nur der Beitrag von Eva Lienert, der bereits in vollem Umfang auf dem Landesbildungsserver zur Verfügung steht.

Die Runde der freien Beiträge beginnt mit einem Unterrichtsmodell Samuel Ewerts über den Schwäbisch Haller Stadtarzt Dr. Johannes Morhard (1554 – 1631). Ewert zeigt, wie es mit diesem für Schülersaugen und -ohren zunächst sehr fremden Thema möglich ist, in die Vormoderne einzuführen und die Lebenswelt dieses Mediziners zu erschließen und für den Unterricht fruchtbar zu machen.

Wie im Jahr 2019 enthält „Landesgeschichte in Forschung und Unterricht“ auch dieses Mal wieder französische Beiträge, wie überhaupt die gesamte Zeitschrift nun eindeutig ein zweisprachiges Gesicht hat. Die entsprechende deutsch-französische Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass war bisher viel zu schwach entwickelt. Das soll mit der zweisprachigen Konzeption von „Landesgeschichte in Forschung und Unterricht“ nun wenigstens auf diesem Gebiet anders werden. Man kann Europa nicht bauen, wenn man nicht entsprechend zusammenarbeitet.

Matthieu Frison erschließt mit seinem Beitrag „Le Concordat et l’arrondissement de Wissembourg : la concorde retrouvée ?“ ein religionsgeschichtliches Thema.

Der Beitrag von Carina Kümmel ist, ähnlich wie der Ewerts, wieder unmittelbar unterrichtsbezogen und macht die ganz zu Unrecht als sperrig und spröde geltende Historische Demographie für die Schule zugänglich. Das reale Leben des 17. Jahrhunderts öffnet sich für die Schüler in eindrucksvoller und erstaunlich erfahrungsnaher Weise.

Der ähnlich wie bei Matthieu Frison religionsgeschichtlich ausgerichtete Beitrag von Raphaël Tourtet: „Appartenances et identités confessionnelles protestantes en Alsace: L’exemple de la seigneurie de Bischwiller (XVIIe – XVIIIe siècles)“ befasst sich mit der komplizierten Lage der drei Pfarreien der Herrschaft Bischweiler, die zwar alle drei protestantisch waren, aber jeweils unterschiedlichen Richtungen des Protestantismus angehörten. Besonders originell sind die Parallelen, die Tourtet zu den französischsprachigen Gemeinden Perouse und Villars im Herzogtum Württemberg zieht.

Sophia Ketterers Aufsatz über die „Politischen Säuberungen nach der Badischen Revolution 1848/49“ schließt sich chronologisch an. Es geht darin um einen oft übersehenen Aspekt der Revolution von 1848/49, aufgezeigt an konkreten Schicksalen. Die Autorin fragt aber darüber

hinaus auch, inwieweit diese individuellen Schicksale typisch für die obrigkeitliche „Bewältigung“ der Revolution von 1848/49 sind.

Adalbert Metzingers Beitrag über Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs in Ottersweier knüpft thematisch an Eberhard Abele an und zeigt, wie sehr das NS-Regime bis in die Alltagsrealität eines einzelnen Dorfes hineinwirkte.

Mit Daniel Morgens Aufsatz über die „Umschulung“, d. h. die Eingliederung der Grundschullehrer des 1918/19 wieder zu Frankreich gekommenen Elsass-Lothringen wird die diesjährige Ausgabe von „Landesgeschichte in Forschung und Unterricht“ beschlossen. Morgen zeigt, dass die „Umschulung“ mit vielerlei Problemen verbunden war, da viele Lehrer, und die große Mehrheit ihrer nur deutschsprechenden Schüler das Französische nicht ausreichend oder gar nicht beherrschten. Morgen kommt zu dem bemerkenswerten Schluss, dass damals eine nationalistische Sprachpolitik eine Chance zum deutsch-französischen Verständnis nicht genügend wahrgenommen habe.

Gerhard Fritz, Frank Meier und Claude Muller, im Mai 2020

## AVANT-PROPOS

La 42<sup>e</sup> journée « Histoire locale à l'école »<sup>1</sup> a eu lieu le mercredi 23 octobre 2019 dans les locaux de l'ancien pressoir de Winnenden. Le fil directeur de cette journée était le suivant : « Le quotidien sous le national-socialisme entre approbation, oppression et résistance ». Les locaux de l'ancien pressoir ne purent que tout juste contenir les 126 participants recensés. Par rapport à l'année précédente à Waldkirch, où 86 participants avaient été dénombrés, cela représente une augmentation considérable. Après les paroles de bienvenue du maire de Winnenden Hartmut Holzwarth ainsi que des organisateurs du congrès Michael Hoffmann (du *Regierungspräsidium* de Stuttgart), Gerhard Fritz (de la *Hochschule* de Schwäbisch-Gmünd), Frank Meier (de la *Hochschule* de Karlsruhe), le quinzième opus de la collection *Landesgeschichte in Forschung und Unterricht* – en français *Histoire régionale. Recherche et enseignement* – a été présenté. Celui-ci paraît également en ligne. Melanie Stumpf, qui travaille désormais au ministère de la Culture et des Sports du Bade-Wurtemberg, fut également remerciée. Du temps de son activité au *Regierungspräsidium* de Stuttgart, elle s'était beaucoup impliquée pour la préparation de ce colloque. Le maire Hartmut Holzwarth mérite également une mention spéciale : d'une part, il n'était pas uniquement présent pour la durée des mots d'accueil mais il a assisté avec son épouse à l'intégralité du colloque et a participé à la discussion avec une compétence peu commune.

Le cycle de conférences a commencé par un exposé de principe de Michael Hoffmann. Dans une contribution axée sur la pratique et l'enseignement intitulée « 'Aber die kleinen Adölfe...' Entrées d'histoire régionale dans l'enseignement historique basé sur les compétences », il attira l'attention sur l'importance fondamentale de partir d'une base locale pour traiter du national-socialisme. Winnenden, où est implanté un grand hôpital psychiatrique – aujourd'hui « centre de psychiatrie » – offre un point départ très particulier pour le traitement du national-socialisme du point de vue de l'histoire régionale ou locale. Des malades mentaux furent transportés au départ de cette ville vers le centre d'extermination de Grafeneck en 1940/41, où leur exécution a perfidement été qualifiée d'*euthanasie* (« mort belle, clémente »). Cet aspect réapparut l'après-midi dans le groupe de travail de Daniel Hildwein. Le deuxième exposé liminaire traita également d'un thème se rapportant à la psychiatrie : la psychiatrie militaire de 1939 à 1945. Ce thème n'est, de loin, pas aussi présent que celui de l'euthanasie dans l'esprit collectif alors même que le nombre de personnes touchées par la psychiatrie militaire est de haute importance.

---

<sup>1</sup> 42. Tag der Landesgeschichte in der Schule.

L'auteure de cette deuxième communication, Juliane Schuhmann, ne pouvait pas elle-même présenter le fruit de son travail parce qu'elle avait accouché quelques jours auparavant. Son exposé intitulé « Psychiatrie militaire dans le lazaret de Winnenden – un hôpital psychiatrique militarisé. L'asile et centre de soins de Winnenden pendant la Deuxième Guerre mondiale » a été divulgué par Gerhard Fritz.

Le dernier orateur de la matinée, Johannes Grebe, présenta le « prix régional pour la recherche locale en tant qu'offre pour les élèves ».

L'après-midi était, comme de coutume, réservée à des travaux de groupes basés sur la pratique, qui purent être réalisés dans le lycée Georg Büchner de la ville. Les ateliers suivants ont été mis en œuvre :

A : *Benjamin Seiz* :

le citoyen d'honneur Ernst Spingler – une action de dénazification controversée et son potentiel pédagogique.

B : *Eberhard Abele* :

la persécution devant la porte d'entrée, Gottlob, Anton, Eugen, Marie, Olga et... exemples significatifs des premières poursuites pénales de dissidents, des persécutions pour motifs raciaux, des euthanasies, et sur le destin de certains travailleurs forcés de la région.

C : *Hans-Jörg Gerste* :

la fabrique de bicyclettes Hahn à Backnang – la réussite d'une entreprise familiale dans le sud-ouest de l'Allemagne dans le domaine de la mobilité et l'influence des années 1930. Du travail d'archives à une exposition par les élèves.

D : *Daniel Hildwein* :

l'exemple de Grafeneck dans la campagne d'euthanasie T4 (mis en perspective avec Winnental).

E : *Eva Lienert* :

comment les national-socialistes prirent le pouvoir à Schwäbisch Gmünd.

Une visite guidée de la ville suivit à 16 heures. La découverte du célèbre maître-autel sculpté de la chapelle du château fut saisissante. Le simple fait que les bâtiments de l'ancien château ducal de Winnental, qui servent aujourd'hui de centre psychiatrique, pouvaient être visités était encore plus impressionnant. Ils étaient effectivement l'objet des exposés de Juliane Schuhmann et de Daniel Hildwein.

Le présent recueil reprend la plupart des communications réalisées lors de la journée d'études à Winnenden et édite d'autre part des contributions libres qui n'ont pas de lien direct avec le thème du congrès. Des exposés de la journée d'étude, il manque seulement celui d'Eva Lienert qui est d'ores et déjà totalement à disposition sur le site internet *Landesbildungsserver* du Bade-Wurtemberg.

Les articles libres commencent avec un modèle de leçon par Samuel Ewert sur le médecin de la ville de Schwäbisch Hall, D<sup>r</sup> Johannes Morhard (1554-1631). Samuel Ewert montre comment il est possible avec ce thème de prime abord inconnu aux yeux et aux oreilles des élèves de les introduire à l'histoire moderne et à l'univers de ce médecin, tout cela en faisant fructifier une leçon.

De même qu'en 2019, ce nouveau tome de la revue *Histoire régionale. Recherche et enseignement* contient des contributions en langue française, comme d'ailleurs la totalité de la revue qui a désormais clairement un aspect bilingue. La nécessaire coopération franco-allemande entre le Bade-Wurtemberg et l'Alsace n'était jusque-là pas suffisamment développée. Mais la nouvelle

conception bilingue de la revue doit y remédier. On ne peut pas construire l'Europe, si l'on ne coopère pas en conséquence.

Matthieu Frison ouvre cette série avec son article « Le Concordat et l'arrondissement de Wissembourg : la concorde retrouvée ? » portant sur l'histoire religieuse.

L'article de Carina Kümmel est, de la même manière que celui de Samuel Ewert, porté directement sur l'enseignement et rend la démographie historique – qui passe très injustement pour encombrante et inabordable – accessible à des écoliers. La vie réelle du XVII<sup>e</sup> siècle s'ouvre aux élèves d'une manière impressionnante et étonnamment proche de la réalité.

La contribution de Raphaël Tourtet, qui porte comme celui de Matthieu Frison sur l'histoire religieuse, est intitulée « Appartenances et identités confessionnelles protestantes en Alsace : l'exemple de la seigneurie de Bischwiller (XVII<sup>e</sup>-XVIII<sup>e</sup> siècles) ». Elle se penche sur la situation difficile des trois paroisses de la seigneurie de Bischwiller qui étaient certes toutes protestantes, mais qui appartenaient chacune à une branche différente du protestantisme. Les parallèles que Raphaël Tourtet tire avec les communautés francophones Perouse et Villars dans le duché de Wurtemberg sont particulièrement originaux.

L'article de Sabrina Ketterer sur les « Épurations politiques après la révolution badoise de 1848/49 » se raccroche de manière chronologique. Il y est question d'un aspect souvent oublié de la révolution de 1848/49 éclairé par des destins concrets. En outre, l'auteure se demande toutefois dans quelle mesure ces destins individuels révèlent la « prise en compte » des autorités de la révolution de 1848/49.

La contribution d'Adalbert Metzinger à propos du travail forcé pendant la Deuxième Guerre mondiale à Ottersweier fait écho au thème d'Eberhard Abele et montre à quel point le régime nazi influença le quotidien d'un simple village.

L'article de Daniel Morgen sur la « reconversion », c'est-à-dire la réintégration des maîtres d'école d'Alsace-Lorraine en 1918/19 lors de leur retour à la France, clôt cette publication annuelle de la revue *Histoire régionale. Recherche et enseignement*. Daniel Morgen montre que cette « reconversion » fut liée à toutes sortes de problèmes puisque beaucoup d'enseignants et la grande majorité de leurs élèves uniquement germanophone ne maîtrisaient que peu voire pas du tout la langue française. Daniel Morgen arrive à la conclusion remarquable que la politique linguistique nationaliste n'aurait alors pas assez pris en compte la chance d'une intelligence franco-allemande.

Gerhard Fritz, Frank Meier et Claude Muller, mai 2020. Traduit de l'allemand par Matthieu Frison.

## TAGUNGSSORTE DES TLG / LIEUX DE CONGRÈS

- 1978 – 1. TLG: Konstanz
- 1979 – 2. TLG: Esslingen
- 1980 – 3. TLG: Offenburg
- 1981 – 4. TLG: Ravensburg
- 1983 – 6. TLG: Pforzheim
- 1984 – 7. TLG: Heidenheim
- 1985 – 8. TLG: Villingen
- 1986 – 9. TLG: Buchen (Mittelalterliche Stadt)
- 1987 – 10. TLG: Albstadt (Französische Revolution)
- 1988 – 11. TLG: Engen (Weimarer Republik)
- 1989 – 12. TLG: Nürtingen (Kriegsende 1945)
- 1990 – 13. TLG: Bretten (Grundherrschaft und Bauern im Mittelalter)
- 1991 – 14. TLG: Urach (Frühe Neuzeit: Städte, Residenzen)
- 1992 – 15. TLG: Freiburg (Zweiter Weltkrieg)
- 1993 – 16. TLG: Öhringen (Revolution 1848/49)
- 1994 – 17. TLG: Ettlingen (Bonn und Weimar)
- 1995 – 18. TLG: Sigmaringen (Ende des Zweiten Weltkriegs)
- 1996 – 19. TLG: Weil der Stadt (Vor- und Frühgeschichte)
- 1997 – 20. TLG: Säckingen (Revolution 1848/49)
- 1998 – 21. TLG: Ladenburg (Industrialisierung)
- 1999 – 22. TLG: Pfullingen (Projekte)
- 2000 – 23. TLG: Schramberg (Bevölkerungsbewegungen im 19. Jahrhundert)
- 2001 – 24. TLG: Bad Rappenau (Bevölkerungsbewegungen nach 1945)
- 2002 – 25. TLG: Mosbach (Arbeit mit Zeitzeugen, „Oral History“)
- 2003 – 26. TLG: Rottweil (Säkularisation und Mediatisierung)
- 2004 – 27. TLG: Weingarten (Barock)
- 2005 – 28. TLG: Schorndorf (Industrialisierung)
- 2006 – 29. TLG: Wertheim (Stadt – Land – Fluss: Wie bestimmen Geographie und Wirtschaft die historische Entwicklung einer Stadt und einer Region?)
- 2007 – 30. TLG: Eppingen (Parlamentarismus in Südwestdeutschland)
- 2008 – 31. TLG: Ulm (Schule und Museum)
- 2009 – 32. TLG: Reutlingen (Soziale Frage im 19. und 20. Jahrhundert)
- 2010 – 33. TLG: Müllheim (Grenzen)
- 2011 – 34. TLG: Bühl (Geschichte und Film)
- 2012 – 35. TLG: Donaueschingen (Protestbewegungen und Widerstand)
- 2013 – 36. TLG: Rottenburg (Migration)
- 2014 – 37. TLG: Waiblingen (Unbotmäßiges Land – demokratische Bewegungen vom Späten Mittelalter bis in die Gegenwart)
- 2015 – 38. TLG: Bruchsal (Minderheiten)
- 2016 – 39. TLG: Bad Mergentheim (Grenzen ziehen – erweitern – überschreiten)
- 2017 – 40. TLG: Karlsruhe (Heimat und Fremde – Perspektiven für das historische Lernen)

- 2018 – 41. TLG: Waldkirch (100 Jahre Kriegsende 1918)
- 2019 – 42. TLG: Winnenden (Alltag im Nationalsozialismus zwischen Zustimmung, Unterdrückung und Widerstand: Lokalgeschichtliche Potenziale für den Geschichtsunterricht)
- 2020 – 43. TLG: Sinsheim (Geschichte und Technik)

# **TAGUNGSBEITRÄGE I: GRUNDSATZBEITRÄGE / INTERVENTIONS PRINCIPALES DU CONGRÈS**

## **„Aber die kleinen Adölfe...“**

### **Das didaktische Potenzial der Lokalgeschichte für die Behandlung des Nationalsozialismus in Klasse 9**

von Michael Hoffmann

#### **I. Warum ein lokalgeschichtlicher Schwerpunkt beim Thema Nationalsozialismus?**

Die nationalsozialistische Herrschaft ist zunächst und vor allem als eine zentral gesteuerte und verankerte Diktatur zu klassifizieren, deren wichtigste Entscheidungsebene die Reichsebene darstellt. Eine Fokussierung auf die Lokalgeschichte bedeutet daher weder, die Reichsebene als wesentlichen Ort der Entscheidungen zu verkennen, noch Europa bzw. die Welt als Räume der direkten Auswirkungen des von den Nationalsozialisten entfesselten Weltkriegs zu vernachlässigen. Im Gegenteil, der Bildungsplan Geschichte für die Klasse 9 in Baden-Württemberg legt sogar einen gewichtigen Akzent auf die deutsche Herrschaftspraxis im besetzten Europa bzw. auf den Vernichtungskrieg im Osten. Historiker kommen bei dem Versuch, eine Gesamtbilanz der deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg zu ziehen, auf eine Größenordnung von 12 bis 14 Millionen Zivilisten, die außerhalb von Kampfhandlungen im deutschen Machtbereich umgekommen sind, bei etwa 55 Millionen Toten des Krieges weltweit. Die übergroße Mehrzahl der Gewaltexzesse fand nicht in Deutschland – dort hat es begonnen – sondern in Osteuropa statt, in Polen und der Sowjetunion. In Polen allein sind fast 20 % der polnischen Bevölkerung ermordet worden. Krieg, und insbesondere der rassistische Vernichtungskrieg ist damit das „ureigenste Element des Nationalsozialismus“, mithin sein Wesenskern.

Die Entscheidung, an geeigneten Stellen bzw. Unterrichtsstunden einen lokalgeschichtlichen Fokus zu setzen, soll die gebotene Schwerpunktsetzung also nicht konterkarieren, sondern komplementieren. Sie erfolgt in dieser Hinsicht also vielmehr aus sowohl didaktischen wie auch pädagogischen Gründen. Das pädagogisch-didaktische Potenzial liegt insbesondere darin:

1. Reduktion = „Zurückführen“ der verbrecherischen Politik und der Massenvernichtung auf das Wesen des Nationalsozialismus, nämlich einen steten Willen und die regelmäßige Praxis von Gewalt und Vernichtung, die bereits vor Ort, meist schon zu Beginn der NS-Herrschaft, greifbar wird. Auf der Basis der historischen Erfahrungsebene wird dabei der Funktionsmechanismus des NS von Mitmachen und Ausschließen, von Mobilisieren und Verfolgen bis hin zum physischen Einsatz von Gewalt erkennbar.
2. Konkretion und Anschaulichkeit – statt Distanz: Die oben genannten Zahlen übersteigen in der Regel unser Vorstellungsvermögen, sie sind im wahren Sinne des Wortes „unfassbar“. Die Zahlen allein können, so sie nicht um persönliche Schicksale angereichert werden, den Schrecken daher auch auf Distanz halten. Erst die historische Erfahrung von konkreten Personen und ihren Schicksalen, ihren Handlungen und Handlungsmöglichkeiten ermöglicht eine umfassende, gleichermaßen kognitive wie auch affektive Beschäftigung mit dem Thema. Hier können Personen aus der unmittelbaren Umgebung des Schulortes oder der Region Beispiele für Opfer, Täter oder auch Mitläufer liefern.
3. Lebensweltbezug: Der NS-Staat war ein totalitärer Staat mit großer Durchsetzungstiefe. Propaganda und Aufmärsche, Überwachung und Denunziation, Verfolgung und Ermordung, fanden auch „vor der Haustüre“ statt, von den ersten Fackelmärschen der SA im März 1933 und den Schutzhaftnahmen der Gegner bis zur Zwangsarbeit oder den Todesmärschen aus den KZ-Außenlagern 1944/45. Für die Schülerinnen und Schüler ist es motivierend und lehrreich

zugleich, dass die Strukturelemente der NS in der Regel auch am Beispiel ihres Ortes bzw. Region erkennbar werden.

- Schließlich kann es auch lohnenswert sein, die lokalen Funktionsträger, die Kreis- oder Gauleiter in den Blick zu nehmen, trugen diese doch in einem erheblichen Maße zur Systemstabilisierung der NS-Herrschaft vor Ort bei. Gerade die durchaus unterschiedlichen lokalen Konstellationen eignen sich dafür, die Handlungsspielräume der Bevölkerung und deren Grenzen in einem totalitären Staat auszuloten.

## **II. Umsetzungsvorschlag für eine lokal- bzw. regionalgeschichtlich ausgerichtete Sequenzplanung in 11 Doppelstunden (Klasse 9)**

### *1. Doppelstunde: Propagandistische Verbreitung der NS-Ideologie (Rundfunk, Presse, Schule)*

„3.3.1 (1) die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus charakterisieren und bewerten (Nationalsozialismus, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus, Lebensraum, ‚Volksgemeinschaft‘, Führerprinzip)“

Die übliche Behandlung der ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus erfolgt unter einem spezifisch lokalen, medienhistorischen Zugriff. Für den Erfolg der NS-Propaganda war nicht nur deren Inhalt, sondern natürlich auch deren wirksame Mediennutzung entscheidend. Daher kommt einerseits den hergebrachten Medien der Zeit, vor allem der Tagespresse, aber auch den damals „neuen“ Medien, wie dem Rundfunk oder Film, eine entscheidende Bedeutung zu. Damit auch wirklich jeder Volksgenosse erreicht wurde, fanden in vielen Städten ab Februar 1933 öffentliche Rundfunkübertragungen durch Lautsprecher statt, insbesondere bei Reden Hitlers. So wurden auch Bürger erreicht, die keinen Zugang zu einem Radiogerät hatten. Goebbels notierte in seinen Tagebüchern zum 11. Februar 1933 über die Rolle des Lautsprechers: *Der Lautsprecher ist ein Instrument der Massenpropaganda, das man in seiner Wirksamkeit heute noch gar nicht abschätzen kann. Jedenfalls haben unsere Gegner nichts damit anzufangen gewusst.*<sup>1</sup>

Allein zwischen Januar 1933 und März 1933 wurden 40 von Hitlers Reden im Rundfunk, und damit sicherlich auch an öffentlichen Plätzen, übertragen. Die Teilnahme an solchen Übertragungen in öffentlichen Sälen oder Plätzen war spätestens ab 1934 Pflicht für einen jeden „Volksgenossen“. Die dadurch erstmals beinahe flächendeckend ermöglichte direkte Ansprache Hitlers an das Volk transportierte nicht nur die NS-Weltanschauung, sondern muss auch als wesentliche Voraussetzung für den Führerkult gewertet werden.

Auch die Schule diente den Nationalsozialisten als Transmissionsriemen ihrer Ideologie. Sie sollte zum einen „Vorstufe zur Armee“ sein, wie es Hitler in „Mein Kampf“ unmissverständlich formuliert hat. Dazu sollte den Schülern ein vor allem auf der Rasse basierendes Überlegenheitsgefühl sowie militärische Disziplin (mit dem damaligen Begriff: Wehrrertüchtigung) anezogen werden. Bereits 1933 wurde auf Elternabenden bekannt gemacht, dass körperliche Ertüchtigung und Nationalstolz in Zukunft mehr im Unterricht Platz finden müssten, auch die Rassenfrage müsse einen Raum einnehmen. Ab 24. Juli 1933 wurde in Württemberg per Erlass der Hitlergruß verpflichtend bei Stundenbeginn. Neu eingeführte Geschichtsbücher, wie z. B. Walther Gehl, Geschichte 4. Klasse, Breslau 1939, spiegeln bereits die antisemitische (Juden als Herrscher Europas) und antilibérale Tendenz sowie die Lebensraum-Ideologie („Blut und Boden“) wider. Die Erlasse des Kultministeriums<sup>2</sup> finden sich in manchen Schularchiven bis heute, ebenso alte Schulbücher oder Geschichtskarten.

---

<sup>1</sup> Joseph GOEBBELS: Tagebücher 1924-1945. Bd. 2, S. 372  
<https://archive.org/details/JosephGoebbelsTagebuecher/mode/2up> (abgerufen 21. Februar 2020).

<sup>2</sup> Publiziert z. B. von Hans-Karl BIEDERT, Claus GÄRTNER, Karlheinz BAUER (Hg.): Schule im Nationalsozialismus. Dokumente des Aalener Schubart-Gymnasiums. Aalen 1984.

## 2. Doppelstunde: *Wie wirkte sich die Machtübernahme der Nationalsozialisten auf die Menschen in ... aus?*

### 3.3.1.(2) Mittel der Machtübernahme analysieren und bewerten („Machtergreifung“, „Gleichschaltung“)

Die zentralen Etappen der Herrschaftssicherung von der sogenannten „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 bis zur „Gleichschaltung“ von Presse, Vereinen und Verbänden 1934 lassen sich auch auf lokaler Ebene nachvollziehen und verstehen.

- „Gleichschaltung“ des Gemeinderats: In allen Gemeinden wurde die Zusammensetzung des Gemeinderats ab April 1933 auf den Stimmenanteil der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 ausgerichtet, was in der Regel zu einer gewaltigen Verschiebung der lokalen Kräfteverhältnisse führte. Kommunisten und Sozialdemokraten, später auch Zentrums Katholiken und Liberale wurden bis Ende 1933 durch Verfolgung oder Ausschluss von politischen Ämtern verdrängt, die meisten Bürgermeister auf der Grundlage des Gesetzes vom 7. April 1933 entweder ausgetauscht oder auf Linie gebracht.
- Ausschaltung der politischen Gegner/„Schutzhaft“: Auf der Basis der „Reichsbrandverordnung“ wurden ab Februar 1933 zunächst Kommunisten, später auch Sozialdemokraten, Liberale und Zentrums Katholiken in „Schutzhaft“ genommen und eingesperrt. Die frühen Lager in Württemberg entstanden in Ulm und auf dem Heuberg. Im gleichen Zug wurde auch deren Presse entweder verboten, der Zensur unterworfen oder durch Austausch der Redaktion „gleichgeschaltet“. Diese mit großer Konsequenz und teilweise auch brutaler Gewalt verfolgte Vorgänge fanden in fast allen Städten bzw. Gemeinden des Landes statt.
- Verräumlichung der Herrschaft: Ab Januar 1933 nahm die SA in fast jeder Stadt durch häufige Fackelzüge und Flaggenhissung den öffentlichen Raum symbolisch in ihre Gewalt. Sie demonstrierte damit ihren bedingungslosen Machtanspruch, wie er für die NS-Führung im „Ermächtigungsgesetz“ seinen gesetzlichen Niederschlag fand. Außerdem wurden in fast allen Städten und Gemeinden die Hauptstraßen sowie neue Straßen nach NS-Größen benannt. Adolf-Hitler-Straßen gaben es nun neben Hindenburg-Straßen oder Josef-Goebbels-Straßen sehr häufig.

### 3. und 4. Doppelstunde: *Alltag im NS – Volksgemeinschaft als Ausgrenzungsgesellschaft*

„3.3.1.(3) das Alltagsleben in der NS-Diktatur zwischen Zustimmung, Unterdrückung und Widerstand erläutern und Auswirkungen auf die Stabilität der NS-Herrschaft beurteilen (Diktatur; Profiteur: ‚Arisierung‘; Propaganda, Massenorganisation: zum Beispiel HJ, BdM; Terror, Verfolgung: Konzentrationslager, Pogrom, politisch, rassistisch, religiös Verfolgte, Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, ‚Euthanasie‘ ...)“

Der 3. Teilstandard des Bildungsplans Geschichte Klasse 9 in Baden-Württemberg legt den Schwerpunkt gezielt auf das Alltagsleben in der NS-Diktatur, was sich in besonderer Weise durch eine lokalgeschichtliche Herangehensweise verwirklichen lässt. Ein Blick auf die lokale Situation zeigt in der Regel verschiedene Formen der Zustimmung und des Mitmachens im NS, ebenso des Profitierens, wie natürlich auch solche der Ausgrenzung und Verfolgung sowie der Verweigerung und des Widerstands.

- „Mitmachen“: HJ, BdM und der Kampf um die Jugend vor Ort. Jede größere Gemeinde stellte spätestens ab 1936 einen eigenen HJ-Bann, in den die anderen Jugendorganisationen freiwillig oder durch Zwang überführt worden waren. Gegen die Arbeiterjugend und auch die katholische Jugend wurde teilweise gewaltsam vorgegangen. Fotos oder Berichte über lokale Gruppen der NS-Jugend sind besonders geeignete Quellen, um die Mobilisierung und Instrumentalisierung der Jugend in NS-Massenorganisationen als Beispiele des überzeugten Mitmachens kennenzulernen.

- „Profitieren“ : „Arisierung“ in ...: Die jüngere Forschung<sup>3</sup> hat das zweckrationale Handeln vieler Deutscher als Beteiligte bei der Ausraubung der Juden hervorgehoben. Als Profiteure trugen sie in erheblichem Maße zur reibungslosen Umsetzung der NS-Rassepolitik bei. Solche Arisierungsvorgänge von Läden, Häusern, Geschäften und Betrieben etc. lassen sich in vielen südwestdeutschen Gemeinden nachweisen. In Bezug auf die Handlungsmöglichkeiten der Bevölkerung kann hier herausgestellt werden, dass sowohl das „Profitieren“ wie auch das häufige Denunzieren keine Bürgerpflicht waren, man hätte es, ohne Repression befürchten zu müssen, auch lassen können.
- „Ausgegrenzt sein“: Die rassische Verfolgung durch die Nationalsozialisten sollte nicht nur auf der Ebene der staatlichen Maßnahmen analysiert, sondern auch aus der Perspektive der Opfer am konkreten Beispiel nachvollzogen werden. Was hat es wohl mit einem jungen Menschen gemacht, wenn dieser plötzlich in der Schulklasse separat gesetzt wurde, nur noch auf speziell ausgewiesenen Parkbänken sitzen durfte oder dem der Zutritt zum Schwimmbad verwehrt wurde? Wie erlebten die jüdischen Württemberger und Badener die staatliche Diskriminierung und Verfolgung? Für Schülerinnen und Schüler ist es besonders eindrucksvoll, sich hier mit dem Schicksal etwa gleichaltriger Jungen oder Mädchen zu beschäftigen, zumal wenn diese auf dieselbe Schule damals wie sie heute gegangen sind. So war z.B. der 13-jährige Erich Levy 1933 Schüler des Gymnasiums Ellwangen.<sup>4</sup> Als Mitglied der jüdischen Gemeinde wurde er plötzlich im Frühjahr 1933 in der Klasse an einen separaten Platz gesetzt – weg von seinen Freunden, aber wohl unter dem johlenden und spöttischen Beifall anderer Klassenkameraden: Die Klasse wurde nun getrennt in, wie es hieß, Arier und Juden. Erich Levy hat erst verstehen müssen, dass er nicht wegen eines Fehlverhaltens, sondern nur auf Grund seiner Religion, die Nazis sagten Rasse, nun nicht mehr dieselben Rechte hatte wie seine Mitschüler. Er durfte in der Folge an zahlreichen Schulveranstaltungen nicht mehr oder nur separiert teilnehmen. Dann wurden gegen seine Familie in der Stadt Hetzplakate aufgehängt, das Geschäft seines Vaters, der Viehhändler war, brach ein, weil die Käufer aus Angst oder mit Genugtuung nun den „jüdischen Viehhändler“ mieden. Und im Frühjahr 1935 wurde von einigen jungen Nazis das verbliebene Vieh der Familie in die Jagst getrieben und ersäuft, die wirtschaftliche Basis der Familie mithin vernichtet. Und das alles ohne Einschreiten der Polizei, entgegen geltendem Recht. Dieses Beispiel aus Ellwangen zeigt, wie Antisemitismus als politisches Programm umgesetzt wurde, wie er im Kleinen, mit kleinen Ausgrenzungen begann und sich bis zur wirtschaftlichen, in anderen Fällen später auch der physischen Vernichtung mit unerbittlicher Konsequenz steigern konnte. Die sich an eine derartige biographische Beschäftigung anschließenden Fragen dienen dabei nicht nur der Perspektivübernahme, sondern können auch orientierenden Charakter in der Gegenwart haben: Wie hat wohl der 13-jährige Erich diese Kaskade der Ausgrenzung erlebt? Die Sorgen seiner Eltern? Hätte ich mich als Mitschüler auf die Seite Erichs geschlagen – auch gegen die Mehrheit, auch gegen die öffentliche Stimmung? Habe ich heute auch schon Ausgrenzungen wahrgenommen oder erlebt auf der Basis von Religion oder Herkunft? Tritt unsere Gesellschaft Antisemitismus heute entschlossen genug entgegen?

Um den 1933 beginnenden Zivilisationsbruch wirklich einordnen zu können, kann man an dieser Stelle nochmals auf das reichhaltige und für die Modernisierung prägende jüdische Leben im deutschen Südwesten eingehen bzw. an Inhalte aus Klasse 8 anknüpfen. In der fachdidaktischen Literatur und auch vom Zentralrat der Juden Deutschlands wird immer wieder darauf hingewiesen, dass sich die Vermittlung der jüdisch-deutschen Geschichte innerhalb, aber auch außerhalb der Schule

---

<sup>3</sup> Heinz HÖGERLE, Peter MÜLLER, Martin ULMER (Hg.): Ausgrenzung Raub Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern 1933 bis 1945. Stuttgart 2019.

<sup>4</sup> Die Geschichte des jungen Erich Levy wurde von einem Seminarkurs des Peutingen-Gymnasiums Ellwangen 2002/03 aufgearbeitet und in einer umfangreichen Dokumentation aufbereitet. Diese kann im Stadtarchiv Ellwangen eingesehen werden. Die Erkenntnisse gingen in den Roman ein: Inge BARTH-GRÖZINGER: „etwas bleibt“. Stuttgart, Wien 2004.

allzu sehr auf die Jahre 1933 – 1945 beschränke, vor allem auf den Holocaust als einzigartiges Menschheitsverbrechen. Dieser sei zwar ohne Zweifel der zentrale Fluchtpunkt der jüdisch-deutschen Geschichte, könne aber in seiner eigentlichen, katastrophalen Dimension nur vor dem Hintergrund einer ausführlichen und differenzierten Betrachtung des jüdischen Lebens in Deutschland seit dem Mittelalter, vor allem aber im 19. Jahrhundert, verstanden werden. So formuliert die gemeinsame Erklärung der KMK mit dem Zentralrat der Juden dazu: „Die Geschichte des Judentums ist mehr als eine Ausgrenzungs-, Verfolgungs- und Opfergeschichte. Zur Entwicklung von Prosperität und Demokratie in Europa gehören die Leistungen von Jüdinnen und Juden in Unternehmertum, Wissenschaft, Politik und Kultur. Das kann beispielsweise ein regional- und lokalgeschichtlicher Perspektive verdeutlicht werden.“<sup>5</sup>



### *5. Doppelstunde: Was konnten sie tun? Formen des Widerstands*

„(3) das Alltagsleben in der NS-Diktatur zwischen Zustimmung, Unterdrückung und Widerstand erläutern und Auswirkungen auf die Stabilität der NS-Herrschaft beurteilen (... Widerstand)“

Neben den bekannten Attentaten auf Adolf Hitler durch Georg Elser oder Claus Graf Schenk von Stauffenberg lassen sich auf lokaler Ebene auch weitere Formen von widerständischem Verhalten herausarbeiten und damit auch der Begriff des Widerstands präzisieren und Handlungsmöglichkeiten der Bevölkerung erörtern. Das lokalgeschichtliche Spektrum reicht dabei von der Verweigerung des Hitler-Grußes über die Hilfe für Verfolgte bis hin zu Protestaktionen.<sup>6</sup> Diese Formen können in das mittlerweile auch in Schulbüchern verbreitete Schema von unangepasstem Verhalten, Verweigerung, Protest und Widerstand begründet eingeordnet werden.

<sup>5</sup> Gemeinsame Erklärung des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Kultusministerkonferenz zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in der Schule (Beschluss des Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland vom 1. September 2016 und Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. Dezember 2016.

<sup>6</sup> Haus der Geschichte (Hg.): Anständig gehandelt – Widerstand und Volksgemeinschaft 1933 – 1945. Katalog zur Ausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, 9. Mai 2012 bis 31. März 2013. Stuttgart 2013.

Mit Eugen Bolz,<sup>7</sup> dem ehemaligen württembergischen Staatspräsidenten, kann auch ein sehr früher und durch seine Rolle im Umfeld des Goerdeler-Kreises bedeutsamer Widerstandskämpfer untersucht werden. Als württembergischer Staatspräsident von 1928 – 1933 leitete er die Geschicke dieses Landes in schwerer Zeit der zerfallenden Republik. Bekannt und bedeutend wurde er insbesondere durch seine Verbindung zum Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler. Bolz wäre, wenn das Attentat des Obersts von Stauffenberg und der anschließende Umsturz Erfolg gehabt hätten, nichts weniger als der neue Reichskultminister geworden, ihm wäre die „geistig-und moralische Erneuerung“ Deutschlands anvertraut worden, mithin eine Art Umerziehung oder Rückführung der Deutschen aus der NS-Ideologie. Allein schon an diesem Auftrag erkennt man, welche große Rolle Bolz von seinen Zeitgenossen zugewiesen wurde. Bolz hatte nämlich schon 1934, die NS-Bewegung war gerade ein Jahr an der Macht und viele Deutsche hatten sich mit dem neuen Regime entweder abgefunden oder machten eifrig mit, in privaten Notizen ein Widerstandsrecht für den Einzelnen in einem totalen Staat eingefordert. Er formulierte damit eine der frühesten Äußerungen dieser Art überhaupt. Die meisten anderen Widerstandsgruppen erkannten erst viel später, meist in der Kriegszeit, diesen Charakter des NS-Regimes als solchen an. Während der ganzen 1930er Jahre blieb Bolz in dieser Haltung fest – auch bei außenpolitischen Erfolgen des NS, auch wenn Freunde und Bekannte die Straßenseite wechselten, auch wenn er wusste, dass die Gestapo ihn beobachtete. Und so war es auch kein Wunder, dass er im Umfeld der Widerstandsgruppen von Goerdeler aktiv wurde, nach Denunziation am 12. August 1944 verhaftet und nach einem Schauprozess vor dem Volksgerichtshof am 23. Januar 1945 in Plötzensee hingerichtet wurde. Mit Eugen Bolz lernen die Schülerinnen und Schüler also nicht nur einen bedeutenden Widerstandskämpfer kennen, sondern können auch dessen Motivation herausarbeiten: nämlich ein tief verankertes rechts- und verfassungsstaatliches Politikverständnis, und die Standfestigkeit und den Mut, sich selbst in der ausweglosen Situation an der eigenen Werthaltung zu orientieren. Wenn man sich mit Bolz oder auch anderen großen oder kleinen Widerstandskämpfern beschäftigt, geht es also nicht nur um den Fakt, dass er oder sie Widerstand geleistet hat, sondern auch darum, was ihn oder sie dazu befähigt hat, sich zu verweigern – und nicht wie viele andere wegzuschauen oder gar mitzumachen.

Am Ende der 5. Doppelstunde können so nochmals die Handlungsmöglichkeiten der Bevölkerung im NS systematisiert und bewertet werden.

### *6. Doppelstunde: Gedenkstättenexkursion*

„Methodenkompetenz: Informationen aus außerschulischen Lernorten auswerten (zum Beispiel Museum, Archiv, Denkmal, Kulturdenkmal, Gedenkstätte, historischer Ort)“

Gedenkstätten sind nicht nur unverzichtbarer Ausdruck einer lebendigen Erinnerungskultur, sondern können als außerschulischer Lernort in besonderem Maße historisch-politische Bildung vermitteln. Neben den größeren KZ-Gedenkstätten Dachau und Natzweiler-Struthof finden sich auch in Baden-Württemberg über 80 anerkannte Gedenkstätten, die sich auf die Zeit des Nationalsozialismus, das jüdische Leben seit dem 18. Jahrhundert bis zur Verfolgung in der NS-Zeit oder auf die Demokratie- und Widerstandsgeschichte beziehen. Das didaktische Potenzial von Gedenkstätten liegt zum einen in der räumlichen und sinnlichen Erfahrung des Ortes, der eine Brücke in die Vergangenheit bauen kann. Die Schülerinnen und Schüler vertiefen hier ihre Sachkompetenz und Reflexionskompetenz, indem sie den historischen Ort erforschen und in den Kontext einordnen. Als Orte gedeuteter und bewerteter Geschichte eignen sich Gedenkstätten aber auch für die Begegnung mit der heutigen politischen Kultur und ihren zentralen Werten. Als Ausprägung der Erinnerungskultur fördern sie damit besonders die Orientierungskompetenz der Lernenden.

---

<sup>7</sup> Vgl. zum Folgenden die Aufsätze von Thomas SCHNABEL: „Die Republik dem Volke nahebringen, ohne große Worte zu machen.“ Eugen Bolz als Minister und württembergischer Staatspräsident. In: Irene PILL (Hg.): „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Eugen Bolz 1881 bis 1945. Ubstadt-Weiher 2017, S. 12 – 43, und Peter STEINBACH: „Nur die Seele ist unerreichbar für alle äußeren Mächte.“ Eugen Bolz und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Ebd., S. 14 – 145.

Gerade die in der unmittelbaren Nähe der Schule gelegenen Gedenkstätten oder auch Gedenkort zeigen, dass der Nationalsozialismus auch „vor der Haustüre“ stattgefunden hat und damit auch die eigene Region Teil der großen Geschichte war. Neben professionellen Führungen bieten sich an diesen dezentralen Geschichtsorten auch Formen der langfristigen Kooperation an. So können z. B. Schulen mit Gedenkstätten und/oder Archiven Bildungspartnerschaften schließen, die eine bestimmte Form der Gedenkstättenbegehung festlegen und damit für beide Seiten verlässlich machen. Methodische Formen können Schülerinnen und Schüler aktiv in den Besuch einbinden bzw. diese gar in die Rolle der Lehrenden versetzen. Das „Schüler führen Schüler-Format“ „Schülerguides an Gedenkstätten“ ermöglicht es, Kursstufenschüler in einem Seminarkurs als Guide auszubilden und jüngere Klassen führen zu lassen.

### *7., 8., 9. Doppelstunde*

- „3.3.1. (4) den Zweiten Weltkrieg charakterisieren und bewerten (Vernichtungskrieg; Holocaust – Shoah)
- 3.3.1. (5) die NS-Herrschaftspraxis im besetzten Europa und die Reaktionen darauf analysieren (Besatzung, Zwangsarbeit; Kollaboration, Widerstand)
- 3.3.1. (6) Fenster zur Welt: die Expansion Japans im Zweiten Weltkrieg charakterisieren (Imperialismus)“

Im Bildungsplan ist, wie oben dargelegt, eine intensive Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg als Vernichtungskrieg und auch als Fenster zur Welt mit dem ostasiatischen Kriegsschauplatz bzw. der japanischen Kriegsführung verlangt. Die Regionalgeschichte kann hier nur bedingt und gewissermaßen unterstützend herangezogen werden. Eine Möglichkeit bietet die Frage nach den wichtigen Akteuren des Vernichtungskriegs unterhalb der Ebene der Reichsführung. Hier kann z. B. Walter Stahlecker genannt werden, der vom Leiter des Württembergischen Politischen Landespolizeiamtes (1934 – 1936) zum Befehlshaber der Einsatzgruppe A im heutigen Baltikum avancierte und für die Ermordung von mindestens 250.000 Juden in seinem Bereich verantwortlich war.

### *10. Doppelstunde: Spurensuche: Zwangsarbeit auch in meinem Heimatort?*

- „(5) die NS-Herrschaftspraxis im besetzten Europa und die Reaktionen darauf analysieren (... Zwangsarbeit)“

Zwangsarbeit, also der Einsatz von Kriegsgefangenen sowie zwangsverpflichteten Männern und Frauen aus dem besetzten Europa, entwickelte sich zum systemtragenden Element der NS-Kriegswirtschaft. 1944 waren auf deutschem Gebiet nicht weniger als 7,6 Millionen Zwangsarbeiter eingesetzt, was knapp 23 % aller Beschäftigten entsprach. In den Rüstungsbetrieben betrug der Anteil sogar 50 %. In Deutschland sind mittlerweile 25.000 Lager für ausländische Arbeiter nachgewiesen, und damit im Grunde genommen in jeder größeren Stadt mindestens eins. Weder die Landwirtschaft in der Fläche noch die Industrie in den Ballungszentren kam ohne Zwangsarbeiter aus, sie sind in beinahe jedem Ort zum Einsatz gekommen.

Bei der Spurensuche steht vor allem die Heuristik, also das gezielte Suchen und Auffinden von Einzelschicksalen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im Mittelpunkt. Sie kann ihren Ausgang nehmen von internen bzw. digitalisierten Datenbanken zu einzelnen Landkreisen im Generallandesarchiv Karlsruhe sowie den Staatsarchiven Ludwigsburg und Sigmaringen. Dort können Unterlagen bis auf die Ebene der Gemeinden eingesehen werden. Das Haus der Geschichte hat im Hohenloher Freilandmuseum Wackershofen in Schwäbisch Hall ein Museum zur Zwangsarbeit im Südwesten in einer ehemaligen Zwangsarbeiterbaracke eingerichtet. Dort können Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Biographien verschiedener Zwangsarbeiter erforscht werden.

## *11. Erinnerung und Verantwortung vor Ort: Entnazifizierung, Gedenkfeiern oder Gedenkstätten vor Ort als Beispiel für die Aufarbeitung und den Umgang mit Vergangenheit*

„(7) die sich aus der Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ergebende Verantwortung begründen (Schuld, Mitschuld, „Schlussstrich“, Verantwortung)“

Die großen Fragen nach Schuld, Mitschuld und Verantwortung können nicht nur auf einer kollektiven Ebene, sondern auch für individuelle Einzelfälle ertragreich diskutiert werden.

Entnazifizierung: Die historische Forschung hat in den letzten Jahren ein durchaus komplexes Bild der Entnazifizierung herausgearbeitet: Je nach Besatzungszone, Institution (z. B. Polizei, Justiz und Ministerialbürokratie) oder Finanzkraft der Personen fielen die Spruchkammerverfahren und die anschließenden Urteile unterschiedlich aus. Wer Geld und Einfluss hatte, die Urteile lang genug hinauszuschieben, hatte z. B. mildere Strafen zu erwarten. Besonders bedeutsame Fälle, wie z. B. die beiden Grafeneck-Prozesse in Freiburg (1947/1948) und Tübingen (1949), dokumentieren die ab 1948 einsetzende Entwicklung zu einer deutlich weicheren Linie der Rechtsprechung gegenüber NS-Tätern. Das reduzierte Strafmaß des Tübinger Grafeneck-Prozesses verdeutlicht die Tendenz der Strafverfolgung, anstelle eines „täterschaftlichen Handelns“ aller Beteiligten vor Ort die „Gehilfenschaft“ der Angeklagten in den Vordergrund zu rücken und stattdessen die Reichsebene als eigentliche Verantwortliche des Massenmordes darzustellen. Eine Auseinandersetzung mit lokalen Einzelfällen fördert insofern die Urteilskompetenz der Schülerinnen und der Schüler, als diese für ein belastbares Sachurteil Kriterien bilden müssen (z. B. Motivation, Funktionsträgerschaft, direkte Beteiligung oder Billigung von Verbrechen ...).

Gedenkstätten und Gedenkfeiern: Sie bilden oft die Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur nach 1945 ab und dienen zum Anlass, über einen richtigen Umgang mit der eigenen Geschichte nachzudenken. Sie stehen insofern nicht nur für den historischen Sachverhalt, an den sie erinnern, sondern auch für die Frage nach der memorialen Funktion von Geschichte überhaupt.

### **III. Fazit**

Die Menschheitsverbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft können durch die Beschäftigung mit lokalgeschichtlichen Personen und Ereignissen veranschaulicht und konkretisiert werden. Opfer und Täter, Mitläufer, Profiteure und Verweigerer bekommen ein Gesicht, ihre Motive und Handlungsmöglichkeiten werden dadurch im historischen Kontext greifbar. Insbesondere die Etablierung und Stabilisierung der NS-Diktatur lässt sich ohne die vielen kleinen „Rädchen im Getriebe“, die oft gar nicht aus ideologischen Gründen handelten, nicht erklären. An diesen Erkenntnissen lässt sich Orientierung für die Gegenwart gewinnen und verantwortliches Handeln für Demokratie und Menschenwürde vermitteln.

# **Militärpsychiatrie im Reservelazarett Winnenden**

## **Ein psychiatrisches Krankenhaus wird militarisiert: Die Heil- und Pflegeanstalt Winnenden im Zweiten Weltkrieg**

von Juliane Schuhmann

Wenn man an psychiatrische Krankenhäuser in der NS-Zeit denkt, denkt man zunächst an die sogenannte „Euthanasie“, d. h. an die Mordaktion, in der hauptsächlich 1940/41 Zehntausende von psychisch Kranken, Menschen, deren Leben in der NS-Ideologie als „unwert“ definiert war, ermordet wurden. Selbstverständlich war die psychiatrische Heil- und Pflegeanstalt Winnenden – wie alle Psychiatrien im Lande – mit in den Krankmord verstrickt. Im Rahmen des Winnender „Tags der Landesgeschichte in der Schule“ setzt sich ja eine Arbeitsgruppe ausdrücklich mit der sogenannten „Euthanasie“ auseinander.

Ich beschäftige mich nur am Rande mit dem „Euthanasie“-Krankmord, sondern mit einem anderen Aspekt der Psychiatrie, einem Aspekt, der in der öffentlichen Wahrnehmung ganz im Schatten der „Euthanasie“ steht. Außerhalb eines kleinen Kreises von Medizinhistorikern wird mein Thema kaum wahrgenommen. Es geht um das Schicksal des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Winnenden während der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Damals wurde das PLK, genau wie viele Kliniken in Deutschland, in ein Militärkrankenhaus umgewandelt, genauer gesagt in ein Reservelazarett.

Grundlage meines Vortrages ist meine 2011 an der Universität Stuttgart verfasste Magisterarbeit („Militärpsychiatrie im Reservelazarett Winnenden im Zweiten Weltkrieg“). Diese Arbeit soll in erweiterter Form noch im Jahre 2020 von der Stadt Winnenden veröffentlicht werden. In dieser ausführlichen Veröffentlichung werden sämtliche Aussagen und Zahlen des hier vorgelegten kurzen Beitrags im Einzelnen nachgewiesen werden, so dass hier auf Nachweise verzichtet werden kann.

Einige der Ergebnisse dieser Arbeit will ich im Folgenden zusammenfassen. Diese Magisterarbeit ist seinerzeit eher durch Zufall entstanden. Sabine Reustle, die damalige Stadtarchivarin von Winnenden, hatte im Sozialministerium in Berlin die sogenannten Lazarettkrankenbücher von Winnenden entdeckt, eine serielle Quelle. Diese Lazarettkrankenbücher verzeichnen alle Zugänge und Abgänge von Soldaten, die 1939 – 1945 ins Reservelazarett Winnenden eingewiesen wurden. Die zugewandenen und abgewandenen Soldaten mit psychiatrischen und neurologischen (und manchmal auch anderen) Erkrankungen werden jeweils aufgeführt mit Lebensdaten, Dienstgrad, Truppenteil, einweisender und ggf. bei Entlassung aufnehmender Stelle, Aufenthaltsdauer und stichwortartige Kurzdagnosen.

Da sich individuelle Winnender Krankenakten aus dem Zweiten Weltkrieg, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht erhalten haben, kommt den Lazarettkrankenbüchern ein entscheidender Quellenwert zu. Frau Reustles Erfahrungen im Sozialministerium waren übrigens paradox:

Da die Lazarettkrankenbücher, von denen im Sozialministerium offenbar viele tausend aus den unterschiedlichsten Lazaretten vorhanden sind, bis 2011 noch nicht in ein wissenschaftliches Archiv abgegeben worden waren, hat die medizinhistorische Forschung die Lazarettkrankenbücher bislang fast völlig übersehen.

Frau Reustle bekam von dem zuständigen Ministerialbeamten problemlos die Erlaubnis, die sie interessierenden Winnender Lazarettkrankenbücher zu fotokopieren, was sie in tagelanger Arbeit auch tat. Es befinden sich also heute viele tausend Seiten entsprechender Fotokopien im Stadtarchiv Winnenden.

No 3777 590

M

# Lazarettkrankenbuch

des

*Reserve*

lazarett

de

*Winnenden*

eingerrichtet zu

*Winnenden*

vom

*1. September 1939* bis

*31. März*

19 *40*

Krankenbuchlager  
Berlin

Fotokopie aus der Sammelurkunde Nr. *M 3777*  
des Reserve-Lazarett's *Winnenden*

Titelblatt des Winnender Lazarettkrankenbuchs I im Sozialministerium in Berlin

Beim Auswerten der Winnender Lazarettkrankenbücher bemerkte Frau Reustle dann, dass sie einzelne Seiten übersehen und irrtümlich nicht kopiert hatte. Und jetzt wird die Angelegenheit bizarr: Der Ministerialbeamte, der wenige Wochen zuvor noch so entgegenkommend gewesen

war, war plötzlich ganz verschlossen und teilte mit, sämtliche tausende Lazarettkrankenbücher seien in der Zwischenzeit verschwunden und nicht mehr auffindbar. Was sich hinter dieser Groteske verbirgt, bleibt undurchschaubar. Jedenfalls sind die Fotokopien der Winnender Lazarettkrankenbücher Stand 2011 bis auf Weiteres die einzigen einschlägigen Quellen überhaupt.

Da es an anderen Studien zur Winnender Lazarettgeschichte im 2. Weltkrieg weitgehend fehlt, bleibt meine Untersuchung bis auf Weiteres die einzige, die sich mit der Materie befasst. Die Winnender Lazarettkrankenbücher erfassen die Daten von 6512 in Winnenden behandelten Patienten. Auch wenn einzelne Patienten wegen der vergessenen Fotokopien fehlen mögen, sind die 6512 doch eine so große Zahl, dass sie als repräsentativ für Winnenden und vermutlich als exemplarisch für alle Militärpsychiatrien in Deutschland angesehen werden kann.

Was kann man nun über die Winnender Militärpsychiatrie 1939 – 1945 auf der Basis der Lazarettkrankenbücher herausfinden?

Angesichts der Masse des Stoffes mit den 6512 Einzelfällen habe ich mich auf zwei repräsentative Zeiträume beschränkt: Näher untersucht wurde das erste Kriegsjahr vom 1. September 1939 bis 31. August 1940 und das Halbjahr vom 1. April bis 30. November 1944.

Die Zeit vom 1. September 1939 bis 31. August 1940 ist identisch mit den ersten zwölf Monaten des Krieges. Die Kampf­tätigkeit war während dieser Zeit unterschiedlich, verglichen mit späteren Phasen des Krieges aber vergleichsweise harmlos. Nach dem Sieg über Frankreich im Juni 1940 wartete alles auf ein für Deutschland siegreiches Ende des Krieges.

Im Landesinnern gingen die Dinge über viele Monate einen noch fast friedensmäßigen Gang. Luftangriffe auf Deutschland gab es noch kaum. Die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des alltäglichen Bedarfs klappte noch gut, und in psychologischer Hinsicht war die Stimmung – insbesondere nach dem Sieg über Frankreich – z. T. fast euphorisch.

Völlig anders war die Lage 1944. Aus diesem Jahr untersuche ich die acht Monate von April bis November. Das ganze Jahr habe ich wegen der gegenüber 1939/40 viel größeren Menge an Einträgen nicht gewählt.

Der Gegensatz zum Zeitraum von September 1939 bis August 1940 könnte nicht größer sein: Deutschland war 1944 auf der Verliererstraße. Den alliierten Luftangriffen konnte die deutsche Luftabwehr immer weniger entgegensetzen. Eine deutsche Großstadt nach der andern fiel in Trümmer, und in Winnenden, gerade 20 km von Stuttgart entfernt, bekam man den immer intensiveren Luftkrieg natürlich unmittelbar mit.

Nach den besonders schweren Luftangriffen auf Stuttgart im Sommer 1944 wuchs die Beklemmung auch in Winnenden stark an. Auch abgeschossene Bomber, die auf Winnender Gebiet zu Boden fielen, gehörten immer mehr zum Alltag des Jahres 1944, und die fast täglichen Luftalarme, bei denen die Patienten jedes Mal in den Keller in Sicherheit gebracht werden mussten, störten den Klinik- und Lazarettalltag erheblich und sorgten für ein dauerndes Gefühl diffuser Angst. Zu Lande reihte sich eine Niederlage an die andere, und außer verbohrtens Nazis war allen klar, dass es mit dem „Endsieg“ nichts werden würde. Im Herbst 1944 standen die Westalliierten und die Sowjets jeweils an den deutschen Grenzen.

Fast alle wesentlichen militärischen Ereignisse des Jahres 1944 (mit Ausnahme der Ardennenoffensive im Dezember 1944) fallen in die von mir untersuchten acht Monate. Es war auf jeden Fall zu erwarten, dass sich dieses für Deutschland krisenhafte bis katastrophale Kriegsjahr, das auch Verluste in einer Höhe wie keines zuvor brachte, auch in den Verhältnissen im Winnender Reservelazarett widerspiegeln würde. Wie wirkte sich der psychische und physische Dauerstress auf das Reservelazarett Winnenden aus?

Gab es angesichts der 16-Stunden-Schichten in den Rüstungsfabriken, angesichts der Luftangriffe, angesichts der Katastrophenmeldungen von der Front, angesichts der riesigen Verluste und dauernden Gefallenenmeldungen andere Verhältnisse im Lazarett als in der in jeder Hinsicht geordneten Zeit von 1939/40? Kamen 1944 andere Leute ins Lazarett? Schließlich wurden in Deutschland 1944 die letzten Reserven einberufen, also auch Leute, die wegen ihres Alters und ihres Gesundheitszustandes viele Jahre von einer Einberufung verschont worden waren. Nicht zu vergessen ist auch, dass bei dieser Aktivierung der letzten Reserven seit Oktober 1944 der „Volkssturm“ aufgeboden wurde, also alte Männer und junge Burschen. Spiegelt sich dieses in militärischem Sinne gewiss qualitativ weniger wertvolle „Menschenmaterial“ und die für Hitler hoffnungslose Lage etwa in einer höheren Belegung des Winnender Reservelazaretts wider und in einer anderen Zusammensetzung der Lazarettinsassen oder in einer anderen Behandlungspraxis?

### **Was ist eigentlich ein Reservelazarett?**

Um zu verstehen, was ein Reservelazarett ist, muss man sich die Struktur des Sanitätswesens der Wehrmacht insgesamt vergegenwärtigen. Reservelazarette waren in fast allen Städten in Deutschland eingerichtet. Wo es Krankenhäuser gab, wurde meist ein Teil des Krankenhauses bei Kriegsbeginn als Reservelazarett beschlagnahmt. Reservelazarette konnten aber auch in Erholungsheimen, Schulen oder in sonst geeigneten Gebäuden eingerichtet werden.



*Das „Frauenhaus“ in der Heil- und Pflegeanstalt Winnenden, das 1939 vom Reservelazarett belegt wurde  
(Bild: Juliane Schuhmann).*

Ein verwundeter oder kranker Soldat kam von der Front nach der Erstversorgung durch den Sanitäter auf den Truppenverbandsplatz, der stets in Frontnähe lag. Von dort brachte man ihn in einem Gebiet hinter der Front in ein Feldlazarett. Dieses wies ihn in ein Kriegslazarett weiter,

welches ihn dann – je nach Diagnose – in eine Sonderabteilung, in ein Schleusen- oder Beobachtungslazarett oder in ein Reservelazarett einwies. Die Spezialfälle der Sonderabteilungen, Schleusen- bzw. Beobachtungslazarette lasse ich hier der Kürze halber weg.

Das Reservelazarett Winnenden war im sogenannten Frauenbau der Heil- und Pflegeanstalt Winnenden, des heutigen Zentrums für Psychiatrie (früher: Heil- und Pflegeanstalt, dann Psychiatrisches Landeskrankenhaus), untergebracht.

Das Gebäude steht noch heute und gehört zum Zentrum für Psychiatrie in Winnenden (dem früheren Psychiatrischen Landeskrankenhaus bzw. der früheren Heil- und Pflegeanstalt Winnental). Bei Kriegsbeginn 1939 wurde der Frauenbau von der Wehrmacht beschlagnahmt und das Reservelazarett eingerichtet. Dieses umfasste 100 bzw. 120 Plätze. Die während des Krieges im Reservelazarett tätigen Ärzte sind alle namentlich bekannt. Leiter und Chefarzt des Lazaretts war Oberstabsarzt Dr. Hans Gruhle. Gruhle galt den Nazis als politisch unzuverlässig. Eine akademische Karriere blieb ihm trotz Habilitation deshalb versagt, und er war erst nach Weißenau, dann nach Winnenden im Grunde abgeschoben worden. Gruhles Stellvertreter als Chefarzt war Stabsarzt Dr. Wildermuth. Ferner gab es den Stabsarzt Dr. Christian Roesler und den Unterarzt Stiedl. Außerdem gab es drei weibliche Schreibkräfte sowie eine aus dem Allgäu stammende Arztschreiberin. Dazu kamen gelegentlich Sanitäter.

Über die innere Struktur des Lazaretts ist wenig bekannt. Offenbar bekam das Reservelazarett die Ausstattung (Bettstellen, Matratzen usw.) hauptsächlich von der Heil- und Pflegeanstalt. Diese musste sich mit dem Restmaterial begnügen, das übrigblieb.

Ansonsten weiß man nur, dass es 1943 eine „Station der politisch Inhaftierten“ gab. Es handelte sich dabei wohl um eine geschlossene Abteilung, in die Leute kamen, die von den Wehrmacht-haftanstalten eingewiesen worden waren und bei denen man Fluchtgefahr vermutete.

### **Monatliche Zugänge ins Reservelazarett**

Der Trend der zunehmenden Einlieferungen im Zeitraum September 1939 bis März 1945 ist eindeutig ein steigender, was durch die Kriegshandlungen, die in diesem Zeitraum stattfinden, begründet ist. Das Diagramm auf der nächsten Seite stellt dies anschaulich dar.

Es fällt auf, dass in den allerletzten Kriegsmonaten März und April 1945 die Aufnahmezahlen in Winnenden extrem stark ansteigen. Die Hauptursache dafür ist die Evakuierung verschiedener Kliniken, u. a. aus Stuttgart. Winnenden musste eine größere Zahl von dort verlegten Patienten aufnehmen. Außerdem fällt auf, dass in den letzten Kriegsmonaten auch Aufnahmen direkt von den Verbandsplätzen weg stattfanden. Das Lazarett Winnenden war jetzt in unmittelbarer Frontnähe und erhielt seine Patienten nicht mehr nur noch von Ersatz-Truppen und von anderen Lazaretten. Auch finden sich 1945 besonders viele nichtpsychiatrische und nichtneurologische Fälle.

Was kann man ansonsten aus den monatlichen Zugangszahlen ablesen? 1939/40 waren diese Zahlen jeweils auf einem niedrigen Niveau. Hierfür kann es zwei Gründe geben. Erstens könnte das „Menschenmaterial“ 1939/40 noch in militärischem Sinne besser, d. h. belastbarer und weniger anfällig für psychische und neurologische Erkrankungen gewesen sein. Zweitens könnte aber auch die für Deutschland günstige Kriegslage dieser Zeit weniger Anlass für das Ausbrechen entsprechender Erkrankungen geboten haben. Diese Gründe tauchen sinngemäß auch bei hohen Zugangszahlen auf, wenn auch sozusagen mit jeweils anderen Vorzeichen.

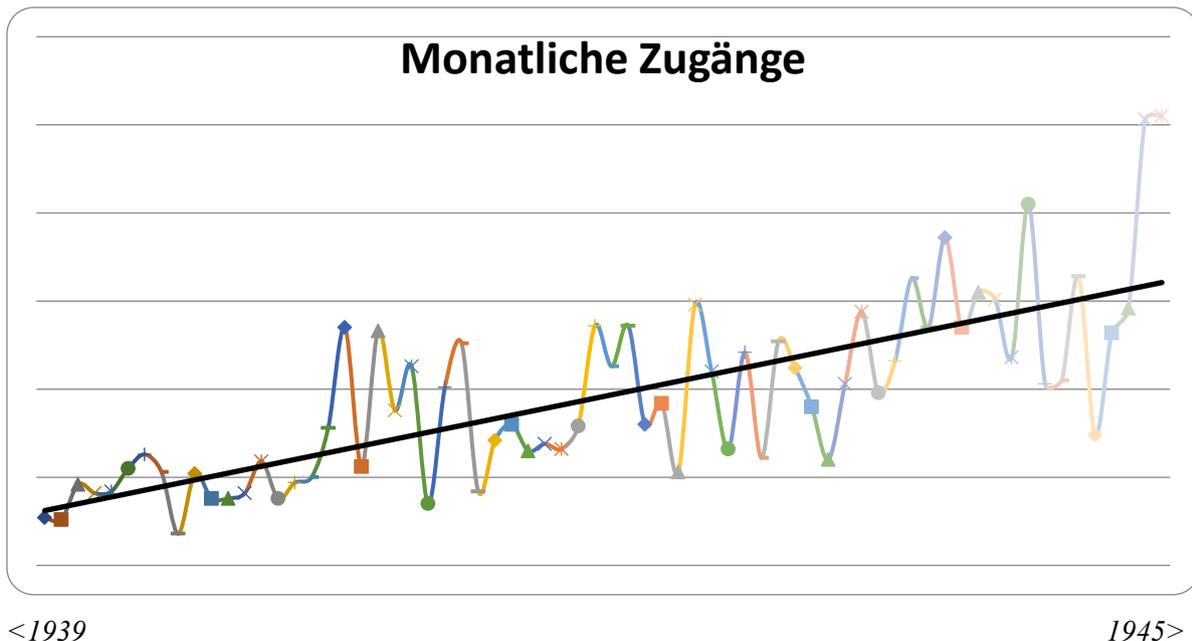


Diagramm (Entwurf: Juliane Schuhmann)

1944 könnte die Belastbarkeit der Soldaten geringer gewesen sein – sei es infolge der Länge des Krieges, die an sich schon ein zermürbender Faktor gewesen sein muss, sei es, weil man ganz einfach jetzt alle möglichen Leute einberufen hatte, die aufgrund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes 1939/40 niemals einberufen worden wären. Außerdem könnte die für Deutschland zunehmend aussichtslosere Kriegslage dazu beigetragen haben, vermehrt psychische und neurologische Krankheiten zum Ausbruch kommen zu lassen. Welcher Faktor jeweils der wichtigere war, kann ich aufgrund der Lazarettkrankenbücher nicht entscheiden. Aber dass 1939/40 die aus dem Ersten Weltkrieg gefürchteten massenhaften sogenannte „Kriegsneurosen“ fast völlig fehlten, ist eine in der Literatur seit langem bekannte Tatsache. Sie setzten dann mit Beginn des Russlandkrieges 1941 aber in großem Umfang wieder ein.

Was kann man nun konkret aus den Winnender Einlieferungszahlen ablesen? Die Einlieferungszahlen bewegen sich keineswegs immer parallel mit den großen Kriegshandlungen. Ein erstes merkliches Ansteigen der Einlieferungszahlen ist im Februar und dann vermehrt im März 1941 festzustellen. Damals fanden nirgendwo größere Kämpfe statt (außer der „Luftschlacht um England“, die aber nur die Luftwaffe betraf). Es mag sein, dass das Ansteigen einfach auf den tristen Winter 1940/41 zurückzuführen ist; vielleicht ließ auch die deutlich werdende Aussicht, dass es nun doch nicht zu dem erwarteten Frieden mit England gekommen war, sondern dass England hartnäckig weiterkämpfte, die Krankheitsneigung ansteigen.

In den folgenden Monaten sanken die Einlieferungszahlen dann etwas, um – bei einem ständigen, teilweise heftigen Auf und Ab in den einzelnen Monaten – seit 1942 ständig anzusteigen und auf dem bereits erwähnten hohen Gesamtniveau zu bleiben.

### Woher kommen die Patienten?

1939/40 kamen die meisten ins Reservelazarett Winnenden Eingewiesenen von verschiedenen anderen Reservelazaretten im südwestdeutschen Raum, auffällig häufig aus dem Schwarzwald (Reservelazarett Triberg und Wildbad). Oft kamen Patienten auch direkt von ihren Truppenteilen, von wo aus sie die Truppenärzte nach Winnenden geschickt hatten. Gelegentlich kamen auch Patienten von Krankensammelstellen, die etwas näher an der Front lagen, aber auch hier meistens aus dem Bereich des Schwarzwaldes. In seltenen Fällen wurden auch Patienten von den Hauptverbandsplätzen eingeliefert, also von Stellen, die eigentlich in ziemlicher Frontnähe waren. Bis in den Juni 1940 hinein war der Oberrhein die Front.

1944 hatte sich die Lage geändert: Direkt von der Front bzw. über die Verbandplätze kamen jetzt offenbar gar keine Verwundeten ins Winnender Reservelazarett. Die Masse der Winnender Patienten wurde entweder von den Truppenärzten der einzelnen militärischen Einheiten und Verbände direkt nach Winnenden überwiesen, oder aber die Patienten waren bereits zuvor von der Truppe in irgendein anderes Lazarett überwiesen worden. Meist handelte es sich bei den einweisenden Lazaretten um Reservelazarette, gelegentlich um Krankensammelstellen, selten – aber dann mit jeweils vielen Eingewiesenen – um Kriegslazarette. Manchmal finden sich auch 1944 regelrechte Sammelabgaben, d. h. einzelne Lazarette schickten offenbar (wie bereits am 18. Juni 1940) einen ganzen Transport von Patienten auf einmal nach Winnenden. Dabei fällt insbesondere das Kriegslazarett I/680 auf. Dieses war eine der großen, zentralen Sanitätseinrichtungen im besetzten Frankreich und hatte seinen Sitz in Paris. Nach dem Zusammenbruch der deutschen Front in der Normandie nach der alliierten Landung und der nun der bevorstehenden Räumung von Paris durch die Deutschen häuften sich im August die Einweisungen aus dem Kriegslazarett I/680.

Im Februar/März 1945 finden sich auch Einweisungen aus den Lazaretten in Dresden, das kurz zuvor durch den englisch-amerikanischen Luftangriff zerstört worden war.

### **Diagnosen**

Da die medizinische Terminologie der 1940er Jahre, soweit sie psychiatrische und neurologische Diagnosen betraf, nicht mit der heutigen identisch ist, ist es in vielen Fällen schwierig, herausfinden zu wollen, worunter die einzelnen Patienten nach den heutigen Kriterien tatsächlich litten. Man muss sich indessen mit den damaligen medizinischen Begriffen zufriedengeben.

Man kann die in den Lazarettkrankenbüchern genannten Kurzdiagnosen in etwa sieben große Gruppen einteilen. Die erste betraf psychische Erkrankungen im engeren Sinne, die in den Lazarettkrankenbüchern als Schizophrenie, Melancholie, Depression, manisch-depressive Zustände, Hysterie, Neurosen insgesamt, Psychosen oder allgemein als Neurosen bezeichnet wurden.

Die zweite Gruppe betraf die eigentlichen neurologischen Erkrankungen wie Nervenversagen, ferner Epilepsie, vasomotorische Störungen. Ein kriegsspezifisches Krankheitsbild waren die sogenannte „Kriegszitterer“, d. h. Leute, bei denen aufgrund irgendeines traumatischen Ereignisses (Granateinschlag, dauernde nervliche Überlastung oder Ähnliches) die Nerven versagten und sich ein unkontrollierbares Zittern einstellte. Man kannte das Krankheitsbild des „Kriegszitterers“ aus dem Ersten Weltkrieg und hatte die Betroffenen damals oft als Simulanten hingestellt. Im Zweiten Weltkrieg erhob man diesen Verdacht nicht grundsätzlich.

Eine dritte, nicht zu vernachlässigende Gruppe von Diagnosen betraf Geschlechtskrankheiten, insbesondere die Syphilis, die fortgeschrittenen Stadien das Gehirn angriff. Ähnliches galt auch für die vierte Krankheitsgruppe, den Alkoholismus.

Eine Sonderrolle spielten als fünfte Krankheitsgruppe neurologische Ausfälle, die nach physischen Verwundungen infolge durchtrennter Nerven eingetreten waren, also z. B. gelähmte Arme oder Beine. Schließlich stellten die Winnender Ärzte sechstens bei nicht wenigen Eingelieferten die nach heutigen Maßstäben wenig wissenschaftlich klingenden Diagnosen „Idioten“, „Schwachsinnige“ oder „Debile“. Es fällt auf, dass diese Diagnosen 1944 viel häufiger waren als 1939/40. Offenbar zog der NS-Staat angesichts des nahenden Zusammenbruchs jetzt auch Leute mit extrem niedrigem Intelligenzquotienten ein, die man im ersten Kriegsjahr noch von der Truppe ferngehalten hatte und die eigentlich für den militärischen Einsatz schlichtweg zu dumm waren. Siebtens fanden sich im Reservelazarett Winnenden immer wieder auch Soldaten ein, die „normale“, nicht psychiatrische oder neurologische Kriegsverwundungen (Schussverwundungen) hatten und sich hier verbinden oder schienen ließen.

## **Wer sind die Patienten? I: Deutsche Soldaten**

Die Masse der Patienten – jeweils über 90 % – bestand aus deutschen Soldaten. Davon wiederum waren über 90 % Mannschaftsdienstgrade, also einfache Soldaten, Gefreite, Obergefreite und Hauptgefreite. Es fällt auf, dass deutlich weniger Unteroffiziere und Offiziere in Winnenden behandelt wurden, als man nach deren prozentualem Vorkommen in der Truppe hätte erwarten können. Insbesondere Offiziere waren ausgesprochen selten. Sehr selten waren auch Angehörige der Waffen-SS. Insgesamt kann man aber feststellen, dass 1944 der Anteil an eingelieferten Unteroffizieren und Offizieren steigt. Offenbar ertrugen nun auch die härter gesotenen, motivierteren höheren Dienstgrade den immer länger andauernden und immer aussichtsloseren Krieg weniger gut als 1939/40. Das auffällig geringe Vorkommen von Waffen-SS-Soldaten könnte darauf hindeuten, dass diese im Durchschnitt psychisch und neurologisch robuster waren als Wehrmachtssoldaten.

Auch Insassen von Wehrmachtshaftanstalten sind 1939/40 und 1944 unterschiedlich stark vertreten. Im ersten Kriegsjahr fehlten sie noch fast völlig, 1944 hatte ihr Anteil zugenommen. Es scheint, dass angesichts der sich abzeichnenden militärischen Katastrophe immer mehr Männer in den Wehrmachtgefängnissen landeten, darunter auch eine gewisse Anzahl von Leuten, die entsprechende, sie für Winnenden qualifizierende Krankheitsbilder entwickelten.

Selbstverständlich waren fast alle Eingelieferten männlichen Geschlechts. Nur als das Kriegslazarett I/680 in Paris im August 1944 geräumt und ein Teil der dortigen Patienten nach Winnenden verlegt wurde, waren auch drei Frauen unter den Eingelieferten. Anscheinend handelte es sich um Frauen, die im Wehrmachtsdienst in Frankreich eingesetzt waren.

## **Wer sind die Patienten? II: Ausländische Soldaten**

Erstaunlicherweise finden sich im Reservelazarett Winnenden auch ausländische Soldaten als Patienten. 1939/40 waren das ausschließlich polnische, französische und belgische Soldaten. Ihr Anteil an den Lazarettinsassen lag bei knapp 5 %. In der zweiten Kriegshälfte fanden sich auch abgeschossene amerikanische Piloten. Insgesamt waren 1944/45 ausländische Soldaten proportional seltener als im ersten Kriegsjahr. 1944 lag ihr Anteil bei etwa 2 %. Insgesamt war die Lazarettlage in Deutschland jetzt außerordentlich angespannt, so dass man ausländischen Soldaten – es handelte sich hauptsächlich um Kriegsgefangene – den „Luxus“ einer Behandlung in einem Speziallazarett wie dem in Winnenden nur noch zukommen ließ, wenn das absolut unvermeidbar war. Zudem hatte man mittlerweile in allen größeren Kriegsgefangenenlagern auch eigene Lagerlazarette eingerichtet, nicht selten geführt von kriegsgefangenen Ärzten. Nur wenn bei ungewöhnlichen Krankheitsbildern dort eine Behandlung ganz aussichtslos schien, wies man Kriegsgefangene in ein deutsches Speziallazarett ein.

Einzelne Beispiel illustrieren, welche Ausländer man in Winnenden vorfand: So wurde z. B. im Mai 1944 ein französischer Stabsarzt wegen Schizophrenie behandelt. Die Winnender Ärzte kamen zu dem Ergebnis, dass dieser französische Kollege eine Art hoffnungsloser Fall war, der das deutsche Lazarettssystem nur unnötig belastete. Der Mann wurde aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und mit einem der nicht seltenen „Heimtransporte“ nach Frankreich zurückgebracht.

Dann und wann tauchen 1944/45 auch abgeschossene amerikanische Bomberpiloten unter den Winnenden Patienten auf. Es ist nicht klar, ob diese eher zufällig hierher gekommen waren, weil sie in der Nähe abgeschossen worden waren, oder ob es sich um Männer handelte, die durch den Abschuss einen Schock oder sonst eine für Winnenden spezifische Schädigung erlitten hatten.



*Unter den im Reservelazarett Winnenden Befindlichen befand sich 1945 auch ein abgeschossener amerikanischer Flieger (Bild: wikipedia, gemeinfrei)*

1944/45 waren aber keineswegs alle ausländischen Soldaten in Winnenden Kriegsgefangene. Es gab hier auch sogenannte „Hilfswillige“, also Russen oder Ukrainer, die auf deutscher Seite arbeiteten oder gar kämpften, wie etwa Soldaten der nach ihrem Kommandeur, dem General Wlassow benannten russischen Wlassow-Armee, die im Einsatz gegen die Rote Armee stand. Daneben gab es einzelne Italiener der mussolinitreuen italienischen Armee, die 1944 auf den Truppenübungsplätzen Münsingen und Stetten am kalten Markt aufgestellt wurde. Auf der anderen Seite gab es auch einige in Winnenden befindliche Italiener, die auf der Seite des Mussolini-Gegners Marschalls Badoglio gewesen waren. Diese Badoglio-Italiener waren, im Gegensatz zu den Mussolini-Italienern, reguläre Kriegsgefangene.

Einmal fand sich in Winnenden sogar ein Inder aus der sogenannten Indischen Legion, die auf deutscher Seite unter Subhas Chandra Bose gegen die britische Kolonialmacht kämpfte. Sogar Franzosen, die auf deutscher Seite standen, waren 1944 unter den im Reservelazarett Winnenden befindlichen Patienten. Im November 1944 lassen sich zwei Angehörige der französischen Miliz nachweisen, deren Einheit – nachdem Frankreich wieder von den Alliierten zurückerobert war – damals in Ulm stationiert war.

### **Das Lebensalter der Insassen des Reservelazaretts Winnenden**

1939/40 waren die im Reservelazarett Winnenden befindlichen Patienten im Durchschnitt 32,3 Jahre alt. 1944 findet sich ein Altersdurchschnitt von 30,3 Jahren. Beides ist für Soldaten ein deutlich überdurchschnittliches Alter. Untersuchungen des Altersdurchschnittes der deutschen Infanterie haben ein wesentlich niedrigeres Durchschnittsalter als das der in Winnenden Befindlichen ergeben.

1944, und zwar insbesondere im Spätherbst, finden sich auch auffällig viele sehr alte (bis über 60 Jahre!) und sehr junge (15 und 16 Jahre!) Soldaten im Reservelazarett Winnenden. Die vielen alten und ganz jungen Soldaten spiegeln das beginnende Ende des NS-Staates wider. Mit dem zunehmenden Zusammenbruch aller Fronten wurde im Oktober 1944 der Volkssturm einberufen, also ältere Männer und ganz junge Jugendliche. Wie nicht anders zu erwarten war, waren verschiedene dieser älteren oder vorzeitig gealterten Männer dem Militärdienst körperlich und seelisch nicht mehr gewachsen. Entsprechend brachen auch manche nur in der Pubertät, ja fast noch im Kindesalter Stehende, unter den Belastungen des Militärs zusammen.



*Alte Männer des Volkssturms werden von einem Oberfeldwebel am MG 42 ausgebildet.  
Solche Leute waren 1944 auch unter den Winnender Patienten. (Bild: wikipedia, gemeinfrei)*

Insgesamt waren das Alter der 1944 Eingelieferten wesentlich uneinheitlicher als 1939/40. Die vielen ganz Jungen und ganz Alten hatte es 1939/40 noch nicht gegeben.

### **Todesfälle**

In jedem Krankenhaus sterben Patienten. Das ist nichts Ungewöhnliches. Es ist aber zu fragen, ob im Reservelazarett Winnenden vielleicht auffällig viele Insassen gestorben sind. Wenn dem so wäre, könnte man die Vermutung äußern, dass der NS-Staat psychisch oder neurologisch kranke Soldaten auf dieselbe perfide Weise beseitigt, d. h. umgebracht hat, wie das im Rahmen der sogenannten „Euthanasie“ insbesondere 1940 auch mit Zehntausenden angeblich „hoffnungslosen“ zivilen Patienten geschehen war. In der Tat war die Heil- und Pflegeanstalt Winnenden damals – wie die anderen Heil- und Pflegeanstalten im Lande auch – ja Ausgangspunkt für die berüchtigten Transporte nach Grafeneck gewesen, wo man die Patienten dann ermordete.

Die Kenntnis von diesen Krankemorden war in der Bevölkerung weit verbreitet und hatte zu erheblicher Unruhe geführt. Deshalb hatte der NS-Staat sein „Euthanasie“-Programm schließlich auch offiziell wieder eingestellt; inoffiziell und in geringerem Rahmen lief es freilich weiter. Die englische Rundfunk-Propaganda machte sich die von Gerüchten und Unruhe geprägte Stimmung zunutze. Insbesondere der ebenso geniale wie skrupellose Propagandist Sefton Delmer ist hier zu nennen. Er verkündete über den als deutschen Sender getarnten „Soldatensender Calais“, der in Wirklichkeit natürlich ein britischer Sender mit pseudo-echt klingenden Pseudo-Wehrmachtsnachrichten war, dass in den psychiatrischen Krankenhäusern auch psychiatrisch und neurologisch erkrankte bzw. verwundete Soldaten „euthanasiert“ wurden. Nach den Erfahrungen mit der zivilen „Euthanasie“ konnten sich viele Deutsche so etwas durchaus vorstellen. Entsprechend verursachten Delmers Nachrichten erhebliche Verunsicherung unter der Bevölkerung und erreichten in vollem Umfang ihr Ziel.



*Sefton Delmer bei seiner Tätigkeit im „Soldatensender Calais“ (Bild: wikipedia, gemeinfrei)*

Aber nicht nur die Ermordung kranker Soldaten war ein Thema der bisherigen Diskussion, sondern auch die Ermordung politisch missliebiger Soldaten. Der als Fernsehmoderator und Autor bekannte Gunter Haug hat in einem Buch – das allerdings mit fiktiven Passagen belletristisch ausgestaltet ist – ausgeführt, dass der Gefreite August Voll 1942 im Reservelazarett Winnenden ermordet worden sei – und zwar, weil Voll politisch links gestanden sei.

Die Frage ist nun, inwieweit die Winnender Todesfälle Hinweise auf Delmers Behauptung vom Krankenmord auch an Soldaten liefern und inwieweit es Hinweise für den Mord an politisch links stehenden Soldaten gibt. Die Zahlen zeigen erhebliche Unterschiede zwischen den Todesfällen im zivilen Teil der Heil- und Pflegeanstalt und in deren militärischem Teil, also im Reservelazarett (vgl. Tabelle nächste Seite).

Wie sind diese Zahlen zu interpretieren? Es fällt zunächst einmal auf, dass die Todeszahlen im zivilen Teil der Heil- und Pflegeanstalt um den Faktor 20 (wenn nicht mehr – für 1945 sind die Zahlen unsicher) höher liegen als im Reservelazarett. Das kann verschiedene Ursachen haben. Zunächst einmal könnten die Soldaten insgesamt physisch gesünder gewesen sein als die zivilen Insassen der Heil- und Pflegeanstalt und dementsprechend seltener gestorben sein. Das allein würde aber die exorbitanten Unterschiede zwischen der militärischen und zivilen Todesrate kaum erklären, es sei denn, man nähme an, dass die zivilen Insassen weithin moribund gewesen wären. Das wird man so pauschal schwerlich vermuten können.

	<b>Todesfälle im Reservelazarett</b>	<b>Todesfälle in der zivilen Anstalt</b>
1939	0	?
1940	1	16
1941	1	51
1942	4	58
1943	7	67
1944	18	163
1945	4	287 (über 400?)
Summe	35	646 (über 750?)

Wahrscheinlicher ist etwas anderes: Offenbar wurden die zivilen Kranken vernachlässigt, erhielten weniger Pflege, weniger und schlechteres Essen als die Soldaten, von denen man ja hoffte, sie wieder einsatzfähig zu machen. Inwieweit hier gezielte Vernachlässigung mit dem stillschweigenden Ziel, durch Tod unnütze Esser loszuwerden, maßgeblich ist (also eine Art Fortsetzung der „Euthanasie“ mit anderen Mitteln), und inwieweit sich die Ärzte und Pfleger angesichts des Zustroms von militärischen Patienten und akuter Personalnot kaum noch um die zivilen Insassen kümmern konnten, kann allein aufgrund der Zahlen nicht entschieden werden. Die explosionsartige Zunahme von zivilen Todesfällen in den letzten paar Kriegsmonaten 1945 ist primär auf den Zusammenbruch aller Strukturen, d. h. wohl nicht zuletzt der Lebensmittelversorgung, zurückzuführen.

Als ziemlich sicher kann man annehmen, dass im Reservelazarett nicht gezielt getötet wurde (Ausnahmen im Einzelfall sind freilich nie mit völliger Sicherheit auszuschließen), dass also Sefton Delmers Aussagen vom gezielten Mord an Soldaten nichts anderes waren als Kriegspropaganda – und Kriegspropaganda nimmt es mit der Wahrheit nie genau. Delmer hat übrigens in seinen Memoiren lange nach dem Krieg genau das zugegeben: Er habe sich die Geschichte vom Mord an kranken Soldaten einfach so ausgedacht, mit dem klaren Ziel, die deutsche Bevölkerung zu verunsichern. Und Delmer fügt befriedigt hinzu: Er habe dieses Ziel mit seiner Lügengeschichte auch erreicht.

Haug's romanhaft bunt ausgestaltete Behauptung, August Voll sei aus politischen Gründen umgebracht worden, ist letztlich nicht belegbar. Wenn dem so wäre, müsste man ja auch etliche andere Insassen finden, die aus politischen Gründen getötet worden wären, und eine solche Vermutung wird durch die niedrigen vorhandenen Todeszahlen nicht gestützt.

### **Das Reservelazarett Winnenden: Lieferant von Kanonenfutter für die Front?**

Wie bereits erwähnt, war es das primäre Anliegen aller Lazarette, also auch des Reservelazaretts Winnenden, die eingelieferten Soldaten wieder einsatzfähig zu machen. Ein wichtiges Indiz, inwieweit das gelang, ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Winnenden. Hier findet man 1939/40 eine insgesamt recht kurze Verweildauer von nur 13,7 Tagen. Demnach scheinen die Patienten – soweit sie nicht aus der Wehrmacht entlassen wurden – tatsächlich recht schnell wieder an ihre Truppenteile zurückgeschickt worden zu sein.

Erstaunlicherweise hatte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 1944 auf 29,3 Tage mehr als verdoppelt. Man hätte eigentlich das Gegenteil erwartet: 1944 war die militärische Lage Deutschlands geradezu dramatisch, d. h. der Bedarf an wiedergenesenen Soldaten war viel größer als 1939/40. Wenn die Patienten nun trotzdem erheblich länger in Winnenden blieben, kann das verschiedene Ursachen haben: Zum einen könnten ganz einfach die Krankheitsbilder 1944 viel schwerwiegender gewesen sein als 1939/40. Zum zweiten könnten die Winnender Ärzte

unter Dr. Gruhle solche medizinischen Aspekte höher eingestuft haben als die Forderung der Wehrmacht, die Patienten rasch wieder zur Truppe zurückzuschicken. Wenn dem so wäre, hätte das Reservelazarett Winnenden eher nicht als willfähriger Lieferant von Kanonenfutter funktioniert.

Bemerkenswert ist ein Sonderaspekt, nämlich die Verweildauer von Wehrmachtshäftlingen. Sie blieben 1939/40 mit durchschnittlich 22,9 Tagen erheblich länger in Winnenden als die Soldaten insgesamt. 1944 hatte sich ihre Verweildauer gegenüber 1939/40 sogar noch erhöht, nämlich auf 28,7 Tage. Das ist insofern auffällig, als die Wehrmachtshäftlinge – also straffällig gewordene Soldaten – grundsätzlich dem Generalverdacht ausgesetzt waren, Drückeberger und/oder Simulanten zu sein. Es wäre also zu erwarten gewesen, dass man solche Leute nach kurzer Untersuchung rasch wieder in die Wehrmachtshaftanstalten zurückschickte. Genau dies ist aber nicht der Fall. Wenn die Wehrmachtshäftlinge drei Wochen (1939/40) oder gar vier Wochen (1944) in Winnenden blieben, dann heißt das, dass die Winnender Ärzte sich ausgesprochen ausführlich um Diagnosen (und Therapien? Aber zu Therapien findet man in den Lazarettkrankenbüchern keine Informationen) gekümmert und die Häftlinge nicht unbesehen oder kaum besehen wieder in die Hände der Militärjustiz übergeben haben.

Noch viel länger kümmerte man sich um die ausländischen Patienten, also Kriegsgefangene und auf deutscher Seite stehende Hiwis und Soldaten. Für sie ist 1944 die stattliche Dauer von 46,6 Tagen nachgewiesen, also beinahe sieben Wochen. Man hätte auch hier erwartet, dass sich ein gewissenlos nur auf Effizienz ausgerichtetes System sich dieser Patienten besonders schnell entledigt hätte. Aber ausgerechnet diesen Leuten, die ja – militärisch und ökonomisch gesehen – nur eine Last, nur unnütze Esser waren, die Plätze für Plätze für deutsche Soldaten blockierten, widmete man sich besonders lange. Auch das ist ein Indiz dafür, dass für die Winnender Ärzte durchaus medizinische Gesichtspunkte eine erhebliche Bedeutung hatten.

Die Frage, in welchem Maße im Reservelazarett Winnenden eine medizinisch seriöse Behandlung betrieben wurde und in welchem Maße sich die Winnender Ärzte der Forderung nach möglichst rascher Wiederherstellung der Dienstfähigkeit beugten, kann auch von einer anderen Seite her angegangen werden. Nicht nur die Länge des Aufenthalts ist hier wesentlich, sondern auch die Entlassungskriterien. Die Soldaten wurden bei der Entlassung in verschiedene Grade der Dienstfähigkeit eingestuft. Es waren dies in absteigender Folge: „kv“ (uneingeschränkt kriegsverwendungsfähig), „av“ (arbeitsverwendungsfähig) und „gv“ (garnisonsverwendungsfähig). Zwischenstufen zwischen „av“ und „gv“ waren „av u“ (arbeitsverwendungsunfähig) und „du“ (dienstunfähig). Beides waren vorübergehende Zustandsbeschreibungen, denn die mit diesen Beurteilungen aus dem Reservelazarett Winnenden Entlassenen wurden durchaus wieder zu ihren Truppenteilen zurückgeschickt, offenbar in der Erwartung, dass sie von den dortigen Ärzten weiter beobachtet, behandelt und gegebenenfalls wieder „kv“ oder „av“ geschrieben werden könnten. 1944 wurde das System der Entlassungskriterien weiter differenziert, indem in „kv Ia“, „kv I b“, „kv Ic“, „kv II“ und „bedingt kv“ unterschieden wurde. Außerdem wurde 1944 das Kriterium „wu“ (wehrunfähig) eingeführt.

Neben diesen Beurteilungsstufen bei der Entlassung gab es noch zwei weitere Bemerkungen bei Entlassungen: Hin und wieder stellten die Winnender Ärzte fest, dass die Patienten in anderen Lazaretten besser untergebracht waren. Dann hieß es bei der Entlassung nur: „verlegt“. Häufig wurden die Patienten auch nach Hause „in Urlaub entlassen“.

Während der Prozentsatz der „kv“-Beurteilungen 1939/40 und 1944 ungefähr gleich blieb, nahm der Anteil der in Urlaub Entlassenen stark zu: 1939/40 war das nur 1 % aller Patienten, 1944 nicht weniger als 22 %. Das scheint auf den ersten Blick eher dagegen zu sprechen, dass die Patienten schnell und rücksichtslos wieder in den Einsatz geschickt worden wären. Andererseits nahm der Prozentsatz der mit „kv“ (oder 1944 den verschiedenen Untergruppierungen von „kv“) Entlassenen deutlich zu: 1939/40 wurden nur etwa 18 % der Entlassenen mit „kv“

bewertet, 1944 waren es etwa 40 %. Umgekehrt sank der Prozentsatz der als „wu“ Eingestuft von etwa 39 % 1939/40 auf 22 % 1944. Diese Prozentzahlen würden durchaus dafür sprechen, dass man in Winnenden 1944 der Forderung nachkam, möglichst schnell möglichst viele Männer wieder einsatzfähig zu machen. Es gilt allerdings zu berücksichtigen, dass – wie an anderer Stelle ausgeführt – die Struktur der 1939/40 sich von derjenigen der 1944 Eingelieferten doch erheblich unterschied, was ebenfalls eine Ursache für die höhere „kv“-Quote sein könnte.

**TAGUNGSBEITRÄGE II:**  
**UNTERRICHTSPRAKTISCHE BEITRÄGE**  
**INTERVENTIONS DIDACTIQUES DU CONGRÈS**

**Ehrenbürger Ernst Spingler**

**Eine kontroverse Entnazifizierungsakte und deren Unterrichtspotenzial**

von Benjamin Seiz

Die kontroverse Spruchkammerakte des Winnender Ehrenbürgers Ernst C. Spingler veranschaulicht die Probleme des Entnazifizierungsprozesses nach 1945. Widersprüchliche Zeugenaussagen, Desinteresse in der Bevölkerung und ein überforderter Verwaltungsapparat können die Frage nach Schuld und Unschuld nur selten eindeutig klären. Die Einordnung des Falls durch Zeitgenossen und des Gerichts ist in der Regel nur innerhalb des geschichtlichen Kontexts verständlich. Hierfür steht die Akte Spingler exemplarisch.

**Die Wichtigkeit der Ziegelei Spingler für Winnenden**

Vor dem 19. Jahrhundert entwickelte sich Winnenden zu einer wichtigen Marktstadt für die nähere Umgebung. Frucht-, Holz- und Viehmärkte bildeten die Grundlage des Erwerbs.<sup>1</sup> Als sich im Königreich Württemberg jedoch die Transportwege besserten und der neu gegründete Zollverein von 1834 sich auszuwirken begann, fing die Industrie im Land allmählich an zu wachsen. Die Winnender mit ihrer genannten traditionellen Art der Wirtschaft wollten davon jedoch zunächst nichts wissen.

1876 hofften viele auf Anschluss an die große Entwicklung im Land, denn Winnenden wurde an die „Murrthalbahnlinie“<sup>2</sup> angebunden. Stattdessen konnte aber so die Stadt Stuttgart einen großen Teil des „Marktverkehrs“<sup>3</sup> an sich ziehen

Die Winnender sahen die Entwicklung an sich vorbeilaufen und realisierten dies nach und nach. Während beispielsweise die Lederindustrie in Schorndorf und Backnang schon anfing, in eine Art globalen Markt einzusteigen,<sup>4</sup> hatte sich in Winnenden noch immer keine einzige Fabrik angesiedelt. Schon damals machte sich das Bewusstsein breit, ein vermeintlicher „Verlierer der Industrialisierung“<sup>5</sup> zu werden bzw. zu sein.

1897 gründete sich die „Ziegelwarenfabrik Winnenden“, der ein Jahr später ein junger Kaufmann namens Ernst Christian Spingler beitreten sollte. Die Winnender Bevölkerung freute sich über die langersehnte Industrie in ihrer Stadt.

Ernst C. Spingler, zum Zeitpunkt des Firmenbeitritts bereits 20 Jahre alt, wurde als Sohn des Bürgermeisters von Nellmersbach, Johann Georg Spingler, und Luise geb. Oppenländer gebo-

---

<sup>1</sup> Bastian SEIZ: Die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges (1914-1918) auf die Zivilbevölkerung der Stadt Winnenden. In: Winnenden – Gestern und Heute 12 (2009), S. 79 – 166, hier 88.

<sup>2</sup> Stuttgart-Waiblingen-Backnang – später Hessental und Nürnberg.

<sup>3</sup> Gotthold BÖRNER: Winnenden in Sage und Geschichte. Winnenden 1923, S. 444.

<sup>4</sup> Petra BRÄUTIGAM: Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus. Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württemberg. München 1997, S. 389.

<sup>5</sup> SEIZ (wie Anm. 1), S. 88.

ren. Er hatte 1886 – 91 die Volksschule Nellmersbach und im darauffolgenden Jahr die Realschule im benachbarten Winnenden besucht. Hart und akribisch arbeitete er nun während der Jahrhundertwende an seiner Karriere und der Ziegelei. Immer neues Gebiet wurde von der GmbH hinzugekauft.

1909 erlebte Ernst C. Spingler seinen ersten beruflichen Höhe- und Wendepunkt, denn er stieg zum alleinigen Geschäftsführer des Betriebs auf. Im selben Jahr trat er Fachverbänden der Ziegelindustrie bei und wurde Vorstandsmitglied der Volksbank Winnenden. So entstand bald ein für den Unternehmer überlebenswichtiges Netz an Kontakten.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach und die europäische Katastrophe ihren schrecklichen Lauf zu nehmen begann, schrieben auch stolze Winnender Aussprüche wie „auf zur Metzelsuppe nach Paris“<sup>6</sup> auf ihre Geschützrohre, als sie siegessicher die Kaserne in Ludwigsburg verließen. Die Begeisterung dieser Zeitgenossen dürfte Spingler mit Sicherheit nicht geteilt haben, als er gleich zu Beginn des Krieges „unter die Fahne“ gestellt wurde. Als Landsturmmann diente er fortan im Württembergischen Ersatz Pionier-Bataillon 13 in Ulm. Sein Soldatenschicksal teilten 1914 – 1918 rund 800 Winnender, von denen 132 nicht heimkehrten.<sup>7</sup> Da verwundert es nicht, dass während des gesamten Krieges ungefähr ebenso viele, nämlich 814, Urlaubsgesuche gestellt wurden. Spingler war wahrscheinlich einer der energischsten Bittsteller.



*Luftaufnahme der Ziegelei, angefertigt vermutlich in den 20er Jahren  
(Foto: Aus dem Privatbesitz eines Zeitzeugen).*

<sup>6</sup> SEIZ (wie Anm. 1), S. 99.

<sup>7</sup> Ebd., S.160.

Die harten Jahre ohne Geschäftsführer während des Krieges hatten dem Betrieb wahrscheinlich mehr zugesetzt als die dann folgende große Inflation. Letztere ermöglichte nämlich durch die starke Ermäßigung aller inländischen Kosten in einigen Fällen auch Wirtschaftswachstum. Niedrige Löhne, Steuern, Mieten und Zinsen erleichterten Investitionen in den sog. Krisenjahren.<sup>8</sup>

Die Baubranche boomte, war jedoch hart umkämpft. Das Ziegelwerk G. Groß in Schorndorf etwa hatte sich in diesem Jahrzehnt völlig modernisiert. 1927 waren dort 300, zehn Jahre später bereits 400 Arbeiter beschäftigt.<sup>9</sup> Auch in Backnang war 1890 eine Dampfziegelei errichtet worden, die sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickeln sollte. Spingler konnte sich dennoch behaupten. Von der Weltwirtschaftskrise blieb er größtenteils verschont. 4,4 Mio. Menschen waren reichsweit arbeitslos geworden<sup>10</sup> und auch wenn die Quote in Württemberg nur halb so hoch war wie landesweit, zeigten sich die Winnenden in dieser schweren Zeit froh über die Konstante Spingler.

1935 gab Spingler die Planung eines großen Werksausbaus bekannt. 1937 wurde dieser mit dem Bau einer zweiten Ringofen- und Trocknereinlage fertiggestellt und die Produktion konnte verdoppelt werden. Im selben Jahr gelang es, die Idealfalzpfanne Z4n, ein Winnender Patent, in die Großfabrikation zu geben. Deren Nachfrage überstieg, so Spingler gänzlich unbescheiden, *wegen [ihrer] bis heute unerreichten technischen und architektonischen Vollkommenheit*<sup>11</sup> die Fabrikationsmöglichkeiten des Betriebs.

Als aus Nachkriegsjahren längst Vorkriegsjahre wurden, feierte Winnenden seinen erfolgreichsten Unternehmer im Jahr 1938 ein weiteres Mal mit einem rauschenden Fest. 60 Jahre Spingler, 40 Jahre Betrieb.

Winnenden hatte längst das erreicht, was Ende des 19. Jahrhundert noch ein Wunschtraum gewesen war. Die Industrie hatte in Winnenden Platz gefunden oder vielmehr Winnenden einen Platz in der Industrie. Ernst C. Spingler schien die Verkörperung des Aufschwungs dieser kleinen Stadt im Oberamt Waiblingen zu sein und war als Geldbringer und Arbeitgeber längst unverzichtbar geworden.

### **Spingler im Winnender Gemeinderat**

Mit 50,5 % war die NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 auch in Winnenden mit Abstand stärkste Partei, womit der landesweite Durchschnitt noch um rund 8 Prozent übertroffen worden war.<sup>12</sup> Am 6. September 1935 geschah die feierliche Amtseinssetzung der neuen Gemeinderatsmitglieder von Winnenden-Land. Die erste Amtshandlung war dabei der Schwur auf Volk und Führer. Wie der Abend im Gasthof Hirsch begann, so endete er schließlich auch.

*Als nach einigen Stunden regen Gedankenaustausches der Ortsgruppenleiter den Abend beschloss, reckten sich wieder schwere Bauern- und Arbeiterhände zum Schwure: „Deutschland, Deutschland über alles“ und zum Kampfgruß „Die Fahne hoch“.*<sup>13</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. Ursula BÜTTNER: Weimar - die überforderte Republik. In: GEBHARDT: Handbuch der Deutschen Geschichte 10 Stuttgart 10/2010, S. 173 – 812, hier 395.

<sup>9</sup> Uwe SCHMIDT (Hg.): Geschichte der Stadt Schorndorf. Stuttgart 2002, S. 346.

<sup>10</sup> Thomas SCHNABEL: Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928-1945/46. Stuttgart 1986, S. 68.

<sup>11</sup> StAL EL 902/24, Spingler, Ernst, geb. 2. Juni 1878, Aussage Spinglers am 24. September 1947.

<sup>12</sup> Roland SCHURIG: Winnendens Weg in den Nationalsozialismus. In: Winnenden – Gestern und Heute 6 (1995), S. 7 – 122, hier 8.

<sup>13</sup> Ebd.

Für Winnenden-Stadt gab die Kreisleitung Waiblingen bereits am 25. Juli die zu „Ratsherren“ Berufenen bekannt. Spingler war unter ihnen. Die Ratsherren sollten nicht mehr verhandeln, sondern „den Bürgermeister eigenverantwortlich beraten“ und bei der Bevölkerung für dessen Maßnahmen Verständnis schaffen.<sup>14</sup> Der Gemeinderat war damit „ein Verein von Claqueuren“<sup>15</sup> geworden und in den Gemeinderatsprotokollen ersetzten nun Standardfloskeln wie „der Gemeinderat nimmt Kenntnis“ oder „von den Gemeinderäten wird keine Einwendung erhoben“

Bereits bei der vierten Sitzung des neuen Stadtrats fällt jedoch auf, dass Ernst C. Spingler seine Rolle ernst nahm und sich selbst mit Sicherheit nicht als Claqueur oder Opportunist bezeichnet hätte. Er wusste sich auch im neuen Umfeld durchzusetzen. Er kritisierte etwa einen Antrag der Deutschen Arbeiterfront Württemberg. Danach sollten Gemeinden ihre Aufträge an Handwerker vergeben, die Mitglied der DAF waren und keine Beziehung zu Juden unterhielten.<sup>16</sup>

Spingler ist einer der wenigen, die deutlich widersprechen. Er stellte unmissverständlich klar, dass die DAF eventuell *die persönlichen Beziehungen zu Juden in Erwägung gezogen*<sup>17</sup> haben, dies auf geschäftlicher Ebene aber völlig *undurchführbar*<sup>18</sup> sei. Ein klarer Akt der Selbstlegitimation, denn in seiner Firma griff man noch bis mindestens 1937 auf *allgemein als jüdisch angesehene Lieferanten*<sup>19</sup> zurück. Der vom Bürgermeister eigentlich befürwortete Antrag wurde daraufhin vorläufig zurückgestellt und es kehrte schnell wieder Ruhe in den Sitzungssaal ein.

Nach 29 Jahren als Stadtschultheiß bzw. Bürgermeister endete die Ära Schmidgall, wenn auch anders von der Propaganda dargestellt, unfreiwillig. Spingler gab später an, von da an von seinem sofortigen Austritt überzeugt gewesen zu sein. Nur ein damaliger Landrat soll ihn überredet haben, nicht gleich abzutreten.<sup>20</sup> Der neue Bürgermeister Huber sorgte in der Tat für einen neuen Wind. Auf dem Rathaus, so Huber bei Amtsantritt, *wünsche ich eine echte, treue und wahre Kameradschaft*.<sup>21</sup> *Wenn mich jemand fragt, so fuhr er fort, was mein Programm ist, so kann ich nur antworten: Mein Programm sind die 25 Programmpunkte der NSDAP*.<sup>22</sup> Dass der „treue Kämpfer für unseren herrlichen Führer Adolf Hitler“<sup>23</sup> keinen leichten Stand bei der Bevölkerung Winnenden hatte, ist kein Geheimnis.

Es ist durchaus glaubhaft, dass Spingler nicht erfreut darüber war, keinen Winnender und vor allem keinen Fachmann als neuen Vorgesetzten zu haben, denn dadurch schwand sein Einfluss im Stadtrat. Tatsächlich war Spingler jedoch bei allen folgenden Sitzungen bis einschließlich Juni 1937 anwesend. Es waren wahrscheinlich vielmehr die Ereignisse der Sitzung am 9. Juni, die Spinglers wahren Grund zum späteren Austritt offenbaren.

---

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Rolf KÖNIGSTEIN: Alfred Dirr, NSDAP-Kreisleiter in Backnang. Ein Nationalsozialist und die bürgerliche Gesellschaft. Backnang 1999, S. 133.

<sup>16</sup> Gemeinderatsprotokoll, 26. September 1935.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Ebd.

<sup>19</sup> StAL EL 902/24, Akte Spingler (wie Anm. 11), Eidesstattliche Erklärung vom 18. März 1946.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Gemeinderatsprotokoll, 1. Dezember 1936.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Ebd.



*Amtseinsetzung Hubers am 1. Dezember 1936. PG Spingler (hintere Reihe, 5. v. R.)  
erscheint als einer der wenigen nicht in Uniform (alle Fotos: StA Winnenden).*

Die Firma Hummel & Co. aus Stuttgart hatte zur Freude der hiesigen Bevölkerung schon seit längerem geplant, in Winnenden industriell anzusiedeln. 120 Meter von Spinglers Wohnhaus entfernt sollte deren Betriebsgebäude zur Obstverwertung erbaut werden, was den Betriebspatriarchen Spingler rasend machte. Er befürchtete Geruchsbelästigung und drohte in aller Öffentlichkeit sogar mit der Umsiedelung seines Betriebs in eine andere Stadt. Beängstigt von diesem Erpressungsversuch besuchten Mitglieder des Winnender Gemeinderats einen ähnlichen Betrieb in Heilbronn, wo sie allerdings nicht auf den von Spingler beschriebenen Geruch stießen. Spingler platzte der Kragen, und er brüskierte Huber öffentlich in einer Sitzung.

*Es ist für mich eine Befriedigung, dass ich weiß, dass sie [die anderen Ratsherren] geschlossen hinter mir stehen. Ich kann nicht verstehen, dass Ratsherr Spingler mir einerseits zugesagt hat, keine Schwierigkeiten zu machen und nachher zum Herrn Landrat geht und dort vorstellig wird. [...] Vor allem muss aber auch Ratsherr Spingler erkennen, dass das Interesse des Einzelnen zurückgestellt werden muss, wenn das Gemeinwohl in Frage steht.<sup>24</sup>*

Kein einziges Mal mehr erschien er in diesem Jahr zu den Sitzungen. Erst zehn Monate später, im April 1938, ließ er sich dort wieder blicken, woraufhin er allerdings weitere fünf Monate fernblieb. Im Januar 1939 schied er schließlich auch formell aus.

### **Die Spruchkammerakte**

*Erwähnen möchte ich noch, dass die Nichterledigung des Falles Spingler viel Staub aufwirbelt und mir in diesem Zusammenhang ein Gerücht zu Ohren gekommen ist, das das Ansehen der Kammer schwer kompromittiert.<sup>25</sup>*

Dies war der mahnende Abschlussatz eines Sachbearbeiters der Spruchkammer Waiblingen in einem Brief vom 22. Januar 1948 an das damalige Ministerium für politische Bildung. Warum die Akte Spingler rund drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges noch nicht abgeschlossen

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> Ebd., vertrauliches Schreiben an das Ministerium für politische Bildung vom 21. Januar 1948.

war und warum diese als undurchsichtig und brisant bezeichnet werden kann, soll im folgenden Kapitel dargestellt werden.

Die Entnazifizierung im US-amerikanischen Sektor war so geregelt, dass zunächst jeder „Deutsche, der eine – genau definierte – Schlüsselposition des öffentlichen Lebens innehatte“<sup>26</sup>, einen einheitlichen Fragebogen ausfüllen musste. Spingler beantwortete diese 131 Fragen am 30. August 1945. Er gab dabei gleich zu Beginn an, seit 1933 Parteimitglied der NSDAP<sup>27</sup> gewesen zu sein. Damit war klar, dass er sich später genaueren Untersuchungen zu unterziehen hatte. Bei den Meldebögen von 1946 wurde eine zweite Welle an Befragungen angelegt. Essensmarken wurden nur ausgegeben, wenn der Anwärter<sup>28</sup> eine Quittierung über die Abgabe dieses Bogens vorlegen konnte<sup>29</sup>. Die Militärverwaltung versuchte so, eine lückenlose Grobsortierung aller Deutschen in „Betroffene“ bzw. „Nichtbetroffene“<sup>30</sup> zu ermöglichen. Das Hauptaugenmerk lag nun nicht mehr nur auf Mitgliedschaft in Partei oder damit verbundenen Organisationen, sondern auch auf der möglichen Nutznießerschaft der politischen Umstände von 1933-45. Spinglers erwähnte auffallend frühe Parteimitgliedschaft sowie die gute wirtschaftliche Entwicklung seiner Ziegelei während des Kriegs machten ihn verdächtig und juristisch zum „Betroffenen“. Am 5. März 1946 übergab die Besatzungsmacht mit dem Gesetz Nr. 104 alle Ermittlungen in die Deutsche Verwaltung.<sup>31</sup> Die sog. „Spruchkammern“ sollten nun anhand von fünf Kategorien genauer prüfen, ob die Betroffenen hauptschuldig, belastet, minderbelastet oder als Mitläufer bzw. Entlastete eingestuft werden konnten.<sup>32</sup>

Der bürokratische Aufwand hierfür war enorm und überforderte die Kreise und deren Ämter. 2 457.000 Fragebögen waren bis zum 31. August 1946 bei den Spruchkammern in Württemberg-Baden eingegangen.<sup>33</sup> Der damals dafür zuständige Staatsminister für politische Befreiung, Gottlob Kamm, bemängelte schon bald das Fehlen von Sachbearbeitern, Zeugen, Schreibmaschinen und die Einstellung der Bevölkerung im ganz allgemeinen.<sup>34</sup> „Die Personalschwierigkeiten [...] bestehen auch bei uns, weil die sich für die Durchführung dieses Gesetzes zur Verfügung gestellten Personen, die völlig unbelastet sind, nicht immer die fähigsten sind“, sagte er kurz nach Durchführungsstart des Gesetzes 104.<sup>35</sup> Erfahrene Juristen konnten nur selten für die Spruchkammern gewonnen werden. Das Ansehen der „Ermittler“, sprich den öffentlichen Klägern, war in der Bevölkerung im Allgemeinen sehr niedrig. Mit Denunziationen, wie Aussagen und Ermittlungen gegen Belastete oft gesehen wurden, wollte man nach den Terrorjahren zuvor nichts mehr zu tun haben. Die Interesselosigkeit kann zusätzlich auch mit den Existenzängsten der Menschen in den zerbombten Städten jener Zeit erklärt werden.

Der Minister räumte hierzu ein, dass „die allgemeine, durch die Not hervorgerufene Lethargie des Deutschen Volkes [...] das Interesse an der Entnazifizierung immer mehr schwinden“

---

<sup>26</sup> MOLITOR (wie Anm. 26), S. 8.

<sup>27</sup> StAL EL 902/24, Akte Spingler (wie Anm. 11), Fragebogen vom 30. August 1945.

<sup>28</sup> Alle Deutschen, die bis zum 4. März 1946 das 18. Lebensjahr vollendet hatten.

<sup>29</sup> MOLITOR (wie Anm. 26), S. 9.

<sup>30</sup> Bertold KAMM/Wolfgang MAYER: Gottlob Kamm und die Entnazifizierung in Württemberg-Baden. Tübingen 2005, S. 244.

<sup>31</sup> MOLITOR (wie Anm. 26), S. 9.

<sup>32</sup> Hans HESSE: Konstruktion der Unschuld. Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen und Bremerhaven 1945 – 1953. Bremen 2005, S. 245 f.

<sup>33</sup> KAMM/MAYER (wie Anm. 30), S. 114.

<sup>34</sup> Ebd., S. 94.

<sup>35</sup> Ebd., S. 96.

lässt.<sup>36</sup> Viele ehemalige Nationalsozialisten profitierten von den geschilderten „hilflosen Ermittlungsmöglichkeiten“.<sup>37</sup> Es ist ein offenes Geheimnis, dass gerade einflussreiche, NS-ideologische Bürger einer Stadt, seien es Unternehmer oder Politiker, sich oft erfolgreich mit sogenannten „Persilscheinen“ aus der Affäre gezogen haben. Dieser Freispruch wurde durch diverse Zeugen und Erklärungsschreiben erreicht. Quid pro quo bzw. „eine Hand wäscht die andere“, war hier das Prinzip.

Bei dem Leiter eines so großen und für die Region wichtigen Betriebs wie Ernst C. Spingler stößt man bei der Untersuchung der Spruchkammerakten auf gewisse Grenzen. Grundsätzlich liegt keine negative Aussage eines Arbeiters oder Betriebsleiters vor, der am Tage der Aussage noch für Spingler arbeitete. Die großen Anklagepunkte werden von jenen formuliert, die entweder entlassen wurden oder „freiwillig“ gekündigt haben. Viele Dokumente sind Bescheinigungen mit Unterschriften, die Spinglers weiße Weste zum Ausdruck bringen sollen. Diese Vorgehensweise war häufig, denn der Angeklagte musste selbst dafür sorgen, dass sich Zeugen für ihn aussprachen. „Wer nicht aktiv am Nationalsozialismus teilgenommen hat, braucht solche Bescheinigungen in großer Zahl nicht, denn ihm wird ja eine aktive Bestätigung von niemand nachgewiesen werden können“,<sup>38</sup> sagte Kamm einmal allgemein zu dieser häufigen Problematik.

Spingler war einer der Hauptarbeitgeber in Winnenden und zahlte wichtige Steuern. Das wusste auch die für ihn zuständige Spruchkammer in Waiblingen. Da er als „Betroffener“ seiner Arbeit als Betriebsführer zunächst nicht nachgehen durfte, stellte er im Juli 1946 mit Hilfe des Bürgermeisters den Antrag auf „vordringliche Behandlung des Spruchverfahrens“. Diese Bitte wurde daraufhin wegen der Wichtigkeit Spinglers für die Region „dringend befürwortet“. Es sollte also im Eilverfahren abgeschlossen werden, damit der im Wiederaufbau der Stadt sehr aktive Betriebsleiter bald seiner Arbeit wieder voll nachgehen konnte. Einer der drei für ihn zuständigen Prüfer bei der Spruchkammer war Inhaber eines Straßenbaugeschäfts in Winnenden und kannte Spingler mit großer Wahrscheinlichkeit persönlich.

Ein zentraler Anklagepunkt gegen Spingler betrifft den Umgang mit französischen bzw. russischen Zwangsarbeitern in seinem Betrieb. Das Problem des notorischen Arbeitskräftemangels während des Krieges wurde mit dem Einsatz ausländischer Gefangene in fast allen großen Betrieben Deutschlands zu lösen versucht. Im Herbst 1944 waren landesweit beinahe 8 Millionen Zwangsarbeiter beschäftigt. 2,8 Millionen aus der Sowjetunion, 1,7 Millionen aus Polen und 1,2 Millionen aus Frankreich.<sup>39</sup> Von letzteren befanden sich 56 ab September 1940 in der Ziegelei Winnenden. Im November 1941 kamen als Ergebnis der ersten Erfolge des Russlandfeldzugs „Barbarossa“ zusätzlich 157 Sowjets hinzu.

Die Behandlung der Zwangsarbeiter war per NS-Vorschrift geregelt. Allerdings kann durchaus von einem gewissen „Handlungs- und Ermessensspielraum“<sup>40</sup> des Betriebsleiters ausgegangen werden, der an einem Beispiel im nächsten Kapitel aufgezeigt wird. Insgesamt befanden sich während des Zweiten Weltkrieges 1245 ausländische Arbeitskräfte in Winnenden, davon 376 bei Spingler.<sup>41</sup>

---

<sup>36</sup> Ebd., S. 128.

<sup>37</sup> HESSE (wie Anm. 32), S. 371.

<sup>38</sup> KAMM/MAYER (wie Anm. 30), S. 125.

<sup>39</sup> Alle Zahlen aus: BRÄUTIGAM (wie Anm. 4), S. 231.

<sup>40</sup> Ebd., S. 235.

<sup>41</sup> Vgl. Renate WINKELBACH: Zwangsarbeiter in Winnenden 1939 – 1945. In: Winnenden – Gestern und Heute 8 (2003), S. 169 – 248.

In einer öffentlichen Sitzung der Spruchkammer äußerte Spingler am 25. Mai 1948:

*Ich kann nur sagen, dass unser Lager im ganzen Kreis als Musterlager gegolten hat. Nicht weil es etwa schlecht geführt worden wäre oder die Gefangenen schlecht behandelt, sondern weil es in jeder Weise vorbildlich eingerichtet und ausgerüstet war. [...] Bei uns waren die Sätze pro Kopf eines jeden Gefangenen RM. 1,20. Vorgeschriebener Satz war jedoch RM. 0,95. Das heißt also, dass ich für die Russen genügend und ausreichend gesorgt habe.<sup>42</sup>*

Mit diesen Worten wehrte sich der Betriebsführer gegen einen der vehementesten Vorwürfe seiner ehemaligen Werksmeister Schlöffel und Benz sowie dem ehemaligen Pferdepfleger Kotola. Diese hatten ihm gegenteilig zur Last gelegt, er habe die Gefangenen *drangsaliert bis aufs Blut*.<sup>43</sup> Verpflegungsentzug bei der geringsten Verfehlung, Prügel vor den Augen Spinglers und Dunkelarreste sollen an der Tagesordnung gewesen sein. Schlöffel berichtete, der Kantinenwirtin hätte Spingler befohlen, den Kriegsgefangenen nicht so viel zu Essen zu geben, da sie dadurch *nur faul werden*.<sup>44</sup> Die Kantinenwirtin stritt das jedoch entschlossen ab. Sie bestätigte, Spingler und Betriebsleiter Redl hätten die Rationen noch aufgestockt.

*Die Kontrolloffiziere der Stalag haben sich immer sehr lobend über die Verpflegung und Unterkunft ausgesprochen. Wenn in Ludwigsburg im Lager ein Gefangener war, der besonders schlecht dran war, so hat man ihn nach Winnenden zu Spingler geschickt, da wurde er aufgepäppelt.<sup>45</sup>*

Ohne Frage wohlwollende Handlungen, die man der nationalsozialistischen Verwaltung in Ludwigsburg gar nicht zugetraut hätte. Dr. Wildermuth, längere Zeit ärztlicher Betreuer der Zwangsarbeiter, bekräftigte die gute Gesundheit der Zwangsarbeiter in einer Erklärung. Ein weiterer Zeuge, selbst als Mitläufer markiert, gab an, Werksmeister Benz bezeichnete ihm gegenüber die Russen im Betrieb dank der Verpflegung einmal als *schneckefett*.<sup>46</sup>

Die Unterbringung an sich wurde von keiner Seite negativ beurteilt. Spingler baute eine weitere Baracke mit Waschgelegenheiten an, als die Unterkunft zu klein wurde.<sup>47</sup> Eine Aussage bzw. Bewertung von einem der Zwangsarbeiter selbst liegt nicht vor. Schlöffel gab an, Spingler hätte kurz vor Kriegsende zehn Gefangene zu einer Erklärungsschreiben gezwungen, wonach sie von ihm stets nur gute Behandlung erfahren hätten.<sup>48</sup> Dieses Dokument, sofern überhaupt existent, fehlt jedoch in den Unterlagen.

Die extremen Gegensatzdarstellungen der Zeugen ziehen sich wie ein roter Faden durch das gesamte Verfahren. Eine Aussage ist entweder äußerst pro oder eben contra Spingler, eine authentische Aussage „dazwischen“ sucht man vergeblich.

So verhält es sich auch mit den Vorwürfen des ehemaligen Pferdepflegers Paul Kotola aus Polonka/Polen. Er war als freier Zivilist 1940 – 45 bei Spingler tätig und ließ später bei der Anhörung vor der Spruchkammer kein gutes Haar an seinem ehemaligen Chef.

---

<sup>42</sup> StAL EL 902/24, Akte Spingler (wie Anm. 11), Protokoll der öffentlichen Sitzung am 25. August 1948.

<sup>43</sup> Ebd., Zeugenaussage vom 26. August 1946.

<sup>44</sup> Ebd., Brief des Karl Schlöffel an die Spruchkammer vom 10. März 1947.

<sup>45</sup> Ebd., Zeugenaussage von Maria Würsching am 22. November 1946.

<sup>46</sup> Ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung am 25. August 1948.

<sup>47</sup> Ebd., Zeugenaussage von Maria Würsching am 22. November 1946.

<sup>48</sup> Ebd., Erklärung Karl Schlöffels, Datum unbekannt.

*Gegen Ausländer und Kriegsgefangene war Spingler außerordentlich brutal und grob. Er hat seinen Betriebsleiter zu ähnlichem Verhalten aufgefordert. Ich war Zeuge dieser Aufforderung.*<sup>49</sup>

Weiter gab er an, er musste im Winter barfuß mit den Pferden durch den Schnee gehen. Seine Kleidung sei allgemein unzureichend gewesen. Spingler habe ihn geohrfeigt, weil er ihn einmal nicht begrüßt hatte.

*Das Essen war sehr schlecht. Ich selbst wurde krank und konnte nicht vom Bett aufstehen. Spingler hat verlangt, ich solle sofort aufstehen und arbeiten, er würde mich sonst aus dem Bett herausschlagen.*<sup>50</sup>

1944 wurde Kotola nach einem Streit für ein viertel Jahr in das KZ Welzheim geschickt. Aus heutiger Sicht muss festgestellt werden, dass der mögliche Tod Kotolas damit billigend in Kauf genommen wurde. Diverse historische Veröffentlichungen über die schrecklichen Zustände im besagten „Schutzhaftlager“ sprechen eine deutliche Sprache.<sup>51</sup> Nach Kotolas Rückkehr soll Spingler gesagt haben, wenn er *nicht weiter bei ihm arbeiten wolle, bringe er [ihn] wieder ins KZ, bis [er] verrecke.*<sup>52</sup>

Im ersten Urteilspruch vom 30. Januar 1947, worin Spingler als „Mitläufer“ kategorisiert wurde, erkannte man die Glaubwürdigkeit Kotolas nicht an. Man stützte sich auf diverse Aussagen wie die eines Kraftfahrers, der die Behandlung Spinglers gegenüber Kotolas als *vorzüglich* beschrieb. Er habe ihn immer *als Mensch behandelt*. Ein weiterer Zeuge beschrieb Spingler gar als eine Art Samariter, der Kotola *einmal nach einer verregneten Jagd seine Strickweste gegeben habe*, als dieser fror. Kotola berichtete noch, er sei kurz vor Kriegsende mit einem Transporter der Firma Kärcher nach Ulm gefahren worden, weil Spingler Angst hatte, er könne später gegen ihn aussagen. Betriebsleiter Redl bestätigte den Transport, nicht allerdings die Umstände und Beweggründe. Doch nicht nur Kotola soll nach Auffassung der Ankläger von Spingler körperlich gezüchtigt worden sein. Spingler soll schon einige Jahre zuvor einem Italiener, der in der Landwirtschaft tätig war, die Zigarette aus dem Mund geschlagen haben.

*1934 war es, als ich selbst mit aufs Feld gegangen bin um Kartoffeln aufzuklauben. Hierbei war auch ein Italiener, der bei dieser Arbeit noch eine Zigarette rauchte. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass das bei der Arbeit zu unterbleiben hat und stattdessen rauchte er sich tatsächlich noch eine neue Zigarette an. Dies hat mich derart erbost, dass ich ihm dafür eine Ohrfeige gab.*<sup>53</sup>

Neben Kotola soll eine Russin gewohnt haben, die ebenfalls in der Landwirtschaft tätig war. Als sie sich eines Tages krankmelden wollte, wurde sie bei der Polizei wegen angeblicher Arbeitsverweigerung inhaftiert. Erst drei Tage später kam sie schließlich nach Schwäbisch Hall ins Krankenhaus, wo sie operiert werden musste.

Einer der delikatesten Punkte bei der Aufarbeitung der Entnazifizierungsakte Spingler betrifft die Erschießung eines russischen Zwangsarbeiters auf dem Ziegeleigelände im Jahre 1943.

*Als wieder einmal fünf russische Gefangene dem Kommando der Ziegelei zugeteilt wurden, hat der Wachhabende den Befehl gegeben, denselben die Haare kurz zu scheren. Ein Leutnant Alexei Krischa wehrte sich dagegen, wurde deswegen eingesperrt und eines Morgens von dem*

---

<sup>49</sup> Ebd., Zeugenaussage von Paul Kotola am 16. August 1946.

<sup>50</sup> Ebd., selbe Zeugenaussage.

<sup>51</sup> Vgl. z. B. Gerd KELLER/Graham WILSON: Konzentrationslager Welzheim. Welzheim 1975.

<sup>52</sup> SAL EL 902/24, Akte Spingler (wie Anm. 11), Zeugenaussage von Paul Kotola am 16. August 1946.

<sup>53</sup> Ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung am 25. August 1948.

*Wachhabenden, der in Begleitung eines Wachmannes war, aufgefordert seinen Eimer rauszutragen. Im Freien angelangt, legte der Wachhabende den Leutnant Krischa mit zwei Schuss um. Das alte Lied „auf der Flucht erschossen oder in Notwehr gehandelt“. Unter der Regie des „Mitläufers Spingler“ erfolgte dieser Meuchelmord!<sup>54</sup>*

Diesem anklagenden Schreiben eines Zeugen beigelegt war die Abschrift einer Polizeiakte, auf der vier Russen am 14. Mai 1945 die Tat genauso beschrieben haben sollen. Der Verwalter der Landwirtschaft, Gottlob Knödler, sagte ebenfalls aus, es ging dabei ursprünglich um die Verweigerung eines Haarschnitts.

Dass es zu diesem Zwischenfall kam, stritt niemand im Betrieb ab. Warum der Betriebsführer des „Musterlagers“, Ernst Spingler, erst „im Laufe des Tages“ von der Erschießung eines Arbeiters in Kenntnis gesetzt wurde, gibt jedoch Rätsel auf. Betriebsleiter Redl wusste den Namen des wachhabenden Soldaten sowie dessen derzeitigen Wohnort zu berichten. Am 20. November 1946 schickte die Spruchkammer eine schriftliche Bitte an die zuständige Behörde, den Soldaten ausfindig zu machen und zu befragen. Er sollte Aufschluss geben, „auf wessen Veranlassung er seinerzeit den Russen erschossen hat und wie er dazu gekommen ist“<sup>55</sup>. Ein halbes Jahr später hieß es in einem Antwortschreiben, man habe ihn trotz größter Bemühungen nicht ausfindig machen können. Die Abschrift der Polizeiakte besagt, dass der Getötete um 4 Uhr morgens in einer Nacht- und Nebelaktion per Handkarren auf den Winnender Friedhof gefahren wurde. Die Russen mussten hier für ihren Kameraden ein Grab schaufeln. Ein für die Aufklärung des Mordes an dem Sowjet geladener Polizeimeister erschien nicht vor Gericht. Genauso wenig eine weitere Zeugin, die zur allgemeinen Behandlung von Ausländern aussagen sollte.

Ein weiteres Augenmerk lag auf dem Verdacht auf „Nutznießerschaft“. Ernst C. Spingler musste schon zu Beginn der Entnazifizierungsprozedur seinen Jahresumsatz sowie sein eigenes Einkommen darlegen. Die US-Amerikaner waren daran interessiert, ob ein Unternehmer während des Krieges auffallend steigende Gewinnsummen einheimsen konnte. Dies war bei Spingler nicht der Fall. Sein Jahresumsatz veränderte sich während der Kriegsjahre nur unwesentlich. Den größten Umsatzsprung machte er 1938, als eine zweite Ringofen- und Trocknereinlage fertiggestellt wurde. Die Produktion und der Umsatz konnten dabei verdoppelt werden. Den nichtabreißenden Gewinn in den Folgejahren begründete er in einer Erklärung außerdem mit diversen Patenten und der immer häufigeren Behebung von Flieger- und sonstigen Kriegsschäden mit seinen Ziegeln. „Selbstverständlich hat die Firma vor und im II. Weltkrieg wie andere Ziegelwerke auch Lieferungen für Kasernenbauten usw. im Rahmen ihrer Bedeutung übernommen, sie konnte sich dem ja gar nicht entziehen“<sup>56</sup>, erläuterte er dazu noch. Eine wirtschaftliche Nutznießerschaft in Verbindung mit der NS-Diktatur schien dennoch nicht gegeben. Spingler pflegte beispielsweise so lange es ging Geschäfte zu jüdischen Lieferanten, was laut eidesstattlicher Erklärung des Buchhalters den Firmenbüchern dieser Zeit entnommen werden konnte.

Spinglers eventueller Draht zur NSDAP war der Spruchkammer mindestens genauso wichtig wie die einzelnen Vorwürfe über Misshandlungen sowie die allgemeine Behandlung der Gefangenen. Bereits mehrfach erwähnt, trat Spingler bereits 1933 der Partei bei.

*Ich war in der Betriebsführung der Dachziegelwerke E.C. Spingler GmbH in Winnenden jahrzehntelang allein leitend und musste durch die maßlose Agitation mit versteckten Drohungen der DAF annehmen, dass ohne Beitritt zur Partei schwerste Erschütterungen und Schäden des*

---

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Ebd., Brief des öffentlichen Klägers an das Ministerium für politische Befreiung vom 20. November 1946.

<sup>56</sup> Ebd., Brief Spinglers an den öffentlichen Kläger vom 24. September 1947.

*Unternehmens, meines Lebenswerkes, unausbleiblich waren. -Das war meine einzige Überlegung für den Beitritt.<sup>57</sup>*

An dieser Stelle ist erwähnenswert, dass sich die Deutsche Arbeitsfront erst neun Tage nach Spinglers Parteibeitritt überhaupt gründete. Dieser Grund zum Parteibeitritt war während der Entnazifizierung deutschlandweit von vielen Betriebsführern gegeben worden.<sup>58</sup> Im Gegensatz zu seinem Betriebsleiter Redl war Spingler nicht in der SA bzw. weiteren Organisationen, die mit der Partei in Verbindung standen.<sup>59</sup> Die Kinder Spinglers gehörten ebenfalls keiner solchen an. Er formulierte dazu plausibel, dass dies nur denkbar sei, „wenn das Familienoberhaupt entsprechend eingestellt war“.<sup>60</sup> Mehrere Angestellte bestätigten Spinglers politisches Desinteresse. Sein Amt des stellvertretenden Kreisjägermeisters 1934-37 war ebenfalls unpolitisch. Jagdkameraden Spinglers gaben an, bei den damit verbundenen Jagsauflügen soll er niemals über solche Dinge gesprochen haben.

*Herr Spingler hat sich auch niemals zu Gunsten des dritten Reiches mit den Jägern unterhalten, sondern ich konnte aus seinen Bemerkungen feststellen, dass das Gegenteil der Fall war. Wir können mit gutem Gewissen versichern, dass Herr Spingler sich uns gegenüber niemals zu Gunsten des Nazismus geäußert hat, gerade das Gegenteil konnten wir feststellen. Ich kann deshalb bestätigen, dass er sich in keiner Weise als Nazi gezeigt hat, sondern im Gegenteil sich häufig sehr ablehnend den Maßnahmen des Dritten Reich gegenüber geäußert hat.<sup>61</sup>*

Diese inhaltlich und formal identischen Aussagen stammen von drei verschiedenen Zeugen und gingen innerhalb von zwei Tagen bei der Spruchkammer ein. Die Betriebsappelle Spinglers sollten laut Schlöffel und Benz besonders aufschlussreich über dessen wahre politische Einstellung gewesen sein.

*Bei Betriebsappellen hat er persönlich zur Belegschaft gesprochen und die Ziele der NSDAP verherrlicht. Er sagte u.a. einmal bei solch einem Appell: Wir müssen alle mithelfen die Ziele des Führers zu verwirklichen, ihr wisst alle, dass ich meinen guten Beitrag leiste.<sup>62</sup>*

An anderer Stelle soll er erklärt haben, es seien noch Leute, die *anders gesinnt* sind, im Betrieb. Der Führer solle nach dem *Siege die Zügel noch straffer ziehen*.<sup>63</sup>

*Im Juli 1938 kam ich zu der Firma Spingler und ich merkte gleich, was dort für ein Wind wehte. Die Tamtams die bei den Betriebsappellen dort gemacht wurden mit Ausschmückung des Saales, Anbringung der Hitlerbilder-Göring-und Leybilder etc. Die Werkschar wurde aufgestellt und der Betroffene ging dann durch das aufgestellte Spalier. [...] Er sprach davon, dass wir einen genialen Kriegsführer hätten. Ich glaube bestimmt, dass er dies aus innerster Überzeugung heraus gesprochen hat.<sup>64</sup>*

Dass Spingler jedoch damals in der Gestaltung seiner Betriebsappelle gänzlich frei war, ist zumindest zweifelhaft. Dazu passend bemerkte er, seine Reden, die er *halten musste und* [ihm]

---

<sup>57</sup> Ebd., Stellungnahme Spinglers an die Spruchkammer vom 30. August 1945.

<sup>58</sup> Vgl. HESSE (wie Anm. 32), S. 418.

<sup>59</sup> Betriebsbedingt allerdings DAF und NSV.

<sup>60</sup> StAL EL 902/24, Akte Spingler (wie Anm. 11), Stellungnahme Spinglers an die Spruchkammer vom 30. August 1945.

<sup>61</sup> Ebd., Erklärungen vom 10./11. Januar 1947.

<sup>62</sup> Ebd., Zeugenaussage von Gottlob Benz am 26. August 1946.

<sup>63</sup> Ebd., Erklärung Karl Schlöffels, Datum unbekannt.

<sup>64</sup> Ebd., Protokoll der öffentlichen Sitzung am 25. August 1948.

vorgeschrieben waren, wurden von [ihm] so gedreht, dass [er] dabei möglichst wenig das Politische dabei streifen brauchte.<sup>65</sup> Er erklärte weiterhin, er hätte, was die Regelmäßigkeit von Betriebsappellen angeht, Parteivorschriften gebrochen. Es wird sich vermutlich nicht mehr aufklären lassen, ob Spingler seine Appelle, die zweifelsohne stattfanden, nur gemäß Vorschrift oder doch mit ideologischer Überzeugung gestaltete.

Wenn letzteres der Fall gewesen wäre, hätten die Arbeiter dies im Betriebsalltag eigentlich mitbekommen müssen. Spingler soll die Reichsflagge auf dem Gelände gestiftet, Bilder von Nazigrößen aufgehängt und den Arbeitern Druck wegen deren politischer Überzeugungen gemacht haben. Marschierte er auch nicht in Uniform auf dem Betriebsgelände umher, soll er jedoch den „Hitlergruß“ verbindlich eingeführt haben.

Die Entnazifizierungsakte Spingler ähnelt einem Kriminalroman. Fehlende Zeugen, persönliche Feindschaften und eine nicht klar nachvollziehbare Verteilung von Zuständigkeit und Verantwortung innerhalb des Betriebes lassen eine juristische oder moralische Einschätzung aus heutiger Sicht nicht zu.

Im ersten Spruchkammerurteil vom 30. Januar 1947 erklärte man Ernst C. Spingler als der Kategorie IV angehörig. Er war „Mitläufer“ und damit freigesprochen von einer konkreten Schuld. Mit der Erstattung der Gerichtskosten sowie einer einmaligen Sühnebeitragszahlung von 2000 Reichsmark<sup>66</sup> sollte sich damit die Entnazifizierungsakte des Fabrikleiters schließen. Es wurde dabei vom Richter bemerkt, dass es bezweifelt worden sei, ob er die *rechte soziale Einstellung gehabt habe*. Man hätte aber nur insofern zu urteilen, *als es sich kurz gesagt, um die Frage des Aktivismus als Nationalsozialist dreht*.<sup>67</sup>

Die nächst höhere Kategorie wäre die des „Minderbelasteten“ gewesen. Dies hätte vorausgesetzt, dass man mehr als nur „nomineller“ Teil der Nationalsozialismus war.<sup>68</sup> Die bloßen Begriffe Schuld bzw. Unschuld werden bei genauerer Betrachtung der Sache im Kern oft nicht gerecht. Ernst C. Spingler scheint dafür ein geeignetes Beispiel.

### Spingler in der Nachkriegszeit

Nach Abschluss des Entnazifizierungsverfahrens 1948 wurde Ernst C. Spingler wieder alleiniger Betriebschef der Ziegelei. Die Firma prägte das Stadtbild nun noch mehr als je zuvor. Die Kriegsschäden wurden mit Spinglers Dachziegel meist zu besonderen Preisen gerichtet, die Reparaturen an der Stadtkirche spendete er. Für die Unterbringung der Heimatvertriebenen wurde die Kesselrainsiedlung mit Einfachstwohnungen erbaut, die nur durch die vergünstigten Waren Spinglers möglich waren. Ab 1952 hatte man mit dem neuen, 75 Meter hohen Schornstein das höchste „Bauwerk des Kreises“<sup>69</sup> errichtet. Am „imposantesten“, so berichtete das Volks- und Anzeigebblatt damals stolz, zeige sich die moderne Konstruktion dem, der „etwa vom Rossberg oder von Bürg herunter in die Winnender Ebene schaut“.<sup>70</sup>

Anlässlich seines 75. Geburtstages wurde Ernst C. Spingler 1953, einstimmig vom Gemeinderat beschlossen, zum Ehrenbürger der Stadt Winnenden ernannt. Er habe sich *mit diesem seinem*

---

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Die vom Gesetz höchst mögliche Strafe in dieser Kategorie.

<sup>67</sup> StAL EL 902/24, Akte Spingler (wie Anm. 11).

<sup>68</sup> HESSE (wie Anm. 32), S. 245.

<sup>69</sup> Volks- und Anzeigebblatt, 28. November 1952.

<sup>70</sup> Ebd.

*Lebenswerk um die hiesige Stadt besonders verdient gemacht.*<sup>71</sup> Gemeint waren damit die genannten wirtschaftlichen Aspekte durch Steuern und als Arbeitgeber sowie die zahlreichen sozialen Leistungen während der Nachkriegszeit.

1953 gab er anlässlich seines Geburtstages bekannt, seiner Heimatstadt Material für eine Stadthalle zu stiften, die kurze Zeit später errichtet wurde. Zuvor konnte man nur im Saal des Landeskrankenhauses, im Albrecht-Bengel Haus oder in Nebenräumen diverser Gaststätten zu offiziellen Anlässen einladen. Vereinen, Kindergärten, Krankenhäusern, der Hilfskasse der Stadt sowie Einzelschicksalen spendete er unentwegt. Als 1959 das Wasser in der Region knapp zu werden drohte, gab Spingler solches kostenlos aus dem fabrikeigenen Brunnen frei. Spingler war nach außen unermüdlich darum bemüht, an seiner sozialen Ader keinen Zweifel zu lassen.

1960 erhielt Spingler das Bundesverdienstkreuz I. Klasse. Es sollte dabei das besondere Engagement auf Kreis- und Ortsebene für „den Wiederaufbau unseres Vaterlandes“<sup>72</sup> gewürdigt werden.

---

<sup>71</sup> Gemeinderatsprotokoll, 28. Mai 1953.

<sup>72</sup> Roland SCHURIG (unveröffentlichtes Manuskript im StAW, Sammelordner Ehrenbürger Ernst C. Spingler), um 1995.

# **Verfolgung vor der Haustür – Gottlob, Anton, Eugen, Marie, Helene und Wilhelm**

## **Beispiele über die Verfolgung Andersdenkender, aus rassistischen Gründen, „Euthanasie“-Verbrechen und die Denunziation von Wehrmichtsangehörigen**

von Eberhard Abele

### **Einleitung**

Schorndorf war in den 30er Jahren mit knapp 9.000 Einwohnern eine typische kleine protestantische Stadt mit bäuerlich geprägtem Umland, wie es sie in Württemberg zahlreich gab.

1933 waren 3.604 Menschen erwerbstätig. 2.017 (56 %) arbeiteten in der Industrie und im Handwerk, 88% davon in Kleinbetrieben mit weniger als sechs Beschäftigten. 485 Menschen (13,5 %) waren in der Landwirtschaft hauptberuflich tätig, nebenberuflich waren es weit mehr. 1.102 Menschen – 30 % der Beschäftigten – arbeiteten im Handel- und Dienstleistungsbereich. 10,2 % (366) waren als Arbeitslose gemeldet.<sup>1</sup>

Bei den Wahlen zum Reichstag am 6. November 1932 wählten 1.245 die NSDAP, was einem Wahlanteil von 30,0 % (im Reich 33,1 %) entsprach. Am 5. März 1933 gaben von den 4.822 Wählern 1.977 (40,9 %) der NSDAP ihre Stimme. In Württemberg erreichte die NSDAP 41,9 % und im Reich 43,9 %.<sup>2</sup>

So typisch wie das Wahlverhalten und das Alltagsleben der Menschen in Schorndorf vor und während der NS-Diktatur war, so exemplarisch waren die Schicksale derjenigen, die nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehörten. Längsschnittartig werden einige dieser Schicksale, die in der zwölfjährigen NS-Gewaltherrschaft aus unterschiedlichen Gründen aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen, verfolgt und ermordet wurden, vorgestellt und ihre Einsatzmöglichkeiten im Unterricht erörtert.

- 1933/34: Frühe Verfolgung der politischen Gegner: Gemeinderat Gottlob Kamm, SPD und Heinrich Talmon-Groß
- 1935/36: Diskriminierung und Verfolgung aus rassistischen Gründen: Antijüdische Hetze gegen Eugen Bacher (DDP), Inhaber eines Musikgeschäfts und gegen die jüdische Familie Anspach, die ein Spielwaren- und Haushaltsgeschäft mit Stoff- und Modeartikeln am Marktplatz führten.
- 1936-45: Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung aus rassistischen Gründen: Das Schicksal der Sinti-Familie Guttenberger, die seit 1935 in Schorndorf lebte
- 1940: Verfolgung und Ermordung von Kranken und Behinderten: Euthanasieverbrechen an Helene Krötz (Urbach) und Marie Fetzer
- 1943-45: Denunziation und Verfolgung eines Angehörigen der Wehrmacht: Der Glasermeister Wilhelm Bauer im Konzentrationslager

---

<sup>1</sup> Barbara HAMMERSCHMITT: Schorndorf in der Zeit des Nationalsozialismus (= Heimatblätter 15 (2000)), zugleich Diss. Stuttgart 1999, S. 263.

<sup>2</sup> Ebd., S. 266.

## II. Zeittafel (Schwerpunkt Verfolgung – Widerstand)

1933

### Vor der Machtübernahme:



Januar 1933: Vor dem Bahnhofskiosk von Rosa und Gottlob Kamm – der kleine Junge ist ihr Sohn Bertold – machen sich Mitglieder der Freien Sportvereinigung und der SPD über Hitler lustig. Sie werden später angezeigt.  
(© Privat Ursula Kamps, geb. Kamm)

### Sicherung und Ausbau der Macht

2. Februar

**Demonstration** der KPD: Nach der Ansprache eines Redners auf dem Unteren Marktplatz ziehen unter Gesang der „Internationalen“ etwa 50 Personen zum Augustenplatz. Anzeigen wegen Beleidigung des Reichskanzlers.

5. Februar

**Umzug mit Kundgebung vor dem Rathaus** der Gewerkschaften, SPD und KPD mit ca. 1000 Personen. Polizeikommissar Staiger: *Etwa 500 Personen mögen sich an dem Umzug beteiligt haben, u. wie ich sehen konnte, waren  $\frac{3}{4}$  dieser Personen Auswärtige. Hinzu kommen noch 500 Zuhörer, so daß sich nach meiner Schätzung etwa 1.000 Personen vor dem Rathaus befunden haben.*<sup>3</sup>

Mitte Februar

**Verbot eines Vortrags und einer Theateraufführung** von Friedrich Wolf (KPD)

<sup>3</sup> Ebd., S. 294.

4. März

**Große Kundgebung der NSDAP.** Nach einem Feuerwerk marschieren die SA mit Fackeln durch die Stadt zum Löwenkellersaal, in dem eine Rede Hitlers im Rundfunk übertragen wird.

5. März

**Wahl zum Reichstag.** Hohe Wahlbeteiligung in Schorndorf: 89,4 %; 40,9 % stimmen für die NSDAP. SPD 17,6 %, Kampffront Schwarz-Rot-Weiß/ DNVP 13,9 %, KPD 7,8 %, CVD 7,1 %, DDP 4,9 %, Bauernpartei 3,9 %, Zentrum 3,2 %, DVP 0,6 %

7. März

Letzte Gemeinderatssitzung mit allen Gemeinderatsmitgliedern der SPD und KPD

8. März

Am Rathaus hängt die Hakenkreuzfahne neben der schwarz-weiß-roten Flagge.

13. März

### **Verbot und Auflösung von Arbeitervereinen**

Arbeitergesangverein ‚Frohsinn‘, Arbeitersportvereine, Radverein ‚Vorwärts‘

24. März

### **Politische Säuberungsaktionen**

Hausdurchsuchungen, Festnahmen, „Schutzhaft“. An der Aktion beteiligen sich SA-Leute, die vom NSDAP-Ortsgruppenleiter Schaufler abkommandiert und von der Polizei als Hilfspolizisten mit Waffen ausgestattet werden. 24 Personen der SPD und vor allem der KPD werden in Schutzhaft genommen und für 3-6 Monate in das KZ Heuberg eingeliefert. Unter den Verhafteten ist auch KPD-Stadtrat Strobel.

25. März

Drohungen – *denselben in Schutzhaft zu nehmen*

1. April

### **Boykottmaßnahmen** gegen das Kaufhaus der jüdischen Familie Anspach auf dem Marktplatz

Zwei bewaffnete SA-Männer stellen sich vor die Eingangstür und drohen mit der Einlieferung ins Konzentrationslager. Viele Kunden besuchen trotzdem das Kaufhaus. Einen Tag zuvor weist Bürgermeister Raible die städtischen Ämter an, den *Einkauf im Warenhaus Anspach und im Konsumverein künftig unter allen Umständen zu unterlassen.*<sup>4</sup>

Anfang Mai

Umbenennung von Straßen und Plätzen. Die Burgstraße wird zur Adolf-Hitler-Straße, der Augustenplatz zum Horst-Wessel-Platz

---

<sup>4</sup> Ebd., S. 120.

24. Juni

**Bücherverbrennung** im Rahmen der Sonnwendfeier mit folgendem Ablauf:

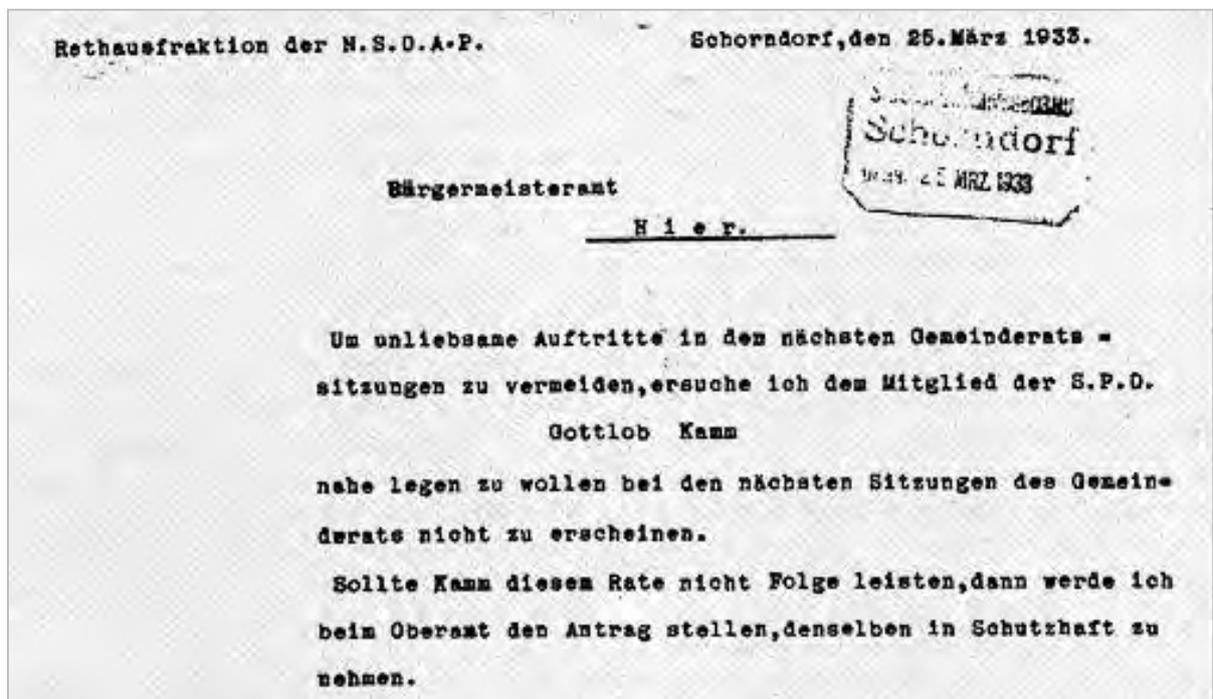
Vormittag: Gottesdienst

Nachmittag: Sportwettkämpfe aller Schulklassen auf drei Sportplätzen ...

Abend: Versammlung auf dem Marktplatz: Choral und Volkstänze der HJ. Anschließend Gang zur Göppinger Steige um dort Schriften „undeutschen Geistes“ zu verbrennen.<sup>5</sup>

*Dann gab der Leiter des Festes, W. Seybold, der Führer der Hitlerjugend, das Zeichen zum Verbrennen kommunistischer Schriften und Flugblätter, die hier in Schorndorf beschlagnahmt worden waren. Mitglieder der HJ brachten Arme voll gedruckter Bücher und Schriftmaterials daher und bald flackerten die verbrannten Blätter vom warmen Winde aufwärts getrieben in die Luft. Ein freudiges Bild für die lebhaft interessierte Schuljugend.<sup>6</sup>*

Zum Schluss: Gemeinsames Lied *Ich hab mich ergeben*



*Schreiben von Friedrich Schaufler, Bezirksnotar, seit 1926 NSDAP-Ortsgruppenleiter und ab 1935 stellvertretender Bürgermeister. Gottlob Kamm kam der Drohung nach. (© Stadtarchiv Schorndorf)*

25. Juli

**Verhaftungswelle** und Inhaftierung im Polizei-Gefängnis Schorndorf

Unter dem Vorwand „kommunistischer Umtriebe“ werden 19 Personen festgenommen. Hintergrund: Feierlichkeiten des Deutschen Turnfestes in Stuttgart – Angst vor Terroraktionen

<sup>5</sup> Bericht der Schorndorfer Nachrichten vom 10. Mai 2006.

<sup>6</sup> HAMMERSCHMITT (wie Anm. 1), S. 85.

17. Oktober

**Öffentliche Ermahnung:** Ehrerbietung gegenüber den Liedern und neuen Symbolen

Propagandaleiter Erdmann: [...] *dass besonders in den umliegenden Häusern des Marktplatzes manche Einwohner es nicht für notwendig hielten, beim Deutschland- und Horst-Wessel-Lied den Arm zu heben. Wir wollen den Betreffenden die ernste Mahnung aussprechen, künftighin in dieser Hinsicht Charakter und Disziplin an den Tag zu legen* [...] <sup>7</sup>

**1934**

2. Februar

Verhaftung von Gottlob Kamm und Heinrich Schulze von der SPD

5. Februar – 19. Mai

**Kamm im „Schutzhaftlager Ulm“** ohne vorherige Anklage

**Nach der Entlassung:** Zu Hause muss sich Kamm zweimal die Woche auf der Polizeistation melden. Er ist ein Jahr arbeitslos und gerät in Schorndorf zunehmend in Isolation. Allein schon seine Bekanntschaft gilt als gefährlich. <sup>8</sup>

21. – 23. April

Große Propagandaschau anlässlich des 100. Geburtstags von Gottlieb Daimler.

Enthüllung des Daimler-Denkmal, SA-Aufmärsche, Vorführungen und Festbankett.

30. April

Bürgermeisteramt kündigt sämtliche Bekanntmachungsaufträge mit dem demokratisch eingestellten „Schorndorfer Volksblatt“

Juni

**Achtet auf die Volksschädlinge** – Aktion Regierung und Partei gegen Staatsfeinde

Ansprache Ortsgruppenleiter Schaufler auf dem Marktplatz: *Mancher habe Gelegenheit genommen am Biertisch hinterm warmen Ofen dies und jenes zu kritisieren, haltlosen Gerüchten das Ohr zu leihen oder sie weiterzutragen. [...] Gegen diese Kritiker geht der Kampf* [...] <sup>9</sup>

November

**Ermahnung bei Nichtbeflaggung** am Reichstrauertag. Schaufler an Oberlehrer Bullinger: *Ich nehme an, daß Sie sich in Zukunft ein derartiges Versäumnis nicht mehr zu schulden kommen lassen. Heil Hitler.* <sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Ebd., S. 95.

<sup>8</sup> Ebd., S. 93.

<sup>9</sup> Ebd., S. 95.

<sup>10</sup> Ebd., S. 95.

**1935**

April

**Kein Schaukasten für den „Stürmer“**

Eugen Bacher, Inhaber des Musikgeschäfts lehnt die Anbringung eines Schaukastens für das antijüdische Hetzblatt *Der Stürmer* ab. Der Vorfall wird dem SA-Sturmführer Roos gemeldet.

4. Mai

**Terror der Hitlerjugend: *Fluch über Dir***

SA-Mitglieder und HJ, die in Uniform mit dem Spielmannszug erscheint, bringen den Schaukasten in einer feierlichen Aktion an. Da Bacher nicht zu Hause ist, gehen ca. 200 Personen zu den Tennisplätzen und zwingen Bacher hinter dem Spielmannszug zu seinem Haus zu marschieren – begleitet von Sprechchören der HJ: *Judenfreund, Du bist ein Verräter an Deinem Volk, an Deinem Führer, an Deinem Blut, an Deinem Glauben. Judenknicht, Du neigst Dich vor den Mördern Deiner Brüder! Fluch über Dir!*<sup>11</sup>

31. August

Landgericht Stuttgart: Bacher ist selbst schuld. Bachers Anzeige beim Landgericht Stuttgart gegen die Anführer der Aktion, die SA-Leute Roos, Losch und Rapp sowie dem HJ-Vertreter Jira wird abgewiesen, *da Bacher durch sein ungehöriges Verhalten selbst Anlass zu dem Vorfall gegeben hat.*<sup>12</sup>

3. Oktober

Die jüdische Familie Anspach entschließt sich, ihr Kaufhaus mit den Spielwaren, Haushalts-, Stoff- und Modeartikeln aufzugeben und Schorndorf zu verlassen.

10. Oktober – 25. Oktober

**Erblehre, Rassenkunde und Bevölkerungspolitik:** Große Ausstellung mit Filmen und Vorträgen

**1936**

19. Januar

**„Showdown“: Anhänger der Deutschen Christen – Anhänger der Bekennenden Kirche**

Nachdem der von Landesbischof Wurm abgesetzte und bereits auswärts wohnende Dekan Otto Rieder (D. C.) keine Anstalten machte seine Stellung zu räumen, erschien in der Tagespresse die Meldung des kommissarisch eingesetzten Dekan Josenhans (B.K): „Am Sonntag – Kein Geläute, kein Gottesdienst“. Daraufhin lassen die lokalen NSDAP- und SA-Führer ihre Anhänger vor der Stadtkirche aufmarschieren und verkünden: „Dekan Rieder, wir grüßen dich, Heil Hitler!“

Um 11.45 Uhr kommen 300 bis 400 Josenhans-Anhänger vor der Kirche zusammen, singen „Eine feste Burg ist unser Gott“ und hören die Segensworte „ihres“ Dekans.

---

<sup>11</sup> Ulrich THEURER, Eugen BACHER: Ein Demokrat in undemokratischer Zeit. In Heimatblätter 5 (1987), S. 90 – 97, hier S. 94.

<sup>12</sup> Ebd., S. 96.

Auf dem Kirchplatz stehen sich Gegner und Anhänger von Rieder und Josenhans gegenüber. Es kommt zu erregten Debatten über den D.C.-Mann Rieder, den „Faulenzer“, über das Verhältnis der NSDAP zu kirchlichen Fragen und über die Person Josenhans von der Bekennenden Kirche. Zu Handgreiflichkeiten kommt es trotz der explosiven Lage nicht. Beim Abendgottesdienst kommt es zu einer Abstimmung mit den Füßen. Rund 1.600 Kirchgänger erscheinen und betonen, dass sie Josenhans und nicht Rieder als Dekan wollten.

21. Januar

Josenhans muss wegen „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ Schorndorf verlassen. Erst am 30. März 1936 kann er seine Stelle als Dekan antreten, die er bis 1949 inne hat.<sup>13</sup>

29. Januar

Mitteilung des Bürgermeisteramts an Selma und Helmut Anspach. Als Juden seien sie nach dem Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 von der Stimmliste gestrichen worden.

24. März

**Keine Bedenken:** Das Innenministerium widerspricht dem Bürgermeisteramt, das die seit 1935 in Schorndorf lebenden Sinti-Familie Guttenberger von der Wählerliste streichen wollte.

29. März

**Denunziation und Einschüchterung:** Verhaftung des früheren KPD-Gemeinderats Karl Strobel morgens um 4 Uhr durch SS und SA, nachdem er am Vortag im ‚Elefanten‘ mit einem Bekannten über die Wahl zum Reichstag gesprochen hat.

*Abends kurz nach 6 Uhr wurde ich entlassen. Vor dem Rathaus über den Marktplatz bis zur Hauptstraße war die SS, SA, die Pol. Leiter [der NSDAP] und die Amtswalter angetreten. Sie bildeten zwei Reihen, in der Mitte eine Gasse, durch welche ich hindurchgehen mußte. Eine große Menschenmenge schaute diesem Schauspiel zu.<sup>14</sup>*

6. April

**Überwachung:** Über die Kommunisten meldet Polizeiwachtmeister Schippert: *Sie halten sich [...] entweder in der Wirtschaft zum Engel, Ochsen, Adler, Elefanten [...] auf. Ein direktes Zusammenrotten wurde noch nie wahrgenommen.*<sup>15</sup>

5. September

**Denunziation – neun Jahre später im KZ ermordet.**

Verhaftung von Heinrich Talmon-Groß in einer Gaststätte in Miedelsbach. Der Zigarrenmacher Gewerkschaftssekretär und ehemalige SPD Stadtrat berichtet am Stammtisch über seine Schutzhaft auf dem Heuberg und bezeichnet Hermann Göring als den wahren Brandstifter des Reichstags. Wegen *politischer Verleumdung* wird er zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt und anschließend von der Gestapo ins KZ Dachau verschleppt. Über das KZ Mauthausen führt sein Weg nach Dachau zurück, wo er am 20. Februar 1945 ermordet wird.

---

<sup>13</sup> „Kein Geläute, kein Gottesdienst“ – Der Fall Josenhans in Schorndorf, abrufbar unter: <https://www.des-volkes-stimme.de/>.

<sup>14</sup> HAMMERSCHMITT (wie Anm. 1), S. 151.

<sup>15</sup> Ebd., S. 148.

3. Oktober

Die Anspachs verlassen Schorndorf. Anzeige in den Schorndorfer Nachrichten:

*Wir [Gebr. Zollmann] übernehmen das bisher von der Familie Anspach in unserem Hause geführte Warenhaus und führen dasselbe als Textilgeschäft weiter.*<sup>16</sup>

27. Oktober

Der Film „Erbkrank“ läuft im Kino Hess in der Palmstraße.

## 1938

2. April

Rassenforscher Dr. Adolf Würth, Berlin in Schorndorf

Anton Guttenberger lehnt die Untersuchung der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ ab.

16.–17. Juli

Schorndorf im Jubiläumstaumel: 250-Jahrfeier der Weiber von Schorndorf

2. August

Die Firma L&C Arnold meldet, daß an den Wänden eines Aborts unseres Betriebes zwei Mail „Heil Moskau“ und „Stalin der Retter“ aufgeschrieben wurde. Ein Dummejungenstreich?

Der NSDAP-Ortsvorsitzende und stellvertretende Bürgermeister Schaufler meldet den Vorfall über den Landrat an die Gestapo nach Stuttgart. Einzelverhöre mit Schriftproben durch Polizeileutnant Speidel bleiben ohne Ergebnis.

Februar – November

Auflösung von weiteren Vereinen und Glaubenssekten: z. B. „Verein der Freunde Israels“, „Möttlinger Gemeinde“. Bereits 1936 „Anthroposophische Gesellschaft“



*Großer Festumzug und Aufführung des Schauspiels „Die Weiber von Schorndorf“ von Josef Weinberg im Juni 1938 (© Stadtarchiv Schorndorf/Privatarchiv Lothar Bacher)*

<sup>16</sup> Ebd., S. 119.

2. Dezember

Schutzhaftanordnung der Gestapo für Paul Diebel, Fabrikarbeiter, Kommunist.

Einlieferung ins Gestapo-Gefängnis Welzheim. Ablehnung des Antrags auf Aufhebung der Schutzhaft im Juli 1939. Verschleppung nach Dachau und am 27. September 1939 nach Buchenwald. Ermordung dort am 13. März 1940.

## II. Weltkrieg – Der Krieg im Innern

**1939**

12. Februar

„Hammer und Sichel“ auf die Vorstadtstraße mit Kreide gezeichnet.

Polizeileutnant Speidel Anfang 39: *Zusammenkünfte von früheren Kommunisten wurden keine beobachtet. KPD-Anhänger [...] im Aussterben. Von einer aktiven oder passiven Wühlarbeit ist keine Rede.*<sup>17</sup>

In seinen Tagesberichten notiert er:<sup>18</sup>

*12. Februar:*

*Gottesdienst in der Stadtkirche überwacht. Verbotener Hirtenbrief des Landesbischofs verlesen. Christus [...] ursprünglich Jude.*

*25. April:*

*Beim Abbruch der Zimmerwerkstatt Reile kommunistische Flugblätter gefunden*

*7. August:*

*Staatsfeindliche Schriften bei der Firma Jupiter gefunden. Verdächtige nach Stuttgart zur Gestapo verbracht.*

*15. August:*

*Hochverräterische Schriften bei der Fa. Leibbrand*

*8. September:*

*20.50 Uhr Hetzelgasse. Ausländische Rundfunknachrichten in deutscher Sprache. Festnahme [...] Anzeige*

**1940**

### **Euthanasiemorde an Kranken und Behinderten in Grafeneck auf der Schwäbischen Alb**

30. Mai: Marie Anna Fetzer

10. September: Albert Kohler

5. November: Elsa Heinrich

29. November: Karl Hottmann<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> HAMMERSCHMITT (wie Anm. 1), S. 150.

<sup>18</sup> StAL EL 902/25, Bü 6739, Spruchkammerakte Albrecht Speidel.

<sup>19</sup> Neuerdings gibt es neue Akten zur „Euthanasie“. Nach dem Fall der Mauer kamen im ehemaligen „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR viele Patientenakten ans Licht, die im Bundesarchiv seit mehreren Jahren der Forschungsöffentlichkeit zur Verfügung stehen. Die tatsächliche Zahl der Euthanasiemorde dürfte sich mehr als verdreifachen.

## 1942

Mitte Februar – Januar 1943

**Massenmörder aus Schorndorf:** Der 1908 in Schorndorf geborene und aufgewachsene Albert Rapp leitet als SS-Obersturmführer und Führer des Sonderkommandos *7a in Eigeninitiative und mit Eifer*<sup>20</sup> Massenerschießungen an Juden. 1965 wird er zu lebenslanger Haft verurteilt. 1975 stirbt er in der Haftanstalt Hohenasperg.

**Kampf gegen die Feine im Innern:** Rechenschaftsbericht des Polizeirevierleiters Speidel über die Arbeit der Dienststelle Schorndorf:

- *1942 wurden von der Schutzpolizeiabteilung bearbeitet: 10 Verbrechen, 91 Vergehen, 306 Übertretungen, 117 polizeilichen Meldungen aller Art. Zu diesen schriftlich bearbeiteten Handlungen kommen noch 512 strafbare Handlungen, die im Schnellverfahren ihre amtliche Erledigung gefunden haben.*
- *40 Personen wurden festgenommen und die meisten dem Amtsgericht oder der Gestapo vorgeführt.*
- *11 Personen mußten zu ihrer eigenen Sicherheit oder der Sicherheit ihrer Mitmenschen in polizeiliche Verwahrung genommen werden [...]*
- *Die Schutzpolizei führte [...] 134 Gefangenentransporte durch. Davon die meist größte Anzahl nach Welzheim [Schutzhaftlager der Gestapo] und Rudersberg [Frauenarbeitserziehungslager]*
- *Zur Zeit haben wir in unserer Stadt über 300 Ausländer verschiedener Nationen [...]*
- *Das Hauptereignis des Jahres auf dem Gebiet des Luftschutzes war der Luftangriff vom 4./5.Mai 1942. Im Jahr 1942 wurde 25 Mal Fliegeralarm gegeben.*

Speidel: *In Haltung und Leistung wird das Jahr 1943 die Schutzpolizeidienstabteilung in Wort und Tat als treuer Diener unseres geliebten Führer an der Arbeit sehen.*<sup>21</sup>

4.–6. August

**Festsetzungsbeschluss:** Alle über 14-jährigen Familienmitglieder der Sinti-Familie Guttenberger hatten den Festsetzungserlass von 1939 zu unterschreiben, in dem ihnen mitgeteilt wurde, dass sie ihren Wohnsitz ohne Genehmigung nicht verlassen dürfen.

18. September

**Tod im KZ:** Im KZ Flossenbürg stirbt der Gärtner und Schäfer Albert Krauter aus Schorndorf an „Herzschwäche“. Er war am 22. Juni 1942 von der Gestapo Stuttgart eingeliefert worden.

## 1943

8.–11. März

**die Zigeuner fortun:** Anweisung der Kripo Stuttgart an die Polizeibehörde, das Ehepaar Guttenberger und die Kinder zu verhaften und am 15. März um 13 Uhr zum Nordbahnhof bringen.

Gegenüber Polizeimeister Haug bemerkt Dienststellenleiter Speidel am 11. März *dass Geschäft komme, man müsse die Zigeuner fortun, sie kämen in ein Lager.*<sup>22</sup>

<sup>20</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Albert\\_Rapp](https://de.wikipedia.org/wiki/Albert_Rapp), aufgerufen 12.6.2020.

<sup>21</sup> Spruchkammerakten Albrecht Speidel (wie Anm. 18).

<sup>22</sup> StAL EL 920/25, Bü 3525, Spruchkammerakten Wendelin Haug.

13. – 18. März

**Familie Guttenberger, verhaftet und nach Auschwitz weggeschleppt:** Die Eltern Anton und Johanna und ihre Kinder Rudolf, Berta, Maria, Johannes, Elisabeth und ihr Pflegekind Karl werden am 13. März zuhause verhaftet und im Polizei- und Amtsgefängnis Schorndorf inhaftiert.

Da Johanna, Karoline und Gustav kriegswichtig beschäftigt waren, bleibt ihnen die Verhaftung und Inhaftierung erspart. Albert und Ludwig sind flüchtig. Am 15. März werden die Guttenbergers um 11 Uhr mit dem Zug nach Stuttgart gebracht. Am gleichen Tag werden 234 Menschen in Viehwaggons nach Auschwitz transportiert. Ankunft im Lager am 18. März spätabends.

Juni

**„Vom Schulfreund angezeigt:** Wilhelm Bauer, Glasermeister auf Heimaturlaub in Schorndorf: Der in Estland stationierte Soldat der Marineartillerie bezeichnet im Gespräch mit seinem Schulfreund Johannes Hermann Hitler als den größten Massenmörder aller Zeiten. Hermann zeigt Bauer einige Tage später an. Im September wird Bauer im Feld verhaftet und im Mai 1944 als politischer Volksschädling wegen Zersetzung der Wehrkraft zu drei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt wird. Im KZ Papenburg wird der Glasermeister „in bestialischer Weise von SS-Soldaten misshandelt“.<sup>23</sup> Im April 1945 wird der durch Briten befreit.

Juli – November

**In Auschwitz ermordet:** Anton (50) und Elisabeth (12) am 26. Juli, das Pflegekind Karl (8) am 11. August und im Zeitraum März bis November Johanna Guttenberger (49)

Dezember

Karoline (18) wird in Auschwitz am 11. Dezember eingeliefert, Rudolf am 12. Dezember ins KZ Natzweiler transportiert, Ludwig – im Oktober zum zweiten Mal verhaftet – kommt am 16. oder 23. Dezember ins Lager. Berta (17) stirbt an Hungertyphus.

**1944**

**An der Heimatfront:** Aus dem Tätigkeitsbericht<sup>24</sup> des Revierleutnants Speidel:

- *Strafbare Handlungen: 1944 wurden von der Schutzpolizeidienststellenabteilung bearbeitet Vorjahr in ( ): Verbrechen = 13 (20) Vergehen = 174 (168) Übertretungen = 116 (136) Dazu wurden noch = 121 (194) polizeiliche Meldungen aller Art erstattet. Insgesamt wurden 576 strafbare Handlungen schriftlich erledigt (586)*
- *Ein besonderes Kapitel nehmen die Arbeitsbummeleien und Arbeitsvertragsbrüche ein. Es wurden 59 Personen zusätzlich zur Anzeige bzw. der Geheimen Staatspolizei vorgeführt und zur Abrügung gebracht. Davon waren nur 5 Deutsche.*
- *[...] staatsfeindliche Äusserungen oder Handlungen [...] 15 Personen zur Rechenschaft gezogen [...]*
- *Festnahmen und Zwangsgestellungen: [...] insgesamt 145 (109) Personen, die Mehrzahl waren wieder ausländische Arbeitskräfte. Davon viele, die über das Wochenende über ihre Faulheit in Arrest nachzudenken Gelegenheit hatten.*

---

<sup>23</sup> Sabine REICHLE-NOLLE: Vom Schicksal des Vaters geprägt. In: Renate SEIBOLD-VÖLKER: „Wir brauchten jeden Apfelschnitz“, Schorndorf 1995, S. 42 – 44.

<sup>24</sup> Spruchkammerakte Albrecht Speidel (wie Anm. 18).

- *Der Arbeitsvertragsbruch der ausländischen Arbeitskräfte – einschl. Elsässer – war gegenüber dem Vorjahr doch etwas zu hoch. Das kommt wohl daher, weil Welzheim und Rudersberg zuerst nach hier Arbeitskräfte abgeben [...]*
- *Gefangenentransporte: Die Transporte nach Welzheim und Rudersberg sind weggefallen bzw. werden durch die Schutzpolizei des Reiches ausgeführt.*
- *Das Abhalten und Hinauswerfen der Jugendlichen aus dem Lichtspieltheater war auch dieses Jahr erfolgreich. 3 Jugendliche mußten wegen Übertretung des JgdSchG. angezeigt werden. Das 6. Kriegsjahr durch die Umquartierungen und vor allem aber durch den Kohlenmangel und den Ausfall des Haushaltsgases eine Belastung bzw. kalte Füße [...].*

### **Familie Guttenberger**

**Ermordet:** Maria (16) im Frühjahr in Auschwitz, Johannes (15) am 16.9. in Buchenwald.

**Zwangsarbeit:** Karoline im KZ Ravensbrück und verschiedenen Außenarbeitslagern. Ludwig in Ravensbrück und vermutlich in Bergen-Belsen

**Giftgasversuche und Zwangsarbeit:** Rudolf in Natzweiler, Neckarelz und Dachau. Karoline und Rudolf überleben die Gewaltherrschaft der Nazis.

### **1945**

20. Februar

Ermordung von Heinrich Talmon-Groß im KZ Dachau

15. März

Flucht von Rudolf Guttenberger in Bad Salzungen

21. April

Schorndorf: Gegen 8.30 Uhr erscheinen die ersten amerikanischen Soldaten auf dem Marktplatz. Walter Arnold zu den amerikanischen Soldaten: „*Hello boys! Do you want to see the Mayor, he wants to turn the town over to you.*“ Bürgermeister Beeg etwas später: „*Ich übergebe hiermit die Stadt kampflös den alliierten Truppen*“

24. April

Befreiung von Karoline Guttenberger von den Russen im Lager Wittenberg

April

Befreiung von Wilhelm Bauer von Briten in einem Bremer Gefängniszuchthaus

3. Mai

Ludwig Guttenberger kommt um, als englische Flugzeuge das Schiff „Cap Arcona“ versenken, das mit 7000 KZ-Insassen an Bord in der Lübecker Bucht liegt; 6400 KZ-Insassen verlieren das Leben

22. Juni

Ernennung von Gottlob Kamm zum Bürgermeister durch den Landrat im Namen der Militärregierung

## Das Thema im Unterricht

### I. Bildungsplan

#### *Regionalgeschichte*

In den Leitgedanken zum Kompetenzerwerb wird die Bedeutung der Regionalgeschichte für den Unterricht folgendermaßen beurteilt:

„Die Regionalgeschichte ermöglicht den Schülerinnen und Schülern einen anschaulichen, eng auf ihre Lebenswelt bezogenen Zugang zur Geschichte. Ihr didaktisches Potenzial liegt insbesondere im exemplarischen Prinzip. Historische Lernorte bieten in besonderem Maße Anregungen, den Prozess des historischen Denkens anzustoßen.“<sup>25</sup> Darüber hinaus: Die regionalen und globalen Ebenen konkretisieren, ergänzen und (bisweilen) relativieren die nationale und europäische Geschichte, die im Vordergrund des Geschichtsunterrichts steht.

#### ***Inhaltsbezogene Kompetenzen (Auswahl – Beispiel M-Standard)***

„3.2.8 Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg – Zerstörung der Demokratie und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

- das Alltagsleben in der NS-Diktatur zwischen Zustimmung, Unterdrückung und Widerstand erläutern (Diktatur; „Arisierung“; Propaganda; Massenorganisation: z. B. HJ, BdM; Terror, Verfolgung: Konzentrationslager, Pogrom, politisch, rassistisch, religiös Verfolgte, Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, „Euthanasie“; Widerstand)
- die sich aus der Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ergebende Verantwortung begründen (Schuld, Mitschuld, Verantwortung)“

Unterstreichungen: Inhalte, die im Unterrichtsvorschlag behandelt werden

#### *Prozessbezogene Kompetenzen (Auswahl):*

- Sachkompetenzen  
Einordnung historischer Sachverhalte in Raum und Zeit (SK 2.5, 1) und Einordnung regionalgeschichtlicher Beispiele in übergeordnete historische Zusammenhänge (SK 2.5,7)
- Methodenkompetenz  
Informationen aus außerschulischen Lernorten auswerten (MK 2.2, 4) (zum Beispiel Museum, Archiv, Denkmal, Kulturdenkmal, Gedenkstätte, historischer Ort)
- Reflexionskompetenzen  
Erkennen der Möglichkeiten und Grenzen individuellen und kollektiven Handelns in historischen Situationen und erörtern alternativer Handlungsmöglichkeiten (RK 2.3,3)  
Erläutern der Auswirkungen von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen auf die Lebens- und Erfahrungswelt der Menschen (RK 2.3,7)
- Orientierungskompetenzen  
Erörtern der Übertragbarkeit historischer Erkenntnisse auf aktuelle Probleme und mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft (OK 2.4,5)

---

<sup>25</sup> <http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG/SEK1/G/LG>.

## II. Didaktische Hinweise

Der Titel „Verfolgung vor der Haustür – Gottlob, Anton, Eugen, Marie, Helene und Wilhelm“ charakterisiert das didaktische Konzept der Konkretion, der Anschaulichkeit und der Exemplarität.

„Konkret“ – „Anschaulich“ – „Exemplarisch“: Die NS-Gewaltherrschaft soll nicht als weit entferntes Momentum, sondern „konkret“ – quasi vor der Haustür – und „anschaulich“ in den Blick genommen werden.

Die „exemplarisch“ ausgewählten Beispiele aus dem Alltagsleben der Menschen haben Transfercharakter, d. h. sie sind übertragbar auf tausende vergleichbarer Fälle. Wichtig ist dabei, die regionalgeschichtlichen Beispiele in übergeordnete historische Zusammenhänge einzuordnen und zu reflektieren.

Das vertraute „Du“ in der Anrede „Gottlob“, „Anton“, „Marie“ ... steht für „Nähe“, „kennt man gut“, „einer von uns“, „könnte auch ich“ sein. Warum damals die Nachbarn „von der Haustür nebenan“ aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt, verfolgt und teilweise ermordet wurden, soll anhand der Materialien analysiert reflektiert werden. Außerdem sollen Bezüge zur Gegenwart hergestellt und Handlungsoptionen für die Schülerinnen und Schüler eröffnet werden.

Während die Begriffe „Konkret“ – „Anschaulich“ – „Exemplarisch“ das didaktische Konzept beschreiben, charakterisieren die Begriffe „Erinnern“ – „Orientieren“ – „Handeln“ das didaktische Ziel der Unterrichtseinheit. Zur Auseinandersetzung mit der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus im Unterricht gehört immer auch die Beschäftigung mit dem Gegenentwurf, der parlamentarischen Demokratie und zugleich die sich aus den nationalsozialistischen Verbrechen ergebende Verantwortung für jeden einzelnen von uns.

Insbesondere in den Leitperspektiven „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ sowie im Leitfaden „Demokratie“ sind zentrale Bildungsziele formuliert, die man im Kontext mit der Einheit über den Nationalsozialismus – plakativ – mit den Slogans „Wehret den Anfängen“, „Niemals wieder“, „Engagiert für unsere Demokratie“ charakterisieren kann.

## III. Methodische Überlegungen

Vorneweg: Die Materialien können auf dem Landesbildungsserver unter [www.landeskunde-bw.de](http://www.landeskunde-bw.de) aufgerufen und heruntergeladen werden. Die doppelseitigen Arbeitsblätter mit ihrer einheitlichen Struktur – kurze Texte, zahlreiche Bild- und Textquellen, Randspalte mit Zeitleiste oder weiteren Verfolgungsbeispielen, Fragekasten – sind vielseitig einsetzbar.

**Alltag in der NS-Diktatur: Verfolgung vor der Haustür**

<p><b>HELENE KRÖTZ – MARIE FETZER</b>  <b>1940: Massenmord auf der Schwäbische Alb</b></p>		<p><b>WER NICHT ZUR VOLKSGEMEINSCHAFT GEHÖRTE, DER ...?</b></p>
<p><b>Helene Krötz</b> wurde am 20. 4. 1919 in Oberurbach geboren. Sie war das achte von neun Kindern der Eheleute Krötz, die eine Metzgerei und das Wirtshaus ‚Zum Lamm‘ betrieben. Eine Hirnhautentzündung führte zu ihrer geistigen Behinderung. Die Diagnose von Dr. C. Hartmann:</p>		<p><b>10.654 „Euthanasie“ – Verbrechen an Kranken und Behinderten</b></p>
<p><i>Helene Krötz ist nach geistiger und körperlicher Verfassung als an Idiotie leidend zu bezeichnen. Sie bedarf steter Aufsicht Fürsorge und wäre am besten in einer entsprechenden Anstalt unterzubringen.</i> © R. Seibold-Völker, Ermordet in Grafeneck, in: Heimatblätter 25, S. 63 ff</p> <p>1926 kam Helene in die Heil- und Pflegeanstalt Stetten, in der sie bis zu ihrer Ermordung am 18. September 1940 14 Jahre lebte. Eine Pflegerin notierte 1938:</p>		<p><b>Geplanter Massenmord</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nürnberg, August 1929</li> <li>• Hitler auf dem NSDAP-Parteitag</li> <li>• „[...] würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen und 700.000 bis 800.000 der Schwächsten beseitigt, dann würde am Ende das Ergebnis</li> </ul>
<p><i>Helene fühlt sich hier geborgen. Heimweh kennt sie nicht. Ihre Eltern und Geschwister</i></p>		

○ **Arbeitsformen – Arbeitsphasen**

In der Erarbeitungsphase können die Materialien zentral sowohl in der ‚klassischen‘ Einzel- oder Gruppenarbeit, als auch in der Form eines ‚Gruppenpuzzles‘ verwendet werden. Zudem eignen sie sich für eine Lerntheke oder als Zusatzmaterial im Unterricht. Um den didaktischen Zielen gerecht zu werden, muss in der Reflektionsphase Zeit für ein vertiefendes Auswertungsgespräch/Diskussion eingeräumt werden. Gerade die Schlussfragen in den Arbeitsblättern stellen Bezüge zu aktuellen Problemstellungen (Gefährdung der Demokratie von Rechts, Rassismus heute, Grundgesetz – Menschenwürde, Handlungsoptionen auch in einer Diktatur etc.) her und fordern die Schülerinnen und Schüler auf, Stellung zu beziehen und Handlungsoptionen für ihren Lebensalltag zu erkennen.

Darüber hinaus soll das Alltagsleben in der NS-Diktatur mit unserem Lebensalltag verglichen und somit Wert und Bedeutung unserer Demokratie erfahrbar gemacht werden.

<p>* Unterstreicht die wichtigsten Informationen über das Leben von Gottlob Kamm und berichtet darüber.</p> <p>** Vergleicht die Ereignisse im Deutschen Reich mit denen in Schorndorf.          Wo findet ihr Übereinstimmungen? Wo seht ihr wesentliche Unterschiede? Formuliert ein Ergebnis.</p> <p>** Alltag im NS-Staat          I. Kamm wurde verhaftet und ohne Anklage und Gerichtsurteil von der Gestapo in ein Lager verschleppt.          II: Talmon-Groß bezeichnete die NS-Größe Hermann Göring als den wahren Brandstifter des Reichstags.          Welche Folgen hatte seine Meinungsäußerung am Stammtisch für ihn? Musste „sein Freund“ ihn anzeigen?          III: Talmon-Groß verbüßte seine Gefängnisstrafe. Danach ... – Fasse seinen weiteren Leidensweg zusammen.  <i>Diktatur bedeutet ...!</i> Formuliert treffende Aussagen.          Vergleicht den Alltag im NS-Staat mit unserem Leben in der Demokratie.</p> <p>*** Gewalttaten rechter Gruppen, Beleidigungen, Drohungen und Gewaltverherrlichungen im Netz sind keine Seltenheit. Hat der Slogan „<i>Wehret den Anfängen!</i>“ seine Berechtigung? Was kann man tun? Diskutiert!</p>
---

*Auszug Arbeitsblatt Gottlob Kamm und Heinrich Talmon-Groß – Frühe Verfolgung der politischen Gegner*

○ **Differenzierung:**

Die Arbeitsblätter sind Basismaterial für Lerngruppen aller Niveaustufen.

Vertikale Differenzierung:

Durch das „\*“ – Symbol ist das Anspruchsniveau (G\*, M\*\*, E\*\*\*- Niveau) gekennzeichnet. Grundsätzlich gilt aber, dass auch Schülerinnen und Schüler im G-Niveau – gegebenenfalls mit Hilfestellungen – die Aufgaben in den anderen Niveaustufen bearbeiten sollen,

insbesondere dann, wenn neben den Reflexions- auch die Orientierungskompetenzen gefördert werden. Unterschiede in der Bearbeitungstiefe sind selbstverständlich.

Horizontale Differenzierung:

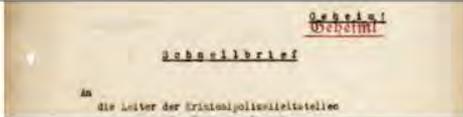
Die Informationen in der Randspalte auf dem Arbeitsblatt mit Zeitleisten, Quellen oder weiteren Beispielen können zur Erweiterung oder Vertiefung des Unterrichts eingesetzt werden.

Alltag in der NS-Diktatur: Verfolgung vor der Haustür	
<p><b>Der Glasermeister Wilhelm Bauer im KZ</b></p> <p><i>„... wir Zuchthäusler [wurden] wegen Herannahens der russischen Front mit zusammen 750 Juden verschifft nach Danzig ... und von dort aus ... 8 Wochen gefesselt kreuz und quer durch Deutschland transportiert, bis wir schließlich im KZ Papenburg landeten. 14 Wochen blieb Bauer in diesem KZ, ... wo wir in bestialischer Weise von SS-Soldaten misshandelt wurden.“</i></p> <p><small>Quelle: Hammerschmitt, a.a.O., S.218</small></p>	 <p><small>Wilhelm Bauer bei der Marine © Privatarchiv Inge Rhodes, geb. Bauer</small></p>
<p><b>Was war geschehen?</b></p> <p><b>„Hitler ist der größte Massenmörder aller Zeiten“</b></p> <p><b>Juni 1943:</b> Wilhelm Bauer befand sich auf Heimaturlaub. Im Hofraum unterhielt er sich mit seinem Schulfreund Johannes Hermann, der von der Kriegsführung Hitlers begeistert war und an den Endsieg glaubte. Bauer war nach seinen Erlebnissen an der Front völlig anderer Ansicht. Für ihn war der Krieg schon 1941 verloren. In Stalingrad hätte Hitler Tausende in den Tod geführt. Hitler sei der größte Massenmörder aller Zeiten. Die Nazis</p>	<p><b>Tochter Erika Bauer über die NS-Zeit:<sup>1</sup></b></p> <p>Gegen den Widerstand ihrer Eltern, aber mit Unterstützung ihrer „stramm stehenden Lehrern“ war Erika „ein begeistertes Jung-Mädel und mit vollem Einsatz beim BDM“. (NS-Jugendorganisation, 14-18 Jahre)</p> <p>Für sie sei vor allem das Gemeinschaftsgefühl in der Gruppe wichtig gewesen und nicht die Politik der NSDAP.</p> <p>Als der Vater beim Heimaturlaub „diese Dinge von dem Judentransport erzählt und Schulkameraden ihn wegen seiner Äußerungen angezeigt haben, habe ich meinen Führerschwur weggeworfen ...“</p> <p><b>Verurteilung des Vaters – Folgen für die Familie:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▫ Über das Schicksal des Vaters erhielt die Familie keine Information. Sie musste annehmen, dass Wilhelm tot ist, als ihr Wilhelms Koffer zugesendet wurde.</li> <li>▫ Nach dem Ausschluss Bauers aus der Wehrmacht erhielt die Mutter keine Familienunterstützung für ihre 4 Kinder.</li> </ul>

*Auszug Arbeitsblatt Der Glasermeister Wilhelm Bauer an der Ostfront – Zuhause vom Schulfreund angezeigt*

○ Außerschulische Lernorte – Geschichtsprojekte

Die Beschäftigung mit den Materialien können zur Vorbereitung für den Besuch eines außerschulischen Lernorts – Gedenkstätte, Museum, Archive etc. – dienen. Außerdem können sie Ausgangspunkt für eigene Recherchen der Schülerinnen und Schüler über Verfolgungsschicksale am eigenen Schul- bzw. Wohnort sein. Nahezu in jeder Gemeinde gibt es Stolpersteine, die an die Verfolgten und Ermordeten im NS-Staat erinnern. Die Beschäftigung mit den Schicksalen dieser Menschen „vor der eigenen Haustür“ eignen sich bestens für Geschichtsprojekte und Veranstaltungen zur Erinnerungskultur, die immer auch die aktuelle Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler mit einbezieht.



**Auf Befehl des Reichsführers-SS vom 16.12.1942 ... sind Zigeunermischlinge ... in ein Konzentrationslager einzuweisen ... Die Einweisung erfolgt ... familienweise in das Konzentrationslager (Zigeunerlager) Auschwitz. ...**

**Mit den Vorbereitungsmaßnahmen (Auswahl der einzelnen Personen, Transport- und Bewachungsfrage, Versendung und Ausfüllung der Vordrucke usw.) ist sofort zu beginnen, damit die Aktion ab 1. März 1943 erfolgen kann.**

**Die Hauptaktion soll Ende März 1943 abgeschlossen sein.** © lpb bw, Sinti und Roma, Stuttgart

**März 1943:**  
Anweisung der Kripo Stuttgart an die Polizeibehörde Schorndorf, das Ehepaar Guttenberger und die Kinder zu verhaften und am 15. 3. um 13 Uhr zum Nordbahnhof nach Stuttgart zu bringen. Da Johanna (29), Karoline (18) und Gustav (20) für die Rüstungsindustrie arbeiteten, sollten sie nicht verhaftet werden.

Gegenüber Polizeimeister Haug bemerkte der Dienststellenleiter Speidel,  
... dass Geschäft komme, man müsse die Zigeuner fortzun, sie kommen in ein Lager.

Über die Verhaftung am Samstag, den 13. März berichtete Johanna Guttenberger:  
Am 13. 3. 1943 morgens 8 Uhr kamen die Polizisten Haug und Ulmer in unsere Wohnung



Stolpersteine vor dem ehemaligen Haus der Familie Guttenberger in Schorndorf



Johanna Guttenberger, Johannes Guttenberger  
ihant, Johanna, Gustav, Karl, Schorndorf

*Auszug Arbeitsblatt Die Familie Guttenberger aus der Römmelgasse in Schorndorf*

# **Die Fahrrad-Firma Hahn in Backnang**

## **Die südwestdeutsche Erfolgsgeschichte eines Familienunternehmens**

### **in Sachen Mobilität und der Einfluss der 30er-Jahre**

#### **Von der Archivarbeit zur Schülersausstellung**

von Hans-Jörg Gerste

#### **1. Fachwissenschaftliche und didaktische Ausgangslage**

Im Jubiläumsjahr des Fahrrades 2017 wurde an der Oscar-Walcker-Schule in Ludwigsburg ein Seminarkurs angeboten zu einem kooperativen Ausstellungsprojekt mit dem Staatsarchiv Ludwigsburg: „Als das Fahrrad laufen lernte – 200 Jahre Fahrradgeschichte“.<sup>1</sup> Als Marketingmaßnahme sollten ursprünglich Ghost-Bikes in der der Stadt platziert werden. Dabei wurden uns zwei „alte Räder“ der Marke „Hahn“ aus dem benachbarten Backnang überlassen. Diese Marke konnten wir zunächst nicht zuordnen.

Literatur zu dieser Firma war kaum auffindbar. Auch im Staatsarchiv vor Ort gab es nur dürre Akten, in Backnang selbst keine Firmenakten, und das Internet bot widersprüchliche und sparsame Informationen, die sich auf 4-5 Zeilen reduzieren ließen. Eigentlich lag kein fachwissenschaftliches Material vor. Allerdings lebt die letzte Firmenbesitzerin noch in Backnang, und diese war zur Kooperation bereit.

In der regionalen Überlieferung wird das Unternehmen Hahn „mit zu den bedeutendsten Fahrradherstellern im Bundesgebiet“ gezählt,<sup>2</sup> auch heißt es: „Bahnbrechend und revolutionierend in der Branche war 1923 seine [Hahns] Idee, Fahrräder selbst zu konfektionieren“.<sup>3</sup> Konfektionieren meint hier, nicht Räder komplett vor Ort zu fabrizieren, sondern aus vorgegebenen Komponenten zusammenzustellen. Bei der Firma Hahn beschränkt sich der Aspekt Mobilität nicht auf das Thema Fahrrad, sondern es kommen auch Fahrräder mit Hilfsmotor, Motorräder und gar Autos (über eine eigene lokale Vermietung) mit in den Blick.

Didaktisch kann die vorliegende landesgeschichtliche Thematik mit dem Schwerpunkt auf die Zeit des Nationalsozialismus in verschiedene Schulstufen und -formen transferiert werden:

- Klasse 8 (Industrialisierung mit Lokalbezug, vgl. Bildungsplan Sek I/Gymnasium 3.2.5)
- Klasse 9 (NS-Zeit, vgl. Bildungsplan Sek I 3.2.8/Gymn. 3.3.1)
- Oberstufe (Eingangsklasse explizit Wirtschaft und Gesellschaft mit Aspekt Mobilität/Arbeit oder J 1 Demokratie und Diktatur in Deutschland)
- Seminarkurs in J 1 (mit besonderen Möglichkeiten).

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.landesarchiv-bw.de/web/61461> (Zugriff v. 17.9.2019).

<sup>2</sup> Backnanger Kreiszeitung vom 10.6.1960.

<sup>3</sup> Backnanger Kreiszeitung 11.5.1963, ähnlich der Entwurf für die führende Grossisten-Zeitung „Radmarkt“ zur 75-Jahr-Feier, Wirtschaftsarchiv Hohenheim A 20, Fi 357.

## 2. Die Fahrradfirma Hahn im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, insbesondere in den 1930-er Jahren

Die Anfänge der Fahrradfirma Emil Hahn liegen – glaubt man den dürren Angaben in Fachbüchern oder dem Internet – im Jahr 1869.<sup>4</sup> Das ist allerdings eine Fehlzuordnung. Denn Firmengründer ist der 1861 geborene Christian Hahn, der am 8. November 1887 in der Backnanger Zeitung „Murraltbote“ verkündet, er habe vor Ort eine Mechaniker-Werkstätte eröffnet. Irritierend ist dabei, dass die spätere firmeneigene Tradition (ab 1911) das Gründungsjahr 1888 führt. Nicht nur für Schüler lassen sich hier treffliche Überlegungen anstellen, wie es zu dieser Festlegung kam,<sup>5</sup> die ja für die Erinnerungskultur (Jubiläen) des Unternehmens Hahn eine Rolle spielt. Gleichzeitig ist es relevant für die heutige Erinnerungskultur.

Es beschränkt sich der Tüftler Chr. Hahn – er hatte drei Reichspatente (Stuhl 1887, Wringmaschine 1898, Nähmaschine 1905) auf den Haushalts- und besonders den Nähmaschinenaspekt, erst 1890 steigt er – sichtbar an den lokalen Anzeigen in der Presse – in die Fahrradbranche ein.



Erste Anzeige von Hahn im „Murraltboten“ vom 18. März 1890

Seine erste Anzeige im Murraltbote vom 18. März 1890 macht deutlich, dass er schon mit der heute gängigen Fahrradform beginnt – dem „Safety-“ oder Sicherheitsfahrrad in Form der Marke Opel Blitz. Hinter sich gelassen und ausgelassen waren damit die Fahrradvormodelle Laufmaschine (ab 1817 in der Draisschen Form), Velociped (ab Mitte der 1860er Jahre mit Pedal) und das gefährliche Hochrad (das ab 1890 den Zenit überschritten hatte). Gemeinsam war allen „Fahrrädern“ jener Zeit, dass es teure „Sport“-Modelle waren, noch gehörte dieses Fahrzeug nicht in den (Arbeiter-)Alltag. Geschäftlich war die Nähmaschinenbranche einträglicher für Christian Hahn, so dass er 1893 den Fahrradanteil bei seinem Geschäft ruhen ließ. Wir

<sup>4</sup> Vgl. beispielhaft: [https://www.motor-lit-berlin.de/Gx2/?language=de&cat=c1033\\_Emil-Hahn.html&cPath=36\\_67\\_1033](https://www.motor-lit-berlin.de/Gx2/?language=de&cat=c1033_Emil-Hahn.html&cPath=36_67_1033), Zugriff vom 19.9.2019.

<sup>5</sup> Denkbar ist z. B. ein „Vergessen“ der allerersten Anfänge, Marketingaspekte vgl. die jeweiligen Frühjahrskollektionen der Radfirmen, nationale Traditionen wie das Dreikaiserjahr, Steueraspekte etc.

haben die Überlieferung, dass die überregional wichtige Fahrradfabrik NSU in Neckarsulm einen Mitarbeiter von ihm nach einem Brand seiner Mechanikerwerkstatt mit der Begründung ablehnte, dieser habe keine Ahnung von Fahrrädern.<sup>6</sup>

Auch der einzige Sohn von Christian und Bertha Hahn, Emil Hahn (geb. 1889), lernte zunächst Nähmaschinenmechaniker und absolvierte kurz vor dem plötzlichen Tod seines Vaters im Dezember 1907 ein Volontariat in der bedeutendsten deutschen Nähmaschinen- und Fahrradstadt Bielefeld. Nun nahm das Fahrradgeschäft Fahrt auf, es wurde in das Sortiment des Backnanger Mechanikergeschäfts wieder aufgenommen, 1907 wurden lediglich sieben Räder verkauft, 1908 schon 74, wie Emil Hahns handschriftliche Aufzeichnungen in zwei kleinen Firmenkladden belegen. Erste Großhandelsverkäufe begannen 1910, 1912 verkaufte er auch Motorräder und 1913 kam eine Autovermietung hinzu. Am 6. Februar dieses Jahres hatte Emil Hahn sein erstes Auto, einen De Dion Bouton für 3.600 RM bei dem Autohandel Eichmann in Stuttgart gekauft, den er nun als Mietwagen in Backnang anbot.<sup>7</sup> Die Firma entwickelte sich rasant. Emil Hahn legte nach dem Ersten Weltkrieg, den er in der Württembergischen Kraftfahrerformation erlebte, den Firmennamen des Vaters (Christian Hahn) ab (1919), firmierte fortan als Emil Hahn, gab nach einer kurzzeitigen Filialinitiative 1919/20 (Welzheim/Gaildorf) und einer zeitbedingten Rezessionsphase im November 1924 das Einzelhandelsgeschäft auf und setzte ab 1924 nur auf den Großhandel. Dieser sollte ihm in ganz Süddeutschland Erfolg bringen. Noch hatte er nur sieben Mitarbeiter, aber er verkaufte 1927 schon über 7000 Fahrräder, auch dank begnadeter Vertreter, die mit dem Auto die vertriebenen Marken in Süddeutschland anboten. Marken waren z. B. WKC, Presto, Mercedes (Berlin). Der ursprüngliche Mischbetrieb Hahn mit dem Schwerpunkt Haushaltswaren, Nähmaschinen, Waffen wurde zum vorrangigen Fahrradbetrieb umgebaut.

Seit 1933 „knackte“ das Unternehmen Hahn die 15.000er Marke bei den verkauften Rädern, vier Jahre später waren es über 30.000 Räder. Woher rührte dieser Erfolg? Er war zunächst einmal der neuen Großhandelsstrategie geschuldet und der Tatsache, dass Emil Hahn als idealtypischer innovativer Unternehmer Ende der 1920-er und Anfang der 1930-er-Jahre auf ein neues Konzept setzte. Er kaufte bekannte Marken auf: 1928 Diabolo, 1930 Puma, Tempestas und Dabera, 1932 Schladitz-Albina und 1933 Terra. Dabei halfen ihm sicherlich seine Bielefelder Kontakte, die späteren Hahn'schen Erfolgsmarken Puma, Tempestas, Dabera zu erwerben, sie überlebten bis in die Spätphase der Firma in der jüngeren Zeit, Im Hintergrund stand beim Markenerwerb 1930 die Bielefelder Firma Hodske/Kaselowsky, jetzt konnte die Produktion in Backnang mit Hilfe von Einzelkomponenten beginnen und die Mitarbeiterzahl stieg sprunghaft an.

Dazu kam 1931 noch ein weiterer innovativer Schritt. Am 1. Oktober 1931 gründete Emil Hahn in Stuttgart die „Württembergische Fahrradgesellschaft (Hahn & Co)“. Hier, in der Neckarstr. 41, in direkter Hauptbahnhofsnähe zwischen den Conti- und Dunlop-Filialen wickelte Emil Hahn ca. ein Fünftel seiner Gesamt-Verkäufe ab. Zielgruppe waren Fahrradhändler („Nicht: Stubenhändler“) in Württemberg, Bayern und Baden, wobei nach den Händler-Prospekten weniger die gerade gekauften Eigenmarken, sondern andere wie z. B. Triumph im Angebot waren.

---

<sup>6</sup> Schreiben NSU an Chr. Hahn vom 25. Juni 1898, Privatbesitz Frau Balluff, Backnang.

<sup>7</sup> Die handschriftlichen Kladden Emil Hahns (1905-1957) geben mit Kurzbilanzen (Doppelseite pro Jahr), vielen Firmeninterna, Gehaltstabellen, Sozialausgaben/Gratifikationen, Lohneinträgen bis hin zu privaten Vorlieben einen tiefen Einblick in die Firmengeschichte. Durch die stark tabellarische Form sind sie auch von Schülern in Auswahl lesbar. Zugang über StadtA Backnang (Privatbesitz Frau Balluff).

Personal wurde zwischen der Fa. Emil-Hahn Backnang und der Württembergischen Fahrradgesellschaft ausgetauscht, die Produktion war aber immer in Backnang.<sup>8</sup>



Links Fremdmarken, die E. Hahn als Grossist vertrieb, rechts die Eigenmarken, mittig das Firmenemblem

Wie ist Emil Hahn politisch einzuschätzen, gab es hier nationalistische oder nationalsozialistische Vorboten bzw. Einschläge? Politisch tritt Emil Hahn in Backnang nicht hervor, in der Familientradition sieht er sich als Nachfahre seines Vaters Christian Hahn, bei dem er die bauerliche evangelisch-schwäbische Herkunft betont.<sup>9</sup>

Vereinzelte nationale – allerdings damals zeittypische – Anklänge finden sich vor allem in Nähmaschinenanzeigen des frühen 20. Jahrhunderts, die allerdings eher wettbewerbsorientiert im Sinne eines Werbens gegen die ausländische Konkurrenz gedeutet werden können. So heißt es im Dezember 1907 zu Hahns Viktoria Nähmaschinen-Anzeige, sie sei *kein amerikanisches, sondern wirklich erstes deutsches Fabrikat*. 1908 wirbt der Backnanger Mechaniker damit, er vertrete nur Maschinen *erster deutscher Fabrikate* oder 1912 beschwert er sich: *Es ist ein Unrecht !! wann [!] der Deutsche Nähmaschinen der Amerikanischen Gesellschaft Singer & Co. kauft. [...]. Eines jeden Deutschen Pflicht ist es, bei Anschaffung einer Maschine „dem Deutschen Erzeugnisse“ den Vorzug zu geben.*<sup>10</sup>

In der Hahn'schen Firmenfestschrift (Zielgruppe waren v. a. Geschäftsfreunde) vom März 1938 könnte man mutmaßen, Emil Hahn sei ein veritabler Nationalsozialist gewesen, zeichnet er doch das Grußwort mit „Heil Hitler“ und scheint den wirtschaftlichen Erfolg auch besonders der neuen Zeit zuzuschreiben. Heißt es dort doch: *gute Jahre wie z. B. 1924-1928 haben mit schlechten (1930-32) gewechselt. Seit der Machtübernahme 1933 ist der Umsatz um Hunderte von Prozenten gestiegen. Das Fahrrad konnte durch diese Massenumsätze immer billiger werden und ist heute Allgemeingut aller Schaffenden geworden.* Gerade der letzte Satz macht jedoch deutlich, dass hier eine Entwicklung auf einen Höhepunkt zustrebt, die Verbilligung des Fahrrades und seine Rolle als Hauptfaktor für die Mobilität der Werktätigen.

<sup>8</sup> Maßgebliche Quelle für die Württembergische Fahrradgesellschaft: StAL FL 300/31 I, Bü 1551 (Handelsregisterakte Württembergische Fahrrad-Ges. Hahn & Co. Stuttgart.), zahlreiche Spuren auch in den beiden Kladden Emil Hahns, Privatbesitz Fr. Balluff (Kontakt StadtA Backnang).

<sup>9</sup> Vgl. Eingangsseite Festschrift 50 Jahre Hahn-Fahrräder März 1938.

<sup>10</sup> Hahn Nähmaschinenanzeigen in „Murrboten“ vom 14.12.1907 (wohl noch Christian Hahn); fast gleich im Marbacher „Postillon“ 16.3.1908), „Murrboten“ vom 5.12.1912. Die ähnlichen Anzeigen im „Postillon“ und am 10.3.1908 im „Boten vom Welzheimer Wald“ sowie im Gaildorfer „Kocherboten“ (StadtA Marbach, Welzheim und Gaildorf) zeigen gleichzeitig den Wirkungskreis des Backnanger Geschäfts trotz jeweils starker lokaler Konkurrenz.

# Es ist ein Unrecht!!

wann der **Deutsche Nähmaschinen** der **Amerikanischen Gesellschaft Singer & Co.** kauft.

Trotzdem die Singer-Maschinen **nicht besser**, wohl aber um **Mark 20—30 teurerer** sind wie unsere erstklassigen Deutschen Fabrikate! giebt es immer noch Leute die entweder aus Unkenntnis oder durch die Redegewandtheit der Singer Reisenden Singer Maschinen bestellen.

Eines jeden Deutschen Pflicht ist es, bei Anschaffung einer Maschine „**dem Deutschen Erzeugnisse**“ den **Vorzug** zu geben.

## Original Viktoria Nähmaschinen

sind billiger wie die der Amerikanischen Ges., in der Qualität, Ausstattung und Lebensdauer unübertroffen

# C. Hahn, Mechaniker.

**Größtes und ältestes Spezialgeschäft am Platze.**

*Anzeige im „Murrthalboten“ vom 14. Dezember 1907*

Die allgemeine wirtschaftliche Stabilisierung nach der Weltwirtschaftskrise ging einher mit einem „Lerneffekt“ der Hahn'schen Firma: Die Innovationsexperimente der 20-er Jahre (Vertretungen und Filialen im Einzelhandel) wurden eingestellt, der Grundansatz des Unternehmens war Mitte der 20-er Jahre umgestellt worden (vom Einzelhandel über das Mischkonzept Einzel-

/Großhandel zum reinen Grossistenbetrieb), drei weitere Innovationsschübe angestoßen (Markenzukauf, Aufbau einer Konfektions-Produktion in Backnang und dem zweiten Grossisten-Ableger in Stuttgart, der Württembergischen Fahrradgesellschaft). So wird wohl selbst Emil Hahn die Konsolidierung der Firma ab den 30-er Jahren intern hauptsächlich wohl seinen individuellen unternehmerischen Entscheidungen zugeschrieben haben. In Backnanger Quellen taucht er in keinem Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus auf, er trat nicht in die Partei ein, beschäftigte keine Zwangsarbeiter.

Nebenbei: 1938, anlässlich seines Firmenjubiläums, bringt Emil Hahn erstmals ein eigenes Hahn-Rad heraus, gleichsam ein Jubiläums-Modell (*Hahn-Jubiläums-Rad*) mit eigenem Steuerkopf-Schild (Frontschild am Rahmen unterhalb des Lenkers), ein *Muster deutschen Fahrradbaus*. Der Erfolg dieses Rades – zunächst noch mit der Beschriftung der vorher zugekauften Marken wie Terra – ist so enorm, dass Hahn bald daraus eine Eigenmarke entwickelt.

Auch in seinen Grossisten-Katalogen ist der Geist der „neuen Zeit“ kaum spürbar, angeboten werden ein HJ-Wimpel für das Vorderschutzblech, Verdunklungskappen für Frontlichter, mehr nicht.<sup>11</sup>

Dass auch Fahrradteile durchaus ein Politikum darstellen können, zeigt die Einführung der Rückstrahlerpflicht an Pedalen, die die SS 1937 nicht nur durchsetzte, (Fall Tolo/Alois Loibl), sondern auch maximalen Gewinn als Eigenunternehmen daraus zog.<sup>12</sup>

Wie in diesem Fall fiel die Firma Hahn generell nicht durch entsprechende Anzeigen auf, im Gegenteil. Seit der Aufgabe des Einzelhandels 1924 wurden keine Anzeigen mehr in lokalen Zeitungen geschaltet und auch die Präsenz in den einschlägigen Fachzeitschriften („Der Reichsmechaniker“, FKZ = „Fahrrad- und Kraftfahrzeugzeitschrift“, „Radmarkt“) ist marginal, der Backnanger Grossist vertraute eher auf sein (erfolgreiches) Vertreterpersonal. Andere Fahrradhersteller im süddeutschen Umfeld setzten offen auf soldatisch-heldenhafte Werbung wie 1941 der Fahrradhersteller NSU *Von Sieg zu Sieg im Frieden und im Krieg* oder der Radlichtfabrikant R. Bosch.<sup>13</sup>

Hahn avancierte im Laufe der 30er-Jahre in Württemberg nach seinen eigenen Aufzeichnungen (Aufstellung über Fachgruppe 9a über Grossisten in Württemberg) zum Klassenprimus. Er musste es wissen, da er 1941-1945 kommissarischer Obmann der „Fachgruppe Fahrräder und Fahrradteile Großhandel“ in der Gauwirtschaftskammer Stuttgart war und die entsprechenden Zahlen an die Haupt-Geschäftsstelle Berlin weiterleiten musste.

---

<sup>11</sup> Vgl. Jubiläumskatalog Emil Hahn 1938/39. S. 133, 168.

<sup>12</sup> Am einfachsten zugänglich bei Michael MERTINS: Der Fall Tolo. In: <https://www.adfc-nrw.de/kreisverbände/kv-bielefeld/adfc-bielefeld/bielefelder-radnachrichten-archiv-2000-2013/2010/der-fall-tolo.html> (Zugriff vom 13.9.2019). Vgl. auch FKZ 23 vom 5.11.1938, Titelseite. Die FKZ ist in der Bibliothek des Deutschen Museums in München vorhanden.

<sup>13</sup> FKZ 11/1941, S. 3 und 15/1941, S. 18.



Anzeige in der FKZ 11/1941, S. 3



Anzeige in der FKZ 15/1941, S. 18

Die führende Marktposition zeigte sich eben nicht durch die entsprechende Anzeigenpräsenz in den Fach-Zeitschriften. Seine Konkurrenz war viel reger und die Nr. 2 in Württemberg, der Grossist Richard Koch aus Trossingen war hier offensiver, er folgte in seiner Grossisten-Tätigkeit den „Erfolgen“ der deutschen Truppen, versuchte quasi als wirtschaftlicher Stoßtrupp dem

militärischen zu folgen, indem er seine Grossisten-Tätigkeit auf die neu eroberten Gebiete ausdehnte und dort um Geschäftskunden warb.<sup>14</sup>



*Anzeige in der FKZ 13/1941, S. 8.*

Für Emil Hahn folgte durch den Krieg und die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik vor allem während der Kriegsjahre ein massiver Gewinneinbruch, der sich an den Verkaufszahlen der Fahrräder ablesen lässt.

Nach seinem Erfolgsjahr 1937 (31.474 verkaufte Räder) kamen massive Rückgänge, 1940 (8983), 1942 (2515), 1945 (139), wie sein handgeschriebenes Notizbuch mit den Umsatzzahlen belegt. Der wirtschaftliche Einbruch ist nicht seiner Biographie geschuldet (er selbst ist am Ende des Krieges lediglich im örtlichen Volkssturm eingesetzt), vielmehr multikausal. So wurde durch die Bombardements die Zulieferung der Teile schwierig bis unmöglich. Hauptzulieferer waren aus den schwer getroffenen Städten Bielefeld und Nürnberg), die Stuttgarter Filiale – die Württembergische Fahrradgesellschaft – wurde 1944 komplett ausgebombt, erlosch gleichsam. Dazu kamen die kriegsbedingte Verknappung von Material und Komponenten (Gummi!) sowie die rückgehenden Konsum- und Nachfragegewohnheiten, die Arbeiter wurden zum Kriegsdienst eingezogen. Aber vor allem schaltete die NS-Wirtschaftspolitik im Oktober 1942 die Grossisten aus, da der Fahrradbezug nunmehr über Bezugsschein bei einem planwirtschaftlich festgelegten überregionalen offiziellen Großlager (hier: NSU Neckarsulm) laufen musste. Gegen diese staatliche Maßnahme äußerte die Lobbyzeitschrift der Grossisten FKZ ihre *Bedenken*. In der FKZ 2/1943 konnte eine Teil-Rücknahme dieser Verordnung verkündet werden (*Fahrräder auch wieder vom Grossisten*).<sup>15</sup> Aber das „auch“ macht deutlich, die alten Anteile wurden nicht wieder erreicht. Es kam die Firma Hahn am Ende des Krieges quasi zum Erliegen.

---

<sup>14</sup> FKZ 13/1941, S. 8.

<sup>15</sup> FKZ 2/1943, S. 3.

Zwei Aspekte sollen noch gesondert betrachtet werden: die Entnazifizierung und „Arisierung“<sup>16</sup>/ Aneignung jüdischen Eigentums.

Emil Hahns Entnazifizierung(sakte) ist eine wichtige Quelle, weil sie sehr konzentriert den Zusammenhang von Politik und Wirtschaft sowie die konkrete Unternehmensgeschichte thematisiert. In seiner Stellungnahme gibt er quasi einen Abriss der Firmengeschichte mit der Stilisierung Hahns als „Anti-Faschist“, der beansprucht, er habe *auch nie den üblichen Hitler Toast verzapft*.<sup>17</sup>

Brachte ihm seine Mitgliedschaft im NS-Fliegerkorps ab 1937 (er war kein Mitglied der NSDAP) zunächst einen Schuldspruch ein (15. November 1946, „Mitläufer“, 400 RM Strafe), gab es am 20. Juni 1947 von der Spruchkammer Backnang einen Einstellungsbeschluss zulasten der Staatskasse.

In der Spruchkammerakte findet sich eine kleine Notiz mit *Grundstück Eugenstrasse 7a* [Stuttgart], *früherer jüd. Eigentümer Eppstein, Isaias, geb. Julius, Stgt. jetzt Ausland*. Die Eugenstraße 7 ist (auch heute) ein Immobilien-Filetstück mit Geschichte in Stuttgart.<sup>18</sup>

Die Familie Julius Eppstein betrieb in Stuttgart einen renommierten Schuhgroßhandel und hatte größeren Grundbesitz und auch Wertpapiere. Ende 1937 wurden die Pläne zur Auswanderung konkreter, Julius Eppstein verkaufte Immobilien in Malschenberg, Freudenstadt und Rohrbach, und wollte heimlich über Frankreich in die USA fliehen. Er wohnte selbst in der Eugenstraße, entnahm Anfang 1938 seinem Depot bei der Dresdener Bank Wertpapiere in Höhe von 132.000 RM, die er auf Umwegen nach Frankreich transferierte (er sollte in Frankreich nur ¼ des faktischen Wertes dafür erhalten). Dann hob er im Mai sein restliches Geld ab und verließ Ende Mai Stuttgart, seine Wohnung blieb zunächst so, wie er sie zuletzt bewohnt hatte. Die Familie ging über die Zwischenstation Basel (Schweiz) mit tschechischen Pässen (!) über Paris nach Marseille und reiste, da es Probleme mit den Einwanderungsvisa gab und diese erst im Sommer 1941 vorlagen, im August/September 1941 über Madrid und Lissabon in die USA. Die Flucht verschlang einen Teil des geretteten Vermögens, so durch die Einlagerung von Umzugsgut in Hamburg, Organisation von Pässen (u. a. ein nicht genutzter rumänischer Pass sowie französische Pässe) und die Unterkünfte, man wohnte in Hotels. Nach dem Krieg versuchte die Familie Eppstein einen Teil ihres Vermögens über die Wiedergutmachung entschädigt zu bekommen, die damals Geflüchteten waren mittlerweile verstorben, Julius Eppstein am 29. Juni 1946, seine Ehefrau Sofie Eppstein geb. Effenheimer im November 1943. Dass das Deutsche Reich noch für die Flucht eine Reichsfluchtsteuer von 42.000 RM erhob, ist ein zusätzlicher Zynismus.<sup>19</sup>

Während die Eppsteins auf der Flucht waren, wurde 1938 ihr 1919 *in guter Wohnlage* erworbenes Grundstück Eugenstraße 7 beschlagnahmt, und es kam am 27. März 1940 zu einer Verfallserklärung (und der Ausbürgerung der Eppsteins), so dass das vierstöckige Wohnhaus mit

---

<sup>16</sup> Die Problematik des Begriffes „Arisierung“ auf dem Hintergrund einer geforderten demokratischen Sprache und auch zum historischen Hintergrund in Württemberg vgl. Heinz HÖGERLE, Peter MÜLLER, Martin ULMER (Hg.): *Ausgrenzung, Raub, Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern 1933 bis 1945*. Stuttgart 2019. Zur Begrifflichkeit v. a. das Vorwort S. 7-18.

<sup>17</sup> Vgl. Spruchkammerakte Emil Hahn StAL EL 902/3, Bü 1746, Schreiben Hahns vom 29.10.1945, zusätzliche Erläuterungen zum Fragebogen. Zu Spruchkammerverfahren allgemein vgl. den kompakten Überblick bei Verena SCHMIDT: *Das Spruchkammerverfahren in der amerikanischen Besatzungszone*. In: Stephan MOLITOR (Hg.): *Der „Schwäbische Dichterkreis“ von 1938 und seine Entnazifizierung*. Stuttgart 2019, S. 116-119.

<sup>18</sup> Heute Hauptstaatsarchiv, vgl. den Aufsatz von Ulrich HERKERT: *Stuttgart, Eugenstraße 7 – ein Haus mit Geschichte beim Haus der Geschichte*. In: *Archivnachrichten* 47/2013, S. 43.

<sup>19</sup> Vgl. StAL EL 350 I, Bü 26691 (Wiedergutmachung, Einzelfallakte Eppstein, Julius); StAL EL 402/25, Bü 310 (Vermögenskontrolle OFD Stuttgart, Eppstein, Julius).

Wohn- und Geschäftshinterhaus vom Deutschen Reich geraubt wurde. Als Käufer vom Deutschen Reich trat nun der damalige Mieter, der Hauptlehrer Hans Kohler auf, der es mit Vertrag vom 18. Dezember 1940 für 142.200 RM vom Deutschen Reich/Finanzamt Berlin-Moabit erstand. Kohler war allerdings nur ein Strohhalm, im Hintergrund stand Emil Hahn.<sup>20</sup> Später, am 1. April 1948, schreibt Hans Kohler: *Ich habe das Anwesen im Auftrag von Herrn Emil Hahn, Backnang mit dessen Geld gekauft und dann an ihn weiterverkauft.*<sup>21</sup> Der Käufer übernahm die Mietverträge und -einnahmen der privaten und gewerblichen Mieter, zu letzterem gehörte die Firma Böhringer und Lederer/ Bekleidungsindustrie. Außerdem war das Inventar der eingerichteten Eppstein-Wohnung inbegriffen sowie die Verwahrung seiner verbliebenen Geschäftspapiere. D. h., Emil Hahn sah in dem Kauf wohl ein günstiges Anlageobjekt im Sinne der Wertsteigerung und eingehenden Mieteinnahmen. Auch nach dem Krieg (in dem das Haus teilbeschädigt wurde) bemühte er sich im Rückerstattungsverfahren um einen für ihn günstigen Vergleich.<sup>22</sup>

Insgesamt ergibt sich somit ein differenziertes Bild der Unternehmertätigkeit Emil Hahns in der NS-Zeit. Einer Phase extremen Aufschwungs bis weit in die 1930er Jahre folgt der Abschwung im Krieg, wobei sich Hahn nicht explizit gegen den Nationalsozialismus stellt, vielmehr die ausbleibenden Gewinne durch den Krieg und die NS-Planwirtschaft (Einschränkung der Grossisten-Tätigkeit) kompensiert mittels zweifelhafter Gewinne durch die Anlage in „arisierteres“ Gut.

Ein Ausblick auf die Nachkriegszeit zeigt eine absolute Stagnation der Jahre 1946/47, im Jahr 1947 verkaufte Hahn noch elf Räder, da die traditionellen Lieferwege nicht zuletzt durch die Teilung in die Besatzungszonen brachlagen. Aber bald erholte sich die Firma, man verkaufte 1948 2.356 Räder, 1951 schon über 24.000 nach den Notizbüchern von Emil Hahn, der 1958 verstirbt. Im Rahmen des Strukturwandels wurde die Produktion 1965 in Backnang eingestellt, noch bis 1996 wurden im Auftrag Hahn-Räder gefertigt und mit kleinem Großhandel vertrieben und am 11. Mai 2013 gab es für das Unternehmen noch eine Urkunde zum 125-jährigen Jubiläum.

In der Rückschau ist die nationale Bedeutung der Firma zu relativieren. Hahn gehört sicherlich nicht zu den bedeutendsten Fahrradherstellern Deutschlands. Aber die Firma ist ein Brennpunkt der allgemeinen Politik und stellt mit der Quellenlage (begrenzt, aber gerade mit den konzentrierten Firmennotizen des zentralen Unternehmers) ein dankbares Objekt für einen schulischen und auch ausstellungsorientierten Zugang dar.

### **3. Die Meta-Ebene: Historische (Klein-)Ausstellungen im schulischen Umfeld**

Um es voranzuschicken: Die Geschichte der Firma Hahn wird im laufenden Schuljahr mit einem Seminarkurs an der Oscar-Walcker-Schule in eine Ausstellung münden (Technikforum Backnang; geplante Ausstellungseröffnung 17. Mai 2020).

In diesem Artikel soll es jedoch grundsätzlich darum gehen, welche Möglichkeiten man grundsätzlich hat, solche regionalgeschichtlichen Stoffe in eine (kleine) Ausstellung zu überführen. Wer eine komplette Anleitung sucht, wird beim Haus der bayerischen Geschichte fündig. Judith

---

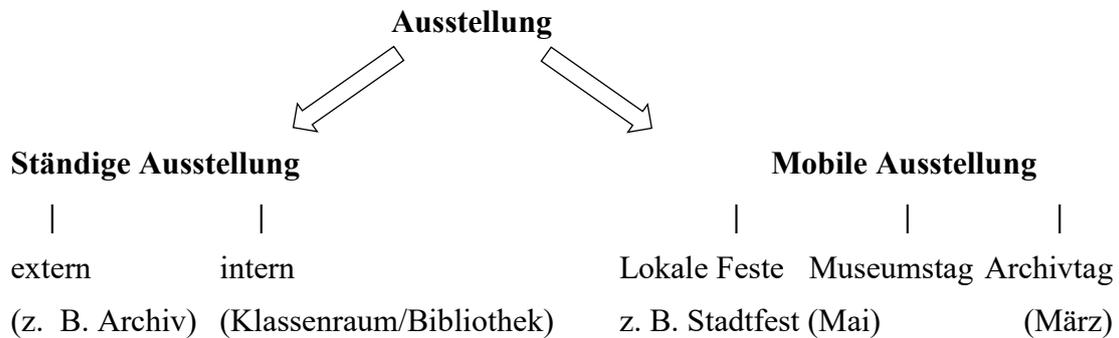
<sup>20</sup> Vgl. Grundstücksblatt in StAL EL 402/25, Bü 310.

<sup>21</sup> StAL FL 300/33 I, Bü 12175 (Amtsgericht Stuttgart, Wiedergutmachung Eppstein), wie Hahn an den Hauptlehrer Hans Kohler, Stuttgart, kam, ist nicht endgültig geklärt. Ein jüngerer Hans Kohler, geb. 4.7.1914, ggf. der Sohn, arbeitete – eingetreten am 1.4.1933 wohl als Lehrling – seit 1936 im Verkauf des Backnanger Großhandels, vgl. auch die Stuttgarter Filiale „Württembergische Fahrradgesellschaft Hahn & Co“.

<sup>22</sup> Vgl. StAL EL 402/25, Bü 310: Schlichterspruch vom 23.7.1951: Rückerstattung des Vorderhauses an die Nachfahren Eppstein, Hinterhaus verbleibt bei Hahn.

Bruniecki hat dort einen Leitfaden für Lehrerinnen und Lehrer verfasst, der knapp zentrale Aspekte zusammenfasst und viele Ideen und Muster anbietet.<sup>23</sup>

Als Kategorisierung der Methode „Ausstellung“ bietet sich im schulischen Bereich folgende Struktur an:



Alle Strukturen können Sinn machen und bieten oft kleine Lösungen an, die „große Ausstellung“ ist sicherlich von der Außenwirkung attraktiv, kann aber die Gruppe (Schüler UND Lehrer) leicht überfordern, zumal die Partner (Archiv/Museum) hier oft wissenschaftliche oder expositorische Ansprüche haben, die Schule nur schwer bedienen kann. Dagegen fällt die Bestückung einer Vitrine im örtlichen oder überregionalen Archiv im Sinne „Exponat des Monats“ leicht(er). Ebenso kann es Sinn machen, wenn die Ausstellung im internen Bereich bleibt (z. B. im Klassenraum oder in der schulischen Bibliothek, vgl. hier: Vorschauvitrine des Seminarkurses Radmobilität Hahn in der Bibliothek der OWS Ludwigsburg im Schuljahr 2019/20).

Bei manchen Themen bietet sich eine Präsentation auf Stadtfesten, z. B. auch in Verbindung mit Living History an. Ebenso sind Museen und Archive oft dankbar, wenn auf den eigenen regelmäßigen Jahres-Veranstaltungen, wie dem Internationalen Museumstag (im Mai) oder dem bundesweiten Archivtag (im März), schulen als Partner vor Ort eine kleine Präsentation bzw. Ausstellung zeigen.

<sup>23</sup> Judith BRUNIECKI: Mit Schülern eine Ausstellung gestalten – Ein Leitfaden für Lehrerinnen und Lehrer. Haus der Bayerischen Geschichte. München o. J., [www.hdbg.de/basis/fileadmin/user\\_upload/FPDF/Themen/HdBG-und-Schule/Schulprojekte/Leitfaden-Schueler-Ausstellung.pdf&usg=AOvVaw3rNHal7FGnkxyu9sxaOc16](http://www.hdbg.de/basis/fileadmin/user_upload/FPDF/Themen/HdBG-und-Schule/Schulprojekte/Leitfaden-Schueler-Ausstellung.pdf&usg=AOvVaw3rNHal7FGnkxyu9sxaOc16) (Zugriff vom 1.10.2019). Umfangreicher und aktueller auch: Ernst SCHÜTZ: Schule – Museum – Archiv. Wie Sie mit Schulklassen eine historische Ausstellung für die Öffentlichkeit gestalten können. München 2017. Auch: [www.mpz-bayern.de/Fup-load/Fpdf\\_materialien/Schule\\_Museum\\_Archiv\\_S.1-80\\_download.pdf&usg=AOvVaw2i1L6e-5GXqRP11\\_CAB8n2](http://www.mpz-bayern.de/Fup-load/Fpdf_materialien/Schule_Museum_Archiv_S.1-80_download.pdf&usg=AOvVaw2i1L6e-5GXqRP11_CAB8n2).



*Beispiel für eine Vorschau-Vitrine, hier „Appetizer“ für eine größere Ausstellung mit dem Stadtarchiv Backnang 2020 (Standort: Schulbibliothek)*

Aber: Wie mache ich eine gute Ausstellung?

Eine nette und witzige, gleichzeitig wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Zusammenstellung von Sprüchen, die man auch mit Schülern verwenden kann, findet sich im Bulletin Seedamm.<sup>24</sup> Optimalerweise behandelt man die – dann noch in die jeweilige Themensituation zu übersetzenden – Sprüche nach dem Besuch einer professionellen Ausstellung (Vgl. hier: Beispiel des Sprücheeinsatzes im Vorfeld einer OWS-Ausstellung 2014).

<sup>24</sup> Stiftung Agnes und Charles Vögele: Was ist eine gute Ausstellung. Interviews mit Bice Curiger, Peter Jezler, Angeli Sachs, Roger Fayet und Francesca Ferguson. Seedamm Kulturzentrum Pfäffikon 2010 (Bulletin Seedamm 88/2010, pdf unter <https://www.voegelkultur.ch/bulletins/88>) (Zugriff vom 1.10.2019). Der Download des Bulletins (von 2010) als pdf ist kostenfrei.

Gute Anregungen bieten in jedem Fall „Profis“ bei der Recherche oder Umsetzung von Ideen. Häufig können Archive oder Museen in eine kooperative Ausstellung auch andere Ressourcen wie Personal, Zeit oder Material einbringen.

#### 4. Unterrichtliche Umsetzungsmöglichkeiten



Schüler im TG „übersetzen“ Ausstellungssprüche von Experten

Am Beispiel der Firmenhistorie Hahn/Backnang mit Schwerpunkt auf den 30-er Jahren soll hier ein Vorschlag gemacht werden, wie dieser Inhalt exemplarisch in eine kleine Ausstellung/ ein kleines Projekt umgesetzt werden kann. Die jeweiligen Objekte (z. B. digitaler Bilderrahmen, alter Koffer, alter themenspezifischer Gegenstand, Zeitungsstock etc.) sind in der Regel leicht zu organisieren. Man kann auch Kompromisse zu schließen, z. B. statt eines digitalen Bilderrahmens mit Laptops oder Bildschirmen arbeiten.

#### 5. Ausblick/Fazit

Die Umsetzung einer regionalgeschichtlichen Thematik in eine (kleine) Ausstellungssituation ist für mich als Lehrer mittlerweile ein zentrales Anliegen, da es eine von Schülern gern aufgenommene Möglichkeit gesellschaftlicher Partizipation ist. Es schafft nicht nur eine Brücke von Schülern zur Regionalgeschichte und ist damit auch identitätsstiftend, sondern es schafft auch Kooperationen, die wissenschaftliche Institutionen ihrerseits „zwingen“, Wissenschaft und Vermittlungsdidaktik von Historie zu erden, den Bedürfnissen von Schülern und Schule anzupassen. Gleichzeitig popularisieren Schüler damit (Regional-)Geschichte, indem sie ihren Mitschülern (z. B. bei der internen Klassen- oder Schulausstellung) oder der lokalen Bevölkerung ihre Ergebnisse präsentieren. Die gegenstands- oder bildorientierte Konzentration des gewählten Stoffes kommt dabei den Schülern entgegen, während eine Vermittlung in komplexer Schriftform (z. B. als Zeitungsartikel oder Wettbewerbsbeitrag) oft mit größeren Hürden behaftet ist. Auch fällt es leichter, die Aufgabe als Teamwork anzugehen. Die Ausstellung lässt sich leicht auf eine größere Schülergruppe aufteilen, portionieren und differenzieren. Allen

Schwierigkeiten und Hindernissen dieser sicherlich nicht alltäglichen Unterrichtsform zum Trotz ...

Und oft lassen sich Themen in Ausstellungen auch mit einem Augenzwinkern vermitteln, in Anlehnung an Walter Benjamins Spruch: „Nicht gelehrter sollen die Besucher eine Ausstellung verlassen, sondern gewitzter“.<sup>25</sup>

Karl Drais sandte seine detaillierte Beschreibung seiner Erfindung überall hin, an jeden, der interessiert war, die Laufmaschine nachzubauen. So stellte er seine größte Erfindung der ganzen Welt frei zur Verfügung.



Englischer Comic zur Mobilitäts- und Wissenschaftsgeschichte des Fahrrads  
(Aus: Clark BRICKS, John STEWART: *The Curious Case of Leonardo's Bicycle*.  
Nottingham 2020, S. 20. Vgl. <http://www.brickbats.co.uk/books/leonardos-bicycle/>)

<sup>25</sup> Vgl. Christiane JANEKE: „Nicht gelehrter sollen die Besucher eine Ausstellung verlassen, sondern gewitzter“. In: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 4/2007, S. 189-199. Dort auch gute Tipps zu Konzeption und Durchführung. Auch: <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2-2007/4537>.

**Die Fahrrad-Firma Hahn in Backnang - Die südwestdeutsche Erfolgsgeschichte eines Familienunternehmens in Sachen Mobilität und der Einfluss der 30er Jahre**

**Von der Archivarbeit zur Schülersausstellung (Hans-Jörg Gerste, OWS-LB)**

**Themerschließung (Beispiele)**

<b>Leitfrage</b>	1888 – Ein alter Sack erzählt - Vorgeschichte	Das Jubiläumsrad – Krieg und Wirtschaft	Geldanlage im Krieg – „Arisierung“/ Ausplünderung	Die Festschrift vom Firmenjubiläum	Entnazifizierung und Sach-/Werturteil Überg. Ggf. Ausblick Mobilität
<b>Grundmat.</b>					
<b>Zusatzmat.</b>					
	Alltagsgegenstand	Produktionsgut	Koffer	Projektzeitung	Digitaler Bilderr.

Quel-  
-len

Auf-  
träge

Sack	Spezif. Gegenstand	Koffer	Zeitung(sstock)	Aktendaten im digitalen Bilderrahmen
<p>Anzeigen</p> <p>2 Statistiken (Hahn-Kladden)</p> <p>Geschichtsbuch (für allg. Geschichtsstationen)</p>	<p>Radmarkt (Großhandelszeitschrift Radindustrie), Krieg</p> <p>Markenrechte</p> <p>SS u. Pedalen</p> <p>Verkaufszahlen</p>	<p>Verschiedene Quellen zur „Arisierung“/ Ausplünderung jüdischer Bürger</p> <p>Epstein</p> <p>Pässe</p>	<p>Jubiläumszeitschrift von 1938 (vergrößert und kopiert)</p>	<p>Entnazifizierungsakte Emil Hahn (komplett)</p> <p>Pressedienst: Aktuelle Daten zur Fahrradindustrie</p>
<p>Darstellung zentraler allg. Geschichts- und Firmenstationen mit Quellen und Kommentaren</p> <p>Lassen sich Tendenzen / Linien feststellen?</p> <p>Hypothese zu 1888</p>	<p>Beschriftung des Rades mit Kommentarzetteln</p> <p>Kriegsgewinnler Radindustrie?</p>	<p>Möglicher Aufbau von ausgewählten Quellen im/ am Koffer mit Kommentarzetteln</p> <p>Hahn: Bereicherung auf Kosten der jüdischen Bürger?</p>	<p>Kommentarzettel neben der Jubiläumszeitung</p> <p>Warum sollte man die Jubiläumszeitung unbedingt lesen?</p> <p>Zeichen der (NS-) Zeit, hier spürbar?</p>	<p>Ausgewählte Aktenstücke und Bilder im digitalen Bilderrahmen</p> <p>Gesamtbewertung E. Hahn – ein Unternehmer mit nationalsozialistischem Einschlag?</p> <p>Mobilität/ Radindustrie gestern-heute – Kontinuitäten/ Brüche</p>

Mündlicher Vortrag vor den Ausstellungssituationen/ Gallery-Walk

## 6. Anhang

(hier: 4 Auszüge Spruchkammerakte Emil Hahn StAL, EL 902/3 Bü 1746)

9649
H

Lfd. Nr.
Bachnang  
Einlieferungsort
Einlieferungstag
H  
Buchstabe

**Meldebogen** auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946

**Deutlich und lesbar ausfüllen (Druckbuchstaben)! Dickumrahmtes nicht ausfüllen! Jede Frage ist zu beantworten!**

Zuname Hahn Vornamen Emil Beruf Fahrradrossmännchen  
 Wohnort Bachnang Straße Weissaenerstr. 17  
 Geburtsdatum 21.4.89 Geburtsort Bachnang Familienstand ledig / verheiratet / verwitw. / gesch.  
 Wohnorte seit 1933:  
 a) wie oben von Emil Hahn bis \_\_\_\_\_  
 b) Jahresrückmeldung von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_  
 c) Bachnang von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

1.	Waren Sie jemals Angehöriger, Anwärter, Mitglied, förderndes Mitglied dert:	Ja oder Nein	Höchster Mitgliedsbeitrag monatlich RM	von bis		Mitglieds-Nr.	Höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber			Klasse oder Teil B
				von	bis		Bezeichnung	von	bis	
a	NSDAP	nein								
b	Allg. SS	nein								
c	Waffen-SS	nein								
d	Gestapo	nein								
e	SD (Sicherheitsdienst) der SS*	nein								
f	Geheime Feldpolizei	nein								
g	SA	nein								
h	NSKK (NS-Kraftfahr-Korps)	nein								
i	NSFK (NS-Fillegar-Korps)	nein								
k	NSF (NS-Frauenschaft)	nein								
l	NSDStB (NS-Studentenbund)	nein								
m	NSDoB (NS-Dozentenbund)	nein								
n	HJ	nein								
o	BdM	nein								

\* Hier ist auch nebenamtliche Mitarbeit, z. B. Vertrauensmann, aufzuführen.

2.	Gehörten Sie außer Ziffer 1. einer Naziorganisation gemäß Anhang zum Gesetz an?*				Höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber		
	Bezeichnung	von	bis	Bezeichnung	von	bis	
a	<u>NSV</u>						
b	<u>DAF</u>	nein					
c							
d							
e							
f							
g							

\* Es ist jedem freigestellt, hier auch die Zugehörigkeit zu anderen Organisationen nachzuweisen.

3. Waren Sie Träger von Parteiauszeichnungen (Parteiorden), Empfänger von Ehrensold oder sonstiger Parteibegünstigungen? nein Welcher? \_\_\_\_\_

4. Hatten Sie irgendwann Vorteile durch Ihre Mitgliedschaft bei einer Naziorganisation (z. B. durch Zuschüsse, durch Sonderzuteilungen der Wirtschaftsgruppe, Beförderungen, UK-Stellung u. ä.)? nein  
Welche? \_\_\_\_\_

5. Machten Sie jemals finanzielle Zuwendungen an die NSDAP oder eine sonstige Naziorganisation?  
Ja an welche? NSDAP SS unbedeutend nicht insgesamt RM: nicht

**6. Zugehörigkeit zur Wehrmacht, Polizeiformationen, RAD, OT, Transportgruppe Speer u. ä.**

	Genauere Bezeichnung der Formation	Höchster erreichter Rang	ab wann	Klasse oder Teil B
a	1914-1918 Kraftfahrerformation	Gefr.		
b	1945 Volksturm	keinen		
c Waren Sie NS-Führungsoffizier (auch wenn nicht bestätigt)? <u>nein</u> von _____ bis _____				
d Waren Sie Generalstabsoffizier? <u>nein</u> Rang _____ von _____ bis _____				

**7. In welchen Organisationen (Wirtschaft, Wohlfahrt) bekleideten Sie ein Haupt-, Neben- oder Ehrenamt?**

	Bezeichnung			Höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber		
	von	bis	Bezeichnung	von	bis	
a			Fachgruppe Fahrräder und	Kom.Obmann	1941	1945
b			Fahrradteile Grosshandel			
c						
d						
e						
f						

**8. Angaben über Ihre Haupttätigkeit, Einkommen und Vermögen seit 1932.**

Ziffer	Jahr	Waren Sie selbstständig oder Arbeitnehmer?	Falls selbstständig, Zahl der Beschäftigten	Stellung oder Dienstbezeichnung als Arbeiter, Handwerker, Angestellter, Beamter, Vorstand, Gesellschafter, Aufsichtsrat, Unternehmer, freier Beruf usw.	Firma des Arbeitgebers oder eigene Firma bzw. Berufsbezeichnung mit Anschrift	Steuerpflichtiges Gesamteinkommen des Betroffenen RM	Steuerpflichtiges Vermögen des Betroffenen RM
a	1932	selbstst.	27	Unternehmer	Emil Hahn ca.	50000	800000
b	1934		12		Fahrrad-	113000	260000
c	1938		40		Grosshandlung	72000	900000
d	1943		15			50000	650000
e	1945		9		Stützung	15000	650000

**9. Haben Sie Unternehmen oder Betriebe betreut oder kontrolliert?** nein Welche? \_\_\_\_\_

**10. Wurden Ihnen von Staat, Partei, Wirtschaft oder ähnlichen Organisationen bisher nicht aufgeführte Titel, Dienststränge oder -bezeichnungen verliehen?** nein Welche? \_\_\_\_\_

**11. Läuft oder lief für Sie bereits ein Prüfungsverfahren?** nein Akt.-Zeich.? \_\_\_\_\_  
Wo? \_\_\_\_\_ Mit welchem Ergebnis? \_\_\_\_\_

**12. Ist Ihre Beschäftigung von der Militärregierung schriftlich genehmigt?** \_\_\_\_\_ Vorläufig? \_\_\_\_\_  
Endgültig? \_\_\_\_\_ Ist Ihre Beschäftigung von der Militärregierung abgelehnt? nein  
Durch welche örtliche Militärregierung und wann wurde Ihre Beschäftigung genehmigt oder abgelehnt? \_\_\_\_\_

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir gemachten Angaben. Falsche oder irreführende oder unvollständige Angaben werden gemäß Art. 65 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft.

**13. In welche Gruppe des Gesetzes gliedern Sie sich ein?** \_\_\_\_\_  
Falls Sie glauben, daß das Gesetz nicht auf Sie Anwendung findet, geben Sie Gründe an: \_\_\_\_\_

**14. Bemerkungen:** \_\_\_\_\_

Backnang, 24 APR 1946

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Datum

Umfeld Arbeitstätigkeit	Rücklaufdaten:
Militär-Regierung:	
Bürgermeister:	
Polizei:	
Polit. Parteien:	
Betriebsrat oder Gewerkschaft:	
Berufsvertretung od. vorg. Dienstst.:	

Vorname

Emil Hahn  
Fahrrad-Grosshandlung  
Backnang.

Backnang  
24.4.46  
4.2.46



15

Backnang, 29. Okt. 45.

Betr. Fragebogen zum Gesetz Nr.8  
Zusätzliche Erleuterungen.

An den  
Prüfungsausschuss

Hier.

-----  
Rathaus.

Um etwaigen Dennunzationen entgegenzutreten möchte ich folgende Erklärungen und Aufschlüsse abgeben :

1. Jch wie meine Familienangehörige sind keine PG. Vom Anfange an habe ich jeder Berührung mit der Partei vermieden. Jch darf ruhig sagen, Anti-Faschist zu sein, auch meine alten unten angeführten Mitarbeiter in gehobener Stellung hielt ich davon ab PG zu werden. Meine Firma braucht niemand zu entlassen.
2. Jn meiner Firma wurde vom Anfange an der Hitlergruss nicht eingeführt. Jm Geschäft wie in meiner Privatwohnung nie ein Hitlerbild aufgehängt noch Parteipat. Bücher wie z.B. mein Kampf aufgelegt noch angeschafft.
3. Jch habe anlässlich der Betriebsapelle nie eine Ansprache gehalten, auch nie den üblichen Hitler Toast verzapft.
4. Bei der Einstellung neuer Mitarbeiter habe ich PG s vermieden.
5. Unter Nr.117 des Fragebogens führte ich auf, dass ich Obmann meiner Fachgruppe für Württemberg bin. Hiezu möchte ich bemerken, dass solches mit der Partei nichts zu tun hat, ich war der Verbindungsmann zwischen unserer Geschäftsstelle Fahrrad und Fahrradteile Grosshandel Berlin und der Wirtschaftsgruppe Grosshandel in der Gauwirtschaftskammer Stuttgart. Immerhin wurde ich vom Vorsitzenden Konul Eckstein vorgeladen und gebeten, Parteimitglied zu werden, da ich von den 38 Fachgruppen-Obleuten der einzige nicht PG sei. Jch erwiderte, dass ich es beim Alten lasse und bitte, mich meines Amtes zu entheben. Die vorgeschlagene Amtsenthebung kam nicht.
6. Zu Fragen 103 und 141 kann ~~sich~~ auf Grund meiner Einstellung wie oben zu entnehmen ist mit ruhigem Gewissen sagen, dass ich für die NSDAP nur bezahlte was ich musste, die sogen. Freiwilligen Spenden waren in den 12 Jahren zusammengerechnet nicht so hoch als 1 Weihnachtsgeschenk für meine Mitarbeiter betrug. Jn meinem Stuttgarter Geschäft erschienen mal 2 SS Leute in schöner Uniform die Spenden angeblich für Kameradschafts-abende bei den mittleren und grösseren Firmen sammelten, mein Geschäftsführer K. Bertsch (siehe am Schluss) war überzeugt, dass eine Ablehnung nicht möglich sei und gab etwa RM 30.- her, er brachte mir solches bei meinem nächsten Besuch in Stuttgart vor und ich ermächtigte ihn, derartige Kleingkeiten während meiner Awesenheit zu erledigen, aber dieserhalb meine Person als förderndes Mitglied lief ist mir nicht bekannt, irgend welche Unterlagen hierüber habe und hatte ich nicht. Diese Spenden wurden indessen längst eingestellt, nachdem die SS Bonze (siehe unter Nr.7) aus unserer Firma entfernt war.
7. Die ganzen Jahrzehnte hiedurch herrschte bei meiner Firma die schönste Harmonie. Mit 40-50 Leuten montierten wir pro Jahr bis zu 30000 Fahrräder mit einem Jahresumsatz von annähernd 2 Millionen. Schwierigkeiten anstanden mir 1934 wo mich mein damaliger Betriebsobmann durch 2 Stuttgarter Kriminalbeamte nach erfolglosen Haussuchung verhaften lassen wollte. Seine fristlose Entlassung schadete mir indess direkt nicht. Jn meinem Stuttgarter Betrieb war mein Verkaufsleiter SS Mann

Mann was mir bei dessen Eintritt 1931 nicht bekannt war, der Herr kostete mich 6 Jahre viel Geld, seine Leistung war ganz minimal alle Vorhaltungen von mir und meinem Geschäftsführer Karl Bertsch halfen nichts, im Gegenteil erfolgten Drohungen, Beleidigungen u.s.w. Es gelang uns indessen diesen Mann 1937 zu entfernen, schon auf Rücksicht auf solchen wäre eine direkte Verweigerung (siehe 6) direkt gefährlich geworden.

8. Meine Firma hat sich nie um Wehrmichtsaufträge bemüht was aus folgenden Zahlen hervorgeht :

Umsatz 1938	RM 1 769003.-	Gefolgschaftsstand	46
" 1944	" 469617.-	"	9

9. Seit dem Jahre 1888 dem Bestehen unseres Geschäftes ist es vornehmste Aufgabe, für die Mitarbeiter zu sorgen, die gegebenen Weihnachtsgratifikationen überstiegen wesentlich die sonst übliche Höhe. Eines Tages erschien bei mir der Kreisswirtschaftsberater und eröffnete mir, dass meine Firma dafür bekannt sei, seine Gefolgschaftsmitglieder gut zu betreuen und es sei daher von der DAF eine Ehrung für mich vorgesehen, es gäbe 3 Sorten von Ehrungen gleichzeitig empfahl er mir, endlich PG zu werden. Ich erwiderte, dass ich auf alle 3 Sorten Ehrungen verzichte und es sonst beim Alten belasse. Beleidigt und verärgert zog der Herr ab. Der Leiter der DAF grüßte mich von dem Tage an nicht mehr.

Dies ist möglichst kurz und deutlich zusammengedrängt mein politisches Geständnis.

Unten angeführte 3 Mitarbeiter die den Stamm meiner Firma bilden, sind weitgehend über angeführtes orientiert.

Die weiterhin aufgeführten 3 Herren sind meine Freunde die schon zu Teil über 20 Jahre in meiner Familie verkehren. Daher genau über meine Einstellung orientiert sind.

Sämtliche 6 Herren sind Nicht PG

Geschäftlich :

<u>Krumm Gottlob</u>	Backnang	Verkaufsleiter	seit 22	Jahren	in der Fa.
<u>Bertsch Karl</u>	"	Fellbach Geschäftsführer		"	" " "
		m. Stuttgarter Filiale	seit 20	"	" " "
<u>Sanzenbacher Karl</u>	Backnang	Leiter meiner		"	" " "
		Fahrradmontage	seit 16	"	" " "

Persönlich :

Hackenschuh Eugen Kaufmann Hier

Hahn Robert Postvorstand " (nicht Verwandt)

Lehmann Willy Gewerbelehrer "

# Die „Euthanasie“-Aktion in Grafeneck 1940

von Daniel Hildwein

## 1. Die „Euthanasie“-Verbrechen in Grafeneck 1940

Vom 8. Juni bis zum 5. Juli 1949 währte der Tübinger Grafeneck-Prozess. Vor Gericht standen acht Angeklagte. Ihnen wurde die Beteiligung an der Ermordung von 10.654 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – in Grafeneck zur Last gelegt. Die Anklage lautete: „Beihilfe zum Mord“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Zu Grunde gelegt wurde von den Tübinger Richtern nicht das deutsche Strafrecht, sondern das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 10. Das Gericht ließ keinen Zweifel daran, wie es die Tötungen von geistig behinderten und psychisch erkrankten Menschen rechtlich bewertet – nämlich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vier Jahre der Vorermittlungen gingen dem Prozess voran. Heute wird dieser Verbrechenkomplex in der Regel als NS-„Euthanasie“ oder „Krankenmord“ oder als so genannte „Aktion T4“ bezeichnet. „Grafeneck 1940“, der Ort und das Jahr an denen die Morde stattfanden, ist Teil dieses Komplexes. Wie lassen sich die hinter diesem Kürzel verborgenen Verbrechen beschreiben und wie aus geschichtlicher, wie aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive erklären? Wer waren die Opfer, wer die Täter dieser Verbrechen? Was waren die Motive und was waren die Bedingungen, die ihre Tat ermöglichte?



*Schloss Grafeneck (Bildarchiv Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum)*

## 2. Der Begriff der *Euthanasie*

Den Begriff der *Euthanasie* voraussetzungslos im historischen Kontext zu verwenden, ist schwierig und wenig ratsam. Zu viele Bedeutungen schwingen mit, die von Sterbehilfe über die „Tötung auf Verlangen“ bis hin zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ reichen. Obwohl von den Tätern als „Euthanasie“ und „Gnadentod“ verharmlost, ist die NS-„Euthanasie“ angemessen nur als Mord zu beschreiben. In der im Mittelpunkt stehenden Phase von 1939 bis 1941 meint NS-„Euthanasie“ industriellen Massenmord, gleich ob die Beschreibung aus historischer, juristischer oder allgemein ethischer Perspektive geschieht. Im Folgenden wird deshalb der Euthanasie-Begriff in Anführungszeichen gesetzt, bzw. mit dem Zusatz NS-Verbrechen versehen. Ebenso bringt der oft in Wissenschaft und Publizistik verwendete Begriff vom Krankenmord gewisse Probleme mit sich, basiert dieser doch auf einem oftmals nicht reflektierten Krankheitsbegriff oder der Anwendung eines

solchen. De facto verfügen weder die Geschichtswissenschaft noch die Medizingeschichte über Instrumente, um zu klären, ob es sich bei allen Opfern um Menschen mit psychischen Erkrankungen gehandelt hat oder nicht. Auch der Krankheitsbegriff unterliegt in seiner Definition einem historischen Wandel. Für die Beschreibung des Sachverhalts und den Status der Betroffenen als Opfer sowie für die Beschreibung ihrer Tötung als Mord spielt dies keine Rolle. Ihnen allein gemeinsam war ihre Einstufung durch die Täter als „lebensunwertes Leben“ und ihre Deportation aus Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie nach Grafeneck. Für eine vorsichtige und reflektierte Benutzung des Begriffs des Krankmordes spricht auch die Tatsache, dass unter den 10.654 Opfern eine große Zahl an Menschen mit geistiger Behinderung war. Eine Behinderung wiederum ist jedoch nicht mit Krankheit gleichzusetzen oder unter einen Krankheitsbegriff zu subsumieren.

### **3. Die historische Bedeutung**

#### *3.1 Die nationalgeschichtliche Dimension*

Grafeneck besitzt für die Geschichte Deutschlands und Südwestdeutschlands im Nationalsozialismus eine einzigartige Bedeutung. Am 18. Januar 1940 begann auf dem Gelände des Schlosses Grafeneck der NS-„Euthanasie“ – Kranken- und Behindertenmord: die „Aktion T4“. Aus geschichtlicher und aus geschichtswissenschaftlicher Sicht ist die Geschichte Grafenecks in eine Vielzahl von Deutungs- und Interpretationsdimensionen eingebunden. Grafeneck in den Jahren 1939 bis 1941 steht für:

- die systematisch-industrielle Ermordung von Menschen im NS-Staat überhaupt
- den Beginn der Morde der „Aktion T4“ im NS-Staat: Grafeneck als erstes von sechs Vernichtungszentren
- die Ermordung von ausgegrenzten und als „lebensunwertes Leben“ stigmatisierten Menschen aus psychiatrischen Kliniken und Behinderteneinrichtungen
- eines der „arbeitsteiligen Großverbrechen“ des NS-Staates und die „arbeitsteilige Täterschaft“ innerhalb des NS-Staates
- den Komplex von Rassenlehre, Eugenik und Rassenhygiene sowie „Euthanasie“ im Sinne der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“
- das Zusammenspiel von Zustimmung, Verweigerung, Protest und Widerstand zu den Verbrechen des NS-Staates und Handlungsspielräumen unter den Bedingungen einer Diktatur
- den Ausgangspunkt und den Beginn einer Entwicklung von ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschheit. Die „Euthanasie“-Täter und die „Euthanasie“-Mordverfahren kommen bei der Ermordung der europäischen Juden erneut zum Einsatz
- den Umgang mit den Verbrechen des NS-Staates: Gesellschaft und Staat, Angehörige der Opfer und Institutionen, Kirchen, Diakonie und Caritas zwischen Vergessen und Verdrängung, Erinnerungsverweigerung sowie frühen Formen der Erinnerung, des Gedenkens und umfassender Aufarbeitung.

#### *3.2 Die landes- und regionalgeschichtliche Dimension*

Grafeneck besitzt eine herausragende Bedeutung für die südwestdeutsche Landesgeschichte und für die Geschichte des heutigen Bundeslandes Baden-Württemberg. Untrennbar verbunden ist der Ort Grafeneck mit der Landesgeschichte Baden-Württembergs, mit all seinen Landesteilen, seinen Städten und Ortschaften. Nach dem heutigen Wissensstand waren es exakt 40 Behinderteneinrichtungen und psychiatrische Einrichtungen in Baden-Württemberg – 22 württembergische, 17 badische und mit Sigmaringen eine Einrichtung aus Hohenzollern – aus denen die Opfer in die Tötungsanstalt Grafeneck gebracht wurden. Insgesamt – rechnet man die bayerischen, hessischen und nordrhein-westfälischen hinzu – waren es sogar 48. Für diese Einrichtungen, die heute zum allergrößten Teil noch existieren, ist Grafeneck historischer Bezugspunkt schlechthin.

### *3.3 Die stadt- und ortsgeschichtliche Dimension*

Eine weitere Bedeutungsebene liegt in der Herkunft der Opfer, aber auch der Täter und der Tatbeteiligten. Fragt man nach ihrem jeweiligen Geburts- oder Wohnort, so eröffnet dies eine weitere Perspektive, neben der nationalen und der regionalen, eine stadt- und ortsgeschichtliche. Bereits eine oberflächliche Betrachtung der Akten zeigt, dass die über 10.600 Opfer aus allen vier Regierungsbezirken in Baden-Württemberg, allen Stadt- und Landkreisen, allen größeren, aber auch einer ungeheuer großen Zahl mittlerer und kleiner Gemeinden Baden-Württembergs stammten.

### *3.4 Die Dimension Individuum und Familie*

Zuletzt ist Grafeneck nicht nur ein Faktor der nationalen Geschichte und der Landesgeschichte, sondern auch einer, der sich in 10.654 Familiengeschichten hinein erstreckt. Ihr Leben wurde im Jahr 1940 gewaltsam beendet, die Opfer grausam ermordet. Dieses historische Faktum wirkt fort bis in die Gegenwart. Jede Woche wenden sich Verwandte der Opfer, Ältere, die die Opfer noch persönlich gekannt haben, aber auch Jüngere an die Gedenkstätte und suchen nach Auskünften über einen oftmals jahrzehntelang verdrängten und tabuisierten Teil der familiären Geschichte. Rückblickend auf das letzte Jahrzehnt erkennt man klar, dass die Zahl der anfragenden Nachkommen und Angehörigen beständig angestiegen ist. Eine Erklärung hierfür kann sein, dass erst die Zeit Barrieren beseitigt hat und paradoxerweise dadurch die Vergangenheit näher an die Gegenwart herangerückt ist, eine Vergangenheit, die nicht vergeht.

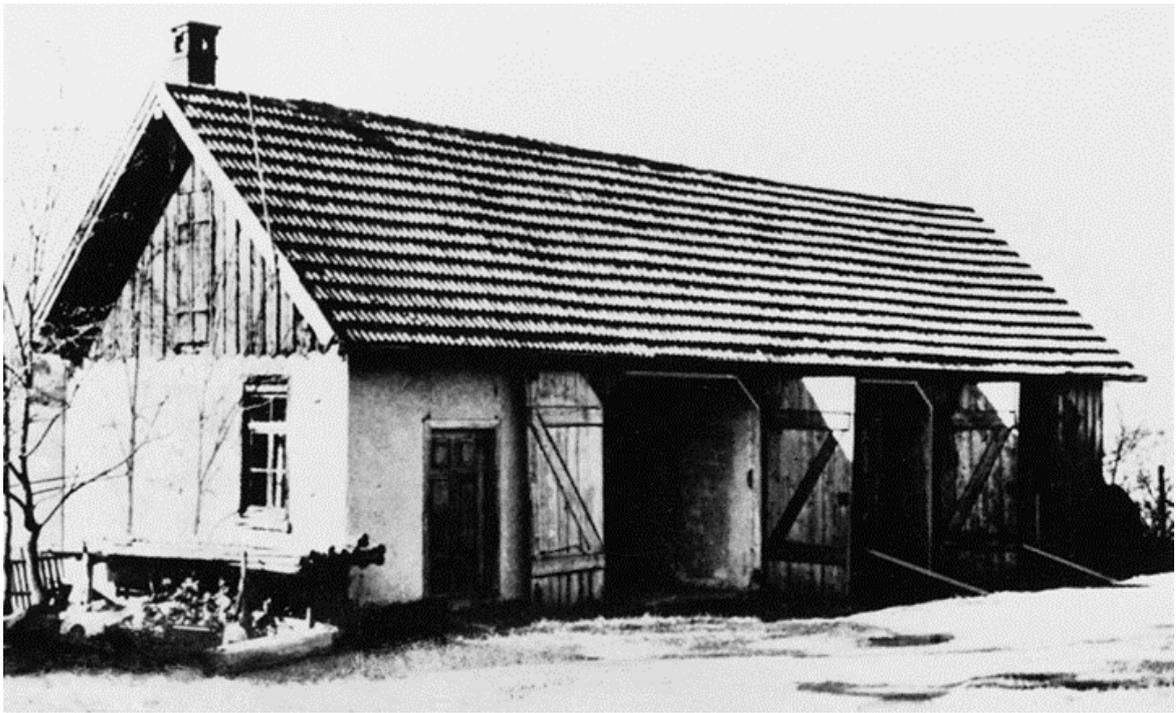
## **4. Das historische Geschehen**

### *4.1 Die Tat*

Im Oktober 1939 wurde die bestehende Behinderteneinrichtung der Samariterstiftung in Grafeneck vom Württembergischen Innenministerium „für Zwecke des Reichs“ beschlagnahmt. Am 18. Januar 1940 begannen die Morde in Grafeneck, denen bis zum Dezember 1940 über 10.600 Menschen zum Opfer fielen.



*Im Vordergrund: Mit landwirtschaftlichen Aufgaben betrautes Täterpersonal, im Hintergrund: Das Tötungsareal Grafenecks (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland)*



*Dieses Gebäude enthielt die Gaskammer  
(Bildarchiv Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum)*



*Die Tötungsanstalten der „Aktion T4“ (Bildarchiv Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum)*

Der eigentliche Tötungskomplex befand sich 300 Meter vom Schloss entfernt und bestand aus dem mit einer Gaskammer versehenen Tötungsgebäude, dem Krematorium mit zwei mobilen Verbrennungsöfen, einer Aufnahmebaracke, in der die Opfer entkleidet, fotografiert und einer oberflächlichen ärztlichen Begutachtung unterzogen wurden, sowie einer Garage für die in Grafeneck stationierten und zum Transport der Opfer eingesetzten grauen Busse.

Die Morde von Grafeneck waren Teil eines noch größeren, reichsweiten Geschehens, eines der größten Verbrechen, die das nationalsozialistische Deutschland hervorgebracht und ermöglicht hat: die Ermordung von über 70.000 Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Erkrankungen in den Jahren 1940 und 1941, genannt „Aktion T4“.

Diesem Verbrechen gingen weitere Mordaktionen des NS-Staates voraus, beziehungsweise folgten nach, die von der historischen Forschung ebenfalls dem Komplex der NS-„Euthanasie“-Verbrechen zugeordnet werden. Zu diesen zählen:

- die Kinder-„Euthanasie“: Morde an 5.000 Säuglingen und Kindern in so genannten „Kinderfachabteilungen“ innerhalb bestehender Kliniken 1939 bis 1945
- die dezentrale „Euthanasie“: Ermordung von ungefähr 30.000 Menschen innerhalb der psychiatrischen Kliniken durch Medikamente und Nahrungsmittelentzug 1941 bis 1945
- die „Euthanasie“ im Osten: Morde an Psychatriepatienten in Polen und der UdSSR

Den Opfern wurde bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts eine doppelte Minderwertigkeit zugeschrieben. Sie galten als Gefahr und gleichzeitig als Bürde und Last für den so genannten „gesunden Volkskörper“. Zum einen waren dies eugenisch-rassenhygienische, zum anderen ökonomische Gründe, die angeführt wurden, um den „Lebenswert“ und damit auch das „Lebensrecht“ von psychisch erkrankten und geistig behinderten Menschen in Anstalten zu bestreiten.

In der Hauptsache waren es dann Kriterien von Produktivität und Arbeitsfähigkeit, die vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges, über Leben und Tod in den Anstalten und Kliniken entschieden.

Mit der Erfassung auch aller jüdischen Patienten in den psychiatrischen Einrichtungen Württembergs und Badens und deren Ermordung in Grafeneck sowie der späteren Übernahme der Technologie und des Personals der Gasmordanstalten begann ein Weg, der in den „Holocaust“, die Ermordung der deutschen und europäischen Juden, mündete. Im Dezember 1940 endeten die Morde in Grafeneck. Als Gründe hierfür können das Scheitern der Geheimhaltungsbemühungen und zunehmende Proteste von Kirchen, Angehörigen, Einrichtungen sowie aus Kreisen der NSDAP gelten. Protest und Widerstand waren aber für den Abbruch der Morde von untergeordneter Bedeutung. Die Versetzung des Grafenecker Täterpersonals ins hessische Hadamar, ebenfalls eine Vernichtungseinrichtung, legt den Schluss nahe, dass die Täter ihre Ziele im deutschen Südwesten erreicht hatten.

#### 4.2 Die Täter

Das ab Ende 1939 von Berlin und Stuttgart aus rekrutierte Tötungspersonal Grafenecks setzte sich aus etwa 100 Personen zusammen und war im Schloss untergebracht. An der Spitze stand der ärztliche Leiter und dessen Stellvertreter, die hauptsächlich für die Ermordung der ankommenden Menschen zuständig waren. Weiter befanden sich Pfleger und Pflegerinnen in Grafeneck, die die Transporte begleiteten, die Opfer gegebenenfalls ruhigstellten und sie letzten Endes in die Gaskammer führten. Außerdem in Grafeneck: Wachpersonal, sogenannte „Leichenbrenner“, Busfahrer, Hausmeister, landwirtschaftliche Arbeiter/-innen und Büropersonal, welches das eigens eingerichtete „Sonderstandesamt“ betrieb.

Der erste ärztliche Leiter, Dr. Horst Schumann (1906–1983), bei dem die Gesamtverantwortung für die Durchführung des Massenmordes vor Ort lag, war vor seiner Zeit in Grafeneck Amtsarzt in Halle an der Saale. Anfang Oktober 1939 war Schumann in die Kanzlei des Führers bestellt worden, wo Viktor Brack ihn über die „Euthanasie“-Mordaktion informierte und zur Mitarbeit aufforderte. Schumann willigte ein und wurde zum Leitenden Arzt in Grafeneck ernannt. Er leitete persönlich den ersten Transport von 25 männlichen Patienten nach Grafeneck. Dieser Transport verließ die Anstalt Eglfing-Haar bei München am 18. Januar 1940. Im April 1940 wechselte Schumann von Grafeneck in eine weitere der sechs Vernichtungsanstalten der „T4“, nach Sonnenstein/Pirna.



*Ausstellungsbild des Reichsnährstandes 1936  
(Volk und Rasse, Illustrierte Monatszeitschrift für deutsches Volkstum 10, 1936)*

Christian Wirth (1885-1944), bis 1939 Kriminalinspektor in Stuttgart, war für den Aufbau der Verwaltung in Grafeneck zuständig. Später stieg Wirth zum Inspekteur aller sechs Vernichtungsanstalten der „T4“, zum Polizeimajor und SS-Sturmbannführer auf. Beide Männer verband neben ihrer langjährigen Mitgliedschaft in der NSDAP die Tatsache, dass ihre Rolle während der „Aktion T4“ einen steilen Aufstieg auf der nationalsozialistischen Karriereleiter und eine aktive Beteiligung am „Holocaust“ nach sich zog.

Der spätere Einsatz des „Euthanasie“-Personals und der Tötungstechnologie der Gasmordanstalten zur Ermordung der europäischen Juden zeigen den direkten Zusammenhang zwischen den „Euthanasie“-Verbrechen und der „Endlösung der Judenfrage“: Dr. Horst Schumann war ab Herbst 1942 Lagerarzt in Auschwitz und selektierte an der Rampe von Birkenau Menschen für grausame und oftmals tödliche Röntgensterilisationsversuche. Maßgeblich wirkte aber auch das nichtärztliche Personal der „T4“ – darunter auch Christian Wirth an herausragender Stelle – bei der Ermordung der europäischen Juden mit. Im Rahmen der „Aktion Reinhard“ leitete Wirth den Aufbau des Vernichtungslagers Belzec, wurde später dessen erster Kommandant und ab 1. August 1942 zum Inspekteur der Vernichtungslager Belzec, Treblinka und Sobibor ernannt, in denen nach heutigem Wissensstand 1,75 Millionen Menschen ermordet wurden.

# Merkblatt

## Bei Ausfüllung der Meldebogen zu beachten!

Zu melden sind sämtliche Patienten, die

1. an nachstehenden Krankheiten leiden und in den Anstaltsbetrieben nicht oder nur mit mechanischen Arbeiten (Zupfen u. ä.) zu beschäftigen sind:

Schizophrenie,

Epilepsie (wenn exogen, Kriegsdienstbeschädigung oder andere Ursachen angeben),

senile Erkrankungen,

Therapie-refraktäre Paralyse und andere Vues-Erkrankungen,

Schwachsinn jeder Ursache,

Encephalitis,

Huntington und andere neurologische Endzustände;

oder

2. sich seit mindestens 5 Jahren dauernd in Anstalten befinden;

oder

3. als kriminelle Geistesranke verwahrt sind;

oder

4. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht deutschen oder artverwandten Blutes sind unter Angabe von Rasse\*) und Staatsangehörigkeit.

Die für jeden Patienten einzeln auszufüllenden Meldeblätter sind mit laufenden Nummern zu versehen.

Die Meldebogen sind nach Möglichkeit mit Schreibmaschine auszufüllen.

Als Stichtag gilt der

\*) Deutschen oder artverwandten Blutes (deutschblütig), Jude, jüdischer Mischling I. oder II. Grades, Negor, Negermischling, Zigeuner, Zigeunermischling usw.



*Dr. Horst Schumann (Hess. HStA Wiesbaden)*



*Christian Wirth (HStA Stuttgart)*

Die Lebensgeschichten von Schumann und Wirth weisen abschließend eine weitere Parallele auf: Beide Männer wurden nie für ihre Verbrechen verurteilt. Christian Wirth kam bei einem Sondereinsatz in Triest 1944 ums Leben. Die Umstände seines Todes sind bis heute ungeklärt. Dr. Horst Schumann kam nach dem Krieg zunächst in amerikanische Gefangenschaft, aus der er allerdings nach wenigen Wochen wieder entlassen wurde. Im Anschluss arbeitete er in Gladbeck als städtischer Sportarzt und eröffnete 1949 eine eigene Praxis. Um seiner Verhaftung zu entgehen, floh er 1951 aus Deutschland. Nach dem Aufenthalt in mehreren afrikanischen Staaten wurde er schließlich 1966 von Ghana an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert. Das 1970 gegen Schumann eröffnete Verfahren wurde nach einem Jahr wegen „Verhandlungsunfähigkeit“ eingestellt. Er lebte bis zu seinem Tod im Jahr 1983 in Frankfurt am Main.

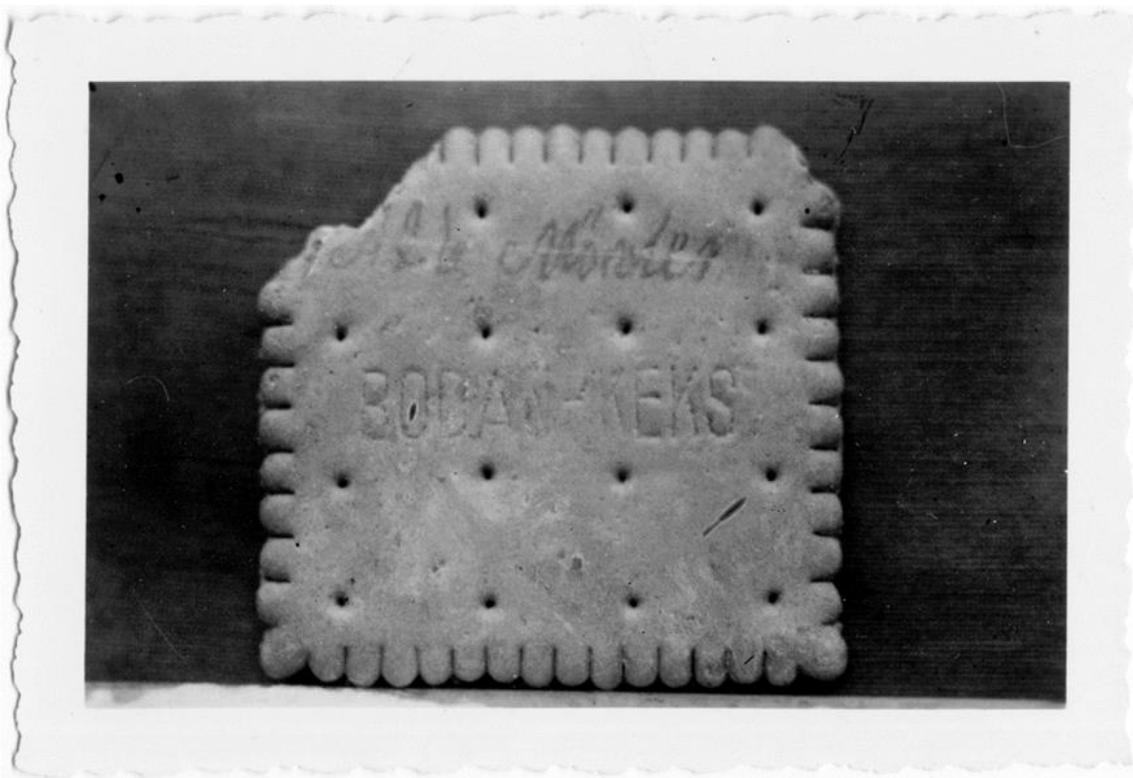
#### *4.3 Die Opfer*

Die Ermittlungen zum Grafeneckprozess in Tübingen ergaben 1949 eine Opferzahl von 10.654 für die Tötungsanstalt Grafeneck. Es handelte sich um eine sehr heterogene Gruppe von Menschen, die überwiegend aus den heutigen Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern, in Einzelfällen aber auch aus anderen Teilen Deutschlands und der Welt stammten. Es waren Menschen aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten, in diversen Lebensphasen und Rollen: Es waren Töchter, Söhne, Mütter, Väter, Schwestern, Brüder, Kollegen/Kolleginnen, Freunde/Freundinnen, Schüler/-innen, Studierende, Arbeiter/-innen, Angestellte, Beamte etc. Sie alle verband nur, dass sie vor ihrer Deportation nach Grafeneck in einer Einrichtung für psychisch kranke oder behinderte Menschen waren und von ihren Mördern als „minderwertig“, „lebensunwert“ oder als „Ballastexistenz“ eingestuft wurden.

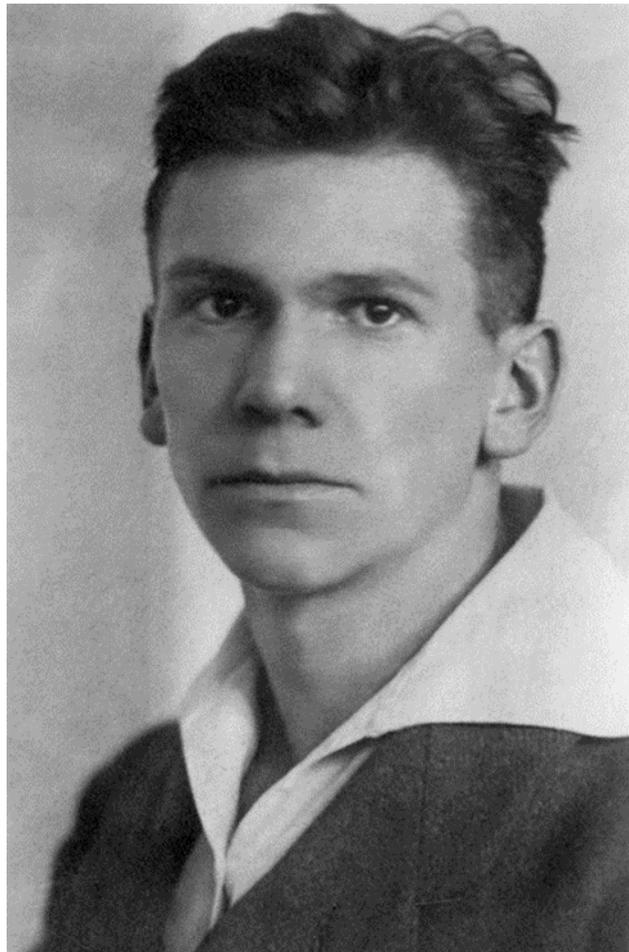
Bislang sind ca. 9.600 Grafeneck-Opfer namentlich bekannt und im Namensbuch der Gedenkstätte Grafeneck verewigt. Zu vielen Menschen fand man nur den Namen und das Deportationsdatum auf einer erhalten gebliebenen Transportliste der Täter. In manchen Fällen geben die Akten noch Auskunft über Geburtstage sowie Geburts- oder letzte Wohnorte. In – im Vergleich zur Opferzahl – leider nur wenigen Fällen wurden Dokumente und Akten von den Angehörigen der Opfer bis in die Gegenwart hinein aufbewahrt und zugänglich gemacht. Dies ermöglicht uns heute einen Einblick in die Lebens- und Leidensgeschichten mancher Grafeneck-Opfer.

Einer dieser Fälle ist der 1904 in Charkow (Ukraine) geborene und in Göppingen aufgewachsene Theodor Kynast. Schon als junger Mann wurde er aufgrund einer psychischen Erkrankung 1928 in der Göppinger Privatheilanstalt Christophsbad aufgenommen. Dort gehörte er zu den Staatspfleglingen, das heißt den auf öffentliche Kosten untergebrachten Patienten. Insgesamt hatte Theodor Kynast 12 Jahre im Christophsbad verbracht bis er am 14. Oktober 1940 mit 74 weiteren Männern in die staatliche Heil- und Pflegeanstalt Winnental verlegt wurde. Es handelte sich hierbei um eine sogenannte „Zwischenverlegung“. Diese Praxis diente den „T4“-Verantwortlichen üblicherweise zur Vertuschung ihres Verbrechens. Nur wenige Wochen nach seiner Ankunft in Winnental wurde Theodor Kynast am 29. November 1940 nach Grafeneck gebracht und direkt nach der Ankunft ermordet.

Die Eltern von Theodor Kynast erhielten Anfang Dezember ein vom Sonderstandesamt Grafeneck ausgestelltes Schreiben. In diesem „Trostbrief“ wurden Sie über den Tod ihres Sohnes informiert. Den Ausführungen des Briefes zu Folge soll er am 3. Dezember 1940 „ganz plötzlich an Lungentuberculose mit anschliessendem Blutsturz verstorben“ sein.



*Bildarchiv Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum*



*Theodor Kynast (1904–1940)*  
*(Bildarchiv Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum)*

Familie Kynast bat Ende Dezember 1940 oder Anfang 1941 einen ehemaligen Schulfreund ihres Sohnes um Hilfe, der inzwischen Pfarrer in Bad Boll war. Dieser verfasste für die Mutter einen Brief nach Grafeneck. Einer der Auslöser für die Reaktion der Eltern war ein Keks, der im Nachlass Theodor Kynasts enthalten war. In ihn war das Wort „Mörder“ eingeritzt. Der Brief der Mutter vom 20. Januar 1941 wurde von den Grafenecker Stellen mit Ausflüchten und Lügen beantwortet.

## **5. Der Umgang mit den „Euthanasie“-Verbrechen von 1945 bis heute: Strafprozesse, Geschichtsvergessen und Formen der Erinnerung**

### *5.1 Gedenkstätte und Dokumentationszentrum*

Nach den Morden nutzte die Führung der Hitler-Jugend/Gauleitung Württemberg das Schloss als einen Ort der Kinderlandverschickung, an dem Jugendliche aus bombenkriegsgefährdeten Regionen untergebracht wurden. In Etappen kehrte bereits während des Krieges die Samariterstiftung nach Grafeneck zurück. Die französische Besatzungsmacht war es schließlich, die das Schloss der Samariterstiftung zurückerstattete und damit einen Neuanfang für die Arbeit mit behinderten Menschen ermöglichte. Die bei Kriegsbeginn vertriebenen Heimbewohner Grafenecks, die den Krieg überlebt hatten, zogen erneut ins Schloss ein. Grafeneck ist seither wieder ein von der Samariterstiftung genutzter Ort – Lebensraum, Wohnort und Arbeitsplatz für Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen.

Eine juristische Auseinandersetzung mit den „Euthanasie“-Verbrechen wurde von den alliierten Besatzungsmächten aber auch von deutschen Behörden angestoßen. Sie mündete in zwei Grafeneck-Prozessen, die 1948 in Freiburg, für den badischen Landesteil, und 1949 in Tübingen, für den württembergischen Landesteil, stattfanden. In Freiburg waren zwei, in Tübingen acht Personen angeklagt. Die Freiburger Angeklagten, beide leitende Beamte des badischen Innenministeriums,

wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, jedoch bereits in den 1950er Jahren begnadigt. Der Grafeneck-Prozess, der 1949 in Tübingen stattfand, versuchte ebenfalls den monströsen Verbrechen von Grafeneck Rechnung zu tragen.

**Landes-Pflegeanstalt  
Grafeneck**  
A 12/6/55 Bi.  
Zeichen bei Antwort  
angeben

Münzingen, den 4. Dezember 1940  
Ehlfeld 17

*Anfragen sind nur schriftlich an uns zu richten!  
Besuche müssen 8 Tage vorher angemeldet werden!*

Herrn  
Karl K██████,  
Göppingen,  
██████████.

Sehr geehrter Herr K██████!

Im Rahmen großzügiger Verlegungsmaßnahmen von Geisteskranken, die im Zusammenhang mit der augenblicklichen Kriegslage stehen und auf Anordnung des Innenministeriums gemäss Weisung des Reichsverteidigungskommissars durchgeführt werden, wurde auch Ihr Sohn Theodor Heinrich K██████ am 29. November 1940 in die hiesige Anstalt überführt.

Dieser ist nun zu unserem Bedauern am 3. Dezember 1940 ganz plötzlich an Lungentuberculose mit anschliessendem Blutsturz verstorben.

Bei der geistigen, unheilbaren Erkrankung Ihres Sohnes ist der Tod eine Erlösung für ihn und seine Umwelt.

Da in die Verlegungen auch solche Patienten eingeschlossen sind, die neben ihrer geistigen Erkrankung mit Infektionskrankheiten behaftet waren, musste der Leichnam Ihres Sohnes laut Anordnung der Gesundheitspolizei zur Verhütung übertragbarer Krankheiten sofort eingeäschert werden. Einer besonderen Zustimmung Ihrerseits bedurfte es in diesem Falle nicht.

Wir bitten um Übersendung einer Bescheinigung über den Erwerb einer Grabstätte, damit die Urne mit den sterblichen Überresten des Entschlafenen an den betreffenden Friedhof abgesandt werden kann. Sollten wir nach Ablauf von 14 Tagen keine Mitteilung von Ihnen erhalten, so werden wir die Urne anderweitig gebührenfrei beisetzen lassen.

Die Kleidungsstücke des Verstorbenen mussten wir aus obigen Gründen desinfizieren lassen, wodurch sie an Wert verloren haben. Wenn Sie uns den Nachweis der Erbberechtigung erbringen, so senden wir Ihnen die Kleider gern zu, soweit nicht der bisherige Kostenträger Anspruch darauf erhebt. Sollten wir nach 2 Wochen noch ohne Nachricht sein, so übergeben wir die Kleider mit Ihrem Einverständnis der NSV.

Da wir keine weiteren Anschriften besitzen, bitten wir Sie, auch andere Anverwandte zu benachrichtigen.

Zwei Sterbeurkunden, die Sie für eine etwaige Vorlegung bei Behörden sorgfältig aufbewahren wollen, fügen wir bei.

Heil Hitler!  
*V. Dr. O. H.*

Der „Trostbrief“ an Familie Kynast aus der „Landes-Pflegeanstalt Grafeneck“  
(Bildarchiv Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum)

Das Urteil fiel sehr milde aus: Fünf Freisprüche standen drei Verurteilungen gegenüber. Die Gefängnisstrafen lagen hierbei zwischen fünf und eineinhalb Jahren. Die hohe Bedeutung des Tübinger Prozesses liegt darin begründet, die Verbrechen akribisch rekonstruiert und die Zahl der Opfer von 10.654 genau bestimmt zu haben. Die moderne Geschichtswissenschaft hat die vom Gericht genannte Größenordnung der Opfer bestätigt. In Grafeneck wurden die Spuren, die an die

„Euthanasie“-Morde erinnern, in den 1950er und 1960er Jahren sichtbar. Ein früher Gedenkort entstand auf dem Friedhof der Einrichtung. Im gleichen Zeitraum erfolgte aber der Abriss des Vernichtungsgebäudes. Seit 1982 erinnert eine erste Texttafel an die Verbrechen von 1940. Der eigentliche Ort des Mahnens und Gedenkens, eine offene Kapelle, entstand 1990 in unmittelbarer Nähe zum Friedhof unter dem Leitgedanken: „Das Gedenken braucht einen Ort“. Ergänzt wurde die Gedenkstätte im Jahr 2005 durch das heutige Dokumentationszentrum. In diesem befinden sich neben den Mitarbeiterbüros, eine Bibliothek, ein Archiv und eine Ausstellung zum Thema. Grafeneck ist heute nicht nur Erinnerungs- und Gedenkstätte, sondern auch Forschungs-, Informations- und Bildungsstätte.



*Gedenkstätte Grafeneck  
(Bildarchiv Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum)*

### *5.2 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Erinnerung*

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das nur wenige Wochen vor dem Tübinger Grafeneck-Prozess verabschiedet wurde, ist als eine explizite Antwort auf die Verbrechen des NS-Staates im allgemeinen, aber auch der NS-„Euthanasie“-Verbrechen im Besonderen zu lesen und zu interpretieren. Wenn der Grundsatz, aus der Geschichte lernen zu wollen, Anwendung findet, dann hier. Artikel 1 des Grundgesetzes beinhaltet den Schutz der Menschenwürde. Er lautet in seinem ersten Absatz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Er gehört zu den tragenden Verfassungsgrundsätzen und hat elementare Bedeutung für alle anderen Bestimmungen des Grundgesetzes. Bewusst findet hier der Begriff der Würde Verwendung. Er widerspricht dem Begriff des Werts bzw. des Unwerts. Letzterer koppelte den Wert des Menschen an seine Verwertbarkeit, an seine Produktivität und in letzter Instanz an seine Nützlichkeit für die Gesellschaft. In dieser Hinsicht ist er Ausdruck des Vorrangs der Gemeinschaft, im Nationalsozialismus als „Volksgemeinschaft“ bezeichnet, vor dem Individuum.



*Dokumentationszentrum  
(Bildarchiv Gedenkstätte Grafeneck Dokumentationszentrum)*

Die durch den Artikel 1 eingeleiteten Grundrechte verstehen sich in strikter Abgrenzung zu dieser Vorstellung als Individualrechte. Artikel 1 des GG besitzt einen 2. Teil. Auch er ist von eminenter Bedeutung. Er lautet in Bezug auf die Würde des Menschen: „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Auch dies lässt sich als eine unmittelbare Reaktion auf die Verbrechen des NS-Staates lesen, waren diese doch auch und gerade Verbrechen des Staates. Ohne dessen Organe, Institutionen und Beamte wären Verbrechen der oben beschriebenen Größenordnung und dieses Charakters – arbeitsteilige Großverbrechen mit arbeitsteiliger Täterschaft – überhaupt nicht denkbar und durchführbar gewesen. Durch die Bindung der staatlichen Gewalt an die Menschenwürde und die Grundrechte wird ausgedrückt, dass dem Staat oder einem wie auch immer gearteten Kollektiv kein Primat vor der Menschenwürde zukommt. Diese wird dabei auch nicht vom Staat verliehen, sondern wird als vorstaatlich gegeben gedacht. Mit diesem Grundrecht wird jedermann ein Abwehrrecht gegen die staatliche Gewalt eingeräumt und gleichzeitig ein Schutzauftrag garantiert, der den Staat verpflichtet den Einzelnen vor Verletzung der Menschenwürde zu bewahren.

Das Grundgesetz nimmt im Folgenden jedoch keine nähere Definition der Menschenwürde vor. „Sie gilt prinzipiell dann als verletzt, wenn der Mensch zum bloßen Objekt gemacht wird.“ Praktische Wirksamkeit entfaltet der Art. 1, Absatz 1 nur in Verbindung mit den nachfolgenden Grundrechten, die als Ausformulierung und Konkretisierung des Art. 1 betrachtet werden. Von besonderer Bedeutung sind in unserem Zusammenhang weitere ganz konkrete Artikel des Grundgesetzes, nämlich zum einen Art. 2, Abs. 2, der das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit garantiert. Dieses zentrale Grundrecht wurde durch den NS-Staat zehntausendfach gebrochen. Die Proteste und der Widerstand gegen die NS-„Euthanasie“-Verbrechen hoben immer wieder hierauf ab. Der katholische Bischof von Münster, Graf von Galen, führte in seiner Predigt im August 1941 aus, dass er bei den Strafbehörden Anzeige wegen Mordes gemacht hatte. Die Proteste betonten wiederholt, dass die NS-„Euthanasie“-Maßnahmen auf keiner wie auch immer gegründeten gesetzlichen Grundlage fußten. Ebenso zentral für den kirchlichen Widerstand war nicht nur der Verweis auf jegliche staatliche Rechtsordnung, deren Grundlage das Recht auf Leben darstellt, sondern auch der Verweis auf eine göttliche Ordnung der christlichen Gebote, die im 5. Gebot ein generelles

Tötungsverbot ausspricht. Zuletzt soll auf Art. 3, Abs. 3 eingegangen werden, der besagt, dass niemand u. a. wegen seines Geschlechts, seiner Rasse, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf, und dessen letzter Satz lautet: Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Er wurde erst 1994 in das Grundgesetz aufgenommen. Er besitzt, so sagt es eine neuere Kommentierung des Grundgesetzes aus dem Jahr 2010, eher eine Appellfunktion und wird als Zugeständnis an den Zeitgeist bewertet. Dass er dies nicht länger bleibt, ist zu hoffen. Die Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Bundesrepublik Deutschland könnte hier ein wegweisender Schritt sein. Das Grundgesetz und seine Maßstäbe lassen sich bis heute als Antwort auf die Geschichte und als eine Herausforderung begreifen, Gegenwart und Zukunft an gerade dieser zu messen. Ein Wissen über die Geschichte kann hierfür als Wegweiser dienen.

### Literatur

Götz ALY: Die Belasteten. 'Euthanasie' 1939-1945. Eine Gesellschaftsgeschichte. Frankfurt/M. 2013

Dirk BLASIUS: „Einfache Seelenstörung“. Geschichte der deutschen Psychiatrie 1800-1945. Frankfurt/M. 1994.

Entrechtet – verfolgt – vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten. Hg. von Peter STEINBACH u.a. Stuttgart 2015

Henry FRIEDLANDER: Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung. Berlin 1997

Ernst KLEE: „Euthanasie“ im Dritten Reich. „Die Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt/M. 2010 (<sup>1</sup>1983)

~: Dokumente zur „Euthanasie“. Frankfurt/M. 1985

~: Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord. Frankfurt/M. 1990 (<sup>1</sup>1986)

Medizin und Nationalsozialismus: Bilanz und Perspektiven der Forschung. Hg. von Robert JÜTTE, Wolfgang U. ECKART, Hans-Walter SCHMUHL, Winfried SÜß. Göttingen 2011

Hans-Walter SCHMUHL: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens‘ 1890-1945. Göttingen <sup>2</sup>1992

Thomas STÖCKLE: Grafeneck 1940. Die Euthanasie-Verbrechen in Südwestdeutschland. Tübingen <sup>3</sup>2012

# FREIE BEITRÄGE ARTICLES LIBRES

## Eine Chronik aus dem 16. und 17. Jahrhundert im Geschichtsunterricht<sup>1</sup>

### Der Schwäbisch Haller Arzt Dr. Johann Morhard (1554-1631) und seine Haus-Chronik

von Samuel Ewert

Als noch junger Historiker stellte Jürgen Kocka 1972 in einem Artikel in der Zeit die Frage: „Wozu noch Geschichte?“<sup>2</sup> Die Geschichtswissenschaft befand sich auf dem Rückzug, Soziologie und Politologie waren auf dem Vormarsch – die Bielefelder Schule war in direktem Sinne eine Antwort auf diese Entwicklung. Kockas Frage verwundert nicht. In Krisenzeiten muss sich ein Fach re-formieren, bisher Akzeptiertes überprüft und neue Weichen gestellt werden.<sup>3</sup> Bezieht sich seine Frage hier auf die Geschichtswissenschaft im Allgemeinen, so hat sie für den Unterrichtsalltag des Geschichtslehrers ebenso eine fundamentale Bedeutung. Dieser Ansatz kann direkt auf die vorliegende Arbeit übertragen werden: Im ersten Teil wurde die Haus-Chronik als historische Quelle untersucht und mit dem bestehenden Geschichtsbild der Frühneuezeitforschung in Verbindung gebracht. Sie stellt zweifelslos eine überaus interessante und ergiebige Quelle für die regionalgeschichtliche Erforschung der Frühen Neuzeit dar. In diesem Kapitel soll jedoch nicht die Chronik als Gegenstand analysiert, sondern ihre Bedeutung für den Geschichtsunterricht herausgearbeitet werden. Hierin liegt nach Michael Sauer auch einer der wichtigsten geschichtsdidaktischen Aspekte: „Geschichtsunterricht legitimiert sich nicht einfach von seinem Gegenstand her. Es geht um dessen Bezug zur Gegenwart und seine Bedeutung für die Adressaten.“<sup>4</sup> Die Chronik Morhards hat als Gegenstand keine Legitimation für den Unterricht, einfach weil es sie gibt. Der Bedeutungsgrad muss vorher einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden, die auf plausiblen Kriterien fußt. Oder, um die Frage aus allgemeindidaktischer Sicht in Klafkis Worten zu stellen: Worin liegt der „Bildungsgehalt“ der Chronik und ihrer Inhalte, der eine Behandlung im Unterricht legitimiert?<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Der nachfolgende Beitrag ist der didaktische Teil einer 2017 an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd verfassten wissenschaftlichen Arbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen. Der fachwissenschaftliche Teil erscheint separat: Samuel EWERT: Johann Morhard - Haller Stadtarzt und Chronist (1554-1631). In: Württembergisch Franken 104 (2020).

<sup>2</sup> Jürgen KOCKA: „Wozu noch Geschichte? Die sozialen Funktionen der historischen Wissenschaften“. In: Die Zeit 9, 1972. In: <http://www.zeit.de/1972/09/wozu-noch-geschichte/komplettansicht>. (abgerufen: 07.06.2017).

<sup>3</sup> Jens DREBLER: Vom Sinn des Lernens der Geschichte. Historische Bildung in schultheoretischer Sicht (Geschichte im Unterricht 8). Stuttgart 2012 hat den Wandel historischer Bildung aus schultheoretischer Sicht in einem Überblick dargestellt, in Kapitel 4.3-4.4 geht er dabei auf die Entwicklung im späteren 20. Jahrhundert ein.

<sup>4</sup> Michael SAUER: Geschichte unterrichten. Eine Einführung in die Didaktik und Methodik. Seelze <sup>5</sup>2006, S. 18.

<sup>5</sup> Vgl. Wolfgang KLAFFKI: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik. Weinheim/Basel <sup>6</sup>2007 [1985], insbes. die zweite Studie, S. 43-82.

## **1. Kriterien didaktischer Legitimation: Eignet sich die Haus-Chronik für den Geschichtsunterricht?**

Die in der Überschrift formulierte zentrale Frage ist bewusst geschlossen gestellt. Sie kann entweder bejaht oder verneint werden. Natürlich könnte man auch abwägen und Argumente für und gegen eine Einbindung in den Unterricht finden. Die Frage würde dann etwa lauten: Worin liegt der Bildungsgehalt der Haus-Chronik als Quelle für den Geschichtsunterricht? Eine theoretische Auseinandersetzung wäre mit dieser Stoßrichtung sicherlich interessant. Dies entspricht jedoch nicht der wirklichen Situation in der Unterrichtspraxis. Denn der Geschichtslehrer steht täglich vor der Entscheidung, welches Thema er behandelt und welche Quellen er für dessen Erschließung verwendet. Dieser Herausforderung will ich mich auch in der vorliegenden Arbeit stellen und am Ende des Unterpunkts eine klare Antwort geben.

Einen dialektischen Weg also vermeidend, müssen grundlegende Kriterien gefunden werden, anhand derer sich der Bedeutungsgehalt der Haus-Chronik messen lässt. Denn wie Klaus Bergmann feststellt, ist es die Frage „nach welchen Kriterien Lernwürdiges von Lernmöglichem geschieden werden kann“<sup>6</sup>, die im Mittelpunkt einer jeden fachdidaktischen Reflexion stehen muss. Dass es in der Geschichte eine nie endende Zahl an Lernwürdigem gibt, muss nicht weiter erläutert werden. Nach welchen Kriterien kann sich dieses Lernwürdige jedoch so aussieben lassen, dass es im Rahmen der begrenzten Unterrichtsstunden, die zu Verfügung stehen, auch wirklich realisierbar wird? Und in unserem Kontext vor allem: Stellt Morhards Chronik unter all den Themen und Inhalten einer kritischen Untersuchung stand? Diese Frage muss auf zwei Ebenen beantwortet werden: Erstens gilt zu klären, ob sich das Leben Morhards als Thema für den Unterricht eignet und zweitens, inwiefern die Haus-Chronik als Quelle einen realisierbaren Zugang dafür darstellt.

### **1.1 Die Haus-Chronik und das Leben Morhards als Thema für den Geschichtsunterricht**

Nach Michael Sauer eignet sich ein Inhalt bzw. Thema für den Geschichtsunterricht besonders, wenn sie folgende Kriterien erfüllen:<sup>7</sup>

#### *1. Werden dadurch Erfahrungen von historischer und/oder kultureller Andersartigkeit und damit Fremdverstehen ermöglicht?*

Die Schüler sollen durch die Auseinandersetzung mit dem historischen Unterrichtsthema nicht nur einen Einblick in die Vergangenheit bekommen, sondern gezielt mit den Unterschieden zur Lebenswelt der Menschen und ihrer Kulturen konfrontiert werden. Damit hängt diese Frage sehr eng mit dem Geschichtsbewusstsein als dem „wichtigsten Gegenstand“ der Geschichtsdidaktik zusammen, das „bewußtseinsstrukturierende Denk- und Einstellungsprozesse“<sup>8</sup> in den Vordergrund rückt. Hierbei stellt die Haus-Chronik einen hervorragenden Gegenstand dar, anhand dem ein Fremdverstehen ermöglicht wird. Den Schülern wird ein Einblick in eine ihnen fremde Welt gewährt, wenn sie sich beispielsweise mit dem Familienleben, der Konfliktbewältigung (Schneckischen Unruhen, Umgang mit bockigen Söhnen) oder dem Umgang mit dem (häufigen) Tod beschäftigen. All diese Bereiche sind ihnen wohl bekannt, jedoch in einem völlig anderen kulturellen Kontext mit verschiedenen Handlungsweisen.

---

<sup>6</sup> Klaus BERGMANN: Geschichtsdidaktik. Beiträge zu einer Theorie historischen Lernens (Forum Historisches Lernen). Schwalbach/Ts. 32008, S. 132.

<sup>7</sup> Vgl. zu den Kriterien der Themenfindung SAUER (wie Anm. 4), S. 45 f. Sauer stellt dabei sieben Grundsätze auf. Die Umformulierung als Fragen geht auf den Autoren dieser Arbeit zurück, bedienen sich aber reichlich an den Termini Sauers.

<sup>8</sup> Jörn RÜSEN: Historisches Lernen. In: Klaus BERGMANN et al. (Hg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik. Seelze-Velber 51997, S. 261-267, hier S. 261.

2. *Wird dadurch eine Einsicht vermittelt, dass das Denken und Handeln von Menschen immer zeit-, standort- und interessen gebunden sind?*

Jede historische (und gegenwärtige) Person ist in der ein oder anderen Hinsicht Kind seiner Zeit. Ein zu behandelnder Unterrichtsgegenstand sollte möglichst diese Zeit- und Standortgebundenheit hervorheben. Diese Frage hängt eng mit der vorhergehenden zusammen und muss deshalb ähnlich beantwortet werden. Die Chronik stellt für diesen Ansatz einen ganzen Fundus an Themenbereichen dar, etwa Morhards Prodigien glauben und Himmelsbeobachtungen, seinen religiösen Ansichten (z. B. Ablehnung des Katholizismus, starke Betonung auf der Hoffnung ewigen Lebens, etc.) oder dem (aus heutiger Sicht) harten Umgang und Erziehungsmethoden mit seinen Kindern. Durch diese Themenbereiche wird der Lernende herausgefordert, seine eigenen Werte- und Handlungsvorstellungen zu reflektieren.

3. *Werden anthropologische Einsichten über mögliche Verhaltensweisen des Menschen vermittelt?*

Dieser Aspekt bezieht sich auf wesenseigene menschliche Grundzüge, die durch einen historischen Gegenstand erschlossen werden können. Die von Sauer dabei angeführten Beispiele, Sklaverei und Holocaust, zeigen bereits, dass es sich in diesem Bereich um Werturteile handelt, die die Schüler in der Auseinandersetzung mit dem Historischen fällen müssen.<sup>9</sup> In Verbindung mit Morhards Chronikeinträgen ist diese Frage schwieriger zu beantworten als die ersten beiden. Denn die überwiegend sachlichen Einträge bezüglich des Zeitgeschehens lassen eine wertorientierte Einschätzung nicht immer zu. In ausgewählten Beispielen jedoch können deutlich Grundzüge menschlichen Handelns erkannt werden, etwa der Hexenverfolgung, den geschilderten Morddelikten oder den späten Einträgen zum Dreißigjährigen Krieg.<sup>10</sup> Allerdings müssten diesen an sich schon äußerst umfassenden Themengebiete genügend Unterrichtszeit eingeräumt werden – ein grundlegendes Problem bezüglich der Quellenarbeit mit der Chronik, das unter 1.2 erneut aufgegriffen und besprochen wird.

4. *Kann der Inhalt als Erklärung, Einordnung und Relativierung von Gegenwartsphänomenen dienen?*

Hier richtet sich der Blick auf Geschichte in ihrer „Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit“<sup>11</sup>, d. h.: Geschichte als „Denkbewegung, die in der Gegenwart ansetzt und sich mit vergangenem menschlichen Handeln und Leiden befaßt, um in der Gegenwart und Zukunft ein vernunftgeleitetes Handeln zu ermöglichen.“<sup>12</sup> Sauer zielt aber nicht nur auf menschliches Handeln oder Leiden ab, sondern meint auch Themen wie „Migration, Armut oder Verkehr“<sup>13</sup>, die unter historischem Gesichtspunkt in ihrer Entwicklung erklärt werden können. Da es sich bei Morhards Leben um eine begrenzte und 400 Jahre zurückliegende Zeit handelt, ist die Chronik für diesen Aspekt weniger geeignet. Hier bietet sich in der Regel die neuere Geschichte als Bezugspunkt

---

<sup>9</sup> Vgl. zu Werturteilen im Geschichtsunterricht Jörn RÜSEN: Werturteile im Geschichtsunterricht. In: BERGMANN et al. (wie Anm. 8), S. 304-308; Andreas WUNSCH: Werturteile. In: Ulrich MAYER et al. (Hg.): Wörterbuch Geschichtsdidaktik. Schwalbach 2006, S. 181 f beleuchtet insbesondere den Zusammenhang von Werturteilen und Quellenarbeit; Hans-Jürgen PANDEL: Moralische Entwicklung. In: BERGMANN et al. (wie Anm. 8), S. 308-314 betrachtet die Werturteile aus dem Blickwinkel der moralischen Entwicklung und zeigt geschichtsdidaktische Konsequenzen auf.

<sup>10</sup> Vgl. dazu vor allem Kapitel 7 von EWERT (wie Anm. 1), aber auch die Schilderungen zum Dreißigjährigen Krieg ebd., Kapitel 1.

<sup>11</sup> Klaus BERGMANN: Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit. In: BERGMANN et al. (wie Anm. 8), S. 266 ff.

<sup>12</sup> Ebd., S. 266.

<sup>13</sup> SAUER (wie Anm. 4), S. 45.

an, durch die sich Entwicklungen hin zur Gegenwart erklären, einordnen oder auch relativieren lassen.

*5. Kann durch den Inhalt die Fähigkeit geschärft werden, lange Entwicklungstrends wahrzunehmen, die von der Vergangenheit über die Gegenwart bis in die Zukunft reichen?*

Historische Entwicklungsprozesse im Generellen zu analysieren und interpretieren ist an sich schon eine (den Intellekt) sehr herausfordernde Angelegenheit. Wenn Sauer also von Entwicklungstrends redet, die alle drei Zeitebenen – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – umfassen und bedingen, stellt sich die wohl berechtigte Frage, inwiefern es sich dabei um ein realisierbares didaktisches Kriterium der Themenauswahl handelt. Sowieso ist dabei unklar, was mit historischen Inhalten geschehen soll, die nicht direkt mit unserem Zeitgeschehen in Verbindung gebracht werden können.<sup>14</sup> In unserem Fall ist dieser Aspekt jedenfalls nicht erfüllt. Denn in Morhards Chronik sind zeitgeschichtliche Phänomene zu finden, die schwer in einen Entwicklungstrend bis in Gegenwart und Zukunft einzuordnen sind. Natürlich, irgendwie lässt sich – um nur ein Beispiel zu nennen – die scharf trennende Konfessionalisierung wie oben beschrieben in dieser Weise einordnen, da sie teilweise auch bis heute noch ihre Wirkung zeigt. Aber sicherlich wird dadurch die Chronik als Unterrichtsinhalt nicht legitimiert.

*6. Hilft der Unterrichtsinhalt den Schülern mit öffentlichem Gebrauch von Geschichte umzugehen?*

Dies ist ein aufschlussreicher, da stark methodischer, Aspekt bei der Themenauswahl für das Fach Geschichte. Überall sehen sich die Schüler mit der Interpretation von Geschichte konfrontiert: In den Medien, im Schulunterricht, im Gespräch mit anderen. Da die Frühe Neuzeit als Übergang von Mittelalter zur Moderne nicht tägliches Gesprächsthema ist, mögen die Inhalte weniger aufschlussreich sein. In Bezug auf die methodische Kompetenz, die bei einer Auseinandersetzung mit der Quelle gefördert wird, lernt der Schüler aber wichtige Merkmale der Konstruktion und Rekonstruktion von Geschichte. Wird er mit einem Geschichtsbild konfrontiert, so würde ihm die Beschäftigung mit dem Hausbüchlein gezeigt haben, dass dieses Konstrukt eine Deutung verschiedener Quellen ist, die durchaus hinterfragt werden können und müssen.<sup>15</sup>

*7. Werden durch den Inhalt anhand von historischen Beispielen Kategorien politischen und sozialen Handelns und Urteilens vermittelt, die gegenwärtiges Engagement historisch begründen?*

Dieses letzte Auswahlkriterium bezieht sich – mit dem Blick auf die drei Hauptarbeitsfelder der Geschichtsdidaktik – neben Empirie und Theorie auf das Feld der Pragmatik. D. h., dass hier Geschichtsbewusstsein gebildet werden soll, das als „Handlungswissenschaft“ durch „gezielte Intervention zu bilden und zu entwickeln“<sup>16</sup> beabsichtigt. Durch ein historisches Exempel

---

<sup>14</sup> Diese Kritik an dem Gegenwarts- und Zukunftsbezug des historischen Lernens lässt sich häufig in Arbeiten zur Didaktik der Geschichte des Mittelalters finden. Thomas Martin Buck geht in seinem Plädoyer für eine Erneuerung des Mittelalter-Unterrichts auf diese Frage detailliert ein. Vgl. Thomas M. BUCK: Mittelalter und Moderne. Plädoyer für eine qualitative Erneuerung des Mittelalter-Unterrichts an der Schule (Forum Historisches Lernen). Schwalbach/Ts. 2008, S. 24-29.

<sup>15</sup> Diese Methodenkompetenz findet sich in jedem wichtigen Kompetenzmodell der Geschichtsdidaktik, wenn auch verschieden bezeichnet und leicht inhaltlich differierend. Bei Gautschis Modell vom „Guten Geschichtsunterricht“ wäre es beispielsweise die „Sachanalyse“, durch die Quellen einerseits geprüft und andererseits dargestellt werden. Vgl. Peter GAUTSCHI: Guter Geschichtsunterricht. Grundlagen, Erkenntnisse, Hinweise. Schwalbach/Ts. 32015.

<sup>16</sup> Bernd SCHÖNEMANN: Geschichtsdidaktik. In: MAYER et al. (wie Anm. 9), S. 72 f.

sollen hierbei politische und soziale Handlungsmuster erkannt werden, die wiederum eigenes Handeln anregen und begründen. Dies wird durch Beispiele aus der neueren Geschichte einfacher erreicht, als durch eine Person wie Morhard aus der Frühen Neuzeit, da der kulturelle, gesellschaftliche und politische Kontext eher mit der eigenen Situation vergleichbar ist. Somit müssten die Kategorien und Begriffe der Chronik erstmals genau studiert und analysiert werden, bevor das eigene politische Handeln dadurch begründet werden kann. Morhards ablehnende und dennoch kompromissbereite Haltung gegenüber der Obrigkeit während der Schneckischen Unruhen, oder seine Bereitwilligkeit, als es um die Abgaben an feindliche Truppen im Dreißigjährigen Krieg geht, könnte durchaus in dieses Kriterium fallen. Allerdings müsste, wie gerade genannt, der differierende kulturelle und politisch-rechtliche Handlungsrahmen aufgezeigt werden, um einen Transfer zu ermöglichen. Dies scheint für die Unterrichtspraxis jedoch abstrakt und mit einem großen Zeitaufwand verbunden zu sein.

Welches Resümee kann nach dieser Analyse der Haus-Chronik als Thema im Geschichtsunterricht gezogen werden? Insbesondere in Bezug auf das Fremdverstehen und die Andersartigkeit des Historischen (Kriterium 1), die menschliche Zeit- und Standortgebundenheit (Kriterium 2), anthropologische Einsichten in menschliches Verhalten (Kriterium 3) und zuletzt im Umgang mit dem öffentlichen Gebrauch von Geschichte (Kriterium 6) stellt die Chronik und das Leben Morhards einen interessanten und ergiebigen Gegenstand für das historische Lernen dar. Natürlich sind nicht alle Kriterien erfüllt, aber Sauer schreibt selber, dass es sich bei den von ihm festgelegten Aspekten um keine „automatische Themengenerierungsmaschine“ handelt, sondern dass die einzelnen Punkte jeweils unterschiedlich stark gewichtet werden müssen.

Das Fazit in thematischem Hinblick ist also durchaus zufriedenstellend. Wie verhält es sich aber bei der Chronik als Quelle?

## 1.2 Die Haus-Chronik als Quelle für den Geschichtsunterricht

In der Geschichtswissenschaft werden sowohl schriftliche, bildliche als auch gegenständliche Quellen unterschieden, wobei die schriftlichen Quellen bzw. Textquellen die am meist verwendete Quellenart darstellen.<sup>17</sup> Dies begründet Helmut Beilner u. a. damit, weil „sie auf Grund ihrer sprachlichen Verfasstheit den Zugang zu den ausgedrückten Inhalten erleichtern und damit eine unmittelbare Sinnentnahme, Kontextvermutung und Deutung ermöglichen.“<sup>18</sup> Die Haus-Chronik als schriftliche Quelle erleichtert es nach dieser Einschätzung also, zu einer Deutung über einen bestimmten Inhalt, zum Beispiel dem Familienleben in der Frühen Neuzeit, zu gelangen. Aber stimmt das in unserem Fall bezogen auf die Unterrichtspraxis wirklich? Im Folgenden sollen zwei Kriterien der Quellenauswahl vorgestellt und mit der Chronik in Verbindung gebracht werden, um eine solide Einschätzung für die Brauchbarkeit im Unterricht geben zu können.<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> Vgl. zu den schriftlichen Quellen Hans-Jürgen PANDEL: Quellenarbeit, Quelleninterpretation. In: BERGMANN et al. (wie Anm. 8), S. 430-433; Hans-Jürgen PANDEL: Quelleninterpretation. In: Ulrich MAYER / Hans-Jürgen PANDEL / Gerhard SCHNEIDER (Hg.): Handbuch Methoden im Geschichtsunterricht. Schwalbach/Ts. 2007, S. 152-171.

<sup>18</sup> Helmut BEILNER: Quellen, schriftlich, in: MAYER et al. (wie Anm. 9), S. 147f.

<sup>19</sup> Die drei Kriterien zur Quellenwahl sind als Auswahl entnommen aus einem weiteren Katalog in Gerhard FRITZ (Hg.): Geschichte und Fachdidaktik. Ein Studienbuch für Studierende Grund-, Haupt- und Realschule. Stuttgart 2012, S. 97f.

*1. Quellen müssen bei den Schülern auf Interesse stoßen, indem sie neue Sichtweisen oder Sachverhalte erscheinen lassen und über bereits gewonnene Erkenntnisse hinausreichen.*

Somit müsste die Quellenarbeit mit der Chronik den Schülern ein breiteres und vertieftes Wissen über die Zeit zwischen 1550 und 1630 ermöglichen. Dies wäre aufgrund ihres Umfangs und der Themenvielfalt sicherlich gegeben. Problematisch wird es jedoch, wenn gefragt wird, welches Wissen denn genau vertieft werden soll. Dies müsste nämlich bedeuten, dass die Frühe Neuzeit als Übergang von Mittelalter zur Moderne wirklich Gegenstand im Unterricht ist.

Ein Blick in den Bildungsplan der Sekundarstufe I zeigt jedoch, dass die Zeit von 1550-1750 nur äußerst rudimentär behandelt wird. Von der Renaissance und Reformation landet man fast ohne Halt in den Ursachen und Wirren der französischen Revolution. Von den vier angegebenen Bereichen im Niveau M bezieht sich der erste auf „den Epochenwechsel vom Mittelalter zur Neuzeit“, der zweite als Fenster zur Welt auf „die Expansion des Osmanischen Reichs“, der dritte, erneut ein Fenster zur Welt, auf die „Expansion Europas nach Amerika“ und zuletzt auf die „Grundideen der Reformation und ihre politischen Folgen“.<sup>20</sup> Man mag es glauben oder nicht: der Dreißigjährige Krieg wird nicht einmal namentlich erwähnt.<sup>21</sup> In den Schulbüchern sieht es dabei nicht besser aus. Zieht man als repräsentatives Beispiel „entdecken und verstehen“ (Klasse 7/8) von Cornelsen heran, ergibt sich folgendes Bild: Die Reformation inklusive Folgen wird auf vier Textseiten (!) umrissen, anschließend springt man vom Augsburger Religionsfrieden 1555 zum Kriegsausbruch 1618, wobei dem Krieg und seinen Folgen fünf Textseiten eingeräumt werden.<sup>22</sup> Somit wird gerade die Lebensspanne Morhards, besonders in sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive praktisch ausgeblendet.

Auf den Punkt gebracht: Im alltäglichen Geschichtsunterricht würde die Chronik als Ganzes kaum Berücksichtigung finden können, da ihr mentalitäts-, kriminal-, sozial- und politikgeschichtlicher Inhalt nahezu keine Schnittstellen mit dem wirklichen Unterrichtsinhalt hat. Lediglich bezüglich der Konfessionalisierung vor dem Dreißigjährigen Krieg könnte der ein oder andere passende Eintrag als regionalgeschichtliches Beispiel dienen, nicht aber die Chronik als Ganzes. Für eine siebte Klasse der Realschule würde die Quellenarbeit kognitiv enorm fordern. Wenn diese Herausforderung nicht durch ein breites Hintergrundwissen aufgefangen wird, so erscheint eine Thematisierung wenig fruchtbar.

*2. Quellen müssen in ihrer Widerstandsfähigkeit erfahrbar sein und somit die Schüler zur Entschlüsselung des Unbekannten herausfordern.*

Dieses Kriterium scheint vor allem eine Reaktion auf die „Quellenschnipsel“ zu sein, die immer wieder als Ein-Satz-Konstruktionen in Schulbüchern zu finden sind. Der Lernende hat es dabei in der Tat nicht mit einer Quelle, sondern höchstens mit einem Zitat zu tun. Wie verhält sich dieser Aspekt in Bezug auf die Haus-Chronik?

Die Widerstandsfähigkeit würde vor allem in der Sprache liegen. Die Chronik liegt zwar in editierter Form vor, Morhards Dialekt und wörtliche Handschrift wurde jedoch beibehalten. Dies bedeutet, dass die Schüler mit einer Vielzahl an fremden Wörtern und differierenden Schreibweisen konfrontiert würden, die sicherlich eine Herausforderung für einen Schüler der siebten Klasse darstellen würde. Auch hier gilt, dass eine geringe Auswahl weniger Einträge durchaus bearbeitet werden könnte – anhand der Chronik jedoch einen biografiegeschichtlichen Zugang

---

<sup>20</sup> Vgl. Bildungsplan 2016, 3.2.2 „Wende zur Neuzeit – neue Welten, neue Horizonte, neue Gewalt“

<sup>21</sup> Immerhin waren die Verfasser noch bereit, im Niveau E in einer Klammer „pax universalis“ hinzuzufügen.

<sup>22</sup> Vgl. Hans-Gert OOMEN (Hg.): entdecken und verstehen. Vom Mittelalter bis zum Ersten Weltkrieg, Bd. 2. Berlin 2016, S. 82-92.

zum Zeitgeschehen der Frühen Neuzeit zu bekommen, würde den Schülern mehr Widerstand bereiten, als gewünscht sein kann.

Betrachtet man nur diese beiden Kriterien, so werden Probleme sichtbar. Die Chronik behandelt einerseits ein Zeitfenster, das kaum im Unterricht behandelt wird und stellt darüber hinaus in ihren sprachlichen Eigenheiten eine große Herausforderung für die Schüler einer siebten Klasse dar. Dabei wurden vier weitere Aspekte der Quellenarbeit, z. B. unterschiedliche Deutungsmöglichkeiten, Quellentexte mit anschaulicher Qualität oder der Methodenwechsel von schriftlichen zu bildlichen Quellen, noch gar nicht einbezogen.

Es sind vermutlich diese Herausforderungen der Quellenarbeit, die wenig Begeisterung bei Lehrkräften auslösen, wenn ihnen eine Projektarbeit über das Leben Morhards anhand der Haus-Chronik angeboten wird. So erlebte es zumindest der Verfasser dieser Arbeit, als eine Partnerschule für ein mehrstündiges Morhard-Projekt gesucht wurde. In den Unterrichtseinheiten sollten die verschiedenen historischen Felder aus Morhards Leben (Familie, Berufsleben, Reisen, Kriminalität, Krieg, etc.) erarbeitet werden, um durch die Person Morhards und seinen Chronik-Einträgen einen Zugang zum Leben in der Frühen Neuzeit zu bekommen. Mit Verweis auf die wenigen Unterrichtsstunden, die zur Verfügung stehen und dem schwierigen Zugang zur Chronik wurde eine Zusammenarbeit skeptisch betrachtet. Andere Schulen meldeten sich auf die Anfrage gar nicht erst zurück, was vermutlich auf den ohnehin überfüllten Stundenplan zurückzuführen ist. Wenn Gerd Schwerhoff in Bezug auf quellengestützte Projektseminare von „unausgeschöpften Möglichkeiten“<sup>23</sup> spricht, so mag es sicherlich stimmen. Die Frage bleibt jedoch offen, wie diese Möglichkeiten in Hinblick auf volle Stoffpläne, immer weniger Geschichtsstunden und geringe Leistungsbereitschaft vieler Schüler ausgeschöpft werden sollen.

Ist damit gesagt, dass die Chronik keinerlei Bedeutung für den Geschichtsunterricht hat? Keineswegs, denn in Kapitel 1.1 wurde bereits gezeigt, dass Morhards Hausbüchlein in thematischer Hinsicht überaus gut für den Unterricht geeignet ist. Auch können verschiedene Einträge hervorragend als Quellentexte, beispielsweise für den Dreißigjährigen Krieg, genutzt werden. In den obigen Ausführungen wurde lediglich gezeigt, dass Morhards Leben als biografiegeschichtlicher Zugang in der normalen Unterrichtspraxis kaum realisierbar ist. Das bedeutet: Im alltäglichen Geschichtsunterricht kann Morhard nicht als exemplarische Person der Geschichte der Frühen Neuzeit thematisiert werden. Deshalb muss die eingangs gestellte Frage, ob das Morhard-Projekt realisierbar ist, unter den genannten Umständen verneint werden. Aus diesem Grund kann im Folgenden auch kein Unterrichtsmodell vorgestellt werden: Weshalb sollte etwas fiktiv dargestellt werden, wenn es in der Realität nicht erwünscht war? Wenn jedoch gezeigt wurde, dass sich die Haus-Chronik als Themengegenstand hervorragend eignen würde, nur der Zugang dazu nicht im Unterricht bereit werden kann, stellt sich die Frage, ob es einen anderen methodischen Zugang gäbe, durch den die Schüler einer siebten Klasse erreicht und begeistert werden könnten.

---

<sup>23</sup> Gerd SCHWERHOFF: Quellengestützte Projektseminare als Brücke zwischen Wissenschaft und Praxisorientierung – ein Erfahrungsbericht aus der akademischen Lehre. In: Simone LÄSSIG / Karl H. POHL (Hg.): Projekte im Fach Geschichte. Historisches Forschen und Entdecken in Schule und Hochschule. Schwalbach/Ts. 2007, S. 35-47, hier 35.

### 1.3 Begründung eines alternativen methodischen Zugangs zur Haus-Chronik

Das Besondere an der Beschäftigung mit Geschichte ist die vergangene Realität, die erforscht wird. Der Forschungsgegenstand sind reelle Orte, Personen, Gegenstände, etc. früherer Zeit, die heute durch Analyse, Interpretation und Verknüpfung der Quellen in narrativer Form rekonstruiert werden können.<sup>24</sup> Für die Didaktik der Geschichte ist deshalb ein quellengestützter Geschichtsunterricht eine logische Schlussfolgerung, über den derzeit ein Konsens besteht.<sup>25</sup> Das oben genannte Problem, das auch in den meisten didaktischen Beiträgen zur Quellenarbeit erwähnt wird, besteht jedoch darin, dass meistens mit schriftlichen Quellen gearbeitet wird, die als Quellengattung zwar den besten informativen Zugang bieten, jedoch aufgrund ihres oft formelhaften Charakters wenig Anschaulichkeit vermitteln. Dabei sind „solche Quellen, in denen ausführlich und anschaulich über Ereignisse und Vorgänge aus der Sicht von Beteiligten und Betroffenen berichtet wird, Schülern leichter zugänglich.“<sup>26</sup> Schon in älteren Beiträgen wurde deshalb darauf hingewiesen, dass Sachüberreste den Schrift- und Bildquellen in didaktischer Hinsicht insofern überlegen sind, dass sie vom Lernenden durch Schauen, Berühren, Gebrauchen, Begehen oder Besteigen aktiv erfahren werden können.<sup>27</sup> Diese Sachüberreste können natürlich, wenn es der Gegenstand erlaubt, zu den Schülern ins Klassenzimmer gebracht werden. Seit Ende der 70er-Jahre wird jedoch häufig das geschichtsdidaktische Potential historischer Lernorte betont, die nicht den Gegenstand zum Schüler, sondern den Schüler zum und an den Ort des Gegenstandes führen. Ulrich Mayer nennt die Besonderheit des Lernens an historischen Orten:

„Die Lernorte gehen gerade nicht in einer abgeschlossenen Realität auf, die nur für sich selbst steht. [...] Ihre Bedeutung und ihren Sinn erhalten sie erst, wenn die Stellung der Orte in den sozialen, politischen, ökonomischen, ökologischen, kulturellen oder religiösen Beziehungen und Prozessen deutlich wird.“<sup>28</sup>

Damit können wir direkt überleiten zu Morhards Haus-Chronik und den Problemen des Zugangs und Umgangs im Geschichtsunterricht. Wenn, wie gezeigt wurde, eine Quellenarbeit mit der Chronik im Unterricht mangels Anschaulichkeit und Anknüpfungspunkten äußerst schwierig umzusetzen ist, so ermöglicht die Quellenarbeit in der Realität des historischen Ortes einen völlig neuen und anschaulichen Zugang zum Leben und Wirken des Stadtarztes. Werden die Lernenden an den Ort eines Geschehens gebracht, den Morhard in seiner Chronik schildert, so lässt sich die Handlung an diesem Gegenstand oder Ort viel eher begreifen und einordnen. Der Lernort steht dabei, um in Mayers Terminologie zu bleiben, „nicht für sich selbst“, sondern erhält durch die Verknüpfung mit den sozialen Beziehungen Morhards (z. B. seine Freundschaft zu Johann Schuler) seine Bedeutung und seinen Sinn.

Nach diesen Vorbetrachtungen lässt sich folgern: Ein Stadtrundgang zu den historischen Orten und Gegenständen aus Morhards Lebenswelt, in Verbindung mit der Arbeit an den Einträgen aus der Haus-Chronik, ermöglicht einen Zugang zu seinem Leben, der sowohl auf schriftlichen, bildlichen und gegenständlichen Quellen aufbaut und damit für die Schüler greif- und erfahrbar

---

<sup>24</sup> Vgl. zum Zusammenhang historischen Wissens und Narrativität: Hans Michael BAUMGARTNER: Narrativität. In: BERGMANN et al. (wie Anm. 8), S. 157-160; Hans-Jürgen PANDEL: Historisches Erzählen. Narrativität im Geschichtsunterricht. Schwalbach/Ts. 2015.

<sup>25</sup> Vgl. Bodo von BORRIES: Wissenschaftsorientierung. Geschichtslernen in der ‚Wissengesellschaft‘. In: MAYER / PANDEL / SCHNEIDER (wie Anm. 17), S. 30-48.

<sup>26</sup> Gerhard SCHNEIDER: Die Arbeit mit schriftlichen Quellen. In: Hans-Jürgen PANDEL / Gerhard SCHNEIDER (Hg.): Handbuch Medien im Geschichtsunterricht. Schwalbach/Ts. 1999, S. 15-44, hier 18.

<sup>27</sup> Vgl. Hans GLÖCKEL: Geschichtsunterricht. Bad Heilbrunn 1979, S. 199-202.

<sup>28</sup> Ulrich MAYER: Historische Orte als Lernorte. In: MAYER / PANDEL / SCHNEIDER (wie Anm. 17), S. 389-407, hier 395.

macht. Auch ohne ein breites Hintergrundwissen der Geschichte in der Frühen Neuzeit wird das Leben und Wirken Morhards durch den Lebensweltbezug an den historischen Lernorten somit erfahrbar. Auch die Einträge in der Haus-Chronik werden durch die Überrestquellen gewissermaßen zum Leben erweckt und verlieren damit ihren, für die Schüler, fremden Charakter. Wie dieser Stadtrundgang „Auf den Spuren Johann Morhards“ umgesetzt wurde, soll im Folgenden gezeigt werden.

## 2. Konzeption des Stadtrundgangs „Auf den Spuren Johann Morhards“

In vielen Städten sind die Gebäude und Gegenstände der Frühen Neuzeit nicht mehr erhalten geblieben. Schwäbisch Hall hingegen bietet eine weitgehend erhaltene Altstadt. In den Bränden von 1680 und 1728 wurden zwar große Teile der Stadt zerstört. Morhards Wohnhaus in der Oberen Herrngasse überstand jedoch die Brände, wie auch die anderen Gebäude zwischen St. Michael und Neubau. Somit sind wichtige Orte und Gebäude aus Morhards Lebzeiten erhalten und ermöglichen das Vorhaben eines Stadtrundgangs in Verbindung mit Einträgen aus seinem Hausbuch. Der Rundgang (Abb. 14) ist so aufgebaut, dass an verschiedenen Orten das Leben Morhards, so wie er es in seinen Einträgen festgehalten hat, in Verbindung mit den Gegenstands- und Bildquellen betrachtet wird. Dafür sind folgende Stationen zu bestimmten Lebensphasen oder Themen eingerichtet:

### 1. **Langenfelder Tor:**

Die Stadt wird für den Rundgang durch das Langenfelder Tor betreten, einem der letzten erhaltenen Tore, das auch noch mit Teilen der alten Stadtmauer verbunden ist.

*Thema:*

*Einführung in Morhards Studium und Reisen vor seiner Ankunft in Hall.*



### 2. **Morhards Wohnhaus:**

Das Haus ist noch in seiner Bauart von 1582 erhalten und teilweise bewohnt. Im unteren Teil an der Unteren Herrngasse ist der Keller, samt Stall und Lagerräumen vorhanden.

*Thema:*

*Das Ehe- und Familienleben;  
Wirken als Arzt*



### 3. **Marktplatz:**

Vor der großen Treppe der Kirche St. Michael befindet sich der Marktplatz. Die Häuser hier sind nur teilweise erhalten geblieben.

*Thema:*

*Das gesellschaftliche Leben –  
Hochzeiten und Freundschaften*



4. **Kirche St. Michael:**

Die Kirche ist von den Stadtbränden verschont geblieben. Im Inneren sind vor allem drei Objekte von Bedeutung, die thematisiert werden:

- Epitaph der Familie Johann Weidners  
*Thema:*  
*Die Schneckischen Unruhen und Morhards Verwicklung darin*
- Predigtkanzel  
*Thema:*  
*Durch die historische Kanzel als Überrest wird auf den Kirchenstreit und Morhards Beteiligung eingegangen.*
- Mammutzahn im Chor  
*Thema:*  
*Der Prodigenglaube wird durch den Eintrag Morhards über den Mammutzahn thematisiert.*



5. **Lateinschule:**

Nur noch der Kellerteil mit dem Mauertunnel des alten Gymnasiums sind aus Morhards Zeit erhalten. Hier befand sich die Lateinschule, die seine Kinder ab dem sechsten Lebensjahr besuchten.

*Thema:*  
*Morhards Kinder in der Schule, Ausbildung und Studium unter Berücksichtigung der großen Probleme, die sie ihm bereiteten.*



6. **Pranger:**

Der aus Sandstein bestehende Pranger entstand um 1500 (Kopien 1901). Hier kam es zur Vollstreckung der strafrechtlichen Urteile, auch zu Hexenprozessen.

*Thema:*  
*Kriminalität und Hexenverfolgung in Hall und Umgebung*



7. **Henkersbrücke:**

Hierbei handelt es sich um eine nach dem Zweiten Weltkrieg erbaute Brücke. An dieser Stelle befand sich jedoch auch zu Morhards Zeiten die Hauptbrücke, die den Altstadtteil mit dem neuen Teil auf der anderen Kocherseite verband.

*Thema:*

*Überschwemmungen, „Kleine Eiszeit“ und die Auswirkungen auf die Versorgung der Haller Bürger.*



8. **Josenturm:**

Einer der wenigen noch erhaltenen Befestigungstürme der alten Stadtmauer, die ehemals aus 50 solcher Türme bestand. Der frühere Kapellenturm diente als Verstärkung der Stadtmauer und mit seinen 20 Meter Höhe als Ausguck.

*Thema:*

*Hall im Dreißigjährigen Krieg; Die Not Morhards und seiner Zeitgenossen in den Kriegsjahren*



Diese acht historischen Lernorte, mit den verschiedenen Bild- und Gegenstandsquellen, werden wie auf der Karte abgebildet nacheinander besucht. Nach einem Lehrervortrag über die jeweiligen Hintergründe des Themas und einer Beschreibung der Gebäude, werden von den Schülern die passenden Einträge aus Morhards Haus-Chronik vorgelesen, die auf dem Blatt „Stadtrundgang auf den Spuren Johann Morhards“ (siehe Anhang 1) abgedruckt sind. Dabei wird sowohl auf die inhaltlich (Textquelle), als auch visuell (Gebäude, Gegenstände, Epitaph) gewonnenen Eindrücke eingegangen. Somit wird aus den Quellen die historische Wirklichkeit durch die jeweils verschiedenen Eindrücke (und evtl. Interpretationen) rekonstruiert und in narrativer Form wiedergegeben.

Das oben genannte Ziel dieser Unterrichtseinheit am außerschulischen Lernort lautet, dass der sonst schwere Zugang zu Morhards Haus-Chronik durch die visuellen Eindrücke der Stadt im Allgemeinen und der Gegenstandsquellen im Besonderen erleichtert und erweitert werden soll. Bei der wirklichen Durchführung mit einer heterogenen Lerngruppe, bestehend aus Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, kam es dabei in einem so großen Maße zu dem gewünschten Effekt, dass der Rundgang aus Zeitgründen beim Marktbrunnen und Pranger beendet wurde. Dies lag daran, dass – angestoßen durch die sichtbaren und lesbaren Quellen – ein lebhaftes Gespräch über das Leben in der Frühen Neuzeit im Gang war, das weit über die Einträge Morhards hinausging. So begann beispielsweise am Pranger eine Diskussion über die Hexenverfolgung, die durch Morhards Eintrag eingeleitet wurde. Verglichen mit der klassischen Unterrichtssituation hätte diese Diskussion nicht denselben emotionalen Effekt auf den Lernenden haben können. Auch vor dem Haus Johann Schulters, das nur wenige Schritte von Morhards Haus entfernt liegt, wurde die Realität des Historischen greifbar, als Morhards detaillierter Eintrag über dessen Tod vorgelesen wurde. Somit wurde ein Fremdverstehen der genannten Personen ermöglicht, das im Klassenzimmer nie denselben Erfolg haben könnte.

Bei der Reflektion des Stadtrundgangs wurde deutlich, dass durchaus weniger Inhalt angebracht wäre. Durch die vielen verschiedenen besichtigten Orte und Gegenstände und die vielfältigen historischen Themen mussten die Diskussionen immer wieder unterbrochen werden, um zur nächsten Station zu gelangen. Somit wäre der Rundgang vom Langenfelder Tor bis zum Pranger an Inhalt und Eindrücken reich gefüllt, die anderen Orte sollten – wenn es denn möglich ist – bei einem zweiten Durchgang besichtigt und thematisiert werden.

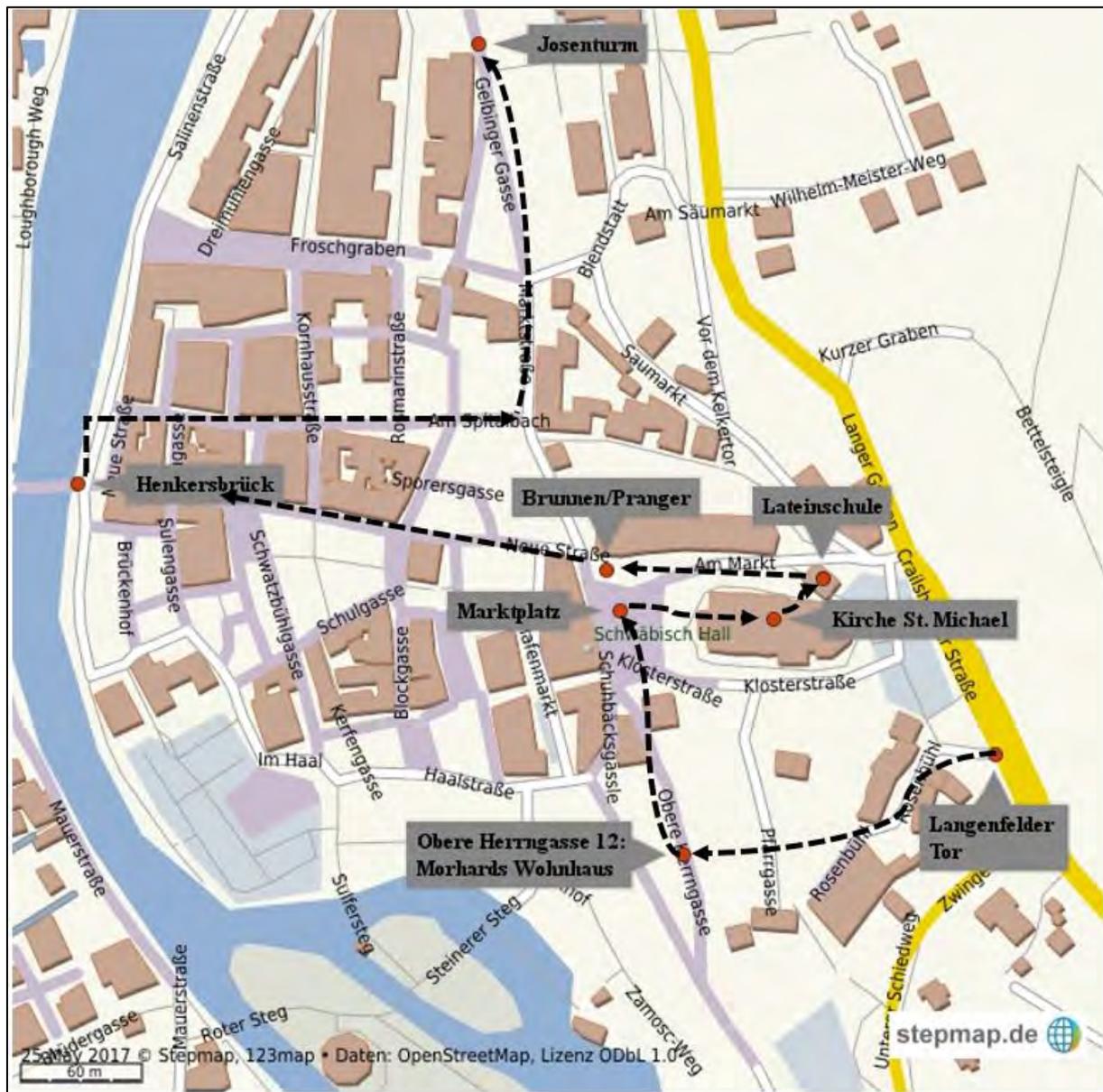


Abb. 1: Der Stadtrundgang mit den acht Stationen an historischen Gebäuden oder Gegenständen. Vom Langenfelder Tor geht es über Morhards Haus, den Marktplatz, die Kirche St. Michael, der alten Lateinschule, dem historischen Pranger, hinunter an die Henkersbrücke am Kocher und zuletzt zum Josenturm.

Das Fazit über das gesamte Lernprojekt: Wenn die Schüler ein Grundverständnis über das Zeitgeschehen zwischen 1550 und 1650 haben, so ist der Stadtrundgang als Exkurs zum städtischen Leben in der Frühen Neuzeit hervorragend durchführbar. Damit ist ein basales Verständnis für Reformation, Konfessionalisierung und Dreißigjährigem Krieg gemeint. Verglichen mit der dafür benötigten Unterrichtszeit, ist die Fülle an Informationen und Eindrücken, die während des zweistündigen Rundgangs erworben werden, bei weitem größer. Besonders die Tatsache,

dass auf Grundlage der Quellen ein historisch fundiertes Gespräch über das Leben der Menschen der Frühen Neuzeit entsteht, ist im Hintergrund der fachdidaktischen Diskussion um narrative Prozesse im historischen Lernen ein großer Gewinn für die Schüler. So wird Geschichte lebendig und erfahrbar – aber auch packend und lehrreich. Denn es regt stark zum Nachdenken über den eigenen Sinn und Wert des Lebens an, wenn man, im Chor von St. Michael stehend und über das erfahrene Leid und die Glaubenshoffnung Morhards redend, seine emotional ergreifenden Worte über den Tod seines Sohnes liest, die dennoch voller Hoffnung sind:

„6. November 1608: Am Sonntag um zwei Uhr ist dieser mein Sohn Hans Friedrich sanft entschlafen. Ist wohl versorgt, alles Kreuz und Unfalls überlebt, kann nicht verderben, ist unverloren. Ich komm zu ihm. [...] Ich hab zwar für kein Kind ernsthafter gebetet, als es noch im Mutterleib war, in und nach der Geburt, als für dieses. Nun behüt dich Gott, du liebes Kind. Ich hätt dich wohl länger haben mögen.“

### 3. Anhang

#### (Anhang 1) Historischer Stadtrundgang - Schwäbisch Hall „Auf den Spuren Johann Morhards“

Zur Orientierung gehört der oben als Abb. 1 wiedergegebene Stadtrundgang auch in den Anhang, der den Klassen ausgehändigt wird. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird er hier allerdings nicht nochmals abgebildet.

#### 1. Langenfelder Tor

Wer war

Johann Morhard?

„3. September 1554: Am Montag, zwischen 6 und 7 vormittags, bin ich, Johann Morhard geboren worden.“

„27. Sept. 1581: Ich und Balthasar Sprenger verließen Tübingen.“

„27. Aug. 1585: Mit Gottes Hilfe sind wir wieder in Tübingen angekommen.“



#### 2. Morhards Wohnhaus

Wie sah das Familienleben aus?

„17. Jan. 1586: Feierte ich Hochzeit mit meiner Anna Hiller.“

„1. Mai 1588: Als ich morgens früh nach Waldenburg ritt, fiel ich vor meiner Tür vom Pferd. Ich fiel auf die Schläfe, sodass ich nichts mehr wusste. Darauf ist meiner Frau das Kind abgegangen.“

„April 1602: Habe meinen Johann Ulrich (14 J.) das erste Mal zu Meister Konrad geschickt.“

„17. Aug. 1602: Johann Ulrich ist ohne Ursache weggelaufen.“



#### 3. Marktplatz

Geselliges Leben in der Stadt – wie feierten die Menschen?

„30. März 1624: Auf einer Hochzeit hat David Finsterbach, einer aus dem Rat, gesagt, dass dies seine 388. Hochzeit ist, auf der er war.“

„17. April 1610: Der Rat ließ wegen bevorstehender Gefahr Spiel und Tanz auf Hochzeiten verbieten.“



#### 4. St. Michael

Wie lebte Morhard seinen Glauben?

„6. Nov. 1608: Am Sonntag um zwei Uhr ist dieser mein Sohn Hans Friedrich sanft entschlafen. Ist wohl versorgt, alles Kreuz und Unfalls überlebt, kann nicht verderben, ist unverloren. Ich komm zu ihm. [...] Ich hab zwar für kein Kind ernsthafter gebetet, als es noch im Mutterleib war, in und nach der Geburt, als für dieses. Nun behüt dich Gott, du liebes Kind. Ich hätt dich wohl länger haben mögen.“



#### 5. Alte Lateinschule

Bildung und Schule in der Frühen Neuzeit

„Aug. 1593: In diesem Sommer hat mein Hans Ulrich (6 J.) angefangen in die Schul zu gehen.“



„9. Juni 1605: Ist mein Sohn Hans Jacob, weil er in der Schule hart gehalten worden ist, weggelaufen.“

„Aug. 1610: Hat mein Hans Georg, als er 4 Jahre und 9 Monate alt gewesen, durch häuslichen Unterricht der Mutter lateinisch und deutsch lesen können.“

#### 6. Pranger

Hexen und Mörder? Kriminalität in der Stadt

„1. Mai 1585: 5 Hexen wurden in Rottenburg verbrannt.“

„Sept. 1611: Dem Schenken Albrecht ist sein ganzer Stall ausgestorben, haben die eingezogene Hexen bekannt, sie haben dem Vieh Pulver gegeben, davon es gestorben.“



„11. Feb. 1607: Hat man zu Hall ein Weib [...] mitsamt ihrem Vater und Mutter gerichtet, und einen Schmidknecht, welchen sie bestellt, dass er ihren Mann soll umbringen, was er getan. Den Schmidknecht hat man mit dem Rad, die anderen 3 mit dem Schwert gerichtet.“

#### 7. Henkersbrücke

Wetter – Katastrophen – Ernte: Eine „Kleine Eiszeit“?

„7. Sept. 1601: Die Nacht hernach um 2 Uhr ein Erdbeben in Hall, welches durch ganz Deutschland durchgegangen.“



„11. Juli 1623: Ist nach dem Heuen ein große Dürre gefolgt, davon alles Gras ausgebrannt, die jungen Bäume und Früchte daran teils eingangen. Kraut kein Fortgang haben mögen.“

#### 8. Josenturm

Die Schrecken des Krieges für die Bürger Halls

„Jan. 1628: Herr gib uns Frieden, uns den beschwerlich Lebenden. [...] Die verhassten Krieger plündern uns mit großer Willkür.“

„3. Sept. 1630: Habe ich unsern Herren an Silbergeschirr abgeliefert 44 Loth [...] weil sie 8.000 Gulden liefern sollen, oder Soldaten in die Stadt aufnehmen.“



## Le Concordat et l'arrondissement de Wissembourg : la concorde retrouvée ?

Matthieu Frison

*« L'arrondissement de Wissembourg est le plus considérable du département sous le rapport de la population et de l'étendue du territoire. C'est aussi celui dont l'administration offre le plus de difficultés à cause des nombreuses émigrations qui à l'époque de l'invasion de l'ennemi ont affligé cette partie du département ».*<sup>1</sup>

En 1809, le préfet du Bas-Rhin, Adrien de Lezay-Marnésia (1769-1814), fait un triste constat. L'administration doit fournir des « soins constants et particuliers » à cette contrée parce qu'elle a subi des dérèglements importants pendant la période révolutionnaire.<sup>2</sup> Ces bouleversements allaient avoir des effets autant dans les domaines politique que religieux et économique.

Pendant la période napoléonienne (qui embrasse le Consulat et le Premier Empire, de 1800 à 1815), l'arrondissement de Wissembourg est en effet le plus vaste des quatre arrondissements du département du Bas-Rhin.<sup>3</sup> Il regroupe, de manière inédite, dix cantons dont quatre sont situés dans l'actuel Palatinat.<sup>4</sup> Le nouvel arrondissement, créé en 1800, assimile 182 communes qui, sous l'Ancien Régime, appartenaient à une multitude de seigneurs territoriaux.<sup>5</sup> La mosaïque politique disparaît avec la Révolution française qui introduit pour la première fois dans la région une unité politique et administrative. Cependant, la région était également divisée confessionnellement. En effet, en vertu du principe « *Cujus regio, ejus religio* », chaque localité avait adopté la religion de son prince. Et la Contre-Réforme initiée à partir des années 1680 par Louis XIV avait aussi eu des conséquences : des familles catholiques vinrent s'installer dans des villages protestants. Les juifs et les anabaptistes restaient tolérés ; les premiers représentaient une grande source de revenus pour les seigneurs,<sup>6</sup> les seconds s'étaient rendus nécessaire grâce à leur maîtrise de l'art agricole.<sup>7</sup> Tout cela fait de la région septentrionale du Bas-Rhin un « laboratoire de multiconfessionnalité unique dans le royaume de France ».<sup>8</sup>

La période révolutionnaire instaure néanmoins une laïcisation forcée. Les gens ne sont plus caractérisés par leur confession mais par leur citoyenneté. Le principe de liberté de conscience est mis en avant dès août 1789 dans la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen ; il sous-entend l'égalité de chacun quelle que soit son appartenance religieuse. Ce rééquilibrage induit ainsi des perdants comme des gagnants. La grande perdante est bien-sûr l'Église catholique qui voit sa suprématie millénaire remise en question. Le 2 novembre 1789, les biens immobiliers

---

<sup>1</sup> A.D.B.R., 1 M 14. Le préfet du Bas-Rhin Adrien de Lezay-Marnésia (1769-1814) au ministre de l'Intérieur Jean-Pierre Bachasson, comte de Montalivet (1766-1823), 18 avril 1811.

<sup>2</sup> Voir à ce propos : VONAU Jean-Laurent (dir.), *L'Outre-Forêt dans la tourmente révolutionnaire*, Strasbourg, 1989.

<sup>3</sup> Les autres arrondissements étant ceux de Barr (puis Sélestat), Saverne et Strasbourg.

<sup>4</sup> Bergzabern, Dahn, Kandel (aussi orthographié « Candel » dans les documents d'archives), Landau, Lauterbourg, Niederbronn, Seltz, Soultz, Wissembourg et Woerth. Les quatre premiers sont les cantons palatins.

<sup>5</sup> Voir à ce propos la première partie de la synthèse de : MULLER Claude, *L'Outre-Forêt au XVIII<sup>e</sup> siècle*, Strasbourg 2014, p. 17-23 et p. 46-72. La carte de la région qu'il dresse à la page 19 est édifiante.

<sup>6</sup> Ibid., p. 159-160.

<sup>7</sup> Ibid., p. 153-155. Voir aussi : SEGUY Jean, *Les assemblées anabaptistes-mennonites de France*, Paris, 1970.

<sup>8</sup> Selon l'expression de : MULLER (note en bas de page 5), p. 97.

de l'Église sont confisqués par l'État révolutionnaire puis revendus pour résoudre la crise économique qui avait alors cours. Au contraire, les confessions minoritaires profitent de ce rééquilibrage.

La laïcisation se poursuit également dans la mesure où les ministres du culte sont sommés d'approuver la Constitution civile du clergé promulguée le 12 juillet 1790. La majorité des prêtres alsaciens refuse de reconnaître cette nouvelle organisation. Ces prêtres, que l'on qualifie dès lors de « réfractaires », sont surveillés de près. Et lorsque la suspicion devient trop grande sous la Terreur, beaucoup choisissent l'exil dans les terres voisines du Saint-Empire.<sup>9</sup> Le nombre de prêtres émigrés est très important dans le nord de l'Alsace.<sup>10</sup> D'une part, la proximité avec la frontière facilite la fuite. Les événements guerriers qui surviennent dans la région de Wissembourg sont une autre explication à ce phénomène. Les troupes autrichiennes avaient pénétré en Alsace par le Nord à l'été 1793. L'armée révolutionnaire repousse néanmoins l'invasion dans les derniers jours de 1793. Mais de nombreuses familles avaient fui la guerre. Le nombre de ces « malheureux habitants des régions entre Moder et Lauter, foule immense qu'on vit dans le courant de décembre, prise d'une folle panique, fuir ses foyers, à l'approche des Français »<sup>11</sup> est estimé entre 20.000 et 30.000 personnes.<sup>12</sup> Les biens de ces émigrés sont également confisqués puis revendus en vertu de la loi du 27 juillet 1792.

Une réelle « redistribution de l'autorité »<sup>13</sup> intervient, en définitive, dans les environs de Wissembourg pendant la période révolutionnaire. Cela occasionne une rancœur tenace, autant sur fond économique que religieux. L'apaisement était ainsi attendu, nécessaire.<sup>14</sup> Et cette réorganisation survient le 26 messidor an IX (15 juillet 1801) sous la forme d'une « Convention entre le Gouvernement français et sa Sainteté Pie VII ». Dès lors, les relations entre État et Église s'apaisent en France. Le compromis signé entre l'État consulaire français et les autorités pontificales est toutefois agrémenté d'articles organiques, proclamés unilatéralement le 18 germinal an X (8 avril 1802) par le gouvernement français. Ces articles supplémentaires ne furent pas reconnus par le Saint-Siège mais ils réglèrent cependant l'organisation concrète des cultes catholique et protestant. Il s'agira donc d'étudier les effets de ces deux textes fondateurs dans un arrondissement où la diversité religieuse est importante.

## I. Le Concordat à l'œuvre dans une mosaïque religieuse

### 1. « *La religion catholique est la religion de la majorité des Français* »

Le Concordat ne restaure pas le catholicisme en tant que religion d'État. Le gouvernement français reconnaît seulement que « *la religion catholique, apostolique et romaine, est la religion de la grande majorité du peuple français* ». Dans l'arrondissement de Wissembourg, le catholicisme est effectivement la religion de la majorité des habitants. Mais cette majorité est très

---

<sup>9</sup> Voir à ce propos le destin du curé de Soultz Jean Léonard Schlosser dans : STREICHER Jean-Claude, « Jean Léonard Schlosser, curé réfractaire de Soultz-sous-Forêts », in *Outre-Forêt*, n°157, 2012, p. 28-30.

<sup>10</sup> DEPRET Laurence, *La société paroissiale du Bas-Rhin au lendemain du Concordat : d'après l'enquête de l'an XII de Mgr Saurine*, Strasbourg, 1977, p. 107.

<sup>11</sup> REUSS Rodolphe, *La grande fuite de décembre 1793 : et la situation politique et religieuse du Bas-Rhin : de 1794 à 1799*, Strasbourg, 1923, p. 3.

<sup>12</sup> VONAU (note en bas de page 2), p. 7.

<sup>13</sup> *Ibid.*, p. 6.

<sup>14</sup> « La situation était mûre pour une réorganisation d'envergure ». Selon la formule de : DEPRET (note en bas de page 10), p. 110.



désormais à un canton. Les chefs-lieux de cantons deviennent des sièges de paroisses.<sup>20</sup> Dix curés desservent donc l'arrondissement de Wissembourg, un dans chaque ville principale de canton. Les anciennes paroisses rurales deviennent des succursales où un prêtre desservant est envoyé.<sup>21</sup> Les autres villages, où la communauté catholique est moins importante, sont érigés en tant qu'annexes.<sup>22</sup> Au total, 78 succursales et 83 annexes sont créées. Mais ces changements que l'on pourrait qualifier d'administratifs importent peu, si ce n'est que les prêtres ruraux ne sont plus curés mais seulement desservants. Toujours est-il que les communautés villageoises retrouvent un ministre du culte là où il y en avait un avant la Révolution. Le découpage concordataire a été respectueux des us d'Ancien Régime.<sup>23</sup>

Le plus grand bouleversement pour une grande partie des catholiques de l'arrondissement de Wissembourg fut, en réalité, le rattachement au diocèse de Strasbourg. En effet, des villages qui avaient dépendu pendant des siècles de l'évêché de Spire sont dès 1802 incorporés au grand diocèse de Strasbourg qui regroupe alors le Haut et le Bas-Rhin.

## 2. La réintégration d'une forte minorité protestante

Les luthériens sont, eux aussi, concernés par les articles organiques du Concordat. Grâce à cette loi, ils acquièrent une existence juridique et obtiennent, par là même, l'égalité des droits avec les catholiques.<sup>24</sup> Les églises de la Confession d'Augsbourg sont organisées selon un modèle hiérarchique : la cellule de base n'est plus la paroisse mais le consistoire composé de 6.000 fidèles environ. L'arrondissement de Wissembourg compte six consistoires luthériens : Hatten, Kandel, Landau, Oberbronn, Wissembourg et Woerth.<sup>25</sup> Au-dessus du consistoire se trouve l'inspection (dans notre cas, le siège de l'inspection est à Wissembourg<sup>26</sup>) et, au sommet, le consistoire général de Strasbourg.

Les luthériens sont majoritaires dans le canton de Soultz où ils représentent 43 % de la population. Mais si l'on regroupe tous les protestants (réformés et luthériens), ceux-ci sont également majoritaires ou du moins présents en même nombre que les catholiques dans les cantons de Bergzabern et Niederbronn.<sup>27</sup> Les dispositions égalitaires du Concordat sont d'autant mieux accueillies dans ces cantons paritaires que les catholiques avaient été jusqu'à la fin de l'Ancien Régime plus que privilégiés.

Au contraire, les réformés ne connaissent pas d'organisation centralisée : ils sont simplement répartis au sein de consistoires de 6.000 fidèles (article 16). Il existe dans l'arrondissement de Wissembourg trois consistoires réformés : Bergzabern, Billigheim, Landau. Le canton de

<sup>20</sup> A l'exception du canton de Niederbronn où la catholique Reichshoffen devient le siège de la paroisse.

<sup>21</sup> A.D.B.R., V 40. Il est parfois secondé d'un vicaire comme à Schleithal ou Beinheim. Il y a également un vicaire dans les paroisses de Landau, Lauterbourg et Seltz. A Wissembourg, il y a deux vicaires au moins « pour le culte de la ville et des annexes ».

<sup>22</sup> C'est le cas par exemple de Nussdorf (canton de Landau). Nussdorf (1.150 habitants) devient annexe de Queichheim (600 habitants) où les catholiques sont plus nombreux. Il y a effectivement une centaine de catholiques à Nussdorf contre 200 environ à Queichheim.

<sup>23</sup> DEPRET (note en bas de page 10), p. 138-139.

<sup>24</sup> Ibid., p. 153.

<sup>25</sup> A.D.B.R., 7 M 187. La vingtaine de luthériens de Bitschhoffen et d'Uberach est intégrée au consistoire d'Ingwiller.

<sup>26</sup> Le consistoire d'Oberbronn est quant à lui rattaché à l'inspection ecclésiastique de La Petite Pierre (arrondissement de Saverne)

<sup>27</sup> A.D.B.R., 7 M 188. Soultz : 43,2 % de luthériens et 10,6 % de réformés. Bergzabern : 20,1 % de luthériens et 59,1 % de réformés. Niederbronn : 46,0 % de luthériens et 0,8 % de réformés.

Bergzabern est, en effet, le seul canton de l'arrondissement où les réformés sont majoritaires : ils représentent près de 60 %.<sup>28</sup> Ainsi, deux villes du canton (Bergzabern et Billigheim) deviennent chef-lieu de consistoire.

Les communautés réformées de Hunspach, Oberseebach et Steinseltz<sup>29</sup> sont quant à elles affiliées au lointain consistoire de Bischwiller. Remarquons ici les limites de cette nouvelle organisation, qui ne satisfait pas entièrement les réformés : pour arriver au nombre de 6.000 fidèles, des communautés qui étaient éloignées physiquement et même culturellement avaient été regroupées. Ainsi, la paroisse de Cleebourg est rattachée au consistoire sis à Bergzabern, éloigné d'une trentaine de kilomètres.<sup>30</sup> Et même si Hunspach, Oberseebach et Steinseltz disposent d'un pasteur, les fidèles devaient être mécontents de ce nouveau découpage, de sorte que le pasteur de Bischwiller et président du consistoire, Frédéric-Louis Schwebel, sente le besoin d'argumenter : « Il me semble que Bischwiller mérite par préférence d'être le chef-lieu de l'église consistoriale et cela d'autant plus que sa population égale presque celle des trois autres paroisses ».<sup>31</sup>

### 3. Les autres minorités délaissées ?

Juifs et anabaptistes ne sont pas concernés par les dispositions concordataires. Il faut dire que leur proportion est très minoritaire dans l'arrondissement : les « sectateurs » – c'est ainsi qu'ils sont dénommés dans le recensement confessionnel de l'an XI – représentent 3,2 % de la population globale de l'arrondissement.<sup>32</sup>

Toutefois, c'est dans l'arrondissement de Wissembourg que la population juive grandit le plus rapidement entre 1784 et 1806.<sup>33</sup> Le tiers des synagogues du département est bâti dans la circonscription.<sup>34</sup> Les juifs sont implantés dans 51 communes de l'arrondissement.<sup>35</sup> Les plus grandes communautés sont constituées à Ingenheim, Wissembourg, Landau, Soultz et Niederroedern avec respectivement 303, 278 et 236, 226 et 210 individus.<sup>36</sup> Le judaïsme est essentiellement rural dans la région avec des communautés dépassant une centaine de personnes en moyenne. Le sous-préfet note : « *Les Juifs de l'arrondissement n'ont point d'industrie, que*

---

<sup>28</sup> Ibid. Dans le canton de Bergzabern, il y a 8.876 réformés pour 15.019 habitants au total (59,1 %).

<sup>29</sup> Avec leurs annexes respectives : Hoffen et Ingolsheim, Schleithal et Niederseebach, Oberhoffen-près-Wissembourg, Rott et Wissembourg.

<sup>30</sup> FARGES-MERICOURT Philippe Jacques, Annuaire historique et statistique du département du Bas-Rhin, Strasbourg, 1809, p. 324. Cleebourg et Bergzabern ont néanmoins un lien historique parce que les deux localités étaient intégrées à la principauté des Deux-Ponts jusqu'à la fin du XVIII<sup>e</sup> siècle.

<sup>31</sup> A.D.B.R., V 480. Le président du consistoire réformé de Bischwiller Frédéric-Louis Schwebel (1742-1822) au ministre des cultes Félix Julien Jean Bigot de Préameneu (1747-1825), 30 juillet 1809.

<sup>32</sup> Ibid., 7 M 188. Sur 133.063 habitants, l'administration dénombre 4.296 « sectateurs ».

<sup>33</sup> Ibid., 7 M 190. En 1784, il y avait dans l'arrondissement 2.578 juifs ; en 1806, on dénombre 4.539 juifs soit une augmentation de 69 % en vingt ans. De la même manière, dans l'arrondissement de Strasbourg qui comptabilise la plus grande population juive, cette augmentation n'est que de 51 % (4.061 juifs en 1784 contre 6.164 en 1804).

<sup>34</sup> Ibid. 40 des 120 synagogues du Bas-Rhin sont construites dans l'arrondissement de Wissembourg.

<sup>35</sup> Ibid. Contre 32 communes dans l'arrondissement de Saverne, 36 dans l'arrondissement de Strasbourg et 27 dans l'arrondissement de Sélestat.

<sup>36</sup> Ibid. Selon le recensement d'août 1806. Voir aussi : BAYER René, « La communauté juive de Niederroedern », in *Outre-Forêt*, n°153, 2011, p. 83. On trouve dans cet article 300 israélites à Niederroedern en 1807.

*celle du commerce en gros et en détail avec toutes sortes des marchandises, de bestiaux, d'épiceries, des draps, etc. Les seuls métiers qu'ils exercent sont ceux de boucher et de savonnier*».<sup>37</sup>

Les anabaptistes, encore moins nombreux, posent peu de problèmes à l'administration, dans la mesure où ils vivent presque en autarcie. La seule difficulté qu'occasionnent les anabaptistes réside dans le refus de la conscription. D'ordinaire très respectueux des lois, les anabaptistes se permirent, sous le Premier Empire, de réclamer une exemption de service militaire, eux qui bénéficiaient de privilèges dans ce domaine sous l'Ancien Régime.<sup>38</sup> Néanmoins, dans le domaine religieux, l'autarcie leur est bénéfique puisqu'ils pratiquent librement leur religion dans les fermes éloignées des communautés villageoises.<sup>39</sup>

Le Concordat règle la plupart des questions religieuses qui avaient été laissées en suspens par la Révolution française. Il restaure la confiance entre les autorités civiles et religieuses. Le temps est à l'apaisement après les tumultes révolutionnaires.

## II. Un apaisement opportun

### *Les églises pansent leurs plaies*

La première action d'envergure qui s'inscrit en conséquence du Concordat est la réparation des dégâts révolutionnaires dans les édifices religieux. Pour ce faire, le Concordat prévoit la restauration de conseils de fabrique qui avaient disparu avec la Révolution : « *Il sera établi des fabriques pour veiller à l'entretien et à la conservation des temples, à l'administration des aumônes* ». <sup>40</sup> À partir de décembre 1809, ceux-ci sont composés de cinq personnes, neuf à Landau et à Wissembourg. Les membres sont obligatoirement catholiques, ce qui signifie que la gestion d'une église simultanée échoit au conseil de fabrique. Le chargé d'âmes et le maire (ou son représentant) sont membres de droit.

La restauration des églises constitue une préoccupation majeure pour les autorités religieuses, et notamment pour l'évêque de Strasbourg, Jean-Baptiste Pierre Saurine (1733-1813). Dès 1804, celui-ci s'enquiert dans une enquête qu'il soumet à tous les curés de son diocèse de l'état des églises d'Alsace. Les réponses des curés de l'arrondissement de Wissembourg présentent généralement des églises en médiocre état. Le mobilier religieux surtout a souffert des outrages révolutionnaires. Selon le curé Bruno Ignace Oberlé (1760-1842), la collégiale de Wissembourg a été entièrement dévastée.<sup>41</sup>

L'aide financière des autorités civiles prend néanmoins quelques années à survenir. En 1812, une commission est chargée de recenser dans le département du Bas-Rhin « les églises qui ont besoin de reconstructions ou de fortes réparations ». Sur la centaine d'églises listées, la moitié se trouve dans le seul arrondissement de Wissembourg. Près de la moitié du budget total alloué aux réparations et reconstructions est destinée aux églises de cette circonscription.<sup>42</sup> Dans certaines localités, les sommes accordées sont très importantes parce que prévues à l'effet d'une reconstruction : à Wingen (canton de Wissembourg), la dépense du chantier de reconstruction de l'église est estimée à près de 30.000 francs. Les travaux ne débiteront néanmoins qu'au

<sup>37</sup> A.D.B.R., 7 M 190. Observation du sous-préfet de Wissembourg Louis Hosemann, 15 août 1806.

<sup>38</sup> WEINLING Elisabeth, *Les anabaptistes d'Outre-Forêt (1700-1871)*, in *Chantiers historiques en Alsace*, n°1, 1998, p. 72.

<sup>39</sup> *Ibid.*, p. 74.

<sup>40</sup> Article LXXVI des articles organiques du 18 germinal an X (8 avril 1802).

<sup>41</sup> DEPRET (note en bas de page 10), p. 709.

<sup>42</sup> A.D.B.R., V 120. Sur 302.773 francs accordés par le préfet du Bas-Rhin au total, 131.732 francs sont destinés à l'arrondissement de Wissembourg (soit 43,5 %).

début des années 1820. Probablement devait-on encore se mettre d'accord sur les derniers réglages.

Les restaurations intérieures coûtent bien évidemment moins cher. 2.000 francs sont en moyenne dépensés pour la restauration des édifices de culte dans l'arrondissement. Le plus souvent, l'argent de la commune et la générosité des paroissiens suffisent à couvrir la moitié de la dépense. L'autre moitié est pourvue par le conseil général qui puise ces allocations dans les contributions foncières. L'argent servait à la fois aux restaurations extérieures et aux aménagements intérieurs. Un orgue est par exemple construit en 1808 dans l'église réformée d'Oberseebach qui n'a même pas encore de clocher.<sup>43</sup> Une fois les lieux de culte restaurés, la pratique religieuse pouvait reprendre.

### III. Le renouveau de la pratique religieuse

Premier signe d'un fleurissement religieux : la réouverture des chapelles. Les chapelles sont souvent situées dans les villages où la communauté catholique est réduite. C'est le cas à Weiler, où le culte est restauré sous l'autorité du curé de Wissembourg, Oberlé.<sup>44</sup> Celui-ci avait déjà fait don, dix ans auparavant, d'une pietà en bois. La volonté de restaurer la splendeur du culte était donc antérieure à 1813. Elle se manifeste dès les premiers signes de l'accalmie concordataire. Ces chapelles peuvent également être localisées dans de gros bourgs, où elles servent alors d'annexe ou bien de lieu de pèlerinage.<sup>45</sup>

Pendant cette période de retour à la normale s'exprime également de la part des habitants une forte demande, une attente de religiosité. Les habitants de Siegen (canton de Seltz) se plaignent effectivement de l'absence de prêtre dans leur paroisse. Le desservant précédent, Joseph Sylvain Steiner (1753-1821), avait quitté le village en 1807 pour prendre des fonctions à Vendenheim.<sup>46</sup> En 1809, il n'y a toujours pas de remplaçant à Siegen, de telle sorte que la communauté soit reléguée au rang d'annexe d'Oberlauterbach. Mais le desservant d'Oberlauterbach ne peut pas toujours se rendre dans l'annexe, dans la mesure où le chemin de terre qui sépare les deux villages est souvent impraticable. Les habitants de Siegen souhaitent donc la présence d'un prêtre dans leur village et se montrent même prêts à le « salarier ». Ils s'engagent dans une pétition à « entretenir le prêtre desservant résidant au milieu d'eux moyennant une somme annuelle à répartir de cinq cent francs ainsi que de pourvoir à l'entretien de l'église, du cimetière, presbytère et jardin et des vases sacrés et ornements d'église ». Ainsi, le conseil municipal de Siegen est d'avis de « *déferer au vœu des habitants de cette commune, tous catholiques, et leur accorder la consolation d'avoir leur pasteur au milieu d'eux moyennant quoi l'instruction, la moralité et les soins à donner aux malades au lit de la mort seraient bien plus assurés et plus effectifs qu'ils ne l'ont pu être jusqu'à ce jour* ». <sup>47</sup> Ils obtiennent gain de cause : en 1810, le jeune prêtre Jacques Baumgaertner (1772-1853) vient s'installer à Siegen. <sup>48</sup>

---

<sup>43</sup> MEYER-SIAT Pie, L'état des églises des cantons de Sultz-sous-Forêts et de Niederbronn en 1796, in *Outre-Forêt*, n°44, 1983, p. 9.

<sup>44</sup> A.D.B.R., V 58. Décret impérial du 25 septembre 1813.

<sup>45</sup> A.D.B.R., V 58. Sur un « *État des chapelles et oratoires du département du Bas-Rhin* », les chapelles suivantes sont listées : Reichshoffen (chapelle de Wohlfahrtshoffen), Lauterbourg, Niederlauterbach, Schlettenbach, Rülzheim, Surbourg, Gørsdorf (chapelle du Liebfrauenberg).

<sup>46</sup> DEPRET (note en bas de page 10), p. 1082.

<sup>47</sup> A.D.B.R., V 60. Extrait du registre de délibération du conseil municipal de Siegen, 5 juillet 1809.

<sup>48</sup> DEPRET (note en bas de page 10), p. 1037.



Une lithographie de Jean-Frédéric Wentzel (1807-1869) datant de 1851 qui montre l'abbatiale de Wissembourg, coiffée de son ancien clocher qui brûle en 1883. Le drapeau tricolore français est présent, comme lors de la période napoléonienne.

#### IV. Le traitement de la question juive

Au sujet des juifs, Napoléon I<sup>er</sup> concède : « Je dois la même protection à tous les Français ». <sup>49</sup> En vertu du principe égalitaire, la question juive (qui n'avait pas été traitée par le Concordat) est réglée à partir de 1806. Le Grand Sanhédrin, une assemblée de notables juifs, est réunie à Paris pour définir la place des juifs dans la société française. Leur organisation religieuse est également fixée. Ce nouveau cadre législatif et l'égalité pour la population juive sont bienvenus. Premier indice de la nouvelle prospérité juive : une synagogue aurait été construite à Drachenbronn dès 1813. <sup>50</sup> Pour suivre jusqu'au bout ce raisonnement égalitaire, les juifs sont soumis aux mêmes règles d'état civil que le reste de la population. Ils sont ainsi tenus de se fixer un nom – eux dont les deux noms étaient souvent confondus. Ainsi, les archives regorgent de déclarations de la part de juifs qui fixent leur nom ou en changent. <sup>51</sup>

La difficulté principale que rencontre l'administration impériale avec les juifs est celui de l'usure. L'usure juive est un problème majeur dans les campagnes alsaciennes qui amène à un antagonisme tenace. Les autorités prennent des mesures pour limiter la pression qui pèse sur ceux qui ont contracté une créance juive : un décret de 1807 accorde un sursis des débiteurs des

<sup>49</sup> Cité dans : MULLER (note en bas de page 16), p. 126.

<sup>50</sup> HAUER Jean-Marc, RUSCHER Jean-Claude, « La communauté juive de Birlenbach et de Drachenbronn », in *Outre-Forêt*, n°104, 1998, p. 30.

<sup>51</sup> A.D.B.R., 5 E 544 et 8 E 261/167. « *Es scheint der französische Bürger und Handelsmann Salomon Majes aus Lauterbourg, 44 Jahre alt, und declarirt derselbe, daß [...] er sich also von nun an stets und unverändert Salomon Dreifus nennen wolle, auf der Name Dreifus bey seiner jetzigen und nachkommende Familien verbleiben solle* », 14 octobre 1808.

juifs.<sup>52</sup> N'oublions toutefois pas que les paroisses catholiques pratiquent également une usure qui ne porte pas son nom, malgré l'interdiction de l'Église : elles vendent des obligations à leurs paroissiens.<sup>53</sup>

L'exemple de l'usure pourtant prohibées par les autorités religieuses montre que certaines questions restent en suspens. En effet, si le Concordat règle beaucoup de différends, certains articles organiques posent problème dans leur application.

## V. La persistance de tumultes confessionnels

### *Des incidents dans la pratique du simultaneum*

Les articles organiques au Concordat mentionnent expressément : « *Le même temple ne pourra être consacré qu'à un même culte* ». <sup>54</sup> Cette disposition ne va pas sans poser de problème en Alsace où il existe de nombreuses églises simultanées, c'est-à-dire où deux (voire trois) confessions se partagent l'édifice de culte. De fait, le *simultaneum* est maintenu en Alsace malgré cette disposition, pour des raisons pragmatiques notamment.<sup>55</sup>

L'arrondissement de Wissembourg compte près d'un tiers des églises mixtes d'Alsace<sup>56</sup>. Les accrocs entre les différents groupes religieux ne sont donc pas rares. À Essingen (canton de Landau), commune aux deux tiers protestante, l'usage du chœur est disputé. Depuis Louis XIV, le chœur d'une église simultanée était effectivement réservé aux catholiques dans les communautés où au moins sept familles catholiques étaient présentes. Mais après la révision concordataire, les protestants revendiquent leur égalité avec les catholiques. Cette contestation donne lieu à de nombreux rapports, dont celui du curé Oberlé de Wissembourg qui préconise de : « *laisser aux catholiques l'usage exclusif du chœur et de la sacristie et à permettre aux protestants de construire dans la nef un autel essentiellement inamovible et affecté exclusivement au culte protestant* ». <sup>57</sup> L'avis d'un ministre du culte catholique n'est sans doute pas objectif dans ce cas. Cependant, la solution qu'il propose semble avoir été adoptée à Essingen, ainsi que dans beaucoup d'autres églises simultanées. D'autres conflits, plus anecdotiques mais non moins fréquents, concernent l'horaire des offices<sup>58</sup> ou un aménagement qui dérange la pratique de l'autre confession.<sup>59</sup> Conséquence de cette instabilité : le clergé d'Alsace du Nord est caractérisé par une mobilité plus importante qu'ailleurs en Alsace.<sup>60</sup>

---

<sup>52</sup> MULLER Claude, Dieu est catholique et alsacien. La vitalité du diocèse de Strasbourg au XIX<sup>e</sup> siècle (1802-1914), Strasbourg, 1987, p. 734.

<sup>53</sup> A.D.B.R., 2 G 400. C'est le cas à Riedseltz, où de nombreuses obligations sont listées dans un registre du conseil de fabrique.

<sup>54</sup> Article XLVI des articles organiques du 18 germinal an X (8 avril 1802).

<sup>55</sup> MULLER Claude, VOGLER Bernard, Catholiques et protestants en Alsace. Le simultaneum de 1802 à 1982, Strasbourg, 1983, p. 17.

<sup>56</sup> Voir *ibid.* p 12-13 la liste. On dénombre 24 églises simultanées dans les cantons palatins et 40 dans les six autres cantons de l'arrondissement.

<sup>57</sup> A.D.B.R., 2 V 354. « *Rapport fait à Monseigneur le Révérendissime évêque de Strasbourg sur les différends existant entre les luthériens et les catholiques dans l'église mixte d'Essingen, canton de Landau, par rapport au placement des autels* », 1<sup>er</sup> novembre 1812.

<sup>58</sup> *Ibid.*, 2 G 379. Les ministres du culte protestant et catholique se mettent d'accord, après de longues tractations, sur l'horaire des offices à Preusdorf, Gœrsdorf et Lampertsloch.

<sup>59</sup> C'est le cas à Lembach où un dais catholique cache la chaire du pasteur protestant.

<sup>60</sup> DEPRET (note en bas de page 10), p. 285-290.

Néanmoins, ces conflits confessionnels restent relativement marginaux pendant la période consulaire et impériale pour plusieurs raisons : d'une part, les guerres napoléoniennes accaparent les énergies. D'autre part, les catholiques donnent la priorité à la restauration matérielle de leur culte tandis que les protestants sont satisfaits de leur ascension concordataire.<sup>61</sup> À l'instar d'Alfred Wahl, on pourrait de ce fait parler de « petites haines ordinaires ».<sup>62</sup> Pourtant, peut-on remarquer des traces durables de laïcisation dans la région ?

## VI. Des traces de déchristianisation ?

La laïcisation initiée par la Révolution française a indéniablement laissé des traces dans l'arrondissement de Wissembourg. Tout d'abord, les congrégations religieuses restent absentes pendant le Consulat et l'Empire. Elles connaissent une restauration dans les autres arrondissements : dès 1808, les sœurs de la Providence à Ribeauvillé sont au nombre de 32.<sup>63</sup> Mais dans la contrée de Wissembourg, aucun des dix couvents qui ont disparu pendant la Révolution ne parvient à se remettre sur pied. Les capucins de Bergzabern disparaissent par exemple dès mai 1790<sup>64</sup> et ne sont jamais restaurés dans cette ville.

D'autre part, les cérémonies religieuses extérieures au bâtiment du culte sont prohibées dans les communes où catholiques et protestants cohabitent. Des plaintes véhémentes sont adressées au préfet :

*« Malgré les lois qui proscrivent tout signe extérieur de culte, Citoyen Préfet, je suis informé que, dans plusieurs communes, les prêtres, abusant de la tolérance du gouvernement, cherchent à donner aux cérémonies de leur culte, la même publicité que s'il était encore dominant. Les cloches se font entendre de nouveau, les processions recommandent, et je sais que l'on prépare, à l'occasion de fêtes connues sous la désignation de la Fête-Dieu et des Rogations, un appareil religieux qui serait moins le signe de la ferveur que de la désobéissance aux lois ».*<sup>65</sup>

Cette interdiction est renouvelée dans les articles concordataires ; dans vingt-deux communes du département où catholiques et protestants cohabitent, les manifestations religieuses sont interdites hors des édifices cultuels.<sup>66</sup>

Finalement, la période post-concordataire se caractérise par une tentative de restauration des privilèges religieux. Les nombreuses plaintes du clergé au sujet de leur traitement – jugé insuffisant – vont en ce sens.<sup>67</sup> Les autorités religieuses se montrent néanmoins soucieuses du bien-être de leur clergé. Outre l'enquête réalisée en 1804 par l'évêque de Strasbourg, une enquête

---

<sup>61</sup> MULLER, VOGLER (note en bas de page 55), p. 26.

<sup>62</sup> WAHL Alfred, *Petites haines ordinaires : histoire des conflits entre catholiques et protestants en Alsace (1860-1940)*, Strasbourg, 2004.

<sup>63</sup> MULLER (note en bas de page 52), p. 390.

<sup>64</sup> Voir à ce propos les nombreux exemples donnés par : MULLER Claude, « La disparition des couvents et monastères de l'Outre-Forêt (1790-1792) », in *Outre-Forêt*, n°65, 1989, p. 39-59.

<sup>65</sup> A.D.B.R., V 23. Le ministre de la police générale Joseph Fouché (1759-1820) au préfet Jean Charles Joseph Laumond (1753-1825), 29 floréal an IX (19 mai 1801).

<sup>66</sup> Ibid. Arrêté du préfet Shée, germinal X (mars 1804). C'est le cas dans les villes où siège un consistoire protestant comme à Bergzabern, Billigheim, Hatten, Kandel, Landau, Oberbronn, Wissembourg et Woerth. Cette mesure a également pour but évident d'écarter les tensions liées à la cohabitation confessionnelle.

<sup>67</sup> Ibid., V 27. Le préfet Adrien de Lezay-Marnésia (1769-1814) à l'évêque Saurine, 3 juillet 1812. Les desservants de Billigheim et d'Eschbach (canton de Landau) profèrent en chaire des invectives envers les autorités municipales. Ils se plaignent de la perte de leurs suppléments de traitement. Le salaire perçu par un desservant, sans les éventuels suppléments liés à leur paroisse, est de 500 francs contre 1.500 francs pour un curé.

est réalisée en 1809 dans les consistoires protestants. La misère des pasteurs protestants est mise en évidence.<sup>68</sup> La Révolution a bel et bien laissé des traces que le Concordat ne parviendra pas à effacer.

## VII. Un antisémitisme marqué

Malgré les dispositions visant à accorder un répit aux débiteurs, la haine envers les juifs ne faiblit pas. Il faut dire que les lois qui limitent l'usure juive restent précaires et incomplètes. Le préfet Shée est lucide : « Les prêts hypothécaires sont pour les habitants de la campagne ce que les prêts sur gages sont pour les habitants des villes. On voit à chaque instant de malchanceux cultivateurs dépouillés de l'héritage de leurs pères pour avoir, dans un moment de détresse, eu recours aux juifs ». <sup>69</sup> Le prêt d'argent avec des intérêts exorbitants pratiqué par les juifs est, en effet, une menace pour l'harmonie dans les campagnes. Les autorités alsaciennes sont conscientes de l'antagonisme tenace entre chrétiens et juifs. Cette opposition se manifeste par exemple à Niederrœdern sous la Révolution : le conseil municipal du village opère à une surestimation des biens des particuliers juifs, de sorte à obtenir d'eux un impôt mobilier plus important. <sup>70</sup>

Chrétiens et juifs se fréquentent peu ; la question des mariages mixtes est épineuse. La réponse du Grand Sanhédrin reste ambiguë : « Le Grand Sanhédrin déclare en outre que les mariages entre Israélites et Chrétiens, contractés conformément aux lois du Code Civil, sont obligatoires et valables civilement et, bien qu'ils ne soient pas susceptibles d'être revêtus des formes religieuses, ils n'entraîneront aucun anathème ». <sup>71</sup>

Toutefois, le préfet se garde bien d'une généralisation : « il en est quelques-uns parmi eux qui ont formé des maisons de commerce qui inspirent et qui méritent la confiance ». En effet, malgré un fort sentiment xénophobe attisé par l'usure juive, l'augmentation du nombre de juifs dans l'arrondissement de Wissembourg pendant le Consulat et l'Empire peut tout de même être perçue comme un signe de bonne intégration des juifs.

\*

Le Concordat instaure en définitive un équilibre fragile dans l'arrondissement de Wissembourg. Après les tourments révolutionnaires, l'accalmie est bienvenue dans une mosaïque où cohabitent cinq confessions. La restauration du culte a pu, dès lors, démarrer. Les relations entre les différentes confessions ont également été reconsidérées. Néanmoins, l'agitation religieuse ne disparaît pas complètement ; des aspects du Concordat posent problème ou n'ont tout simplement pas été traités. Dans une région aussi plurielle, la diversité a pu constituer tant un moteur qu'un frein : la cohabitation de différentes confessions a pu engendrer tout à la fois de l'émulation et des tensions.

---

<sup>68</sup> Ibid., V 400. Réponse des luthériens du consistoire de Landau à l'enquête consistoriale de 1809 : « la position du pasteur protestant, depuis la révolution, a été beaucoup plus défavorable que celle du cultivateur, qui, en mourant, a la consolation de savoir sa famille à l'abri de l'indigence, tandis que celui-là est tourmenté à l'idée désolante que sa mort ravit tout à sa famille délaissée et ensevelit avec lui toutes ses ressources »

<sup>69</sup> A.D.B.R., 7 M 190. Rapport du préfet Henri Shée (1739-1820) au conseiller d'État Jean Pelet de la Lozère (1759-1842), 29 avril 1806.

<sup>70</sup> BAYER (note en bas de page 36), p. 85.

<sup>71</sup> « Texte de la décision du Grand Sanhédrin convoqué à Paris en vertu des ordres de Sa Majesté l'empereur et roi. Le 8 Mars 1807 », in *Moniteur universel*, 11 avril 1807, p. 398-400.

# **Eine fächerübergreifende Unterrichtseinheit zur Historischen Demographie am Beispiel von Amstetten im 17. Jahrhundert**

von Carina Kümmel

## **Einleitung**

Der nachfolgende Beitrag ist die überarbeitete Fassung des zweiten Teils einer Studienabschlussarbeit, die 2018 an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd verfasst wurde.<sup>1</sup> Im ersten Teil dieser Arbeit wurde die Demographie des Dorfes Amstetten (Alb-Donau-Kreis) nach fachwissenschaftlichen Kriterien untersucht. Dieser erste Teil erschien bereits an anderer Stelle als separater Beitrag.<sup>2</sup>

Historische Demographie ist zunächst einmal eine Wissenschaft, ein Teilbereich der Geschichtswissenschaft. Sie gilt mit ihrem quantifizierenden Vorgehen zunächst einmal als spröde und auf den ersten Blick für den Unterricht in der Schule als wenig zugänglich. Entsprechend hat es Versuche, die Historische Demographie in der Schule einzusetzen, wie im Folgenden gezeigt wird, bisher kaum gegeben. Tatsächlich erweist sich die Historische Demographie aber auch für den Unterricht als im hohen Maße spannend und außerordentlich geeignet. Wie dies im Einzelnen geschehen kann, soll im Folgenden gezeigt werden. Am Beispiel von Amstetten soll exemplarisch gezeigt werden, wie dies möglich ist.

In der Tat gleicht die Suche nach historisch-demographischen Aspekten in der Geschichtsdidaktik gleich der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Die historische Demographie scheint in der Schulpraxis ein völlig unbearbeitetes Feld zu sein, denn Unterrichtsmaterial unter der Rubrik sucht man vergeblich. Dies ist nicht verwunderlich, da in der Regel eine lange Zeit vergeht, bis sich wissenschaftliche Erkenntnisse der universitären Forschung in der Schultheorie und -praxis wiederfinden.<sup>3</sup> In Deutschland forschen nur wenige Historiker im Bereich der historischen Demographie. Noch fraglicher ist es, ob Geschichtslehrerinnen und -lehrer überhaupt um die Existenz der historischen Demographie als Teildisziplin der Geschichtswissenschaften wissen.<sup>4</sup> Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass jeder Lehramtsstudierende des Faches Geschichte während seines Studiums mit der Teildisziplin überhaupt in Kontakt tritt. Hinterfragen kann man auch, ob die Erkenntnisse der mikroregional ausgerichteten Forschungsdisziplin bei den Schulbuch-verlagen überhaupt auf großes Interesse stoßen. Die Schulbücher werden schließlich überregional eingesetzt, mindestens pro Bundesland, sodass mikroregional-geschichtliche Themen hier generell kaum Platz finden. Es würde auch kaum Sinn machen, wenn die Struktur und Veränderungen der Bevölkerung des Dorfes Amstetten von Schülerinnen und Schüler andernorts im Unterricht behandelt werden würde. Die Schülerinnen und Schüler von außerhalb Amstetten kennen das Dorf überhaupt nicht und haben keinerlei Bezug zum Ort. Die Kritik an das Verlagswesen weiterzugeben und den Wunsch zu äußern, historisch-demographische Inhalte in die Schulbücher mit aufzunehmen, ist nachvollziehbar,

---

<sup>1</sup> Historisch-demographische Untersuchungen in Amstetten im 17. Jahrhundert. Eine fächerübergreifende Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe I. Wissenschaftliche Arbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen nach der GPO I vom 20.05.2011 / an Werkreal-, Haupt- und Realschulen nach der WHRPO I vom 20.05.2011.

<sup>2</sup> Historisch-didaktische Untersuchungen zu Amstetten. Künftig in: *Historegio* 11, 2020.

<sup>3</sup> Gerhard FRITZ: Historische Demographie als fächerübergreifendes Thema des Geschichts-, Gemeinschafts-, Erdkunde-, Biologie-, Religions- und Ethik-Unterrichts. In: *Archivnachrichten. Quellenmaterial für den Unterricht*, Nr. 19, November 1999, S. 1-8, hier 1.

<sup>4</sup> Vgl. ebd.

würde aber zu kurz greifen, zumal sich bei der Sichtung der Schulbücher ergab, dass durchaus bevölkerungsgeschichtliche Themen thematisiert werden. Es lassen sich beispielsweise Grafiken zur Anzahl der europäischen Auswanderer in die USA und Tabellen über Bevölkerung- und Städtewachstum im 19. Jahrhundert finden. Es wird auf die Gliederung der Ständegesellschaft, auf die Anteile religiöser Gruppen einer Bevölkerung oder auf die Berufsstruktur eingegangen, Themen also, die historische Bevölkerungen betreffen, meist aus europäischer oder nationaler Perspektive.<sup>5</sup>

In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu wissen, inwieweit historisch-demographische Aspekte Einzug in die Geschichtsdidaktik anderer Länder wie Frankreich und Großbritannien gefunden haben. Man konnte feststellen, dass in den Schulbüchern der Mittelstufe in Frankreich Diagramme mit Geburten, Sterbefällen und Heiraten eines Ortes in einem bestimmten Zeitraum vorzufinden sind, welche eine Subsistenzkrise aufzeigen. Kombiniert werden solche Diagramme oftmals mit Getreidepreislisten, sodass der dahintersteckende Sachverhalt ersichtlicher wird.<sup>6</sup> Man kann vermuten, dass durch das höhere Forschungsinteresse in den Ländern auch die Geschichtsdidaktik weiter vorangeschritten ist als hierzulande.

Wenn im Unterricht auf die Regionalgeschichte eingegangen werden soll, hilft jedoch das Schulbuch nicht weiter. Hier können dann regionale Archive und Geschichtsvereine weiterhelfen, indem sie die Entstehung von regionalgeschichtlichem Unterrichtsmaterial initiieren und fördern. Hier würde auch eine Chance für die geschichtsdidaktische Umsetzung historisch-demographischer Inhalte bestehen, welche dann im Geschichtsunterricht behandelt werden können. Im Folgenden soll hierfür ein Beispiel vorgestellt werden. Sechs Schülerinnen der 11. Klasse des Max-Born-Gymnasiums in Backnang haben 1997 bis 1998 „die Backnanger Gesellschaft um 1848“ erforscht und unter diesem Titel veröffentlicht.<sup>7</sup> Die Schülerinnen haben die Gesellschaft Backnangs um 1848 aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Neben den Themen „Frauen in Backnang“, „Kulturelles Leben“, „Auswanderung“, „Kriminalität“ und „Bürgerwehr“ wurde auch ein Aufsatz zur Demographie Backnangs realisiert. Die Schülerinnen und Schüler werteten mithilfe der Methoden der historischen Demographie die Mitteilungen über Getaufte, Geborene und Gestorbene der Stadt Backnang aus dem Murrthal-Boten und Kirchenbüchern aus, um Erkenntnisse über die Entwicklung der Heiraten, Geburten und Todesfälle zu gewinnen.<sup>8</sup> 1999 erschien ein Artikel über den Einsatz der historischen Demografie als fächerübergreifendes Unterrichtsthema. Er empfiehlt für die praktische Anwendung im Unterricht, eine gewisse Anzahl an Familien aus einem Ortssippenbuch hinsichtlich Geburts-, Heirats- und Sterbeverhalten von den Schülerinnen und Schüler untersuchen zu lassen. Die Daten aus Kirchenbüchern mittels der Familienrekonstitutionsmethode gewinnen zu wollen, ist viel zu aufwendig und in den Ortssippenbüchern wurde diese Arbeit bereits geleistet. Außerdem sind diese für die Schülerinnen und Schüler auch besser lesbar. Will man auf den Einsatz der Originalquelle nicht verzichten, dann kann zumindest die aggregative Analyse auch direkt an den Kirchenbüchern angewendet werden. Der Fokus liegt dabei stärker beim Entziffern von Hand-

---

<sup>5</sup> Angaben resultieren aus der Sichtung des Schulbuches „Geschichte 7/8 Baden-Württemberg“ des Schönigh Westermann Verlags.

<sup>6</sup> Thomas SOKOLL / Rolf GEHRMANN: Historische Demographie und quantitative Methoden. In: Michael MARUER (Hg.): Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft (Aufriß der Historischen Wissenschaften 7). Stuttgart 2003, S. 152–229, hier S. 166f.

<sup>7</sup> Gerhard FRITZ: Die Backnanger Gesellschaft um 1848. Sechs Beiträge zur Sozialgeschichte einer württembergischen Oberamtsstadt (Kleine Schriften des Stadtarchivs Backnang 1). Backnang 1999, S. 8.

<sup>8</sup> Marion BASCHIN: Untersuchungen zur Demographie der Stadt Backnang von 1841 bis 1850. In: FRITZ (wie Anm. 7), S. 26–44.

schriften. Egal, für welche der beiden Möglichkeiten man sich entscheidet, es ist immer empfehlenswert, Daten aus verschiedenen Jahrzehnten, z. B. die 50er-Jahre des 18. und 19. Jahrhunderts, auszuwerten und diese miteinander zu vergleichen.<sup>9</sup>

Die Schülerinnen und Schüler eine historisch-demographische Untersuchung durchführen zu lassen, bringt vielerlei Vorteile. Sie werden in die Rolle eines Historikers versetzt und erleben sozusagen den historischen Denkprozess. Es ist motivierend, selbst etwas zu erforschen, interdisziplinär, ziel- und prozessorientiert, schüleraktiv, handlungs- und problemorientiert; es fördert gleichsam alle Kompetenzen – ist aus pädagogischer Sicht also durchaus wertvoll. Der Nachteil hingegen liegt im Zeitaspekt. Im Regelunterricht wird sich so ein Vorhaben kaum realisieren lassen. Stattdessen könnte es als Schulprojekt im Rahmen von Projekttagen oder -wochen durchgeführt werden. Genau dies schlägt Werner Barf vor. Er beschäftigte sich 2007 ebenfalls mit der historischen Demographie und dem Einsatz historisch-demographischer Aspekte im Geschichtsunterricht. Barf sieht in der historischen Demographie aufgrund ihrer Interdisziplinarität die Möglichkeit, ein Schulprojekt zu realisieren. Er konzipierte hierfür exemplarisch einen Projektplan. Im Projekt können die Schülerinnen und Schüler sich mit den unterschiedlichen Fragestellungen der historischen Demographie beschäftigen und ihre Methoden anwenden. Darüber hinaus kann ein Besuch im Archiv als außerschulischer Lernort integriert werden. Nicht nur die Methoden- und Sachkompetenz, sondern auch die Sozialkompetenz der Schülerinnen und Schüler wird beim Projekt gestärkt.<sup>10</sup>

Ein anderer Vorschlag, wie man Schülerinnen und Schüler die Teildisziplin näherbringen kann, kommt von Andreas Gerasch. Er sieht die Möglichkeit, eine historisch-demographische Untersuchung des Heimatortes der Schülerinnen und Schüler als Thema für die „Gleichwertige Feststellung von Schülerleistungen“ (GFS) anzubieten. Um die Klasse in die Thematik einzuführen, schlägt er vor, zu Beginn des Schuljahres in einer 9. Klasse einen einführenden Unterricht zu halten. Inhaltlich fokussiert er sich hierbei auf die Lebenserwartung und die Schülerinnen und Schüler werten in Gruppen arbeitsteilig die Lebenserwartung der Personen anhand eines maschinengeschriebenen Sterberegisters aus bestimmten Jahrfünfteln aus. Danach sollen sie ihre Ergebnisse graphisch anhand eines Diagrammes darstellen und ihren Mitschülerinnen und Mitschülern präsentieren.<sup>11</sup>

Es gibt also zwei Möglichkeiten, entweder die Durchführung eines Projektes oder die Vergabe eines historisch-demographischen Themas für die GFS. Die Auswertung kann, wenn vorhanden, am Ortssippenbuch oder am Kirchenbuch eines beliebigen Ortes erfolgen. Bei den Kirchenbüchern empfiehlt es sich, nur die einfachere aggregative Analyse anzuwenden. Die komplexe Familienrekonstitutionsmethode ist für den Unterricht in der Schule gewiss ganz ungeeignet. Wenn ein Ortssippenbuch ausgewertet wird, können auch Fragestellungen der Familienrekonstitutionsmethode beantwortet werden. Das Ziel oder Endprodukt ist immer die Präsentation der Ergebnisse in Form von Statistiken.

Im Gegensatz zu den o. g. Vorschlägen hat die vorliegende Arbeit das Ziel, aus den Untersuchungsergebnissen des fachwissenschaftlichen Teils exemplarisch eine fächer-übergreifende und regionalgeschichtliche Unterrichtseinheit zu konzipieren, welche in den Regelunterricht

---

<sup>9</sup> FRITZ (wie Anm. 3), S. 6f.

<sup>10</sup> Werner BARF: Demographische Untersuchungen in Nordsiebenbürgen und die geschichtsdidaktische Umsetzung im Geschichtsunterricht der Realschule. Wissenschaftliche Hausarbeit an der PH Schwäbisch Gmünd 2007, S. 77–93.

<sup>11</sup> Andreas GERASCH: Geburten, Heiraten und Todesfälle in den hohenzollerischen Gemeinden Boll, Thanheim und Weilheim von 1840-1909 im Vergleich und die Umsetzung historisch-demographischer Aspekte im Unterricht. Wissenschaftliche Hausarbeit an der PH Schwäbisch Gmünd 2006, S. 39–45.

integriert werden kann. Es geht also primär darum, die Ergebnisse einer historisch-demographischen Untersuchung im Unterricht einzusetzen, anstatt die Auswertung mit den Schülerinnen und Schülern durchzuführen. Hierbei besteht die Herausforderung hauptsächlich in folgenden Fragestellungen, die vor, während und nach Unterrichtsplanung zentral sind:

- Welche Methoden eignen sich, um historisch demografische Aspekte zu vermitteln?
- Wie lassen sich historisch-demographische Aspekte in Kombination mit regionalgeschichtlichem und allgemeingeschichtlichem Wissen verbinden und realisieren?
- Wie kann die Komplexität der historischen Demographie didaktisch so reduziert werden, dass die Schülerinnen und Schüler mit den Inhalten umgehen können?

Diese Fragen wurden bei der Planung der Unterrichtsstunden berücksichtigt, welche anschließend vorgestellt werden. Im Aufbau orientiert sich der fachdidaktische Teil dieser Arbeit an der Gliederung eines ausführlichen Unterrichtsentwurfs. Zunächst erfolgt die Bedingungsanalyse, bei der auf die institutionellen und anthropologischen Bedingungen eingegangen wird. Anschließend wird die Relevanz des Themas für den Geschichtsunterricht aufgezeigt. Danach folgen die Lernziele und Kompetenzen der Unterrichtseinheit, aus welchen im Nachgang die didaktisch-methodische Analyse resultiert. Zum Schluss erfolgt die Reflexion der durchgeführten Stunden. Die Unterrichtsmaterialien sind im Anhang beigefügt.

### **Relevanz des Unterrichtsthemas**

Die Umsetzung der vierstündigen Unterrichtseinheit (in zwei Doppelstunden) fand in einer 8. Klasse der Gemeinschaftsschule Lonetal statt. Einzelheiten zur schulischen Situation mit ihren zwei Standorten in Lonsee und in Amstetten sowie Details zur Klasse, in der unterrichtet wurde, müssen an dieser Stelle nicht erläutert werden.

Die Relevanz, die Erkenntnisse der historischen Demographie in den Geschichtsunterricht zu integrieren, ergibt sich einerseits aufgrund des universell für jeden Menschen bedeutungsvollen Inhalts und andererseits im Hinblick darauf, eine starke Förderung der Methodenkompetenz im Bereich des Umgangs mit Statistiken (Tabellen und Diagrammen) erzielen zu können. Zudem ergänzen sich historisch-demographische Erkenntnisse und regionalgeschichtliches Lernen auf besondere Weise.

Während jeder Mensch die Geburt und den Tod zwangsläufig durchlebt, sind die Ereignisse Heirat, Wanderung und die Ergreifung eines Berufes von wirtschaftlichen, politischen, religiösen und sozialen Bedingungen in der Zeit, in welcher eben dieser Mensch lebt, bedingt. Im historischen Verlauf ändern sich die Bedingungen sowie die Ereignisse und ihre Interdependenz. Die Geburt, Heirat, Tod und Wanderung eines Menschen wurde seit der Einführung der Kirchenbücher durch die Pfarrer dokumentiert. Auch heutzutage werden die Ereignisse noch dokumentiert, wenn auch an anderer Stelle.<sup>12</sup> Es stehen Quellen zur Verfügung, welche die Veränderung der Ereignisse belegen, wodurch historische Erkenntnisse gewonnen werden können. Die historische Demographie beschäftigt sich mit den elementarsten Aspekten der menschlichen Existenz, weil die Ereignisse Geburt, Tod, Heirat, Wanderung (und Beruf) jeden betreffen und daher auch für das Leben der Schülerinnen und Schüler eine Rolle spielen. Einen Bezug zu den inhaltsbezogenen Kompetenzen des Bildungsplans zu dieser Thematik herzustellen ist nicht möglich, vor allem nicht zum 17. Jahrhundert, da der Bildungsplan 2016 für die Sekundarstufe I von Baden-Württemberg im Fach Geschichte das 17. Jahrhundert mit dem historisch bedeutsamen Ereignis „Dreißigjähriger Krieg“ komplett ausgeklammert hat. Ein Bildungsplanbezug lässt sich nur zu den prozessbezogenen Kompetenzen des Faches herstellen. Im Bereich

---

<sup>12</sup> Hiermit sind die Standesämter gemeint.

der Methodenkompetenz heißt es, „die Schülerinnen und Schüler können Statistiken analysieren“.<sup>13</sup> Der Umgang mit Tabellen und Diagrammen spielt in beinahe jedem Fach eine wichtige Rolle und ist eine fächerübergreifende Kompetenz, welche auch im zukünftigen Berufsleben der Schülerinnen und Schüler bedeutsam ist. Da die historische Demographie eine quantitative Forschungsdisziplin ist und ihre Ergebnisse als Tabellen und Diagramme darstellt, bietet sie dem Geschichtsunterricht statistisches Material an, um den Umgang mit Statistiken zu erlernen. Wie bereits erwähnt, sind die Lebensereignisse stets von wirtschaftlichen, politischen, religiösen und sozialen Bedingungen der Zeit beeinflusst, sodass regionalgeschichtliches und allgemeines geschichtliches Wissen zur Interpretation des statistischen Materials notwendig ist. Zu diesem Gedanken passt folgendes Zitat aus den Leitgedanken zum Kompetenzerwerb: „So erfahren sie [die Schülerinnen und Schüler] im Unterricht neben den Konstanten der menschlichen Existenz, die für ihre Identitätsbildung von zentraler Bedeutung sind, vor allem die geschichtliche Bedingtheit der menschlichen Existenz und ihrer Lebenswelt.“<sup>14</sup> Wenn historisch demographische Aspekte in den regionalgeschichtlich orientierten Unterricht integriert werden, ist anzunehmen, dass die Schülerinnen und Schüler die Gegenwart besser verstehen und sich in Zukunft besser orientieren können. Anhand ausgewählter Beispiele soll im Folgenden der Bildungswert von historisch-demographischen Aspekten exemplarisch erläutert werden.

### *Namensgebung*

Mit der Geburt eines Säuglings wird ihm, im Regelfall durch die Eltern, ein Name gegeben. Bei der Analyse des statistischen Materials wird ersichtlich, dass es Trends im Bereich der Namensgebung gibt. Diese können aufgezeigt und interpretiert werden. Warum hießen im 17. Jahrhundert so viele Frauen Apollonia und heute kenne ich niemanden, der so heißt? Wieso haben Eltern früher ihren Kindern den eigenen Namen gegeben und ist das heute noch üblich? Wenn die Namensgebung thematisiert wird, dann bietet es sich an, die Schülerinnen und Schüler recherchieren zu lassen, was ihr eigener Name bedeutet und woher er abstammt. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Namen stärkt die Identitätsbildung.

### *Beruf*

Über die Jahrhunderte hinweg haben sich Berufe und Aufgaben innerhalb eines Berufes gewandelt – von der Agrargesellschaft zum Industriestaat bis zur Dienstleistungsgesellschaft. Die Entwicklung der Wirtschaftssektoren kann anhand von statistischem Material aufgezeigt und die Gründe hierfür können erarbeitet werden. Dies kann auf nationale Ebene bezogen thematisiert werden oder auch regionalgeschichtlich mithilfe von historisch demographischen Ergebnissen. Hierbei wird konkret ersichtlich, wie sich die Berufe innerhalb eines Dorfes verändert haben. Bei der Reflexion über den Wandel der Arbeit kann auch auf die zukünftige Berufswahl der Schülerinnen und Schüler eingegangen werden. Die Leitperspektive „Berufliche Orientierung“ kann dadurch integriert werden. Welche Berufe gibt es heute, wo besteht Bedarf, wie wirkt sich die Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt aus – und das ganz konkret anhand von Statistiken im Wohnort der Schülerinnen und Schüler? So kann der Blick in die Vergangenheit der Schülerin oder dem Schüler bei der Orientierung der Berufswahl weiterhelfen.

### *Heirat*

Im Bereich der Heirat gibt es viele spannende Fragestellungen. Zwar ist dieses Thema in der Gegenwart der Schülerinnen und Schüler noch nicht allzu präsent, spielt aber zukünftig sehr wohl eine bedeutende Rolle für sie. In welchem Alter heirateten die Menschen früher und wann

---

<sup>13</sup> Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (Hg.): Bildungsplan 2016. Sekundarstufe I. URL: <<http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/LS/BP2016BW/ALLG>> [05.05.2018], S. 13.

<sup>14</sup> Ebd., S. 3.

gehen sie heutzutage im Durchschnitt die Ehe ein? Diese Frage stellen sich wohl viele im Alter zwischen 20 und 30 – spätestens dann, wenn Freunde oder Familie nachfragen, wann denn nun die Hochzeit stattfindet, oder die Großmutter darlegt, dass sie damals schon in diesem Alter verheiratet und bereits zum zweiten Mal schwanger war. Bei diesem Thema darf nicht vergessen werden, dass auf den einzelnen Menschen ein gesellschaftlicher und familiärer Druck ausgeübt wird. Auch ein hoher Altersunterschied zwischen den Partnern wird oftmals zum Gesprächsthema. Dieser wird bei Prominenten bis zum Skandal hin von der Presse aufgebauscht. In beiden Fällen kann statistisches Material einem auch eine Hilfe bei der Orientierung sein. Die wenigsten wissen, dass das durchschnittliche Heiratsalter von Frauen und Männer aktuell bei über dreißig Jahren liegt.<sup>15</sup> Nicht nur beim Heiratsalter kann ein Vergleich zwischen Gegenwart und Vergangenheit vorgenommen werden, es können auch die Heiratsmonate und Wochentage von früher und heute miteinander verglichen werden und die Motive interpretiert werden. Warum fanden früher die Heiraten meist am Dienstag statt und heute wird meistens am Wochenende geheiratet? War es den Paaren damals auch schon wichtig, am Jahrestag des Kennenlernens oder zu einem besonderen Datum, z. B. am 18. August 2018, zu heiraten? Bei der Frage, wie sich das Heiraten im Laufe der Zeit verändert hat, kann auch auf die Brauchtümer und auf die kulturellen Unterschiede verschiedener Länder eingegangen werden. So kann sich aus einer ursprünglich regionalen Fragestellung heraus das Fenster zur Welt öffnen.

### *Sexualität*

Schülerinnen und Schüler, die sich in der Pubertät befinden, haben viele Fragen im Bereich der Sexualität. Neben dem klassischen Sexualkundeunterricht, in dem zumeist biologische Aspekte geklärt werden, würde es sich auch anbieten, aus historischer Perspektive an das Thema heranzutreten. Mögliche Themen in diesem Bereich könnten lauten: Sex vor der Ehe, Saisonalität der Zeugungsmonate, Alter beim ersten und letzten Kind. Daran anschließend können auch Fragen zu damaligen Verhütungsmethoden aufkommen.

### *Tod*

Insbesondere die Anzahl der verstorbenen Personen innerhalb eines bestimmten Zeitraums, also das Datenmaterial, verdeutlicht am besten, wie Epidemien, Kriege und Hungersnöte sich auf die Sterblichkeit einer Bevölkerung auswirkten, und lässt erahnen, welches Leid sie den Überlebenden gebracht haben. Die Untersuchung von Todesursachen verbindet allgemeine Methodenkompetenz mit biologischen Aspekten. Der Anstieg der Lebenserwartung und der Rückgang der Säuglingssterblichkeit über die Jahrhunderte hinweg verdeutlicht den Fortschritt der Medizin und des Gesundheitswesens.

Darüber hinaus soll betont werden, dass statistisches Datenmaterial nicht losgelöst dasteht, sondern immer im Kontext der historischen Bedingungen betrachten werden muss, um überhaupt interpretiert werden zu können. Tabellen und Diagramme können dann sogleich Ausgangspunkt und Ergebnis einer Frage- oder Problemstellung sein und anhand ihnen lassen sich weitere Fragen und Inhalte erschließen. Es verdeutlicht zudem, dass die Methodenkompetenz stets ein Teil des historischen Denkprozesses ist. Im Geschichtsunterricht ist es eine zentrale Aufgabe der Lehrkraft, die Entwicklung des reflektierten Geschichtsbewusstseins bei den Schülerinnen und Schüler zu fördern. Das Thema eignet sich besonders, um das Zeitbewusstsein und Historizitätsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler zu intensivieren. Außerdem kann sich

---

<sup>15</sup> Statistisches Bundesamt: Durchschnittliches Heiratsalter lediger Frauen in Deutschland von 1991 bis 2016, Wiesbaden 2018a. URL: <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1329/umfrage/heiratsalter-lediger-frauen>> [05.04.2018]. Statistisches Bundesamt: Durchschnittliches Heiratsalter lediger Männer in Deutschland von 1991 bis 2016, Wiesbaden 2018b. URL: <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1329/umfrage/heiratsalter-lediger-maenner>> [05.04.2018]. Statistisches Bundesamt 2018a; 2018b, WWW.

durch den regionalen Bezug auch das Identitätsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler weiterentwickeln.<sup>16</sup>

Durch die Auseinandersetzung mit der Relevanz des Themas ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, historisch-demographische Aspekte in den Unterricht zu integrieren. Eine entsprechende Auswahl wurde für die exemplarische Unterrichtseinheit getroffen und soll im Folgenden vorgestellt werden.

### **Lernziele und Kompetenzen**

In der ersten gehaltenen Doppelstunde ging es um „Das Leben in Amstetten im 17. Jahrhundert am Beispiel von Bartholome Bührle“. Als übergeordnetes Ziel sollte der Zusammenhang zwischen Kirchenbüchern (Quelle) und einer daraus resultierten Geschichtserzählung (Darstellung) erklärt werden. Dazu sollten etliche einzelne Lernziele erreicht werden:

- Die Schülerinnen und Schüler sollten die historischen Verhältnisse (Territoriale Zugehörigkeit, Grundherrschaft, Dreißigjähriger Krieg) von Amstetten im 17. Jahrhundert arbeitsteilig anhand von Texten herausarbeiten und anschließend ihren Gruppenmitgliedern beschreiben.
- Sie sollten die für eine Fragestellung benötigten Informationen aus einer Geschichtserzählung, durch aufmerksames Zuhören herausarbeiten und dadurch einen Steckbrief der Erzählerperson rekonstruieren.
- Weiterhin sollten sie vermuten können, aus welcher Quelle die Informationen aus der Geschichtserzählung stammen und ihre Vermutung überprüfen, indem sie die Beschreibung verschiedener Textquellen analysieren.
- Und schließlich unterschiedliche Quellen zur passenden Quellenart zuordnen und die Bedeutung und Aufgaben der Kirchenbücher beschreiben.

Für die Auflistung der einzelnen Kompetenzen genügt für alle gehaltenen Stunden der Verweis auf den Bildungsplan von 2016.<sup>17</sup>

In der zweiten Doppelstunde („Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert“)<sup>18</sup> sollten die Schülerinnen und Schüler anhand verschiedener Darstellungen Informationen über Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert herausarbeiten. Dazu gehörten die folgenden, in Stationen zu erarbeitenden Lernziele:

- Die Schülerinnen und Schüler sollten die Anzahl der Geburten, Heiraten und Todesfälle berechnen.
- Sie sollten die Todesursachen während des Dreißigjährigen Krieges in Amstetten nennen und die Entwicklung der Todesfälle während des Dreißigjährigen Krieges anhand eines Diagrammes beschreiben und eine Aussage mithilfe einer Statistik widerlegen.
- Ferner sollten sie die Lücken eines Lückentextes füllen, indem sie Daten von Statistiken ablesen und die Länder mit hohem und niedrigem Heiratsalter auf einer Weltkarte bestimmen.

---

<sup>16</sup> Zu den verwendeten Begrifflichkeiten zum Geschichtsbewusstsein vgl. Hans-Jürgen PANDEL: Dimensionen des Geschichtsbewusstseins. Ein Versuch, seine Struktur für Empirie und Pragmatik diskutierbar zu machen. In: Geschichtsdidaktik 12 (1987), S. 130–140, hier S. 130ff.

<sup>17</sup> Bildungsplan (wie Anm. 13), S. 13f; für Geographie: S. 12; für Mathematik: S. 39.

<sup>18</sup> Anmerkung: In dieser Stunde erfolgt eine Stationenarbeit. Den Schülerinnen und Schülern stehen mehrere Aufgaben zur Verfügung, aus denen sie auswählen können. Daher erreicht nicht jede Schülerin bzw. jeder Schüler alle aufgeführten Lernziele und Kompetenzen.

- Anhand der Geburtsmonate sollten die Zeugungsmonate herausgearbeitet werden.
- Weiterhin waren die beliebtesten Vornamen Deutschlands im Internet zu recherchieren und mit den Vornamen aus Amstetten in den letzten Jahrhunderten zu vergleichen und die Herkunft und Bedeutung ihres eigenen Namens in einem Lexikon nachzuschlagen.

### **Die erste Doppelstunde: „Das Leben in Amstetten im 17. Jahrhundert am Beispiel von Bartholome Bührl“**

Der Verlauf der gehaltenen vier Unterrichtsstunden muss hier nicht in allen Details präsentiert werden. Es genügt eine geraffte Darstellung. Alle Materialien, auf die verwiesen wird, befinden sich im Anhang des vorliegenden Beitrags.

#### *Einstieg*

Der Einstieg erfolgte über die Abbildung einer Postkarte von Amstetten aus dem Jahr 1966, die mit einer Dokumentenkamera auf die Wand projiziert wird. Auf der Postkarte sind beide Ortsteile, Amstetten-Bahnhof und Amstetten-Dorf abgebildet.

Der Einstieg ist als stiller Impuls mit hauptsächlich motivierender Wirkung geplant. Die Klasse sollte sich zuerst frei zur Abbildung äußern und das beschreiben, was zu sehen war. Anschließend wurde gefragt: „Was wisst ihr bereits über die Geschichte von Amstetten?“ Da trotz des Bildimpulses kaum Kenntnisse zu erwarten waren, wurde zügig zum eigentlichen Arbeitsauftrag für die erste Erarbeitungsphase übergegangen: „Heute wollen wir uns zuerst damit beschäftigen, wie die historischen Verhältnisse im 17. Jahrhundert hier im Ort waren, hierzu habe ich verschiedene Texte für euch vorbereitet.“ Dazu wurde die Klasse in Gruppen eingeteilt, die den aus den Materialien im Anhang ersichtlichen schriftlichen Arbeitsauftrag erhielten. Ein weiterer Text enthielt historische Basisinformationen zu Amstetten:

#### *Erarbeitungs- und Sicherungsphase I*

Die Schülerinnen und Schüler hatten sich in Dreiergruppen zusammengefunden, ihren Text gelesen, die Fragestellung schriftlich beantwortet und den Gruppenmitgliedern den Inhalt ihres Textes erklärt. Jede Gruppe hatte den Arbeitsauftrag nochmals schriftlich bekommen, sodass das Vorgehen nochmals nachgelesen werden kann. Da das Niveau der beiden Schüler mit geringen Deutschkenntnissen aus Vorbereitungsklassen („VKL-Schüler“) nicht eingeschätzt werden konnte, wurde ihnen separates Material zur Verfügung gestellt, um ihre Deutschkenntnisse vertiefen zu können.

Alle Texte waren von der unterrichtenden Lehrkraft verfasst worden, wobei darauf geachtet wurde, dass die in einfacher Sprache formulierten Texte auch ohne Vorwissen verständlich waren.

Die erarbeiteten Ergebnisse wurden im Plenum besprochen, sodass danach alle die richtige Lösung gehört hatten. Die Sicherung verlief demnach mündlich, wobei die Lehrerin nach eventuell noch vorhandenen Unklarheiten nachfragte.

#### *Gelenkstelle*

Dann wurde zur Geschichtserzählung übergeleitet. „Wir haben jetzt schon viel Neues über Amstetten im 17. Jahrhundert erfahren. Ich trage euch nun eine Geschichtserzählung über das Leben eines Einwohners aus Amstetten vor, dadurch erfahren wir noch mehr Einzelheiten über das Leben hier im 17. Jahrhundert. Während ich die Geschichte vortrage, ist es wichtig, dass ihr mir aufmerksam zuhört und leise seid. Ihr bekommt jetzt von mir immer zu zweit eine Frage zur Geschichte, die ihr beantworten sollt. Nach der Geschichte besprechen wir die Antworten. Ich weiß, dass es manchmal sehr schwierig sein kann, die Antwort herauszuhören, und deshalb

ist es auch nicht schlimm, falls ihr die Frage nicht beantworten könnt. Vielleicht erinnert sich dann noch jemand anderes aus der Klasse daran.“

### *Erarbeitungs- und Sicherungsphase II*

Bei der Geschichtserzählung hörten die Schülerinnen und Schüler aufmerksam zu und notierten sich ihre Antworten. Eine PowerPoint-Präsentation mit einer fiktiven Zeichnung eines Bauern und der 1643 entstandenen Radierung von Hans Ulrich Franck („Der geharnischte Reiter“), Abschnitt über den Dreißigjährigen Krieg, unterstützte die Erzählung visuell. Danach wurden die Fragen und Antworten besprochen (mündliche Sicherung). Anhand der Antworten der Schülerinnen und Schüler wurde ein Steckbrief der Erzählperson (Barthlome Bührle) in der PowerPoint-Präsentation, aufgedeckt und gefragt: „Um was ging es in der Geschichte? Überlegt euch Schlagwörter hierzu.“ Die Schüler-Antworten wurden von der Lehrerin an der Tafel notiert und mit den Begriffen: Heirat, Geburt und Tod ergänzt.

Im Mittelpunkt der Geschichtserzählung standen die Lebensereignisse mit Datumsangaben des Barthlome Bührle. Dieser individuelle Ansatz eignet sich als Einführung in das Thema historische Demographie, da er sogleich demographisch relevante Daten wiedergibt, aber die Schülerinnen und Schüler noch nicht mit Datenmaterial überfrachtet. Die Informationen in der Geschichtserzählung kommen aus den Kirchenbucheinträgen von Barthlome Bührle und seiner Familienmitglieder.

Im Anschluss wurde von der Lehrerin als Problemfrage formuliert: „Woher kommen die Informationen aus der Geschichtserzählung über Barthlome Bührle?“

### *Erarbeitungs- und Sicherungsphase III*

Die Schülerinnen und Schüler überlegten, woher die Informationen kommen könnten, und schrieben ihre Vermutungen auf Metaplankarten, die an die Tafel gehängt und thematisch geordnet wurden. Daraufhin hängte die Lehrerin Metaplankärtchen mit Quellenarten (Textquelle, Sachquelle, Bildquelle und Tonquelle) an die Tafel. Diesen Quellenarten wurden die Metaplankarten zugeordnet.

Danach teilte die Lehrerin weitere Kärtchen mit Quellen aus, darunter auch die Kirchenbücher, die von den Schülerinnen und Schülern an der Tafel zugeordnet wurden. Erneut wurde gefragt: „Woher kommen die Informationen aus der Geschichtserzählung über Barthlome Bührle?“

Im Gespräch wurde dann erarbeitet, dass die Informationen nur aus einer Textquelle stammen können. Im nächsten Schritt sollten die bisher geäußerten Vermutungen überprüft werden. Dazu wurden Umschläge ausgeteilt, in denen sich zu den Textquellen einzelne Textschnipsel mit Beschreibungen befanden. Daraus konnte erarbeitet werden, dass Kirchenbücher die richtige Quelle waren. Die Ergebnisse der Gruppen wurden im Plenum besprochen.

### *Vertiefungsphase und Abschluss*

Es wurden zwei mögliche Abschlüsse vorbereitet, da die Leistungsfähigkeit der Klasse nicht eingeschätzt werden konnte. Bei genügend vorhandener Zeit sollte im Plenum ein Text über die Kirchenbücher gelesen werden. Dadurch erarbeiteten sich die Schülerinnen und Schüler Informationen über Wesen und Bedeutung der Kirchenbücher. Dieser Stundenabschluss ist anspruchsvoller, da er schüleraktiver ist. Anschließend bekamen die Schülerinnen und Schüler Kopien aus den Kirchenbucheinträgen über Barthlome Bührle ausgeteilt. Dadurch konnten sie sehen, wie so ein Kirchenbuch aussieht und wie schwierig es ist, die Handschrift des Pfarrers zu lesen.

Die Alternative bei Zeitknappheit war eine kurze Inputphase der Lehrerin, die mündlich zusammenfassen konnte, was in dem Text über die Kirchenbücher gestanden und im Anschluss

den Schülerinnen und Schülern die Kopien aus den Kirchenbucheinträgen von Bartholome Bührle ausgeteilt hätte.

Zum Schluss überprüfte die Lehrerin - egal, welcher Abschluss zur Durchführung kam - das Lernziel der Stunde: Hatten alle den Zusammenhang zwischen den Kirchenbüchern und der Geschichtserzählung verstanden? Dazu wurde gefragt: „Wer kann mir noch mal in eigenen Worten erklären, wie die Geschichtserzählung und die Kirchenbücher miteinander zusammenhängen?“

### **Die zweite Doppelstunde: „Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert“**

#### *Einstieg*

Der Einstieg zur zweiten Stunde erfolgte über eine Art Rollenspiel. Es sollte spielerisch an Statistiken und Datenmaterial heranführen und auf die kommende Stationenarbeit einstimmen.

Die Lehrerin versetzte die Klasse in die Lage der Einwohner Amstettens im 17. Jahrhundert. Dreimal hintereinander sollten alle aufstehen, eine gewisse Anzahl musste sich pro Runde wieder hinsetzen. Um diejenigen, die stehen blieben, sollte es im demographischen Beispiel gehen. Dazu wurde jeweils ein Beispiel über Heiraten, Geburten und Todesfälle ausgewählt. Vorab waren die Untersuchungsergebnisse anteilig auf die Klassengröße von 20 Köpfen umgerechnet worden. Außerdem wurde darauf geachtet, dass diese Ergebnisse später nicht in den Stationen vorkamen und sich doppeln konnten.

In der ersten Runde wurde die Klasse in die Rolle von denjenigen Personen versetzt, welche im 17. Jahrhundert in Amstetten geheiratet haben. Das Durchzählen wurde so organisiert, dass 12 Personen stehen blieben. Danach wurde erklärt, dass alle Personen, die standen, also die Mehrheit, an einem Dienstag geheiratet hatten.

In der zweiten Runde wurden mit ähnlichem Abzählen Informationen zu den Geburten in Amstetten illustriert. Nur ein Schüler blieb stehen, und zu diesem wurde erklärt, dass man ihn sich eigentlich gedrittelt vorstellen müsste, um auf den Anteil von Zwillingsgeburten zu kommen.

In der dritten Runde wurde die Klasse in die Rolle der Einwohner Amstettens während des Dreißigjährigen Krieges versetzt. Es wurde erneut durchgezählt und die Schülerinnen und Schüler mit der Nummer 1 bis 7 blieben stehen. Sie entsprachen dem Anteil, der in Amstetten den Dreißigjährigen Krieg überlebt hatte. In der Geschichtserzählung der vorausgehenden Doppelstunde war bereits erwähnt worden, dass zwei Drittel der Amstetter Bevölkerung den Dreißigjährigen Krieg nicht überlebt hatten, worauf jetzt zurückgegriffen werden konnte.

#### *Gelenkstelle*

Nach diesem „kleinen Rollenspiel“ gab die Lehrerin das Stundenthema bekannt: „Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert.“ Sie erklärte mittels der Dokumentenkamera den weiteren Verlauf der Stunde: „Es gibt drei Stationen: Geburten, Heiraten und Todesfälle. Zu jeder Station gibt es unterschiedlich viele Aufgaben. Jede Aufgabe behandelt eine andere Fragestellung. Die Aufgaben sind im Schwierigkeitsgrad gekennzeichnet.“ Danach wurden die Pflichtaufgaben anhand einer vorbereiteten Einteilung bekannt gegeben: „Die Pflichtaufgabe ist zuerst zu bearbeiten, danach können die Aufgaben frei ausgewählt werden, orientiert euch daran, welche Frage euch besonders interessiert.“ Für die Weiterarbeit wurde eine maximale Gruppengröße von drei Personen empfohlen.

### *Erarbeitungs- und Sicherungsphasen, Feedback und Abschluss*

Die Stationenarbeit war so ausgelegt, dass ein Tisch mit allen Materialien als Lerntheke vorbereitet war, wo man die Arbeitsmaterialien selbständig abholen konnte.<sup>19</sup> Auf der Lerntheke lagen der Laufzettel, das Blatt mit der Einteilung der Pflichtaufgaben und die einzelnen Arbeitsblätter für die Aufgaben, außerdem Umschläge mit Tipps, falls eine Hilfestellung benötigt wurde. Außerdem waren Lösungsblätter zur Selbstkontrolle, Atlanten und ein Vornamen-Lexikon vorhanden. Teilweise wurde auch ein in der Klasse verfügbarer Laptop für Recherchearbeiten benötigt.

Wie bereits erwähnt hatte jeder Einzelne eine Pflichtaufgabe zu erledigen. So konnte die Verständlichkeit der konzipierten Aufgaben überprüft werden. Es war auch gewährleistet, dass alle Themen (Geburten, Heiraten und Todesfälle) bearbeitet wurden. Bei der Einteilung der Pflichtaufgaben wurde nach individuellem Leistungsniveau differenziert, mit einer besonderen Aufgabe für die beiden VKL-Schüler (Einwohnerentwicklung in Amstetten vom Mittelalter bis in die Gegenwart).

Die Sicherung erfolgte über die Arbeitsblätter und Lösungsblätter zur Selbstkontrolle. Der Vorteil der Stationenarbeit ist die Förderung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Schülerinnen und Schüler. Die Einteilung in Pflichtaufgaben und anschließende Wahlmöglichkeit der Aufgaben, der Sozialform und des Arbeitsplatzes ermöglichte eine differenzierte und offene Unterrichtsform.

Die individuelle Einzelarbeit wurde im Plenum abgeschlossen. Dazu hingen im Klassenzimmer drei Plakate aus, eins pro Station bzw. Thema. Auf diese Plakate waren die gewonnenen Erkenntnisse zu schreiben, wodurch die einzelnen Aspekte gesammelt, zusammengefügt und besprochen wurden.

Ein von der Klasse auszufüllender Feedbackbogen für die Lehrerin zur Beurteilung des Unterrichts beendete die Doppelstunde.<sup>20</sup>

### **Fazit**

Das Ziel dieser Arbeit war es, eine fächerübergreifende und zugleich regionalgeschichtliche Unterrichtseinheit mit den Ergebnissen der historisch-demographischen Untersuchungen in Amstetten im 17. Jahrhundert zu konzipieren und durchzuführen. Die Unterrichtseinheit wurde an der Gemeinschaftsschule Lonetal am Standort Amstetten in einer 8. Klasse mit 20 Schülerinnen und Schüler in vier Unterrichtsstunden durchgeführt. Da die historische Demographie in der Geschichtsdidaktik kaum eine Rolle spielt und Vorarbeiten weithin fehlten, bestand die Herausforderung darin, die Inhalte didaktisch so aufzubereiten und zu reduzieren, dass die Klasse mit dem Datenmaterial nicht überfordert werden.

Im Mittelpunkt der ersten Doppelstunde stand die Geschichtserzählung über das Leben von Bartholome Bührle in Amstetten im 17. Jahrhundert. In dieser wurden die spezifischen Lebensdaten des Bauern und seiner Familie aus den Kirchenbucheinträgen verwendet, um über sein Leben zu berichten. Darüber hinaus wurden die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges mit eingebunden, um ein Bild vom Bevölkerungsrückgang im 17. Jahrhundert zu vermitteln. Die erste Doppelstunde verfolgte mit dem übergeordneten Lernziel, zwischen Quellen und Darstel-

---

<sup>19</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden Sibylle KAMPL: Stationenlernen im Geschichtsunterricht. Allgemeine und fachspezifische Momente. Schwalbach/Ts. 2016, S. 5ff, 11.

<sup>20</sup> Das in der an der PH Schwäbisch Gmünd eingereichten Fassung enthaltene Feedback samt Reflexion der gehaltenen Stunden wird hier nicht wiedergegeben, da es sich um rein individuelle Ausführungen für die Verfasserin handelt, die nicht von allgemeinem Interesse sind.

lungen unterscheiden zu können, ein zentrales Ziel der Geschichtsdidaktik. Der regionalgeschichtliche Einstieg in eine historisch-demographische Unterrichtseinheit macht Sinn, weil sich die Ergebnisse auf den Untersuchungsort und Zeitraum bezogen und daher mit betrachtet werden müssen. Da die Klasse über ein bescheidenes Abstraktionsvermögen und über kein Vorwissen über das 17. Jahrhundert in Amstetten verfügte bot sich eine regionalgeschichtliche Einführung sich an.

In der zweiten Doppelstunde spielte neben Geschichte auch das Fach Mathematik eine zentrale Rolle. Sie fokussierte sich auf den Umgang mit Statistiken zu den Themen Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert. Unterschiedliche Aufgaben, welche die Methodenkompetenz fördern sollen, wurden im Rahmen einer Stationenarbeit selbständig erarbeitet. So konnten unterschiedlichste Fragestellungen der einzelnen demographischen Parameter Raum finden.

Die in der Unterrichtseinheit verfolgte Idee, historisch-demographische Inhalte mithilfe von Statistiken zu vermitteln, stellt nur eine Möglichkeit dar, wie diese in den Unterricht integriert werden können. Ferner ergibt sich auch das Potenzial Übungsaufgaben zum Prozentrechnen zu konzipieren oder mit dem Datenmaterial das Erstellen von Tabellen und Diagrammen in Excel zu erlernen. Zumeist werden kaufmännische Übungsaufgaben verwendet, um den Umgang mit Excel zu üben, hier könnten auch bevölkerungsstatistische Aufgaben bzw. Fragestellungen denselben Zweck erfüllen. Allgemein bieten sich die Inhalte der historischen Demographie für einen fächerübergreifenden Unterricht an. Die Todesursachen beispielsweise schaffen eine Verbindung zur Biologie, während die Themen Heirat und Tod auch aus religiöser Perspektive mit beleuchtet werden können. Geburten, Heiraten und Todesfälle passen per se in kein einzelnes Unterrichtsfach. Sie stellen die zentralen Lebensereignisse der Menschen dar. Daher sollte ihnen eine stärkere Relevanz im Bildungsplan zukommen. Die historische Demographie bzw. die Bevölkerungsgeschichte kann ihren Beitrag dazu leisten, aber auch die Anthropologie, Biologie, Philosophie, Religionswissenschaften und andere Wissenschaften dürfen beim Thema Leben und Sterben nicht außer Acht gelassen werden.

***Barthlome Bührle –  
über sein Leben in Amstetten im 17. Jahrhundert***

Hallo, mein Name ist Barthlome Bührle, man nennt mich auch Schwarz Bartle. Ich würde euch gerne von meinem Leben erzählen. Ich wurde am 16.12.1653 in Amstetten geboren. Mein Großvater hieß auch Barthlome, wahrscheinlich nannten mich meine Eltern deshalb so. Meinen Vater nannte man den Erbar, aber eigentlich hieß er Hansen (Hanß). Er war von Beruf Bauer und außerdem in unserem Dorfgericht als Richter tätig. Meine Mutter Apollonia wurde ebenfalls wie mein Vater in Amstetten geboren. Sie heirateten im März 1642. Ich bin das achte Kind der beiden und habe zwei Brüder, neun Schwestern und eine Stiefschwester. Meine älteren Geschwister Georg und Catharina sind allerdings schon vor meiner Geburt gestorben und ich habe sie deshalb nie kennengelernt. Meine zwei jüngsten Schwestern hießen wie meine Mutter Apollonia. Leider habe ich erleben müssen, wie die beiden schon kurze Zeit nach der Geburt gestorben sind. Als Bauernkinder mussten wir zu Hause viel mithelfen. Unser Vater brachte meinem Bruder und mir alles bei, was ein zukünftiger Bauer können muss. Auch unsere Mutter und die Schwestern mussten mithelfen. Besonders anstrengend wurde es im August und September. Während der Erntezeit gibt es sehr viel zu tun. Ich möchte mich aber gar nicht beschweren, denn ich hatte großes Glück, erst nach dem Dreißigjährigen Krieg geboren zu werden. Unsere Eltern erzählten uns immer wieder, wie schlimm diese Zeit für sie war und welcher Segen es für sie war, dass sie den Krieg überlebt haben. Vor dem Dreißigjährigen Krieg lebten in unserem Dorf ungefähr 220 Einwohner, nach dem Krieg waren es nur noch 80. Zwei Drittel der Dorfbewohner sind also gestorben. Nicht direkt am Krieg, sondern an den furchtbaren Lebensbedingungen. Immer wieder mussten die Dorfbewohner in die nächsten Städte nach Geislingen oder Ulm flüchten, um sich vor Plünderungen und Übergriffen der Soldaten zu schützen. Für schwangere Frauen und Kinder war dies besonders anstrengend, und daher sind viele auf der Flucht gestorben. Außerdem breitete sich überall die Pest aus und forderte in Amstetten zwischen 1634 und 1636 besonders viele Todesopfer. Aufgrund der unsicheren Lebensverhältnisse und der vielen Todesfälle konnten die Felder von den Bauern nicht zuverlässig bestellt werden, schlechtes Wetter sorgte zusätzlich dafür, dass die Ernte gering ausfiel. Die Nahrung wurde knapp und die Preise stiegen an, alle mussten hungern. Dennoch hatte Amstetten Glück im Unglück, denn andere Dörfer wie z. B. Stötten bei Geislingen wurden komplett niedergebrannt. Aber nun wieder zurück zu mir und meiner Familie. Als ich 8 Jahre alt war, starb meine Mutter. Mein Vater heiratete ein Jahr später wieder. Er hätte sich alleine nicht um die Landwirtschaft, uns Kinder und den Haushalt kümmern können. Meine Stiefmutter hieß wie meine Mutter Apollonia. Sie bekamen ein Jahr nach der Heirat eine Tochter, meine Stiefschwester Apollonia. Wir Kinder gingen damals auch schon zur Schule. Der Schulmeister brachte uns Gebete, Psalmen und Lieder bei. Wir lernten viel auswendig, besuchten die Laurentiuskirche und beschäftigten uns mit der Bibel. Die Ehe meines Vaters und meiner Stiefmutter dauerte nur 5 Jahre lang, dann starb auch die zweite Frau meines Vaters und er hat nicht wieder geheiratet. Zehn Jahre nach dem Tod meiner Stiefmutter starb dann auch mein Vater, im April 1678, mit 63 Jahren. Ich war da bereits erwachsen, und mit 28 Jahren, am 31. Oktober 1682, habe ich meine Frau Maria Emperle geheiratet. Ich kenne sie schon seit meiner Kindheit. Mein Schwager hat mir bereits vor der Heirat den Lindenhof in der Langen Straße 2 vererbt. Meine Grundherren,

an welche ich Abgaben und Frondienste leisten musste, waren die Pfarrei Altstadt und das Pfarrkirchenbaupflegeamt Ulm. Nach der Heirat mit Maria bekamen wir sieben Kinder, vier Töchter und drei Söhne. Ich hoffe, dass meine Kinder ein langes und gesundes Leben haben werden und eines Tages einer meiner Söhne den Lindenhof übernehmen wird.



*Fortsetzung ...*

*Barthlome Bührle verstarb am 18.11.1697 in Amstetten im Alter von 43 Jahren. Die Witwe Maria heiratete ein halbes Jahr später den Bauer Jakob Hermann, geboren in Waldhausen. Sie hatten keine gemeinsamen Kinder. Barthlomes Sohn Hanß (Johannes) erhält den Lindenhof mit 22 Jahren.*

Fragen zur Geschichtserzählung

---

*Wann und wo wurde Bartholome Bührle geboren?*

---

*Wie hießen die Eltern von Bartholome Bührle?*

---

*Wie viele Geschwister hatte Bartholome Bührle?*

---

*Welchen Beruf hatte Bartholome Bührle?*

---

*In welcher Straße wohnte Bartholome Bührle?*

---

*Wann hat Bartholome Bührle geheiratet?*

---

*Mit wie vielen Jahren hat Bartholome Bührle geheiratet?*

---

*Wie hieß Bartholome Bührles Ehefrau?*

---

*Wie viele Kinder hatte Bartholome Bührle?*

---

*Wann und wo starb Bartholome Bührle?*

---

*Wie alt wurde Bartholome Bührle?*

---

**Weitere Materialien zu Bartholme Bührle**

*Die Geschichte über das Leben  
von Bartholome Bührle*





### ***Fortsetzung...***

*Barthlome Bührlle verstarb am 18.11.1697 in Amstetten im Alter von 43 Jahren. Die Witwe Maria heiratete ein halbes Jahr später den Bauer Jakob Hermann, geboren in Waldhausen. Sie hatten keine gemeinsamen Kinder. Barthlomes Sohn Hanß (Johannes) erhält den Lindenhof mit 22 Jahren.*





## Steckbrief von Bartholomäus Bührle



<b>Geboren am, Geburtsort:</b>	➤ 16. Dezember 1653, Amstetten
<b>Namen der Eltern:</b>	➤ Hanß und Apollonia
<b>Anzahl der Geschwister:</b>	➤ 11 (2 Brüder, 9 Schwestern) & eine Stiefschwester
<b>Beruf:</b>	➤ Bauer
<b>Adresse:</b>	➤ Lindenhof, Lange Straße 2
<b>Heiratsdatum:</b>	➤ 31. Oktober 1682
<b>Alter bei der Heirat:</b>	➤ 28 Jahre
<b>Name der Ehefrau:</b>	➤ Maria Emperle
<b>Anzahl der Kinder:</b>	➤ 7 (4 Töchter und 3 Söhne)
<b>Gestorben am, Sterbeort:</b>	➤ 18. November 1697, Amstetten
<b>Sterbealter:</b>	➤ 43 Jahre

## Geplanter Tafelanschrieb



<b>Textquellen</b>	<b>Bildquellen</b>	<b>Sachquellen</b>	<b>Tonquellen</b>
SuS-Antwort	SuS-Antwort	SuS-Antwort	SuS-Antwort
Briefe	Foto	Münzen	Politische Rede
Zeitungen	Gemälde	Denkmal	Radiosendung
Memoiren	Höhlenmalerei	Gebäude	
Kirchenbücher			
Urkunden			
Tagebücher			
Reiseberichte			
Chroniken			
Flugblätter			
Gesetze			

## *Wovon verschiedene Textquellen Zeugnis ablegen*

<b>Tagebücher:</b> Kommunikation des Schreibers mit sich selbst, Aufzeichnungen über persönliche Erlebnisse, Gedanken und Befindlichkeiten
<b>Zeitungen:</b> aktuelle Momentaufnahme eines ganzen Spektrums von Lebensbereichen (Politik bis Kleinanzeigen)
<b>Reiseberichte:</b> Darstellung anderer Gegenden, Länder und Menschen aus der Fremdperspektive
<b>Memoiren:</b> sind aufgeschriebene persönliche Erinnerungen aus dem eigenen Leben, die der Schreiber erlebt hat und für bedeutsam hält.
<b>Briefe:</b> Kommunikation zwischen räumlich getrennten oder vertrauten Personen, persönlich gehaltene Mitteilung über Ereignisse und Personen, Gedanken und Gefühle des Schreibers
<b>Flugblätter:</b> Überzeugungen, Forderungen und Kritik an Gegnern politischer oder religiöser Gruppierungen
<b>Urkunden:</b> sind unter Beachtung bestimmter Formen ausgefertigte und beglaubigte Schriftstücke über Rechtsgeschäfte, z. B. Grundstücksverkauf
<b>Kirchenbücher:</b> sind Verzeichnisse über Taufen, Eheschließungen und Todesfälle, die von dem Pfarrer einer Gemeinde in chronologischer Reihenfolge angelegt werden
<b>Chroniken:</b> werden meist von einem einzigen Autor verfasst und stellen Ereignisse in zeitlicher Reihenfolge geordnet dar
<b>Gesetze:</b> sind vom Staat festgelegte, rechtlich bindende Vorschriften, die das menschliche Zusammenleben regeln

*Anmerkung: Textstreifen werden ausgeschnitten und in Briefumschlägen ausgeteilt.*

## ***Die Kirchenbücher***

Die Kirchenbücher der evangelischen und katholischen Gemeinden sind schriftliche Überlieferungen und gehören damit zu den Textquellen. Sie enthalten Informationen über kirchliche Handlungen wie Taufen, Heiraten und Todesfälle/Begräbnisse. Für viele Wissenschaften, z. B. für die Ahnenforschung und historische Demographie, stellen sie eine wichtige Quelle dar. Die Kirchenbücher sind oftmals die einzigen Überlieferungen, aus denen Angaben über das Leben vieler einfacher Menschen gewonnen werden können.

Ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurden die Pfarrer in Deutschland dazu verpflichtet, Kirchenbücher zu führen. Die Umsetzung dieser Vorschriften dauerte je nach Ort und Konfession unterschiedlich lange. In Amstetten wurden die Kirchenbücher ab dem Jahr 1600 geführt. Die Kirchenbücher bestehen aus sogenannten Geburts-, und Heirats- und Sterberegistern. Die Pfarrer sollten alle Ereignisse im Ort – Geburten und Taufen, Eheschließungen, Todesfälle und Begräbnisse – darin dokumentieren. Oftmals lassen sich auch weitere Informationen wie z. B. Beruf, Todesursache, Sterbealter oder andere Notizen zu den Einwohnern in den Kirchenbüchern finden.

Der Grund für die Einführung der Kirchenbücher war, dass die kirchlichen Handlungen dokumentiert wurden. Neben der Taufe, der Eheschließung und den Begräbnissen wurden auch Listen über Abendmahlsbesucher und Konfirmanden angelegt. Dadurch konnte der Pfarrer einer Gemeinde kontrollieren, ob die Einwohner regelmäßig den Gottesdienst besuchten. Außerdem dienten sie dazu, die „Unzucht“ zu dokumentieren. Denn Sex vor oder außerhalb der Ehe verstieß gegen die kirchlichen Vorschriften.

Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts interessierte sich auch der Staat für die Kirchenbücher. Sie waren damals die einzigen Dokumente, die eine systematische Aufzeichnung über die Lebensdaten von Personen lieferten. Sie wurden für das Einwohnermelde-, Militär-, Finanz- und Gesundheitswesen oder für statistische Zwecke verwendet. Im Jahre 1876 wurden die Standesämter für eigene staatliche Registrierungen deutschlandweit eingeführt. Ab diesem Zeitpunkt waren die Kirchenbücher nur noch für die Verwaltung der Kirchen wichtig.

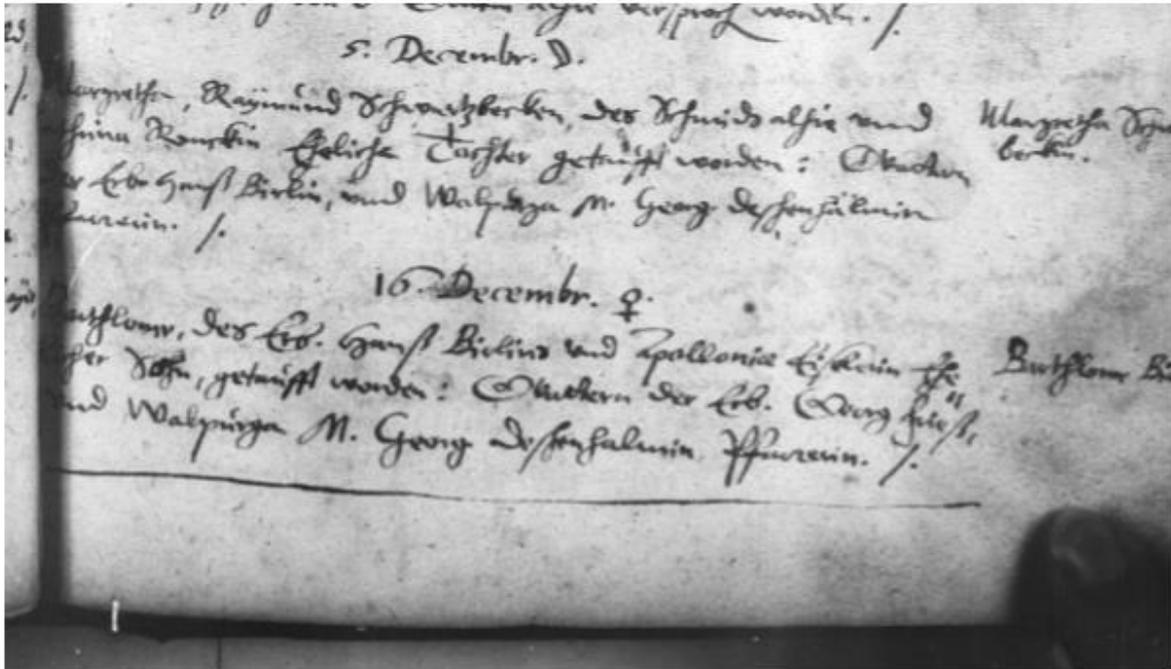
Die Kirchenbücher von Amstetten sind, wie alle evangelischen Kirchenbücher von Württemberg, im Landeskirchlichen Archiv in Stuttgart aufbewahrt. Um sie zu schützen, werden die Originale nicht an die Benutzer ausgegeben. Es wurden Mikrofilme angefertigt, die vor Ort angesehen oder ausgeliehen werden können.



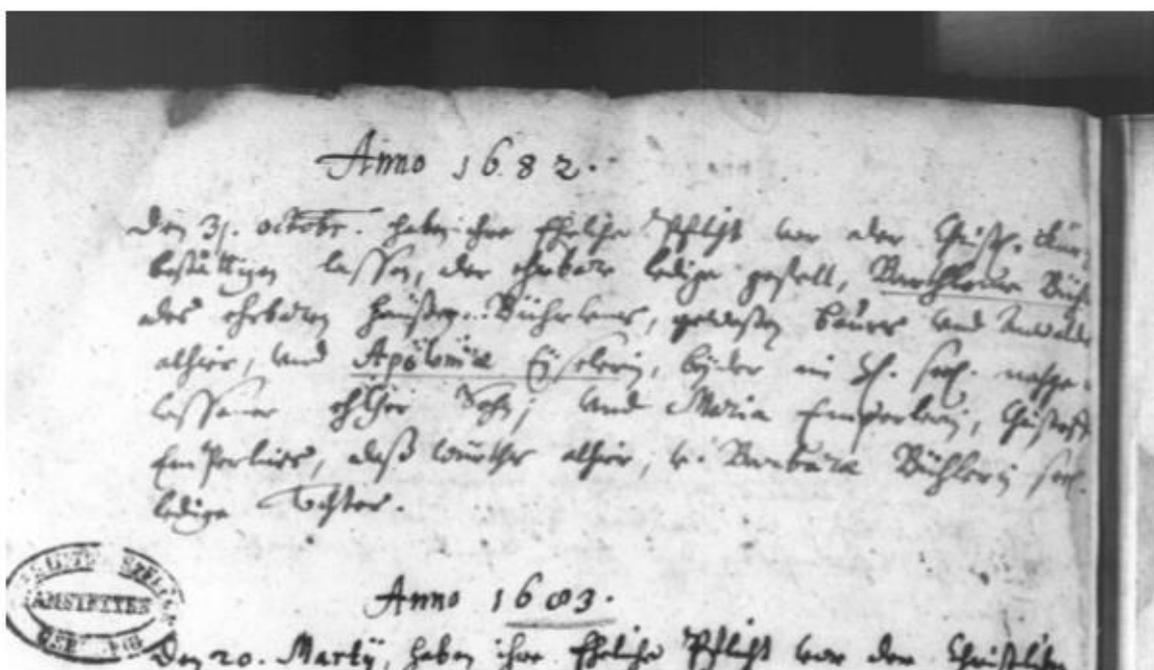
***Was sind Kirchenbücher und wofür wurden sie verwendet? Fasse den Text in deinen eigenen Worten zusammen.***

## Auszüge aus den Kirchenbüchern von Amstetten – Geburt, Heirat und Tod des Barthlome Bührl

Landeskirchliches Archiv Stuttgart > Dekanat Geislingen an der Steige > Amstetten > Mischbuch 1600-1683 Band 1, Bild 42  
www.archion.de

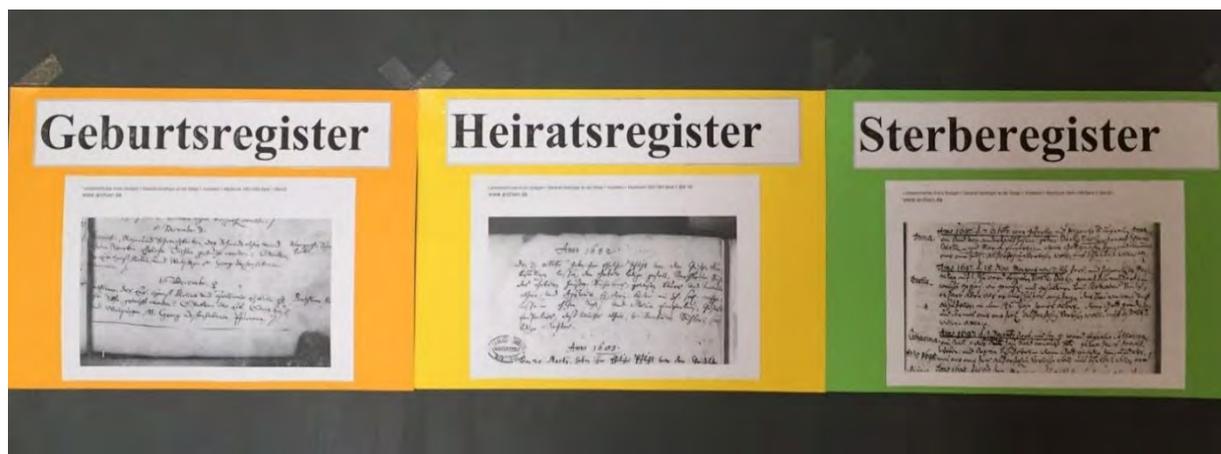


Landeskirchliches Archiv Stuttgart > Dekanat Geislingen an der Steige > Amstetten > Mischbuch 1600-1683 Band 1, Bild 159  
www.archion.de

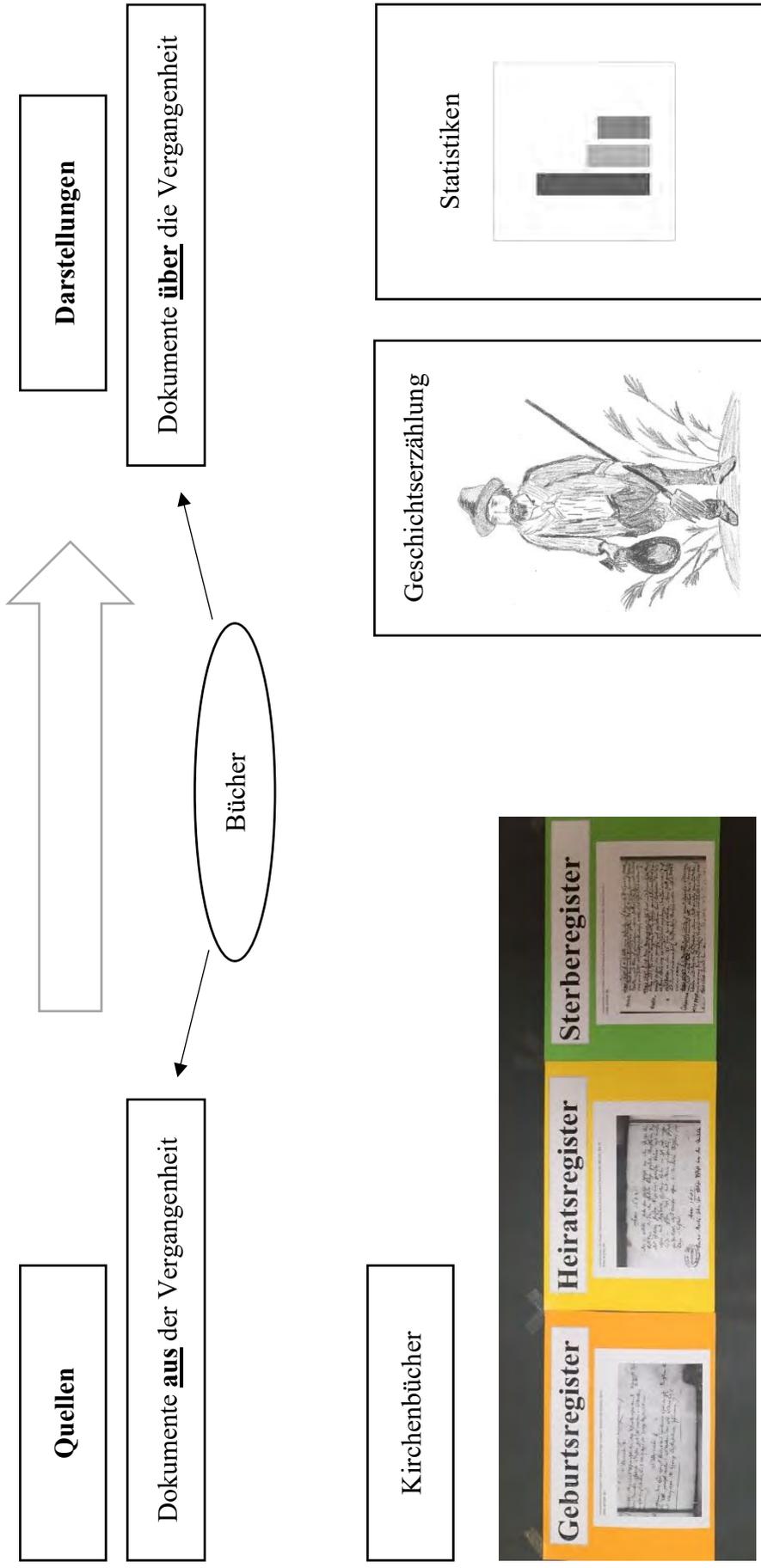




### Ansichtsexemplare für die Schülerinnen und Schüler



## Unterrichtsmaterialien der zweiten Doppelstunde Tafelbild Einstieg zur Wiederholung



Anmerkung: Das Tafelbild erfolgte am Anfang der Stunde als Reaktion auf Zeitknappheit der vorherigen Stunde, siehe Kapitel 6.2.

## Laufzettel Stationenlernen: Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert

### Stationenlernen, so geht's ...

1. **Bearbeite** zuerst deine Pflichtaufgabe.
  2. **Wähle aus** den anderen Aufgaben diejenigen aus, die dich besonders interessieren. → Orientiere dich an den Fragestellungen.
  3. **Kontrolliere** deine Antworten eigenständig mithilfe eines Lösungsblattes.
  4. **Hake** deine bearbeiteten Aufgaben in der Übersicht ab.
- **Entscheide** selbst, ob du lieber alleine arbeiten möchtest oder ob du dir eine/n Partner/in suchen möchtest.
- **Suche** dir/ sucht euch einen passenden Arbeitsort.

<i>Übersicht über die Stationen</i>			
Aufg.	Niveau	Fragestellung	✓
<i>Station Geburten</i>			
★	■ ■	<i>In welchen Monaten wurden am meisten/wenigsten Personen in Amstetten im 17. Jahrhundert geboren und gezeugt??</i>	
★	■	<i>Welchen Vornamen trugen die meisten Menschen in Amstetten?</i>	
<i>Station Heiraten</i>			
★	■ ■	<i>Wie viele Heiraten gab es im 17. Jahrhundert in Amstetten?</i>	
★	■ □	<i>Mit wie viel Jahren haben die Personen in Amstetten im 17. Jahrhundert geheiratet und wie entwickelte sich das Heiratsalter in Deutschland seither?</i>	
★	■	<i>In welchen Ländern ist heutzutage das Heiratsalter am höchsten und am niedrigsten?</i>	
<i>Station Todesfälle</i>			
★	■ ■	<i>Wie hat sich die Anzahl der Todesfälle in Amstetten zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges entwickelt?</i>	
★	■	<i>Wie viele Personen sind während des Dreißigjährigen Krieges in Amstetten gestorben? Wie viele der verstorbenen Personen waren Säuglinge?</i>	
★	■ ■	<i>Wie alt wurden die Personen, die zwischen 1618 und 1648 in Amstetten gestorben sind?</i>	
★	■	<i>Woran starben die Menschen zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges in Amstetten?</i>	
<span style="display: inline-block; width: 15px; height: 15px; background-color: #808080; border: 1px solid black; margin-right: 5px;"></span> leicht <span style="display: inline-block; width: 15px; height: 15px; background-color: #808080; border: 1px solid black; margin: 0 5px;"></span> <span style="display: inline-block; width: 15px; height: 15px; background-color: white; border: 1px solid black; margin: 0 5px;"></span> mittel <span style="display: inline-block; width: 15px; height: 15px; background-color: #808080; border: 1px solid black; margin: 0 5px;"></span> <span style="display: inline-block; width: 15px; height: 15px; background-color: #808080; border: 1px solid black; margin: 0 5px;"></span> schwer			

**Laufzettel Stationenlernen:  
Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert**

<i>Einteilung der Pflichtaufgaben</i>	
Aufgabe	Pflichtaufgabe für:
<i>Station Geburten</i>	
	
	
<i>Station Heiraten</i>	
	
	
	
<i>Station Todesfälle</i>	
	
	

*Anmerkung:*

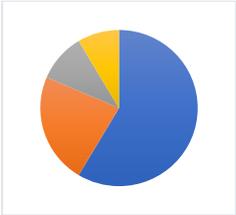
*Die Vornamen der SuS wurden aus der Tabelle entfernt. Pro Aufgabe wurden drei SuS eingeteilt. Bei der Station Heiraten wurden die beiden Aufgaben zum Heiratsalter von einer Dreiergruppe bearbeitet. Die beiden VKL-Schüler bekamen eine extra Aufgabe: „Die Entwicklung der Einwohnerzahl in Amstetten.“*

**Laufzettel Stationenlernen:  
Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert**

**Tippkärtchen**

**Todesfälle**

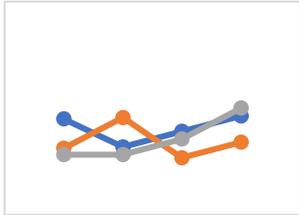
*TIPP 1: Diagrammarten*



*Kreisdiagramm*



*Säulendiagramm*



*Liniendiagramm*

.....

*TIPP 2: Satzteile*

*Vielleicht helfen dir diese Satzteile bei der Formulierung weiter:*

ist im Jahr JJJJ am höchsten

Im Jahr JJJJ

Die Anzahl der Todesfälle

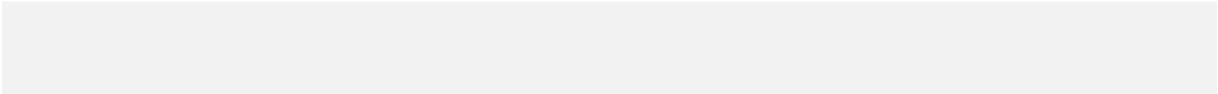
fällt

zwischen den Jahren JJJJ und JJJJ

im Jahr JJJJ gibt es keine Todesfälle

steigt

.....



**Laufzettel Stationenlernen:  
Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert**

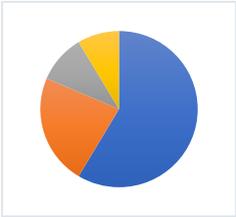
**TIPP 3: *Erinnere dich an die Geschichte von Barthlome Bührlle!***

Könnt ihr euch noch an die Geschichte über Barthlome Bührlle von letzter Woche erinnern?  
Er hat erzählt, dass es in Amstetten in den Jahren 1634 bis 1636 besonders viele Todesfälle wegen der Pest gab.

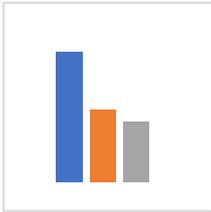
**Tippkärtchen**

**Geburten**

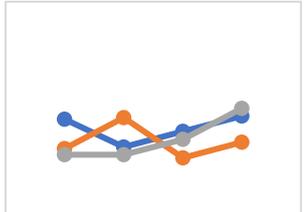
**TIPP 1: *Diagrammarten***



*Kreisdiagramm*



*Säulendiagramm*



*Liniendiagramm*

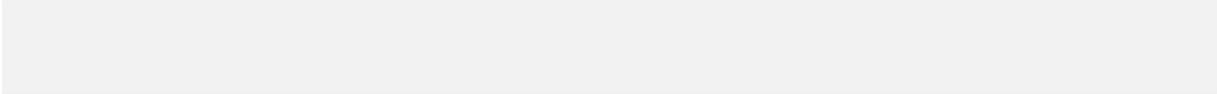
.....

**Heiraten**

**TIPP 1: *Erinnere dich an die Geschichte von Barthlome Bührlle!***

Könnt ihr euch noch an die Geschichte über Barthlome Bührlle von letzter Woche erinnern?  
Er hat erzählt, dass es in Amstetten in den Jahren 1634 bis 1636 besonders viele Todesfälle wegen der Pest gab. Außerdem hat er erzählt, dass nach dem Dreißigjährigen Krieg nur noch 80 Einwohner in Amstetten lebten und die Bevölkerungszahl sich um mehr als die Hälfte reduziert hat.

.....



**Laufzettel Stationenlernen:  
Geburten, Heiraten und Todesfälle in Amstetten im 17. Jahrhundert**

**Verweis**

Die Arbeitsblätter zur Stationenarbeit befinden sich in einer Sammelmappe, um das Kopieren zu erleichtern. Zusätzlich sind dort die Lösungsblätter zur Selbstkontrolle enthalten.

*Anmerkung; bei den „Geburten“ auf den Arbeitsblättern wurde aus Gründen der Vereinfachung die Anzahl der Geburten mit den geborenen Personen gleichgesetzt.*

## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Todesfälle

### Aufgabe

#### Fragestellung:

Wie viele Personen sind während des Dreißigjährigen Krieges in Amstetten gestorben?

Wie viele der verstorbenen Personen waren Säuglinge?

In der Tabelle kannst du ablesen, wie viele Personen pro Jahr während des Dreißigjährigen Krieges gestorben sind. In der linken Spalte sind **alle Personen**, also Männer, Frauen, Kinder und Säuglinge einberechnet. In der rechten Spalte sind nur die **Säuglinge** aufgezeigt.



**Finde heraus** wie viele Personen insgesamt und wie viele Säuglinge zwischen 1618 und 1648 gestorben sind. **Addiere** jeweils die Zahlen in der linken und rechten Spalte und schreibe das Ergebnis in die Ergebniszeile hinein.

Todesfälle in Amstetten		
Jahr	Alle Personen	Säuglinge
1618	3	1
1619	5	0
1620	12	5
1621	13	5
1622	12	3
1623	25	8
1624	8	6
1625	13	3
1626	12	5
1627	12	5
1628	26	5
1629	20	7
1630	4	2
1631	6	3
1632	6	2
1633	10	4
1634	39	4
1635	57	5
1636	12	0
1637	6	1
1638	1	0
1639	8	4
1640	0	0
1641	3	2
1642	3	0
1643	2	2
1644	5	2
1645	3	1
1646	3	1
1647	0	0
1648	9	5
<b>Ergebnis</b>		

#### Info zur Säuglingssterblichkeit

Ein großer Teil der Bevölkerung starb in der Frühen Neuzeit bereits im Säuglings- oder Kleinkindalter. Für die hohe Säuglingssterblichkeit gab es verschiedene Gründe.

Vor der Geburt spielten vor allem der Ernährungs- und Gesundheitszustand sowie die Arbeitsbelastung der Mutter eine wichtige Rolle für die Gesundheit des Kindes. Nach der Geburt können Stillverhalten, Nahrungsqualität, medizinische Versorgung und Hygiene die Lebensdauer mitbestimmen. Auch die Fürsorge der Eltern, Wohnbedingungen, Infektionskrankheiten oder genetische Ursachen können mögliche Gründe für einen frühzeitigen Tod sein.

Die Säuglingssterblichkeit hat sich im historischen Verlauf in den Industrieländern wie Deutschland sehr stark verringert. In Entwicklungsländern, z. B. in afrikanischen Ländern, ist sie dagegen auch heute noch sehr hoch.

## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Todesfälle

### Aufgabe

**Fragestellung:** *Woran starben die Menschen zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges in Amstetten?*



Lies den Text durch und **nenne** die Todesursachen.

Früher haben die Pfarrer manchmal auch Todesursachen in den Kirchenbüchern notiert. Von den Jahren zwischen 1618 und 1648 erfahren wir aus den Kirchenbüchern von Amstetten, dass sich dort die Pest besonders zwischen 1634 und 1636 verbreitete. Für die Einwohner Amstettens waren dies besonders traurige Zeiten. Während des Krieges spielte bei der Bevölkerung die Angst vor Plünderungen, Vergewaltigungen, Ermordungen und Brandschatzung von Soldaten eine zentrale Rolle. Bei drohender Gefahr flüchteten sie deshalb nach Ulm und Geislingen, um Schutz zu finden. Dabei kamen viele ums Leben, vor allem schwangere Frauen und Kinder waren davon betroffen. Außerdem berichten die Kirchenbücher aus Amstetten, dass drei Männer von Soldaten angeschossen wurden und an ihren Verletzungen verstarben. Neben der Pest und Flucht war auch der Hunger, den die Menschen ertragen mussten, teilweise tödlich. Besonders für Säuglinge war die Krankheit „Ruhr“ gefährlich, dies ist eine sehr schmerzhaft Durchfallerkrankung und die Todesursache vieler Säuglinge gewesen. Die „hitze Krankheit“ (eine Art Fieberkrankheit) sorgte ebenfalls für viele Todesfälle. Heutzutage steigt die Anzahl der Todesfälle während Grippewellen ebenfalls an. Eine weitere oft in den Kirchenbüchern gelesene Todesursache ist das „Kindbett“. Damit sind Säuglinge gemeint, die kurz nach der Geburt – im Kindbett – verstorben sind. Auch die Mütter verstarben manchmal kurze Zeit nach der anstrengenden Geburt, weil es zu Komplikationen oder zu Infektionen kam.

## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Todesfälle

### Aufgabe

**Fragestellung:** *Wie alt wurden die Personen, die zwischen 1618 und 1648 in Amstetten gestorben sind?*

In der Tabelle und dem Diagramm siehst du, wie alt die Personen während des Dreißigjährigen Krieges in Amstetten wurden.

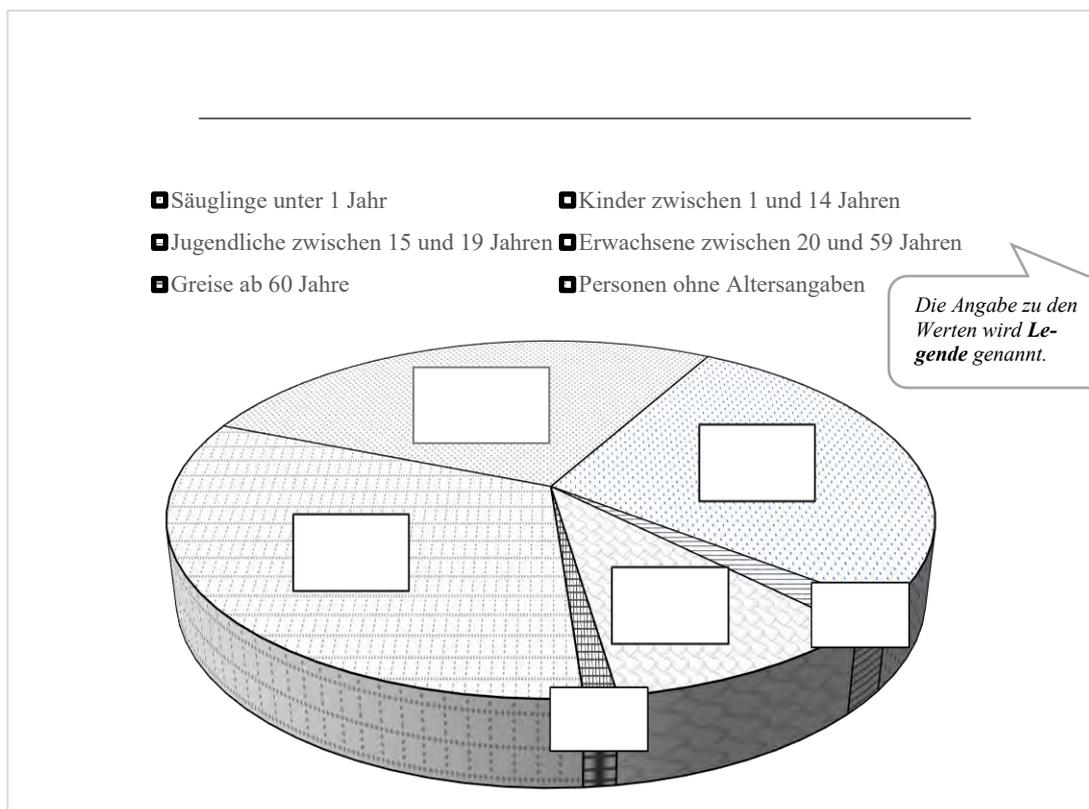
<b>Verteilung der Personen aus Amstetten nach Altersangaben von 1618 bis 1648</b>	
<b>Personengruppen</b>	<b>Anzahl</b>
Säuglinge unter 1 Jahr	91
Kinder zwischen 1 und 14 Jahren	93
Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren	7
Erwachsene zwischen 20 und 59 Jahren	34
Greise ab 60 Jahre	4
Personen ohne Altersangaben	109
<b>Alle Personen</b>	<b>338</b>

UPPS! Da ist wohl was schiefgelaufen. Das Diagramm soll den Inhalt und die Werte aus der Tabelle wiedergeben.



**Ergänze** das Diagramm.

- Füge einen passenden Titel ein.
- Finde heraus, welches Kuchenstück zu welcher Personengruppe aus der Tabelle passt, und male das Kuchenstück und die Zeile in der Tabelle mit derselben Farbe aus. Verwende sechs unterschiedliche Farben.
- Schreibe die richtige Anzahl in das Kästchen des jeweiligen Kuchenstücks hinein.
- Ordne die Personengruppen in der Legende den Kuchenstücken zu, indem du sie mit der passenden Farbe unterstreichst.



## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Todesfälle

### Aufgabe



Passt die folgende Behauptung zur Tabelle auf der vorherigen Seite? **Begründe** deine Antwort.

*„Die Menschen wurden während des Dreißigjährigen Krieges sehr alt.“*



**TIPP**

Um die Daten besser einschätzen zu können, kannst du sie mit einer heutigen Statistik vom Standesamt vergleichen.

Personengruppen	Anzahl
Säuglinge unter 1 Jahr	2
Kinder zwischen 1 und 14 Jahren	1
Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren	1
Erwachsene zwischen 20 und 59 Jahren	31
Greise ab 60 Jahre	254
Personen ohne Altersangaben	0
<b>Alle Personen</b>	<b>289</b>

*Durch die Meldepflicht der BürgerInnen an verschiedene staatlichen Behörden können die Standesämter heute nahezu lückenlose Daten liefern. In den Kirchenbüchern von früher fehlen oftmals viele Daten.*

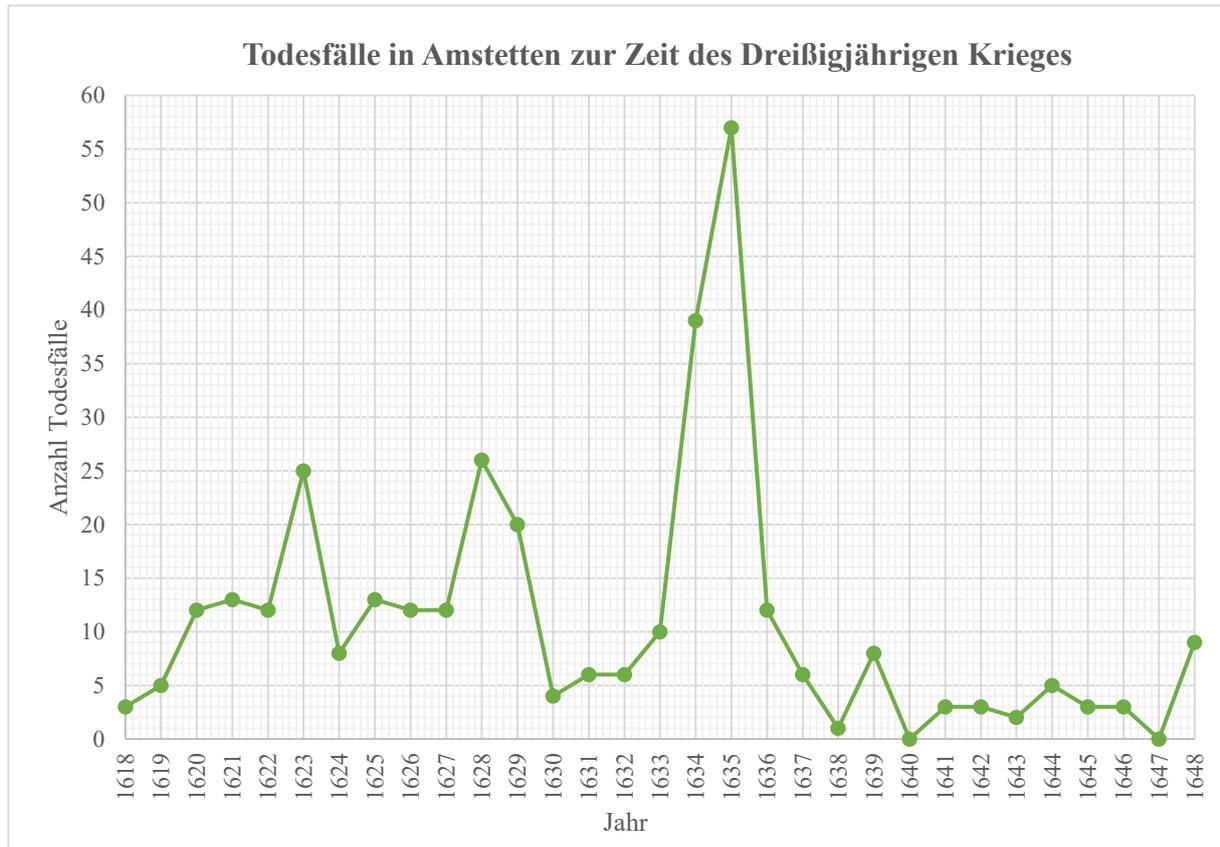
Daten berechnet nach: nach <https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/GeburtSterben/01065232.tab?R=GS425008>, letzter Abruf: 13.04.2018.

## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Todesfälle

### Aufgabe

#### Fragestellung:

Wie hat sich die Anzahl der Todesfälle in Amstetten zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges entwickelt?



**Analysiere** das Diagramm. Die Schritte werden dir dabei helfen. Gehe sie nach der Reihenfolge durch.

#### 1. Schritt: Beschreiben

- Welches Thema behandelt das Diagramm?
- Welcher Zeitraum wird dargestellt?
- Welche Einheiten werden verwendet?
- Um welche Art von Diagramm handelt es sich? Kreuze an.

Säulendiagramm

Liniendiagramm

Kreisdiagramm

#### 2. Schritt: Analysieren

- Gibt es besonders hohe oder besonders niedrige Werte? Markiere sie in dem Diagramm mit einem roten Stift.
- Gibt es Werte, die ähnlich sind? Markiere sie in dem Diagramm mit einem blauen Stift.

#### 3. Schritt: Fragestellung beantworten und Ergebnisse deuten

- Wie kann die Entwicklung der Todesfälle beschrieben werden? Beschreibe die Entwicklung in ganzen Sätzen.
- Welche Ursache ist für die hohe Anzahl der Todesfälle zwischen den Jahren 1634 und 1636 verantwortlich?



**TIPP 1**



**TIPP 2**

## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Todesfälle

### Aufgabe

Während des Dreißigjährigen Krieges sind in Amstetten insgesamt 338 Personen verstorben.

In der Tabelle siehst du die gesamte Anzahl der verstorbenen Personen in Amstetten im 17. Jahrhundert.



**Schätze**, anhand der Gesamtanzahl **ein**, ob es während dem Dreißigjährigen Krieg besonders viele Todesfälle in Amstetten gab. **Begründe** deine Einschätzung.

Todesfälle im 17. Jahrhundert in Amstetten	
Jahrzehnt	Anzahl verstorbener Personen
1601-1610	89
1611-1620	75
1621-1630	145
1631-1640	145
1641-1650	33
1651-1660	41
1661-1670	39
1671-1680	63
1681-1690	52
1691-1699	42
<b>Summe</b>	<b>724</b>

# Entwicklung der Einwohnerzahl in Amstetten

**Fragestellung:** *Wie hat sich die Einwohnerzahl Amstettens entwickelt?*

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Einwohnerzahlen in Amstetten vom Spätmittelalter bis heute auf. Die Einwohnerzahlen stellen den Wandel Amstettens von einem Bauerndorf zu einer Industriegemeinde dar.



**Recherchiere** im Internet unter <http://www.amstetten.de/statistik.html>, wie sich die Einwohnerzahlen nach 1933 weiterentwickelt haben. **Ergänze** die Tabelle, indem du die Jahreszahl und die Anzahl der Einwohner einträgst. Verwende hierfür einen **blauen** Stift.

Entwicklung der Einwohnerzahlen in Amstetten	
Jahr	Einwohnerzahl
1415	77
1544	140
1620	220
1638	70
1777	196
1808	178
1871	402
1900	457
1933	531

Die **roten** Zahlen beziehen sich nur auf Amstetten-Dorf, weil es Amstetten-Bahnhof zu dieser Zeit noch nicht gab

Die **grünen** Zahlen beziehen sich auf Amstetten-Dorf und Amstetten-Bahnhof.

Die **blauen** Zahlen beziehen sich auf Amstetten und seine Ortsteile Bräunisheim, Stubersheim, Schalkstetten, Reutti und Hofstett-Emerbuch.



**Beantworte** folgende Fragen.

- In welchem Jahr hatte Amstetten die **geringste** Einwohnerzahl? \_\_\_\_\_
- In welchem Jahr hatte Amstetten die **höchste** Einwohnerzahl? \_\_\_\_\_

## Entwicklung der Einwohnerzahl in Amstetten

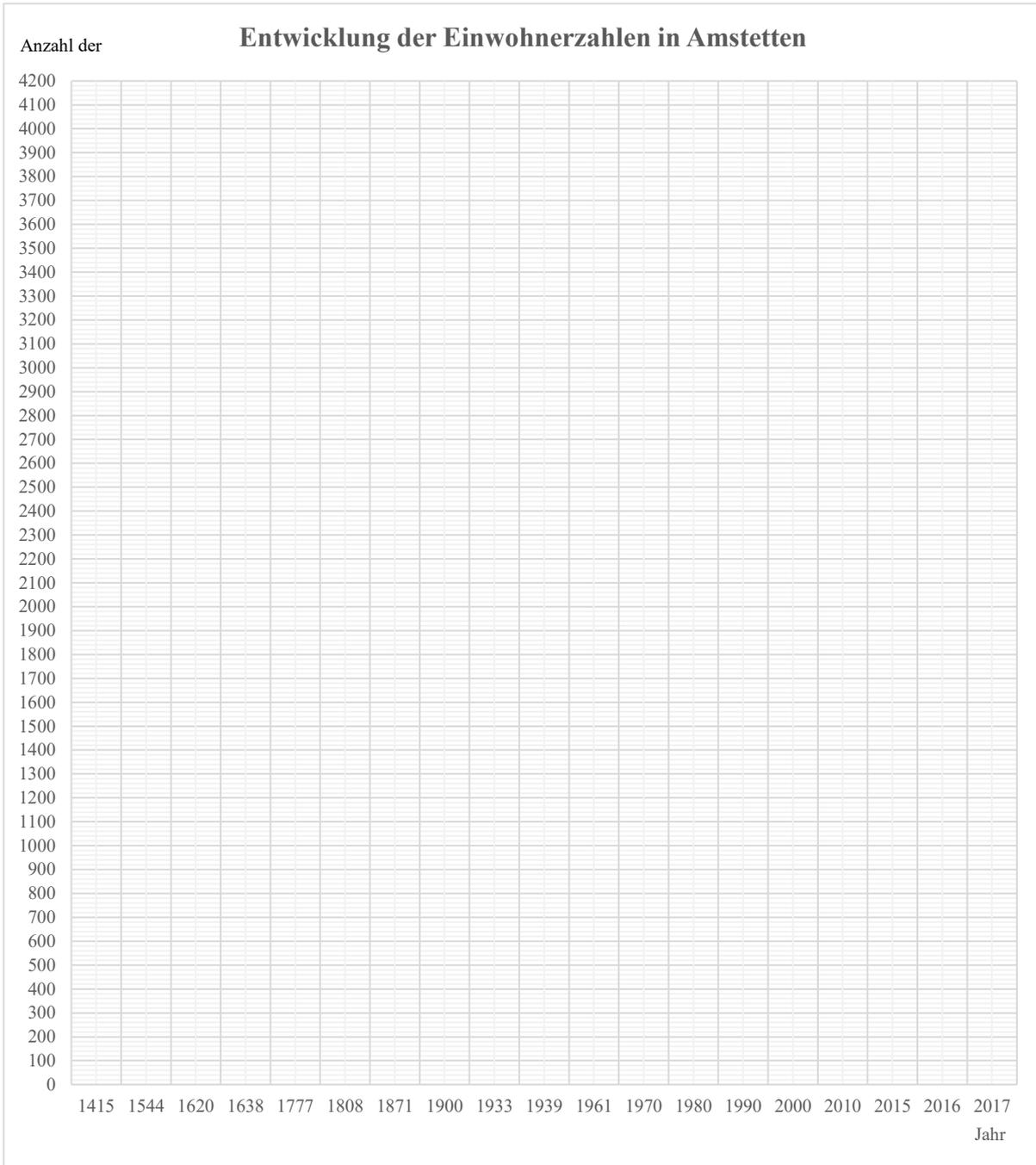


**Zeichne** die Entwicklung der Einwohnerzahlen Amstettens in das Diagramm ein.



**TIPP**

Trage zuerst alle Punkte ein und verbinde sie dann miteinander.



# Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Heiraten

## Aufgabe

**Fragestellung:** *Wie viele Heiraten gab es im 17. Jahrhundert in Amstetten?*



**Analysiere** die Tabelle.

Die einzelnen Schritte werden dir dabei helfen. Gehe sie nach der Reihenfolge durch.

### 1. Schritt: Beschreiben

- *Welches Thema behandelt die Tabelle?*
- *Welcher Zeitraum wird dargestellt?*

### 2. Schritt: Analysieren

- *Gibt es besonders hohe oder besonders niedrige Werte?*  
Markiere sie in der Tabelle mit einem **roten Stift**.
- *Gibt es Werte, die ähnlich sind?*  
Markiere sie in der Tabelle mit einem **blauen Stift**.

### 3. Schritt: Fragestellung beantworten und Ergebnisse deuten

- *Wie viele Heiraten fanden insgesamt im 17. Jahrhundert in Amstetten statt? → **Addiere** die Anzahl der Heiraten jedes Jahrzehnts miteinander. **Trage** das Ergebnis in die letzte Zeile der Tabelle **ein**.*
- *Hast du eine Vermutung, warum zwischen 1631 und 1640 so wenige Heiraten stattfanden?*

<b>Anzahl der Heiraten im 17. Jahrhundert in Amstetten</b>	
<b>Jahrzehnt</b>	<b>Anzahl</b>
1601–1610	16
1611–1620	38
1621–1630	35
1631–1640	7
1641–1650	11
1651–1660	16
1661–1670	10
1671–1680	12
1681–1690	11
1691–1699	16
<b>Summe</b>	



**TIPP 1**

### 4. Schritt: Tabelle als Diagramm zeichnen

Zeichne ein Säulendiagramm. Schau in der Tabelle, wie viele Heiraten pro Jahrzehnt stattfanden und male die Säule im Diagramm bis zur passenden Höhe aus.



## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Heiraten

### Aufgabe

**Fragestellung:** *Mit wie viel Jahren haben die Personen in Amstetten im 17. Jahrhundert geheiratet und wie entwickelte sich das Heiratsalter in Deutschland seither?*



Lies den Text genau durch und **fülle** die Lücken im Text **aus**. Die fehlenden Altersangaben im Text findest du auf einem zusätzlichen Informationsblatt in Form von Diagrammen.

### Die Entwicklung des durchschnittlichen Heiratsalters

#### *Amstetten*

In Amstetten betrug im 17. Jahrhundert das durchschnittliche Heiratsalter der **Amstetten** Männer \_\_\_\_\_ Jahre und das der Frauen \_\_\_\_\_ Jahre. Die jüngste Braut in Amstetten heiratete mit 15 Jahren und die älteste Braut mit 65 Jahren. Für die umliegenden Dörfer liegen ebenfalls Ergebnisse einer Untersuchung vor.

#### *Stubersheim*

In Stubersheim heirateten die Frauen zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert durchschnittlich mit \_\_\_\_\_ Jahren und die Männer mit \_\_\_\_\_ Jahren.

#### *Waldhausen*

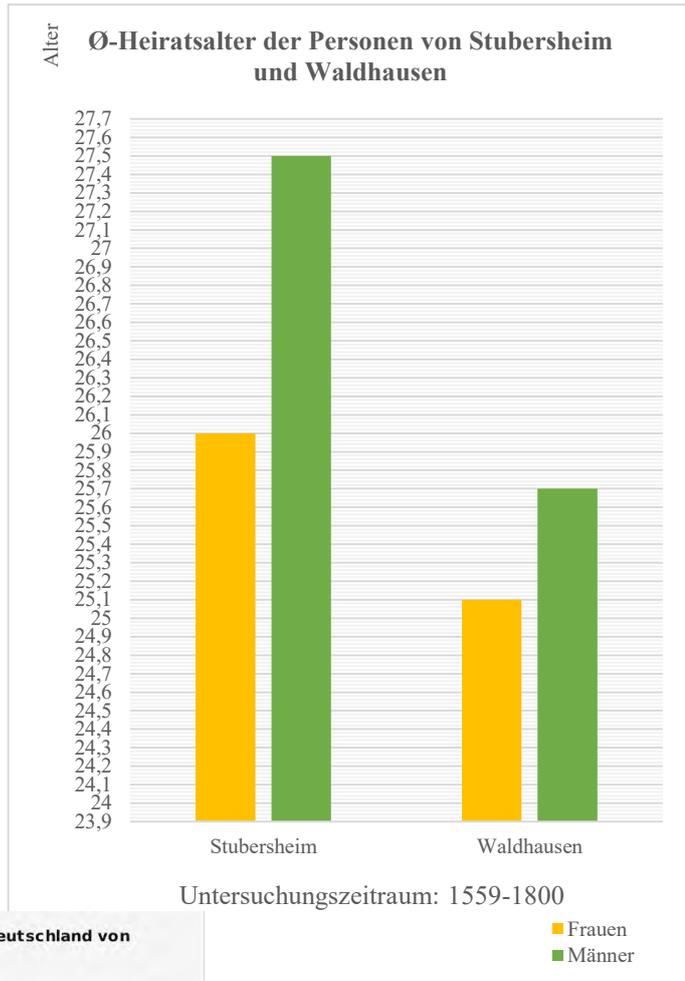
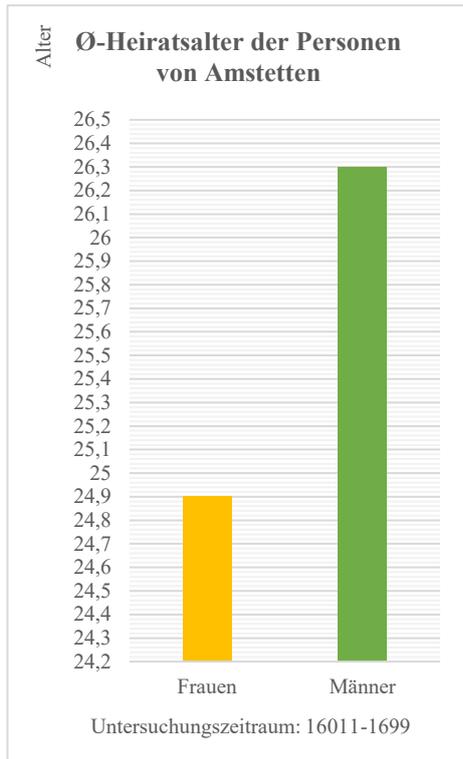
In Waldhausen waren die Männer im gleichen Zeitraum durchschnittlich \_\_\_\_\_ Jahre und die Frauen \_\_\_\_\_ Jahre alt bei ihrer ersten Heirat (vgl. Schranz 2014, S. 162).

#### *Deutschland*

In der Mitte des 19. Jahrhunderts heirateten die Frauen in Deutschland im Durchschnitt mit 27 Jahren, die Männer mit 29 bis 30 Jahren. Ab den 1870er-Jahren sank das Heiratsalter von Frauen und Männern ab. Im Jahr 1930 heirateten die Männer bereits durchschnittlich mit 27 Jahren und 1970 mit 25,5 Jahren. Bei den Frauen betrug das Heiratsalter 1910 25 Jahre und sank bis 1970 auf 23 Jahre ab. Die Menschen heirateten im 20. Jahrhundert deutlich früher als zuvor. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts stieg das Heiratsalter wieder an und erreichte neue Höchstwerte (Vgl. Ehmer 2004, S. 47.). Im Jahr 2000 heirateten Frauen im Durchschnitt mit \_\_\_\_\_ Jahren und Männer mit \_\_\_\_\_ Jahren. Der Trend zum späten Heiraten setzte sich in Deutschland fort. Im Jahr 2012 betrug das durchschnittliche Heiratsalter von Frauen \_\_\_\_\_ Jahre und von Männern \_\_\_\_\_ Jahre. Vier Jahre später heirateten Männer mit \_\_\_\_\_ und Frauen mit \_\_\_\_\_ Jahren (vgl. Statistisches Bundesamt).

# Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Heiraten

## Informationsblatt zum Lückentext



<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1329/umfrage/heiratsalter-lediger-frauen/>;  
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1328/umfrage/heiratsalter-lediger-maenner/>

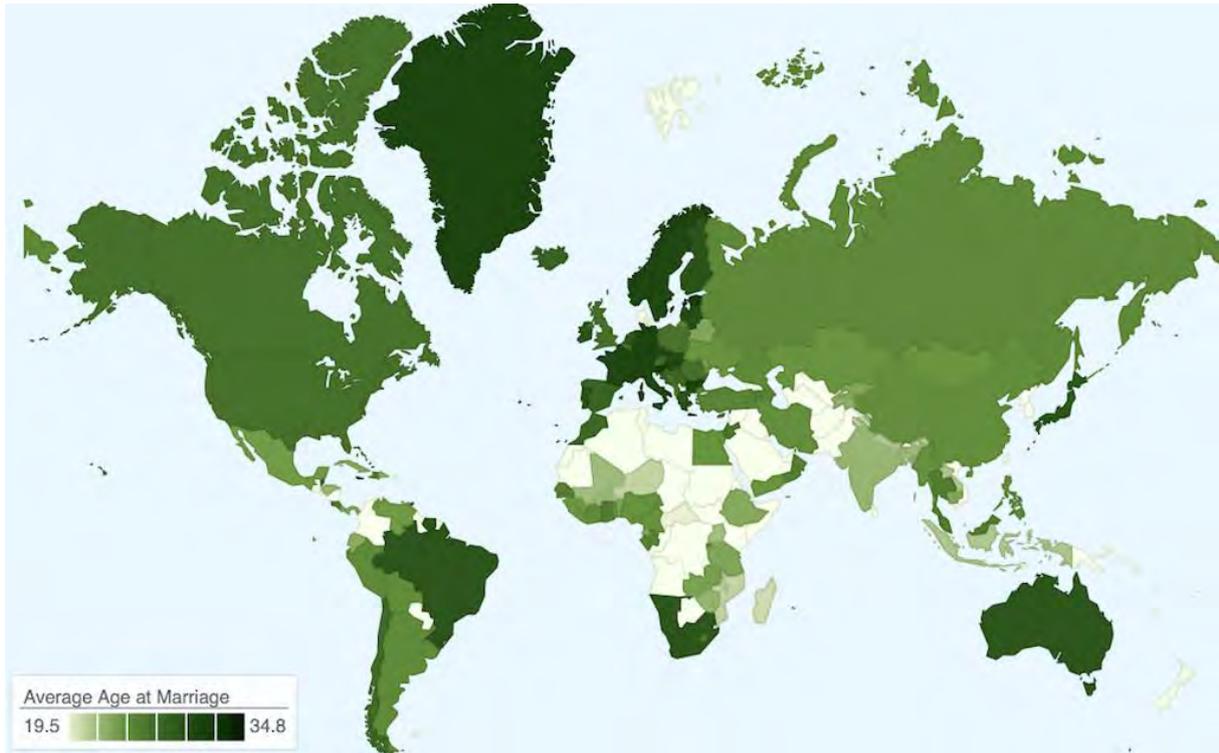


## Das heutige Heiratsalter

### Aufgabe

**Fragestellung:** In welchen Ländern ist heutzutage das Heiratsalter am höchsten und am niedrigsten?

„Mithilfe der Daten der Vereinten Nationen (UN) erstellte „Priceconomics“ eine Weltkarte, die zeigt, wie hoch das Durchschnittsalter in den verschiedenen Ländern bei der Eheschließung ist. In Ländern, die mit einem **dunklen Grün** unterlegt sind, ist das Durchschnittsalter am höchsten. Bei **weiß** unterlegten Ländern gab es keine oder nicht genügend Daten. Außerdem wurden für diese Auswertung nur Daten aus den Jahren 2009 bis 2014 genutzt und Menschen, die nie eine Ehe geschlossen haben, wurden ignoriert.“



<http://www.businessinsider.de/so-unterschiedlich-ist-das-heiratsalter-rund-um-die-welt-2016-12>



Sieh dir die Karte genauer an und **beantworte** folgende Fragen.

- In welchen Ländern ist das durchschnittliche Heiratsalter besonders hoch?  
(Nenne mindestens fünf Länder!)
- In welchen Ländern ist das durchschnittliche Heiratsalter besonders niedrig?  
(Nenne mindestens fünf Länder!)



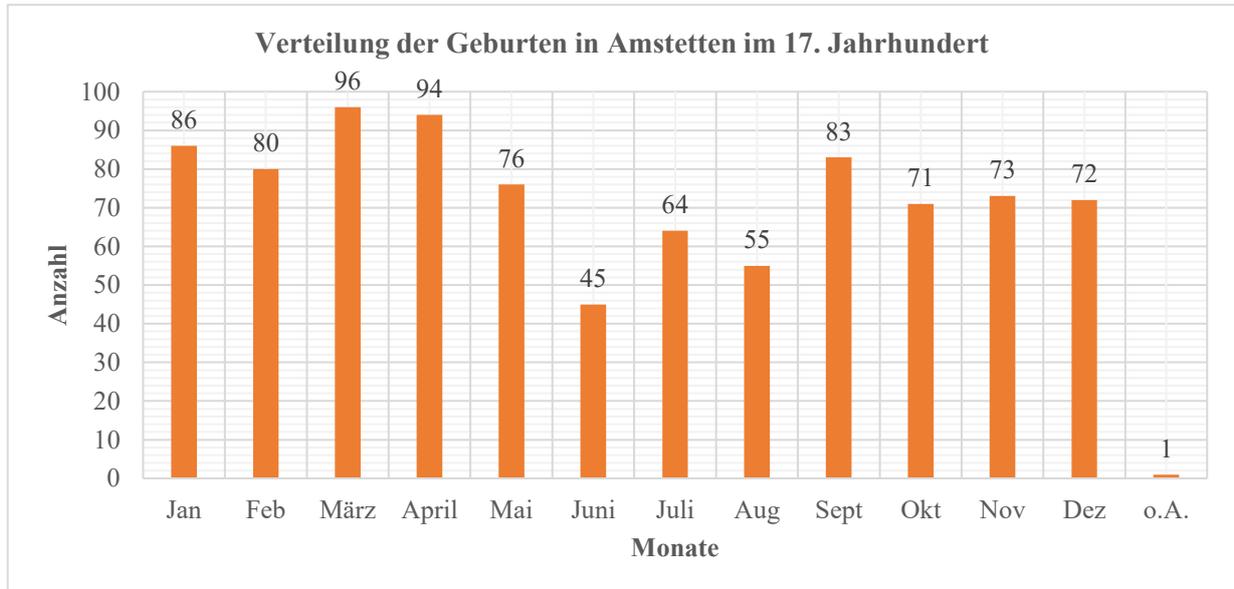
**TIPP:** Ein Atlas liegt bereit

## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Geburten

### Aufgabe ✨

#### Fragestellung:

In welchen Monaten wurden am meisten/wenigsten Personen in Amstetten im 17. Jahrhundert geboren und gezeugt?



Analysiere das Diagramm. Die Schritte werden dir dabei helfen. Gehe sie nach der Reihenfolge durch.

#### 1. Schritt: Beschreiben

- Welches Thema behandelt das Diagramm?
- Welcher Zeitraum wird dargestellt?
- Welche Einheiten werden verwendet?
- Um welche Art von Diagramm handelt es sich? Kreuze an.

Säulendiagramm

Liniendiagramm

Kreisdiagramm



**TIPP 1**

#### 2. Schritt: Analysieren

Trage die Werte der Geburtsmonate aus dem Diagramm in die Spalte „Anzahl Geburten“ in die Tabelle (siehe nächstes Blatt) ein.

- Gibt es besonders hohe oder besonders niedrige Werte?  
Markiere sie in der Tabelle mit einem roten Stift.
- Gibt es Werte, die ähnlich sind (+- 3)?  
Markiere sie in der Tabelle mit einem blauen Stift.

## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Geburten

### Aufgabe

Verteilung der Geburts- und Zeugungsmonate		
Monat	Anzahl Geburten	Anzahl Zeugungen
Januar		
Februar		
März		
April		
Mai		
Juni		
Juli		94
August		
September		
Oktober		
November		
Dezember		
Ohne Angabe		
<b>Alle Geburten</b>		

**So geht's:**

*Zähle von jedem Monat 9 Monate rückwärts und du erhältst den Monat der Zeugung.*

*Die 94 geborenen Personen im April wurden im Juli gezeugt.*

### 3. Schritt: Fragestellung beantworten und Ergebnisse deuten

- *In welchen Monaten wurden am meisten/wenigsten Personen in Amstetten im 17. Jahrhundert geboren?*
- *Wie viele Personen wurden in Amstetten im 17. Jahrhundert geboren? → Du kannst diese Frage beantworten, indem du die Anzahl der Geburten aller Monate addierst.*
- *In welchen Monaten wurden die meisten und wann die wenigsten Kinder gezeugt? → **Finde heraus**, in welchem Monat wie viele Kinder gezeugt wurden. **Ergänze** die Spalte „Anzahl Zeugungen“ in der Tabelle. → Die Daten zeigen auf, in welchen Monaten die Paare sexuell am meisten und am wenigsten aktiv waren.*
  - Monat mit der höchsten sexuellen Aktivität: \_\_\_\_\_
  - Monat mit der wenigsten sexuellen Aktivität: \_\_\_\_\_

**Info:**

In den ersten Monaten des Jahres wurden in Amstetten am meisten Kinder geboren. Im Juni, Juli und August kamen am wenigsten Kinder auf die Welt. Dieses Geburtenverhalten zeigte sich auch in den Nachbardörfern wie Schalkstetten und Stubersheim und in vielen anderen Bauerndörfern. *Welcher Grund könnte hinter diesem Geburtenverhalten stecken?* Die Historiker sind sich darüber nicht einig. Aber es könnte möglich sein, dass die Bauern aufgrund der vielen Arbeit im Sommer (Erntezeit) bewusst oder unbewusst die Geburten in anderen Monaten planten. So hatten vor allem die Mütter mehr Zeit, sich um den Nachwuchs zu kümmern. Moderne Verhütungsmittel gab es zu dieser Zeit noch nicht.

## Das 17. Jahrhundert in Amstetten: Namensgebung

### Aufgabe

**Fragestellung:** Welche Vornamen trugen die meisten Menschen in Amstetten?

Die beliebtesten Vornamen in Amstetten		
Jahrzehnt	Beliebteste Vornamen Frauen	Beliebteste Vornamen Männer
1600-1699	<b>Platz 1:</b> Anna, Platz 2: Barbara	<b>Platz 1:</b> Hans, Platz 2: Johannes
1700-1799	<b>Platz 1:</b> Anna, Platz 2: Ursula	<b>Platz 1:</b> Johannes, Platz 2: Georg
1800-1899	<b>Platz 1:</b> Anna, Platz 2: Barbara	<b>Platz 1:</b> Johannes, Platz 2: Georg
1900-1999	<b>Platz 1:</b> Maria, Platz 2: Anna	<b>Platz 1:</b> Georg, Platz 2: Johannes

**Beschreibe** die Tabelle. Um welches Thema und welchen Zeitraum handelt es sich in der Tabelle? Fällt dir etwas Besonderes auf?

**Info zur Geschichte der Namensgebung:** Mit der Geburt eines Säuglings wird ihm von den Eltern ein Name gegeben. Heute achten die Eltern bei der Namensgebung vor allem darauf, dass der Name schön klingt. Außerdem ist es den meisten Eltern wichtig, dass kein anderes Familienmitglied bereits den gleichen Vornamen trägt. Dies war früher anders, Eltern gaben oftmals den Vornamen der Großeltern oder ihren eigenen weiter. Die Bedeutung des Namens spielte früher eine wichtigere Rolle als heute. Ab dem Mittelalter gaben die Eltern ihren Kindern meist biblische Namen. Auch in Amstetten ist dies an den hebräischen Vornamen Anna und Johannes zu beobachten.

**Finde** die beliebtesten Vornamen Deutschlands aus dem Jahr 2004 und 2016 **heraus** und **ergänze** die Tabelle.

➔ Recherchiere im Internet unter <https://gfds.de/vornamen/beliebteste-vornamen/>

Die beliebtesten Vornamen Deutschlands		
Jahr	Beliebteste Vornamen Frauen	Beliebteste Vornamen Männer
2004	Platz 1: Platz 2:	Platz 1: Platz 2:
2016	Platz 1: Platz 2:	Platz 1: Platz 2:

- Taucht unter den TOP 10 Vornamens-Listen aus 2004 und 2016 ein Name aus der Tabelle oben auf? Falls ja, welcher?

**Recherchiere** über deinen eigenen Vornamen. Woher kommt er und was bedeutet er?



**TIPP:** Ein Vornamen-Lexikon liegt bereit.



# Appartenances et identités confessionnelles protestantes en Alsace

## L'exemple de la seigneurie de Bischwiller (XVIIe–XVIIIe siècles)

Raphaël Tourtet

« Les puissances [européennes] ont des succès rapides par la tolérance. Le gouvernement français n'emploie dans les charges et offices du royaume que des catholiques romains et empêche le culte religieux des protestants soit public. Mais la province d'Alsace fournit à la France les moyens de se mettre en rivalité avec les puissances voisines par l'existence actuelle des trois églises catholique, luthérienne et calviniste ».<sup>1</sup>

Ce constat simple d'un mémoire anonyme de la seconde moitié du XVIIIe siècle dépeint une Alsace complexe, tant religieusement que politiquement, et ce malgré le rattachement de la province à la France en vertu des traités de Westphalie (1648) et de Ryswick (1697). Ces territoires soumis aux lois d'Empire tout autant qu'aux lois françaises jouissent et subissent alors cette bipolarité, notamment sur le plan confessionnel. Le roi de France, contrairement à sa politique intérieure intransigeante, garantit en vertu des traités de Westphalie les protestantismes alsaciens, tout en favorisant ouvertement sa religion catholique. Traverser l'Alsace revient alors à rencontrer la chrétienté dans sa diversité, passant du catholique au luthérien, sans oublier les plus discrets calvinistes et mennonites. Si les conflits entre catholiques et protestants sont particulièrement bruyants depuis l'obligation de *simultaneum* en Alsace,<sup>2</sup> ils n'ont pourtant pas le monopole des querelles au nom de Dieu. Le protestantisme, réalité historique aux multiples facettes a construit des Eglises fort distinctes et rivales, luthériennes, calvinistes, ... Or quels impacts ces oppositions peuvent-elles avoir au quotidien sur les individus ? Comment les faits confessionnels structurent-ils la société, la culture des Hommes, et produisent-ils des attachements profonds à des communautés souvent opposées ? En d'autres termes comment se construisent des identités confessionnelles à l'époque moderne et jusqu'où les individus adhèrent-ils à ces phénomènes d'appartenance dans la trivialité de leur quotidien ? Ce processus identitaire se manifeste avec force dans les cas de coexistence religieuse, quand l'altérité, toujours en action et visible, renforce les appartenances. Si le sujet est vaste, on le limitera aux seules Eglises protestantes, souvent délaissées dans le bloc de marbre appelé « protestantisme ».<sup>3</sup> Des frontières confessionnelles existent en son sein, c'est-à-dire des distinctions volontaires et revendiquées entre protestants eux-mêmes, formant alors de véritables identités protestantes.<sup>4</sup> Le recours à la micro-histoire, à l'*Alltagsgeschichte* et sa vue « d'en bas », offre une perspective stimulante pour appréhender ces processus, surtout dans une Alsace morcelée confessionnellement.

---

<sup>1</sup> Archives du Ministère des Affaires Etrangères, t.57 f. 96-97 cité dans MULLER Claude, « Pouvoir, société et religion en l'Alsace au XVIIIe siècle » dans MULLER Claude (dir.), Regards sur l'Alsace du XVIIIe siècle, Nancy 2017, p. 302.

<sup>2</sup> MEYER Octave, « Simultaneum » en Alsace : étude d'histoire et de droit, Saverne 1961, 212 p.

<sup>3</sup> L'historiographie traditionnelle s'est peu intéressée aux appartenances et identités confessionnelles purement protestantes. Si elles sont questionnées, c'est toujours dans le cadre de synthèses sur la diversité du protestantisme du point de vue théologique et dogmatique et principalement au XVIe siècle. Voir par exemple : DELUMEAU Jean, WANEGFFELEN Thierry, Naissance et affirmation de la Réforme, Paris 2003, 477 p.

<sup>4</sup> Plusieurs études comme FRANÇOIS Etienne, Protestants et catholiques en Allemagne : identités et pluralisme Augsburg, 1648-1806, Paris 1993, 391 p. et DUHAMELLE Christophe, La frontière au village : une identité catholique allemande au temps des Lumières, Paris 2010, 324 p., servent de modèle conceptuel et méthodologique pour appréhender ces identités confessionnelles, même s'il ne s'agit que de la dichotomie catholique/protestant.

Le petit bourg de Bischwiller, situé à 25km au nord de Strasbourg, à proximité d'Haguenau, dépend directement du duché de Deux-Ponts depuis le début du XVIIe siècle. Rare enclave réformée en Alsace, la seigneurie connaît une véritable effervescence confessionnelle protestante puisque trois paroisses distinctes y cohabitent pendant l'époque moderne. Eglise réformée allemande autochtone, Eglise de réfugiés calvinistes francophones recueillis en 1618, Eglise luthérienne institutionnalisée en 1684, tous partagent une même église, un même lieu de vie, un quotidien villageois, tout en restant bien distincts les uns des autres. Or pourquoi les communautés persistent-elles ainsi à produire une frontière confessionnelle ? A travers cette coexistence protestante, c'est en fait le processus d'élaboration des identités confessionnelles, ou du moins des appartenances à des Eglises locales, que l'on observe, tout en questionnant l'adhésion et l'identification des paroissiens à ces dynamiques.

Les paroisses du bourg, en situation de contact permanent, sont obligées de vivre ensemble et de se subir au quotidien. De là on assiste à l'intériorisation des tensions et de la différence entre chaque groupe religieux, c'est-à-dire la construction de l'altérité, basée sur l'identification et l'intégration aux Eglises locales. Depuis ces appartenances communautaires distinctes il convient aussi de repérer les identités confessionnelles qui s'y manifestent, et de se demander si des protestantismes, une identité ou une culture protestante ne n'émergerait pas.

### **Vivre ou subir « l'autre » au quotidien : des communautés confessionnelles à la communauté villageoise**

Il existe à Bischwiller, petit bourg qui ne compte au début du XVIIe siècle qu'un millier d'âmes, une diversité confessionnelle liée à la politique ducale des Deux-Ponts puis des comtes palatins Birkenfeld favorisant une tolérance pragmatique et l'accueil des protestants persécutés.<sup>5</sup> L'altérité religieuse est manifeste au quotidien par la présence d'étrangers francophones calvinistes et par celles de luthériens. Il s'agit dès lors de vivre en commun, de coexister. Plusieurs échelles d'appartenance entrent alors en compte et provoquent des tensions, reflets de l'intériorisation d'identités communautaires, voire confessionnelles. Ainsi le Bischwillerois appartient-il à sa communauté religieuse, à la communauté villageoise ou bien s'identifie-t-il aux deux ?

#### *Des Eglises locales et des pratiques religieuses distinctes*

Les paroisses protestantes de Bischwiller sont des communautés confessionnelles distinctes, des groupes plus ou moins autonomes, qui se trouvent cependant contraints de partager un même espace de culte, une même vie quotidienne. Distinctes, ces paroisses le sont d'abord parce qu'elles forment des Eglises locales, des administrations et des groupes séparés dont les critères fondamentaux sont un ministre du culte et la communauté de fidèle l'écoutant.<sup>6</sup> Les institutions de chaque paroisse ont dès lors une forme et une organisation propre, évitant les mises en commun des écoles, des caisses des pauvres, ... Ces communautés se différencient également par les modèles ecclésiastiques auxquels elles se rattachent. L'Eglise réformée allemande d'une part dépend de la *Landeskirche* bipontine établie par *Kirchenordnung* du duc Jean

---

<sup>5</sup> Archives départementales du Bas-Rhin [= A.D.B.R.] 2G46/2 f.1-10. La seigneurie de Bischwiller accueille par acte de fondation daté du 3 février 1618 une colonie réformée francophone issue principalement de Phalsbourg, terre calviniste persécutée par le duc de Lorraine. Une immigration confessionnelle réformée se met en place et continue après la guerre de Trente Ans avec l'arrivée de populations suisses pour repeupler les terres alsaciennes. Le comte palatin Birkenfeld luthérien, seigneur du bourg depuis 1630, accepte toujours de recevoir ces réfugiés calvinistes allemands ou français. Mais il reçoit également les luthériens, surtout haguenoviens, pour qui il transforme sa paroisse curiale à sa résidence de Bischwiller en paroisse luthérienne officielle en 1684. STROHL Henri, *Le protestantisme en Alsace*, Strasbourg 2000, p. 122-125.

<sup>6</sup> DENIS Phillipe, *Les Eglises d'étrangers en pays rhénan (1538-1564)*, Liège 1983, p.430.

Ier de Deux-Ponts. S'il est calviniste, le pasteur réformé allemand est surtout soumis, pour nomination et surveillance, au Convent Classique dirigé par un superintendant, organe supra-consistoriale du duché. L'Eglise réformée allemande partage ainsi une hiérarchie, et un modèle d'Eglise fort courant dans les pays germaniques, notamment chez le voisin palatin. Doctrines protestantes et pouvoirs temporels s'entremêlent alors en des sortes de syncrétisme : les *Landeskirchen*.<sup>7</sup> L'Eglise réformée française diffère de ce type. Autonome, elle se fonde sur le modèle des « Eglises gallicanes », ainsi qu'elle le revendique, dépendant surtout des rassemblements synodaux organisés par la France puis par la Suisse.<sup>8</sup> La nomination des pasteurs revient encore au duc, mais elle est surtout soumise à l'approbation des fidèles. Pour ce, le proposant doit justifier de ses qualifications par un certificat et s'il ne convient pas aux paroissiens, il est susceptible de subir une procédure pour le révoquer.<sup>9</sup> Indépendante par cette structure, elle existe toutefois par le seul bon vouloir du prince accueillant, et se trouve dans les faits intégrée à la *Landeskirche* bipontine, malgré ses vellétés d'autonomie, à l'image de l'Eglise française d'Annweiler.<sup>10</sup> Ce statut spécifique de l'Eglise française reste aux XVIIe-XVIIIe siècles un marqueur fort de distinction, réactivé pour obtenir l'approbation et la conservation de privilèges. Enfin, l'Eglise luthérienne est d'abord une paroisse curiale au château de Bischwiller, officialisée en 1684. Elle possède ses propres pasteurs nommés par le comte palatin Birkenfeld, et le plus souvent venus de Strasbourg.<sup>11</sup> Ce lien témoigne de l'intégration de cette Eglise au réseau luthérien alsacien chapeauté par la capitale régionale. Lorsque le duché bipontin revient aux comtes Birkenfeld en 1734 les luthériens sont intégrés à la *Kirchenordnung* de Sponheim qui organise l'Eglise luthérienne dans leurs terres, régulant ainsi la vie religieuse de cette confession. Trois paroisses protestantes, trois Eglises locales distinctes dont les administrations sont clairement séparées. Au-delà des dénominations et d'un personnel différent, ce découpage produit également des vies séparées : les actes paroissiaux sont fragmentés dans le bourg,<sup>12</sup> la population de Bischwiller s'agrégeant en groupes confessionnels indépendants les uns des autres de la naissance à la mort.

<sup>7</sup> BONKHOFF Bernhard H., « Die christlichen Konfessionskirchen: Ihr 31 Verhältnis zueinander und dessen Wandel nach dem Westfälischen Frieden » dans KONERSMANN Frank, AMMERICH Hans, Historische Regionalforschung im Aufbruch: Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums, Speyer 2010, p.126-128 : Parmi les spécificités de cette église réformée du duché de Deux-Ponts, le catéchisme qui se base sur une version remaniée vers le calvinisme du *Petit catéchisme de Luther*.

<sup>8</sup> A.D.B.R. E20 f.34 : « Il [le pasteur français Mageron] ne se présenterait pas non plus à un synode auquel le superintendant [de Deux-Ponts] le convoquerait, car il ne participe qu'aux synodes de Metz ». « *Und wann gemelter superintendes ihn wollte zu einem synodo vociren, wollte er auch nicht erscheinen mit vermeldung, er halte mit EFG ministris keinen synodum, sondern mit denen zu Metz und anderswo* ».

<sup>9</sup> LEONARD Julien, « Des carrières pastorales à Bischwiller (1618-1663) Politique et discipline dans une communauté de réfugiés » in Revue historique, n°688, 2018/4, p. 810 et A.D.B.R. 2G46/2 f. 49-52 : Affaire Champrenaud de 1714 : tentative de révocation du pasteur français Champrenaud à cause de propos médisants. Les paroissiens veulent son renvoi et revendiquent leur droit ancien et acquis de choisir leur ministre.

<sup>10</sup> BIUNDO Georg, HEB Hans, Annweiler. Geschichte einer alten Reichsstadt, Landau 1968, p. 28-29. L'Eglise française revendique son autonomie par rapport à cette *Landeskirche* sans grand succès. A.D.B.R. E20 f. 34 : critique de l'indépendance du pasteur français par le pasteur réformé allemand et A.D.B.R. E20 f. 42-45 : rappel à l'ordre du duc auprès du pasteur français Mageron pour qu'il suive la doctrine bipontine.

<sup>11</sup> BOPP Marie-Joseph, Die evangelischen Gemeinden und hohen Schulen in Elsass und Lothringen von der Reformation bis zur Gegenwart, Neustadt a. d. Aisch, 1963, p.111 et BOPP, Die evangelischen Geistlichen und Theologen in Elsass und Lothringen von der Reformation bis zur Gegenwart, Neustadt a. d. Aisch 1959, 709 p.

<sup>12</sup> Par exemple : A.D.B.R. 3 E 46/6 ; A.D.B.R. 3 E 46/17/1 ou A.D.B.R. 3 E 46/34.

A ces différences institutionnelles, il faut également ajouter des différences dogmatiques. La première d'entre elles se remarque entre réformés français et allemands sur la distribution du calice pendant la Sainte Cène. Pour les réformés allemands, c'est le pasteur qui le distribue, pour les Français, c'est l'un des censeurs. Cette nuance, aussi fine soit-elle, pose en 1618 problème, propageant une mauvaise réputation dans le voisinage, les autochtones considérant cette pratique comme anabaptiste, synonyme alors d'hérétique.<sup>13</sup> D'autre part, les réformés allemands choisissent encore en 1618 des parrains et marraines catholiques de Haguenau, pratique locale liée aux réseaux économiques, mais choquante pour les Français, favorables au repli religieux.<sup>14</sup> Chaque groupe se rattache ici à une liturgie qui lui est propre, à des pratiques issues de la coutume de l'Église locale, au-delà même de l'orthodoxie confessionnelle. L'altérité religieuse se fait ressentir dans ces décalages,<sup>15</sup> les distinctions construisant les frontières, séparant et donnant un bagage culturel et culturel propre à chaque communauté.

### *Subir l'altérité au quotidien*

Les trois communautés protestantes bien que distinctes évoluent dans une proximité dérangeante. Obligées de se supporter mutuellement dans le huis-clos de l'église, les querelles ne manquent pas. Bien que théoriquement désacralisé par la Réforme, l'espace religieux n'en reste pas moins sacré et symbolique dans l'esprit des fidèles. On observe ainsi la production spatiale de tensions, conséquence et manifestation de la fragmentation confessionnelle.

L'usage de l'espace de culte est la première pomme de discorde entre les communautés, puisqu'il construit une hiérarchie entre chaque paroisse. Les réglementations sur le *simultaneum* sont nombreuses à Bischwiller et débutent dès 1618 quand réformés allemands et francophones doivent cohabiter dans l'église principale.<sup>16</sup> L'installation de la paroisse luthérienne invite en 1684 à un nouveau partage de l'église, corsant un peu plus la coexistence spatiale. La première législation des heures de culte de 1686 est vite complétée en 1690 par un règlement sur les cérémonies annuelles. Cependant, ces ordonnances sont répétées en 1710, 1714, 1741 et 1764, preuve de leur difficile application par les autorités ducales, les réticences de chacun se faisant sentir.<sup>17</sup> De cet échec légal transparaissent des frictions interconfessionnelles ; les pasteurs, premiers acteurs de la discorde, jouent alors sur les retards pour affirmer leur supériorité sur leur confrère.<sup>18</sup> Particulièrement courante, cette pratique d'affirmation communautaire se rencontre dans les nombreux cas de *simultaneum* de la rive gauche du Rhin, opposant catholiques et protestants. L'existence du groupe est ainsi rappelée, et engage une bataille pour le

<sup>13</sup> A.D.B.R. E20 f.54-56 : plainte du pasteur réformé allemand Emmerich à propos de cette rumeur.

<sup>14</sup> A.D.B.R. E20 f.85-86.

<sup>15</sup> Sur les décalages entre groupes confessionnels voir d'autres exemples entre catholiques et protestants comme les processions, les fêtes religieuses et commémoratives, la présence du tabernacle dans les églises partagées, ... : FRANÇOIS (note en bas de page 4) p. 162-173 ou JALABERT Laurent, Catholiques et protestants sur la rive gauche du Rhin : Droits, confessions et coexistence religieuse de 1648 à 1789, Bruxelles 2009, p. 393-428.

<sup>16</sup> A.D.B.R. E20 f.94-97 : rapport et décisions sur les heures de cultes des réformés allemands et français suite aux querelles de l'hiver 1618-1619.

<sup>17</sup> A.D.B.R. 2G46/1 f.279-281 ordonnance de 1686, f.283-289 ordonnance de 1690, 2G46/2 f.29-35 et 2G46/A/7 (1710, 1714, 1741 et 1764) : copies et rappels des ordonnances de 1686 et 1690.

<sup>18</sup> A.D.B.R. 2G46/A/7 Rappel à l'ordre de 1710 : « Son Altesse a appris de façon déplaisante que les pasteurs des paroisses réformées allemande et française de Bischwiller, contre l'ordonnance princière, commencent d'une part leur culte trop tard, et d'autre part le font durer trop longtemps, de telle sorte que les Luthériens n'ont plus de temps pour faire leurs dévotions » (« *Demnach gnädigste fürstliche Herrschafft mißfällig vernommen, daß die Prediger der reformirten teutschen und frantzösischen Gemeinde zu Bischweiler wider dero gnädigste Verordnung ihren Gottesdienst Theils zu spat anfangen, theils zu lang wahren lassen, so, daß denen Evangelischlutherischen keinen Zeit mehr übrig ihre Devotion zu verrichten* »).

monopole de l'église, lieu symbolique qui est pour les sociétés rurales un point d'identification confessionnel et surtout villageois.<sup>19</sup>

A ces tensions pragmatiques visant à dominer « l'autre » par le monopole spatial du lieu de culte s'ajoute une forme de sacralité qui persiste dans le cadre physique de l'église et provoque certains heurts entre les communautés. Alors que la Réforme a en théorie abolie au XVI<sup>e</sup> siècle la notion de sacré dans sa forme physique et spatiale, on la retrouve dans le rapport que chaque paroissien entretient avec son lieu de culte.<sup>20</sup> Une forme de sacralisation semble persister, au moins le temps des offices. L'usage de la chaire est un bon exemple de cette re-sacralisation de l'église et des implications mentales que cela a chez les Bischwillerois, surtout dans le cadre de la coexistence. L'espace interne, le mobilier ecclésiastique, ne peuvent pas connaître d'actes impurs ou jugés comme tels par l'une des communautés.<sup>21</sup> En l'absence du pasteur français à l'automne 1618, un des fidèles monte en chaire pour y lire un passage de la Bible et un psaume, comme il est de coutume en France. Or, les réformés allemands se scandalisent d'une telle pratique jugée honteuse et hérétique. Ils se plaignent alors d'être « insultés par toutes sortes de discours mauvais à Haguenau et ailleurs, qu'ils seraient de vrais anabaptistes qui ne respectent pas le ministère de la prédication ». <sup>22</sup> Les Français ont en fait profané la chaire de l'église, pièce majeure du mobilier liturgique protestant qui est loin d'avoir perdu sa sacralité dans l'esprit des réformés allemands. Seul celui digne de la Parole de Dieu peut y monter car c'est de là que part le Verbe. La charge symbolique, et même sacrée, est telle que l'altérité religieuse ne doit rendre impur le cœur du temple, afin de garantir une coexistence pacifique. Si théoriquement l'espace n'est plus sacré, il le reste dans les mœurs et les pratiques intériorisées par les fidèles, renforçant ici les frontières confessionnelles.

#### *Au-delà de la communauté religieuse, la communauté villageoise ?*

Si les Eglises locales de Bischwiller se distinguent bien dans leurs formes et produisent des frontières activées et réactivées par la coexistence spatiale, il revient aussi de nuancer le caractère fermé et de voir s'il y a porosité de ces groupes vers la communauté villageoise.

Le caractère confessionnel de ces communautés est à mettre en perspective avec l'immigration dont découlent ces groupes religieux. La paroisse française est avant tout une Eglise de réfugiés, d'exilés. De même quand la frontière confessionnelle se redessine grâce aux luthériens en 1684, c'est, là encore, la rencontre entre une communauté villageoise – déjà divisée – et un groupe exogène, partageant certes l'allemand, mais étranger venu de Haguenau.<sup>23</sup> Quantitativement, l'Eglise française n'apporte pas moins de 139 pères de famille entre 1618 et 1621 selon le recensement des maisons bâties par les étrangers et des logements loués par les Allemands à ces derniers.<sup>24</sup> Il s'agit dès lors d'assimiler cette énorme groupe pour un petit bourg, de l'intégrer

<sup>19</sup> JALABERT (note en bas de page 15), p. 393-416 et BOEHLER Jean-Michel, Une société rurale en milieu rhénan : la paysannerie de la plaine d'Alsace : (1648-1789), Strasbourg 1995, t. 2, p.1921.

<sup>20</sup> Voir : HARISMENDY Patrick « Eglise », temple et paroisse dans l'espace réformé » dans Annales de Bretagne et des 96 Pays de l'Ouest, n°110, 2003/4, p. 139-149 et BESANÇON Alain « Réflexions sur l'esprit du protestantisme » dans Commentaire, n°119, 2007/3, p. 621-630 : Si l'église et son caractère sacré sont remplacés par l'assemblée des fidèles, il semble que l'intériorisation de cette nouvelle norme n'est pas toujours opérante.

<sup>21</sup> CHRISTIN Olivier « La Culture matérielle : Introduction » dans CHRISTIN Olivier, KRUMENACKER Yves (dir.), Les protestants à l'époque moderne : une approche anthropologique, Rennes 2017, p.31-35.

<sup>22</sup> A.D.B.R. E20 f.54-56: « *das man ihnen in Hagenaw undt anderswo allerley unnutzen reden fürwerffe, wir seyen hie rechte widerteuffer, die nichts auf das Predigamt halten* ».

<sup>23</sup> STROHL (note en bas de page 5), p.125.

<sup>24</sup> Archives municipales de Bischwiller [= A.M.B.] BB5 Recensement des étrangers de 1619-1621.

alors même qu'il ne partage ni la langue ni l'Eglise, pourtant liens de sociabilité primaires à l'époque moderne. La question économique se greffe à cela car le commerce des autochtones, la propriété des communaux, ... sont menacés par les nouveaux.<sup>25</sup> Or cette perspective l'emporte probablement de beaucoup sur l'aspect confessionnel, faisant de ce dernier un argument supplémentaire de défiance envers les « étrangers ». Cette difficile intégration n'est pas isolée et se retrouve dans de nombreuses colonies calvinistes. Les privilèges économiques accordés aux nouveaux suscitent alors convoitise et rivalité avec les autochtones.<sup>26</sup> L'intégration à la communauté villageoise est toujours en question. Les appartenances des individus se démultiplient et entrent en confrontation les unes avec les autres.

La limite et la porosité de ces appartenances confessionnelles se remarque sans doute aussi dans la temporalité des querelles activant les processus d'identification à l'Eglise locale. Les tensions sont nombreuses lors de l'installation d'une communauté exogène, comme en 1618-1619 pour les réformés francophones, ou en 1690-1764 pour les luthériens - les rivalités sont seulement des pics sur ces périodes. Cela reste très ponctuel sur deux siècles d'observation, des moments courts où l'altérité n'est plus supportée, le seuil d'acceptation de l'« autre » étant dépassé.<sup>27</sup> Les silences peuvent quant à eux témoigner d'une entente entre les groupes, la communauté villageoise l'emportant alors sur la communauté confessionnelle. Certains phénomènes de coopération entre les Eglises, rarement relatés à l'écrit, tendent à le souligner. Par exemple les trois pasteurs du bourg décident en 1714, d'adresser une plainte commune au comte palatin Birkenfeld contre sa législation ecclésiastique qui ne cesse de restreindre leur temps de parole pour les sermons, nuisant à leur autonomie et surtout à l'édification des fidèles. La relative indépendance ecclésiastique de l'enclave de Bischwiller l'emporte alors sur le contrôle politique des Eglises et sur les revendications de chacun, alors même que les luthériens sont largement privilégiés par le comte.<sup>28</sup>

Enfin la porosité des groupes religieux se repère aussi dans les mariages intercommunautaires. L'endogamie est de mise à l'époque moderne, d'autant que les Eglises calvinistes et luthériennes insistent dessus, au moins dans les discours théoriques, pour assurer la cohésion et la pureté de l'Eglise universelle.<sup>29</sup> Or, si le discours reste le même, la pratique diffère comme en témoigne l'ordonnance du comte palatin Birkenfeld sur les mariages entre luthériens et réformés dans ses terres et surtout à Bischwiller :

---

<sup>25</sup> A.D.B.R. E20 f.54-56 et f.76-77 : la rivalité économique des deux paroisses est en filigrane de ces plaintes.

<sup>26</sup> YARDENI Myriam, *Le Refuge huguenot : assimilation et culture*, Paris 2002, p.140-141 : Cas d'Erlangen.

<sup>27</sup> Sur ce seuil de tolérance, voir l'étude précise et stimulante de l'anabaptisme colonais des XVIe-XVIIe siècles : MONGE Mathilde, *Des communautés mouvantes, les "sociétés des frères chrétiens" en Rhénanie du Nord (Juliers, Berg, Cologne vers 1530-1694)*, Genève 2015, 316p.

<sup>28</sup> A.D.B.R. 2G46/A/7 « Le dimanche afin que ça se passe au mieux pour aller à l'église et pour se consacrer au culte, nous serions bien moins affligés en l'absence du contrôle princier si strict qui nous lie à des horaires que nous ne pouvons respecter » « *das der Sonntag zum Kirchgehen undt Gottesdienst gewidmet seye undt damit am besten zugebracht würde, deswegen wir auch so viel weniger bekümmert gelassen in Abwesenheit der hochfürstlichen Herrschafft so stricte uns an die gesetzte Zeit binden, als wir wohl thun würden, wo dieselbe zugegen seyn solte* ».

<sup>29</sup> Voir : FRANÇOIS (note en bas de page 4), p. 203-217 et YARDENI (note en bas de page 26), p.127-136. De façon plus générale sur l'endogamie sociale, locale, confessionnelle à l'époque moderne : MINVIELLE Stéphane, *La famille en France à l'époque moderne, XVIe-XVIIIe siècle*, Paris 2010, p. 30-38.

« Comme nous apprenons avec un grand déplaisir qu'il s'est élevé entre les Evangéliques Luthériens & Réformés des difficultés et des querelles au sujet de la bénédiction du mariage de ceux qui entrent dans cet Etat [...] il nous a paru être d'une nécessité indispensable de mettre ceci en règle ». <sup>30</sup>

Il tranche alors sur la question de la bénédiction de ces mariages, sur le baptême des enfants, ... Le fait de légaliser cette pratique – ce qui est assez rare – souligne la porosité existante entre les groupes, ce que l'on pourrait quantifier en travaillant sur les registres de mariage des trois paroisses. Se marier hors de la communauté n'est pas rare dans les cohabitations confessionnelles. C'est un moyen d'assurer la survie et la cohésion d'une communauté, ou au contraire de conserver une cohésion villageoise, en réduisant au mieux les arrivées exogènes. <sup>31</sup>

Les trois paroisses protestantes sont donc bien distinctes les unes des autres, mettant à rude épreuve la coexistence quotidienne. Chaque groupe manifeste à l'autre son existence, si ce n'est sa prééminence, troublant la paix villageoise. Pourtant, ces groupes se dispersent aussi dans une autre strate, celle de la communauté villageoise, les appartenances étant multiples et complexes. La cohésion des Eglises locales dépend alors de la construction mentale du groupe.

### **Construire l'altérité religieuse : rôle et importance de l'Eglise locale**

Si l'on remarque assez peu de tensions entre les communautés protestantes de Bischwiller, ce n'est pas que la frontière confessionnelle est inexistante ou poreuse. C'est que la distinction, l'appartenance à une Eglise locale, est intériorisée par ses membres, au profit d'une certaine pacification. Or comment appréhender cette construction de l'appartenance à une Eglise locale ? Quels ressorts produisent la frontière mentale entre les groupes ?

#### *Se distinguer par la parole : nommer l'autre*

L'un des premiers moyens de différenciation est sans nul doute la parole. Elle permet de construire autour de soi l'altérité, de mettre des distances, certes invisibles, mais fortes, entre les individus, entre les groupes. Etudier les désignations de ces communautés, mais aussi les insultes parfois employées ou encore les revendications linguistiques de chacune permet de comprendre comment ces différents groupes produisent d'eux-mêmes des frontières invisibles, manifestant leur adhésion à une Eglise locale, à une communauté religieuse locale. <sup>32</sup>

La construction de ces appartenances se constate d'abord dans le mode de désignation des Eglises, tant par les autorités, que par les pasteurs, ou plus rarement les fidèles. Les termes employés dans les sources sont révélateurs des différenciations, tant institutionnelles que mentales entre les paroisses. Si le terme « *Kirche* », ou pour les francophones « Eglise » s'impose pour les pasteurs, celui de « *Gemeinde* » le remplace rapidement dans la seconde moitié du XVIIe siècle, au moins pour les autorités. L'Eglise locale, groupe constitué, n'a pas seulement une existence confessionnelle en tant que « Eglise dressée » pour reprendre la terminologie ec-

---

<sup>30</sup> A.D.B.R. 2G46/2 f.25-27 Ordonnance de 1689. On trouve une copie de l'ordonnance dans les archives luthériennes (2G46/A/7) et un rappel de celle-ci en 1708 (2G46/2 f.37-39). Nous nous basons sur la copie transcrite dans : MULLER Alphonse, Bischwiller à la veille de la Révolution : une cité sous une triple emprise : celle d'un prince, d'une religion, d'une économie, Strasbourg 1972, Annexes p. XXIII-XXIV.

<sup>31</sup> YARDENI (note en bas de page 26), p.84-85 et p. 127-136 sur l'Eglise réfugiée de Berlin. Voir aussi BOISSON Didier, « Une communauté protestante au XVIIIe siècle. Les vigneronniers d'Asnières-lès-Bourges », Histoire & Sociétés Rurales, 2001/1 (Vol. 15), p. 37-66 : la cohésion villageoise et professionnelle passe avant la cohésion confessionnelle.

<sup>32</sup> BOEHLER Jean-Michel, « La perception de « l'Autre » dans la campagne alsacienne des XVIIe et XVIIIe siècles », dans Revue d'Alsace, n°140, 1994, p. 61-96.

clésiologique calviniste. Elle a aussi une réalité socio-confessionnelle qui englobe ses paroissiens.<sup>33</sup> Il s'agit avant tout d'une « communauté » de personnes, la cohésion entre les individus est ici mise en avant au-delà de la communauté villageoise, elle aussi « *Gemeinde* ». Ce mot est avant tout utilisé par les autorités qui, à cause de la coexistence confessionnelle, doivent produire une différenciation linguistique entre les groupes religieux en présence. A partir du XVIII<sup>e</sup> siècle, ce sont les pasteurs germanophones eux-mêmes qui emploient cette désignation.<sup>34</sup> A ces termes génériques pour exprimer une réalité sociale et confessionnelle – la paroisse – s'ajoute la mention de la langue du groupe puis de sa confession. Ainsi, se singularisent, la « *teutsche Gemeinde* » des réformés allemands, la « *frantzösische Gemeinde* » des calvinistes francophones et enfin la « *evangelisch-lutherische Gemeinde* » des luthériens.<sup>35</sup> Ces termes sont principalement ceux des autorités qui décomposent la réalité confessionnelle du bourg de façon pragmatique. Ceux employés par les pasteurs diffèrent et convoquent une identité, une conscience de groupe ou un passé historique, notamment chez les réformés francophones. Ces derniers désignent leur paroisse comme « l'Eglise française recueillie » ou encore comme « l'Eglise française que Dieu recueille sous v[o]tre p[ro]tection » lorsqu'ils s'adressent au duc.<sup>36</sup> Certes la déférence est de mise pour parler à son prince, mais ces mentions de 1618 insistent aussi sur une volonté de se distinguer de l'Eglise réformée allemande, par un nom plus transcendant et un statut spécifique. Enfin, l'usage dans les correspondances de chaque pasteur du pronom personnel « nous » ou « notre » (« *uns* » ou « *unser* » en allemand) pour parler de sa paroisse souligne un peu plus la cohésion communautaire : « Notre Eglise » et non celle des autres.

A cela, il faut également ajouter les insultes et rumeurs qui circulent et alimentent les distinctions intercommunautaires. Un rare cas a été conservé dans les archives seigneuriales, à savoir une plainte de 1618 du pasteur réformé allemand, Anton Emmerich. Les nouveaux francophones viennent de s'installer non sans tensions. Or les autochtones les accusent entre autres de propager dans le voisinage la réputation d'un bourg peuplé de *Widertäufer* – d'anabaptistes – en raison de leurs mauvaises pratiques religieuses.<sup>37</sup> Bien que le prisme du pasteur puisse exagérer ou atténuer les propos de ses ouailles, la plainte renvoie ici aux représentations mentales des réformés allemands. La désignation « anabaptiste », insulte récurrente dans l'espace germanique est alors synonyme d'hérétique, accusation des plus graves.<sup>38</sup> Cette pratique de l'insulte, probablement plus courante à l'oral qu'à l'écrit, permet alors de mieux définir cet « autre », de le distinguer de soi par méfiance et défiance.

La question linguistique elle-même ne peut être occultée parmi les outils de différenciation par la parole entre paroisses protestantes à Bischwiller. En effet, la présence d'une Eglise réformée française amplifie le phénomène d'identification linguistique. Une véritable frontière se crée par l'usage du français et sa persistance à travers les siècles, malgré une intégration croissante de la communauté au reste du bourg. Si certains historiens ont avancé l'hypothèse d'une assi-

---

<sup>33</sup> DENIS (note en bas de page 6), p.419-423 : Si les différentes terminologies sont mises en avant pour définir ce qu'est une Eglise locale, l'auteur n'a cependant pas développé le caractère sociologique du terme « *Gemeinde* ».

<sup>34</sup> Par exemple, 2G46/1 f.327-332. Le pasteur Geisel emploie beaucoup le terme dans sa correspondance.

<sup>35</sup> Par exemple : A.D.B.R. 2G46/1 f.279-281 : l'ordonnance des heures de 1686 distingue ainsi les 3 paroisses.

<sup>36</sup> A.D.B.R. E20 f.27 et f.71.

<sup>37</sup> A.D.B.R. E20 f.53 et 54-56, voir note 22.

<sup>38</sup> MONGE (note en bas de page 27), p. 27-38.

milation progressive des francophones par la germanisation de leurs noms dans les actes officiels, il ne faut pas la surinterpréter.<sup>39</sup> Dès l'installation de 1618, les autorités germanisent noms et prénoms français.<sup>40</sup> Parallèlement, l'existence d'une école française, bien fréquentée jusqu'à la Révolution, mais aussi la présence d'un culte francophone, reflètent sur le temps long la volonté des réformés français de conserver leur distinction linguistique.<sup>41</sup> Cette langue, c'est à la fois leur origine d'exilés, mais aussi le fondement du particularisme de leur Eglise à Bischwiller.<sup>42</sup> La parole sert ainsi par divers ressorts – terminologie, insultes, langues – à revendiquer par l'oral et par l'écrit une frontière confessionnelle, ce que la construction d'une histoire communautaire renforce un peu plus.

### *Un passé commun ... des discours historiques fragmentés ?*

La mémoire apparaît elle aussi pour ces communautés protestantes comme un matériau pour la frontière confessionnelle. Les discours historiques construits par les différentes paroisses deviennent une forme pacifiée de revendication identitaire des Eglises locales. Le discours collectif, puisant ses sources dans un passé plus ou moins lointain, plus ou moins commun avec les autres communautés, souligne alors les différences qui existent entre chacun. Ressort identitaire fort, il se rencontre en particulier dans les diasporas de l'Europe moderne, tant huguenotes que juives,<sup>43</sup> mais aussi dans certains cas de coexistence confessionnelle.

A Bischwiller la mémoire collective s'écrit et s'impose avant tout pour les Eglises réformées française et allemande. Toutes deux revendiquent un passé propre. Pour les réformés allemands, les archives portent la trace d'une « relation » du pasteur Geisel de 1700, dont une copie plus tardive des années 1720 semble rappeler l'importance.<sup>44</sup> Pour l'Eglise française, c'est le pasteur Cunier qui se charge de rédiger les « Détails historiques sur l'origine, les progrès, les droits et privilèges de l'Eglise Réformée française dudit Bischweiler [...] » en 1787.<sup>45</sup> *Quid* des luthériens ? Le seul pendant d'une telle « histoire » luthérienne est une supplique adressée à la chancellerie de Deux-Ponts lors de la régence de Christian IV et dont on trouve la copie au XIXe siècle. Cependant, le genre est bien différent et vise à assurer les conditions d'un prêt octroyé pour l'achat du diaconat au milieu du XVIIIe siècle.<sup>46</sup> Les luthériens rattachent alors l'existence de leur paroisse aux différents actes et lettres des comtes palatins Birkenfeld, mais seulement pour justifier leurs droits. Les réformés allemands laissent eux un récit beaucoup plus général, dont l'objectif est de renseigner sur le passé, de laisser une trace aux générations futures de l'origine de la paroisse autochtone et plus largement du bourg auquel elle s'identifie avant tout. Ainsi, la description historique de la communauté réformée allemande revient à celle de la

---

<sup>39</sup> WOLFF Christian, « Les activités de quelques bouchers, tanneurs, marchands de bestiaux d'origine huguenote à Phalsbourg et Bischwiller au XVIIe siècle », dans Actes du quatre-vingt-douzième congrès national des sociétés savantes, Strasbourg et Colmar, t.2, Paris 1967, p. 25-45 et ERNEWEIN Jacques, De la paix de Westphalie (1648) aux lendemains de la Guerre de succession d'Autriche (1750) : la paroisse réformée française de Bischwiller d'après les registres paroissiaux et les testaments, Strasbourg, Strasbourg 1977. De façon plus générale pour l'Alsace : BOEHLER (note en bas de page 32), p. 62-63.

<sup>40</sup> Par exemple A.M.B. BB5 : Recensement des étrangers de 1619 à 1621.

<sup>41</sup> A.D.B.R. 2G46/2 f.219-270 : il existe un certain nombre de documents sur le fonctionnement, les prix, les examens passés et les listes d'élèves de l'école réformée française entre 1768-1790.

<sup>42</sup> MONGE, MUCHNIK, L'Europe des diasporas XVIe-XVIIIe siècle, Paris 2019, p. 75-84.

<sup>43</sup> *Ibid.*, p.59-60.

<sup>44</sup> A.D.B.R. 2G46/1 f.327-332, copie en 2G46/3.

<sup>45</sup> A.D.B.R. 2G46/5.

<sup>46</sup> A.D.B.R. 2G46/A/44.

communauté villageoise, avec son passage au XVI<sup>e</sup> siècle à la Réforme. Sont mentionnés les différents seigneurs, de même que les bâtiments appartenant à la « *Gemeinde* », et ce avec une attention toute particulière.<sup>47</sup> S'ajoute une partie propre au fonctionnement de l'Eglise réformée allemande avec les fonctions et traitements du personnel ecclésiastique. Du côté du récit historique français c'est l'origine ténébreuse et difficile de l'arrivée en 1618 ainsi que la guerre de Trente Ans qui servent de base galvanisante au récit collectif : « La même obscurité qui couvre le berceau des plus fameuses monarchies enveloppe également les commencements de cette Eglise : La guerre funeste des 30 ans ... ». <sup>48</sup> Le ton bien moins factuel que chez les réformés allemands est quasi messianique, ou du moins il se veut édificateur pour le destinataire par sa poésie. Le caractère communautaire – au sens de groupes d'individus - de l'Eglise est beaucoup plus appuyé, rappelant les « Pères » de celle-ci, listant les premières familles venues s'établir, tout en indiquant la postérité des lignées.<sup>49</sup> A la suite de ces éléments historiques et communautaires, on retrouve, comme dans le mémoire de Geisel, les fonctions et rémunérations du personnel ecclésiastique de l'Eglise française.

A travers ces exemples d'écriture de la mémoire collective, on distingue un mode discursif spécifique, celui de la construction identitaire historique par les communautés réformées au moins. Les luthériens semblent étrangers à ce phénomène, peut-être installés trop tardivement et de façon dissipée pour produire une appartenance confessionnelle et identitaire aussi forte, ou trop attachés à une histoire plus générale liée au luthéranisme. Les réformés allemands ont une mémoire qui se confond strictement avec la communauté villageoise puisant ses sources avant même la Réforme. D'où l'attachement aux biens et possessions matérielles de la paroisse.<sup>50</sup> Cette histoire liée au bourg construit la différence envers les réformés français qui sont certes présents dans le discours, mais sans mention de leurs privilèges, sans datation exacte, choix peut-être involontaire qui renvoie pourtant à une mémoire distincte. D'autre part, les réformés français se rattachent à leur exil, à leur origine géographique et celle de leurs prédécesseurs. Ce passé sert de base et de référent à toute la communauté. C'est le partage d'une expérience difficile : « le trauma fondateur ». <sup>51</sup> L'écriture de l'histoire se présente ainsi comme le ciment des appartenances, utile à l'identification communautaire.

Il serait légitime de pousser le questionnement plus loin et de chercher à savoir jusqu'où cette mémoire collective est intégrée et intériorisée par les fidèles eux-mêmes, puisque les productions scripturaires et mémorielles sont avant tout le fait des pasteurs. Les sources ne permettent cependant pas de répondre à cette interrogation, les ego-documents faisant défaut.<sup>52</sup> La mémoire collective ne suffit pas seule à construire mentalement la communauté. L'espace et son organisation volontaire entrent tout autant en compte.

Il revient pour Bischwiller de s'interroger sur la spatialisation de ces phénomènes communautaires, en particulier ceux issus de l'installation des réformés francophones. En effet, dès 1618

---

<sup>47</sup> A.D.B.R. 2G46/3 « Sur le clocher de cette église, à l'ouest, se trouve les armes du prince de Deux-Ponts sur une pierre. Dans la partie Est se trouve la crypte funéraire de la famille palatine Birkenfeld » « *An dem Glocken Thurn dieser Kirche gegen der Westen Seite ist dass zweybr. Fürstl. Wapen in ein Stein ausgehauen. In dem ost. Theil ist das Hochfürstliche Pfaltz Birkendfeldische Begräbnuss gewällen* ».

<sup>48</sup> A.D.B.R. 2G46/5 f.1 verso.

<sup>49</sup> A.D.B.R. 2G46/5 f.2 recto et f.5-6.

<sup>50</sup> A.D.B.R. 2G46/3.

<sup>51</sup> MONGE, MUCHNIK (note en bas de page 42), p.60 et p.60-75 sur l'écriture de la mémoire collective. YARDENI (note en bas de page 26), p. 84.

<sup>52</sup> *Ibid.* p. 67-68 : deux types d'écrits mémoriels existeraient : l'un lié à une « mémoire d'origine » comme à Bischwiller, l'autre à une « mémoire exemplaire » issue des témoignages personnels et vécus.

il est décidé dans l'acte de fondation de l'Eglise réformée française de donner « une place de commune ainsi qu'il sera limité et borné au-dessus du Bourg dudit Bischviller pour Illec y bastir maisons, ce qui leurs sera donné de pur don pour héritage de propriété ».<sup>53</sup> L'installation de la communauté se fait donc tant du point de vue religieux, institutionnel et économique, que du point de vue spatial par la délimitation d'un quartier qui devient dès lors le « *frantzösischen Flecken* », en opposition au « *teutschen Flecken* ».<sup>54</sup> Les descriptions plus

*Des phénomènes communautaires spatialisés au profit de la cohésion*

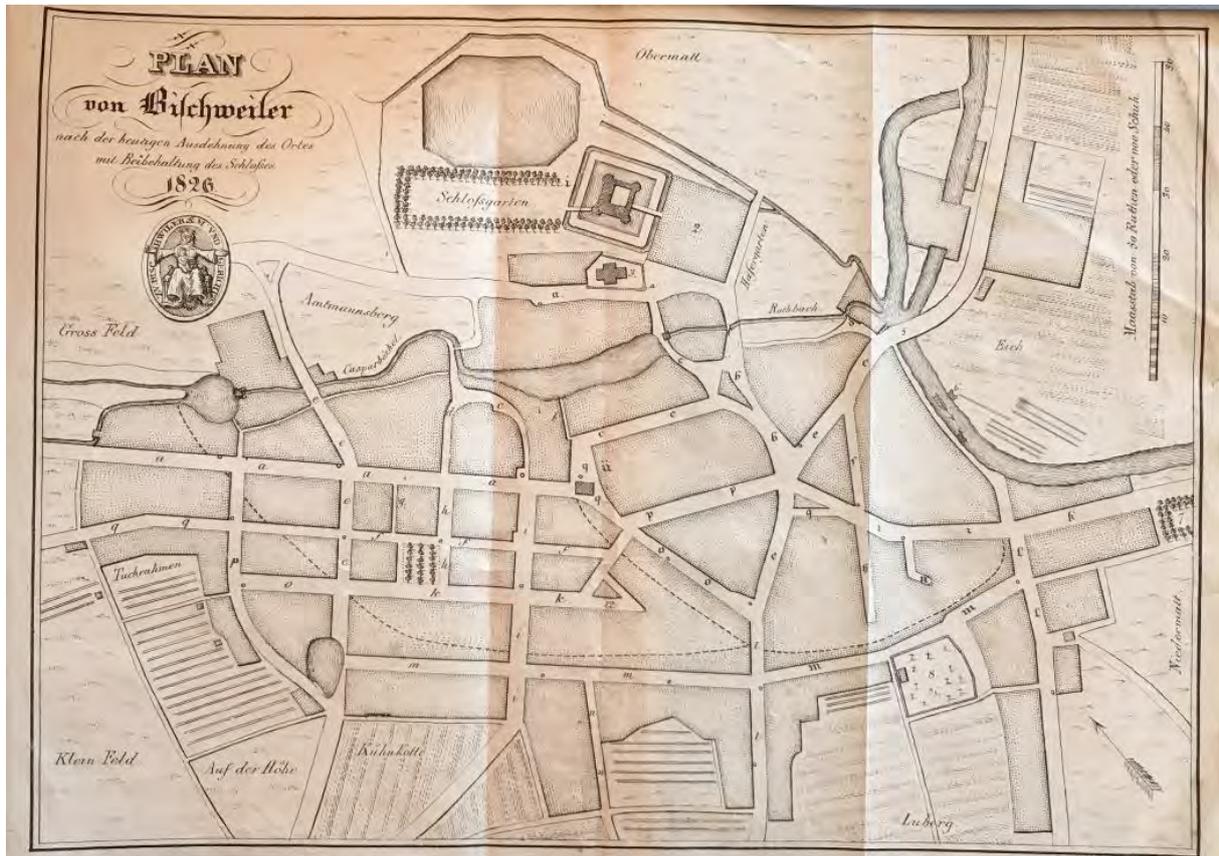


Figure 1: Plan de Bischweiler (1826) dans CULMANN F.W., *Geschichte von Bischweiler, nebst einer statistischen Darstellung des heutigen Zustandes dieses Ortes*, Strasbourg, 1826. Coll. Bibliothèque Alsatique du Crédit Mutuel.

tardives du bourg, datant de la fin du XVIIIe siècle, font, elles aussi état de ces différents quartiers, correspondant à des strates d'arrivées mais aussi aux différentes paroisses. Ainsi, le bourg « est divisé en cinq quartiers [...] le village allemand, en-dessous et à côté de la Moder est le plus ancien de tous. Le village welche au-dessus se développe en 1618. Le *Vorstättel* au-dessus fut construit par les arrivants phalsbourgeois en 1621, la *Neue Gassviertel* est commencée en

<sup>53</sup> A.D.B.R. 2G46/2 f.3.

<sup>54</sup> A.M.B. BB6 : Ces deux expressions sont issues des recensements réalisés entre 1653 et 1699.

l'an 1708 de la dixième cour, jusqu'au cimetière ». <sup>55</sup> Il semble donc qu'il y ait ici une ségrégation spatiale qui se met en place pour des raisons linguistiques et *de facto* confessionnelles. Les Français n'ont leur place à Bischwiller qu'en raison de l'accueil bipontin des réfugiés calvinistes européens. Comme c'est le cas dans d'autres villes du Refuge, l'arrivée de populations francophones opère une logique de ségrégation spatiale. La volonté de créer un entre soi dans la trivialité du quotidien, et non pour les seuls offices et exercices spirituels, témoigne d'une cohésion recherchée par et dans l'espace. L'Eglise réformée française veut donc ici faire corps, souder ses liens par la proximité géographique et produire l'altérité religieuse en excluant et s'excluant du reste du bourg. <sup>56</sup> Il y a construction spatiale de l'appartenance confessionnelle à l'Eglise française, ce qui est même revendiqué dans les ambitions urbanistiques relayées par le pasteur Didier de Mageron en 1618 : « Nous nous sommes persuadés que si l'année prochaine le nombre de baptisés s'augmente, il a bonne espérance que par le moyen d'une quête pécuniaire que nous ferons entre nos frères de Strasbourg, nous trouverons le moyen par leur soulagement dans deux ou trois ans d'avoir un temple françois qui servira de décoration et de fortification en votre lieu de Bischweiler ». <sup>57</sup> Construire son édifice pour construire son Eglise, voilà le projet architectural et mental de ces calvinistes français. S'isoler spatialement, c'est se distinguer et construire l'appartenance des fidèles à un groupe qui se veut toujours mieux défini.

Pourtant, il revient de nuancer cette ségrégation qui n'existe vraisemblablement qu'au moment de l'installation des nouveaux habitants francophones, avant de devenir une simple topographie spatiale. En effet, la lecture des recensements de la seconde moitié du XVII<sup>e</sup> siècle pose problème quant à cette répartition linguistique et spatiale. Si les Français ne semblent pas dépasser le quartier éponyme, il est évident que de nombreux noms germaniques sont présents dans les quartiers dits « français ». S'agit-il de la simple germanisation des noms étrangers ? Ou bien y a-t-il présence allemande dans l'espace francophone ? D'autre part, aucun témoignage ne permet de repérer un phénomène similaire entre réformés allemands et luthériens. Seule la recomposition longue des familles réformées françaises, allemandes et luthériennes répondrait à cela.

Les frontières confessionnelles entre les protestants de Bischwiller sont donc intériorisées et présentes à travers une série d'outils construisant l'appartenance à une Eglise locale. Les mots, l'espace, le passé sont mobilisés pour se distinguer les uns les autres, pour construire un groupe social et local défini par sa religion. Toutefois, l'appartenance à une Eglise locale n'entraîne-t-elle pas aussi l'adhésion une identité confessionnelle ?

---

<sup>55</sup> A.D.B.R. 129J24: Mémoire anonyme de 1770: « *Er wird abgetheilt in fünf Viertel [...] in das teutsche Dorff unten und gegen der Moter, ist der aller älteste Theil. In das Welsche Dorff oben danan so 1618. In das Vorstättel oben an diesem so 1621 erbauet wordet von den ankommenden Pfaltzburgern. In das Neue Gassviertel vom zehend hoff an bis hinunter an den Kirchhoff so anno 1708 angefangen worde.* ». Ce découpage est repris dans CROLLIUS Georg Christian, *Denkmahl Carl August Friederichs des Einzigen zu den Gedächtnis- und Grabmahlen des Pfalzgraevlichen Hauses der Zweybrueckischen, Veldenzischen und Geschichte mit vorlaeufigen Beschreibungen der Kirchen und Gruften, auch der Herrschaft Bischwiller, Zweibrücken 1784*, p. 62.

<sup>56</sup> MONGE, MUCHNIK (note en bas de page 42), p. 306-322. Pour de tels cas de ségrégation spatiale voir : YARDENI (note en bas de page 26), p. 138-141 et EHRMANTRAUT Dominique, *Livre des délibérations de l'Eglise française réformée de Frankenthal dans le Palatinat (1658-1689)*..., Paris 2011, p.11-45. Pour une comparaison avec l'anabaptisme, voir : BIRGY Odile, « Une occupation originale de l'espace rural. La communauté anabaptiste de Normanvillas dans le Sundgau au XVIII<sup>e</sup> siècle » dans *Histoire & Sociétés Rurales*, n°41, 2014/1, p.24-26. MONGE (note en bas de page 27), p. 191-200. L'auteur propose la même étude spatiale de la cohésion, en nuancant le phénomène anabaptiste colonais.

<sup>57</sup> A.D.B.R. E20 f.71: Lettre de Didier de Mageron au prince de Deux-Ponts datée du 7/12/1618.

## **Appartenances communautaires ou identités confessionnelles ? Des protestantismes au protestantisme**

La coexistence confessionnelle permet d'observer les mécanismes de construction de l'appartenance à un groupe communautaire religieux dans lequel l'homme s'intègre depuis le baptême jusque dans la mort. Cela implique-t-il pour autant l'adhésion des membres du groupe à une identité confessionnelle, dans le sens où ils s'identifient aux dogmes, pratiques et spécificités culturelles que la confession de leur Eglise impose, au-delà des coutumes locales et du groupe social ? Peut-on à ce titre observer l'intériorisation d'identités confessionnelles protestantes ou plus largement l'adhésion à une culture protestante ?

### *De l'Eglise locale à la confession*

Au-delà des groupes structurés, premier témoignage de l'appartenance communautaire religieuse, y a-t-il intériorisation d'une identité confessionnelle, non plus dans le sens de l'Eglise locale mais dans celui de l'Eglise universelle pour employer la terminologie des Pères du protestantisme ? Comment percevoir chez les fidèles cette adhésion à une confession dans son sens large, théologique et culturel ?

Il faut chercher une première réponse dans les modèles théologiques et dogmatiques qui prévalent au sein de ces groupes identifiés comme Eglises locales. Au-delà des fluctuations et coutumes, ces communautés se soumettent à des règles, des éléments culturels - et culturels - partagés par ceux de la même confession. C'est particulièrement visible dans l'Eglise réformée française pour laquelle les sources sont prolifiques. L'installation de la paroisse se fait dans un cadre légal précis, détaillé par l'ordonnance de 1618 du duc Jean II de Deux-Ponts. Mais à cela s'ajoute dès la nomination du pasteur Didier de Mageron, une correspondance entre les administrations du duché et la chancellerie de Deux-Ponts pour obtenir des informations sur les autres Eglises de réfugiés du duché et du Palatinat. Cela dresse alors un réseau de modèles et d'exemples devant ensuite s'appliquer à Bischwiller et encadrer la communauté et les fidèles, selon des normes communes à une confession. Ainsi, le bailli de la seigneurie, Georg Oberheimer, doit en 1618 « surveiller Mageron pour qu'il exécute fidèlement et diligemment l'organisation ecclésiastique réformée française pour qu'elle soit similaire à celle d'autres lieux, et en particulier à celle de l'Electorat palatin et de la ville d'Annweiler, dans l'exercice chrétien et la coutume ». <sup>58</sup> Cet ordre souligne la volonté ducale de rattacher l'Eglise française de Bischwiller à un réseau préexistant, de la replacer dans un modèle religieux, celui des Eglises francophones du Palatinat et du duché bipontin. Un lien de dépendance se forme et un partage culturel et religieux s'établit par les pratiques liturgiques, les catéchismes employés, ... Cette intégration à des normes ecclésiastiques plus larges se retrouve également chez les réformés allemands à travers le Convent classique qui chapeaute la *Landeskirche* du duché, mais aussi chez les luthériens à travers le superintendant qui garantit l'orthodoxie des Eglises dépendant du comte palatin Birkenfeld. <sup>59</sup>

L'étude des clergés du bourg permet d'autre part de constater cette intégration des Eglises locales, et donc de leurs paroissiens, dans des réseaux confessionnalisés correspondant aux variantes dogmatiques protestantes. Le pasteur est le premier vecteur des enseignements religieux intégrés et intériorisés par les fidèles. Son appartenance à certains milieux géographiques, à

---

<sup>58</sup> A.D.B.R. E20 f.17: « *solstu auch uff Ihne Mageron ein auffsehen haben, dass er [...] der frantzösischen reformirten Kirchenordnung, wie solche biessdahero an andern Orten, besonders aber in der Chur Pfaltz, undt in der Statt Anweiler, in Christlicher Übung und Gebrauch gewesen [...] trewlich und fleissig verichte* ».

<sup>59</sup> Les *Gesangbücher* luthériens sont ainsi composés par les superintendants comme Christian Adolph Liernur, assurant dans les pratiques pieuses quotidiennes des fidèles une orthodoxie luthérienne stricte.

certain lieux d'enseignement, vient alors influencer les pratiques religieuses des paroissiens eux-mêmes, les intégrant par le haut à une identité confessionnelle propre à chaque branche du protestantisme. Les lettres de nominations des pasteurs réformés allemands, français et luthériens ont permis de retracer le parcours et l'origine géographique de ces ministres du culte, et de ce fait leur obédience confessionnelle. La figure 2 synthétise ces milieux géographiques et confessionnels, en fonction de chaque Eglise.<sup>60</sup> Il ne fait guère de mystères que les pasteurs luthériens soient principalement issus de Strasbourg qui se veut le foyer régional de l'orthodoxie luthérienne à l'époque moderne.<sup>61</sup> L'emprise du réseau est vaste et s'étend jusqu'en Poméranie ou en Hongrie. Il rappelle ainsi l'importance de ces échanges confessionnalisés issus du partage d'une même doctrine. Les pasteurs réformés allemands s'inscrivent quant à eux dans un réseau calviniste germanophone polarisé par l'Eglise territoriale de Deux-Ponts et son gymnase de Hornbach ainsi que par le Palatinat dont l'Université protestante de Heidelberg est un haut lieu.<sup>62</sup> L'origine suisse de certains pasteurs renvoie quant à elle à un tournant vraisemblablement lié à l'immigration des réformés suisses à Bischwiller. Ils repeuplent alors la seigneurie suite à la guerre de Trente Ans, ce dont se plaint le pasteur Geisel vers 1720, puisque son église est devenue trop étroite pour recevoir tous les coreligionnaires.<sup>63</sup> La polarisation du clergé francophone est quant à elle double : avant la guerre de Trente Ans vers Metz et la Lorraine, puis vers la Suisse et le Pays de Vaud, pour des questions linguistiques<sup>64</sup>. Ces différents territoires dont sont issus les pasteurs bischwillerois renvoient à trois confessions, à trois milieux et territoires culturellement distincts : le premier strasbourgeois et luthérien, le second palatin ou bispontin réformé allemand, dépendant de *Landeskirchen*, et le dernier suisse et calviniste orthodoxe. Par leur clergé, par les règles qu'elles suivent, les Eglises locales s'intègrent à des réseaux plus larges qui sont liés à une confession, partageant des dogmes et des idéaux communs. Cela se répercute alors par capillarité descendante vers les fidèles qui intériorisent les normes et les pratiques transmises par les pasteurs du Verbe.

### *Des pratiques et des gestes porteurs d'une identité confessionnelle ?*

S'interroger sur les gestes et les pratiques religieuses des individus, c'est essayer de voir dans quelle mesure il y a intériorisation du fait confessionnel à l'échelle de l'individu. En effet, il faut ici distinguer les pratiques ordonnées par les Eglises, cette identité confessionnelle transmise au groupe par son clergé et ses institutions, et sa réalité au quotidien.<sup>65</sup> Jusqu'où y a-t-il adhésion à la confession ou au contraire autonomie de la piété populaire ?

<sup>60</sup> Les graphiques sont réalisés à partir des nominations de pasteur trouvés aux A.D.B.R. 2G46/1, 2, 3 et 2G46/A/11, ainsi qu'à partir des répertoires des pasteurs alsaciens : BOPP (note en bas de page 11).

<sup>61</sup> VOGLER Bernard, *Le Clergé protestant rhénan au siècle de la Réforme : 1555-1619*, Paris 1976, 197 p.

<sup>62</sup> KONERSMANN Frank, « Kirche, Staat und Gesellschaft im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken (1410-1793): Bemerkungen zum forschungspragmatischen Stellenwert der Hypothese von der Sozialdisziplinierung » dans KONERSMANN, AMMERICH (note en bas de page 21), p. 24.

<sup>63</sup> DOLLINGER Philippe, OBERLE Raymond, *L'histoire de l'Alsace : de la Préhistoire à nos jours*, Ingersheim 1985, p. 151 ; A.D.B.R. 2G46/3 n°3.

<sup>64</sup> LEONARD (note en bas de page 9), p. 795-836.

<sup>65</sup> WANEGFELLEN Thierry, « La difficile identité des protestants français entre Réforme et Révocation » dans BELISSA M., BELLAVITIS A., COTTRET M. [et al.], *Identités, appartenances, revendications identitaires (XVIe-XVIIIe siècles)*, Paris 2005, p. 13-14.

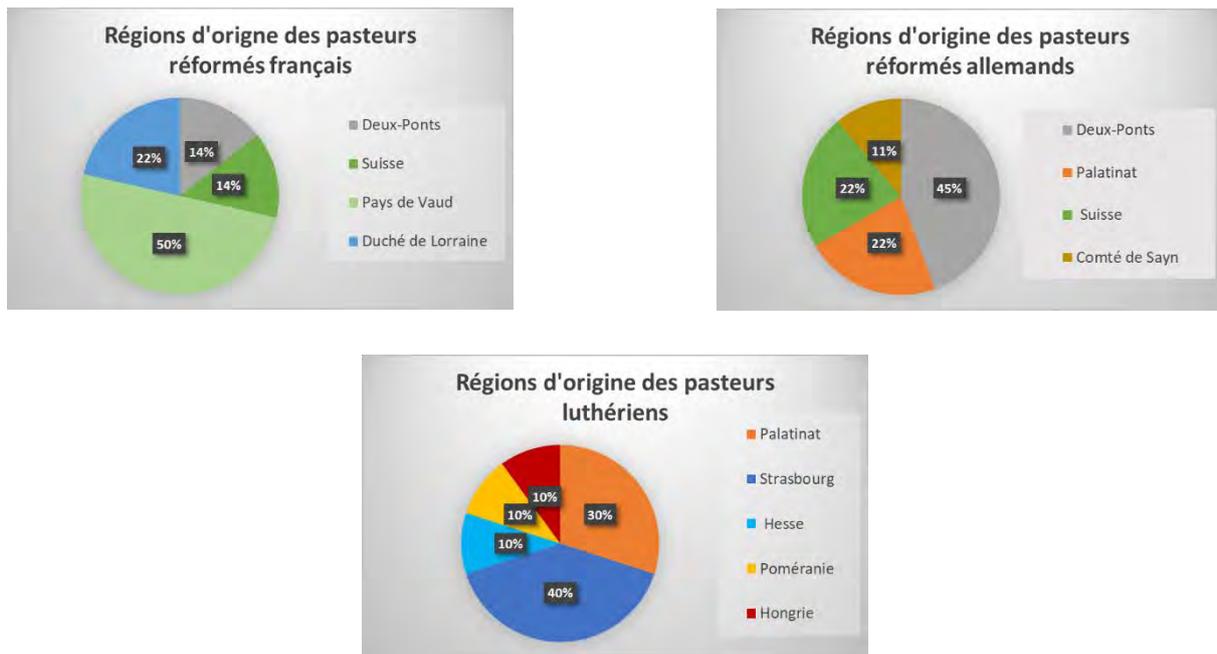


Figure 2: Répartition des lieux d'origine des pasteurs de Bischwiller en fonction des paroisses (XVIIe et XVIIIe siècles).

A l'échelle de la seigneurie de Bischwiller et de la coexistence protestante, les *Gesangbücher*, livres de chants du duché de Deux-Ponts, laissent probablement transparaître le mieux les gestes quotidiens de piété, leurs variations et *de facto* l'intériorisation probable par les fidèles de l'identité confessionnelle qui découle de telles pratiques. Cœur de la piété luthérienne et réformée, le chant est un ressort identitaire fort. Ces livres sont alors un médium très répandu à l'époque moderne, touchant une vaste partie de la population.<sup>66</sup> Dans le cadre de Bischwiller, il n'a pas été trouvé à proprement parlé de livre de chants chez les habitants eux-mêmes puisqu'il aurait fallu exploiter l'immense masse des inventaires notariés. Pourtant, certains des exemplaires consultés et conservés dans les bibliothèques patrimoniales strasbourgeoises portaient la mention plus ou moins tardive « *in Bischweiler* » attestant bien de leur usage dans le bourg.<sup>67</sup> Les *Gesangbücher* sont publiés sous l'Ancien Régime dans le cadre territorial, ici celui du duché de Deux-Ponts.<sup>68</sup> Aucune édition antérieure à 1740 ne semble avoir été produite dans le cadre bipontin, probablement en raison de la guerre de Trente Ans puis du passage du duché à la gouvernance royale suédoise au cours de complexes successions de la maison palatine Wittelsbach.<sup>69</sup>

<sup>66</sup> VEIT Paul, « Piété, chant et lecture : les pratiques religieuses dans l'Allemagne protestante à l'époque moderne » dans *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, t.37, n°4, 1990, p. 625-627.

<sup>67</sup> Ces bibliothèques sont la Bibliothèque Nationale et Universitaire de Strasbourg (BNUS) et la Médiathèque protestante de Strasbourg. L'ouvrage en question s'intitule : *Neu - verbessert und vermehrt - Pfaltz- Zweibrückisch- Reformirtes Gesangbuch/ in sich haltend die Psalmen Davids/ nach D. Ambrosii Lobwassers Übersetzung/ die hin und wieder verbessert ist. ...*, Zweibrücken, 1746.

<sup>68</sup> GEISSERT Frédéric, *Zwei evangelisch-lutherische Gesangbuecher aus der zweiten Haelfte des 18. Jahrhunderts (Pfalz-Zweibruecken - Bischweiler und Hanau-Lichtenberg)*, Sessenheim, 1992, p. 1-2 et pour une définition large des *Gesangbücher* voir: *Liederkunde zum Evangelischen Gesangbuch*, Göttingen, t.1, 2000, p. 11-23.

<sup>69</sup> Ce constat s'appuie sur la base de données en construction sur les *Gesangbücher* par l'Université de Mayence, consultée grâce à M. Beat Föllmi (Université de Strasbourg) que je remercie. Voir sur le projet *Gesangbucharchiv* de l'Université de Mayence : <https://www.gesangbucharchiv.uni-mainz.de/gesangbucharchiv/> [consulté le 23/01/2020].

La comparaison des *Gesangbücher* luthériens et réformés de la seigneurie s'est ainsi faite sur un panel de 13 ouvrages, 10 luthériens, largement majoritaires dans les collections, et 3 réformés allemands. Tous sont édités par privilège ducal, en particulier celui du duc Christian IV de Deux-Ponts, qui pourtant se convertit au catholicisme en 1758.<sup>70</sup> Les éditions sont nombreuses et souvent concomitantes entre les deux confessions. Pourtant les structures des livres de chants diffèrent en fonction de ces deux branches du protestantisme. Si les luthériens n'ont aucune indication musicale pour les 655 chants qui composent leurs ouvrages, les réformés ont, eux, des *Gesangbücher* divisés en deux parties distinctes, l'une composée des psaumes et de leurs partitions musicales, l'autre de 359 chants mentionnés parfois avec leur mélodie. Ainsi, les chants entonnés par l'une ou l'autre communauté bischwilleroise correspondent bien à des identités confessionnelles propres avec un bagage théologique et dogmatique repris par les paroissiens dans leur vie domestique lorsqu'ils entonnent ces louanges.

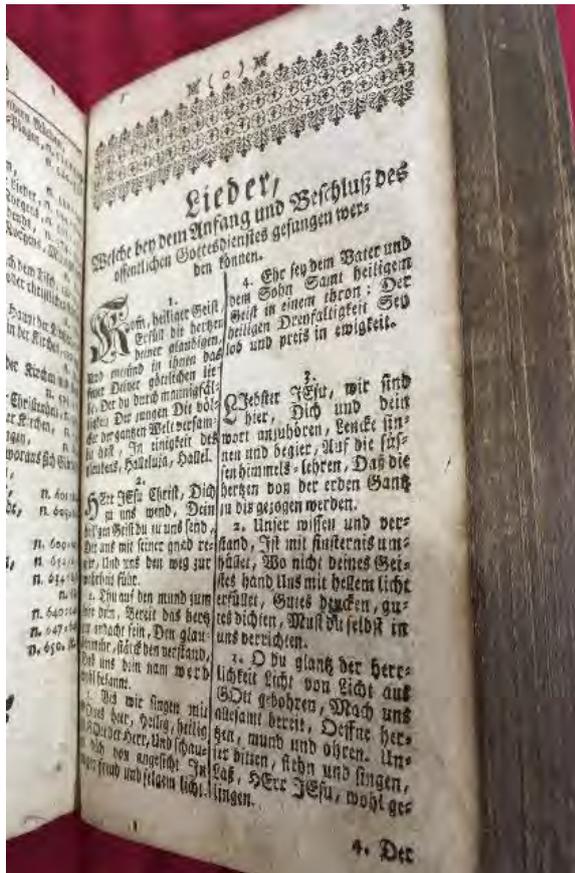


Figure 4: *Gesangbuch* luthérien de 1760. Fonds ancien de la Médiathèque protestante de Strasbourg - G18-0101/1.

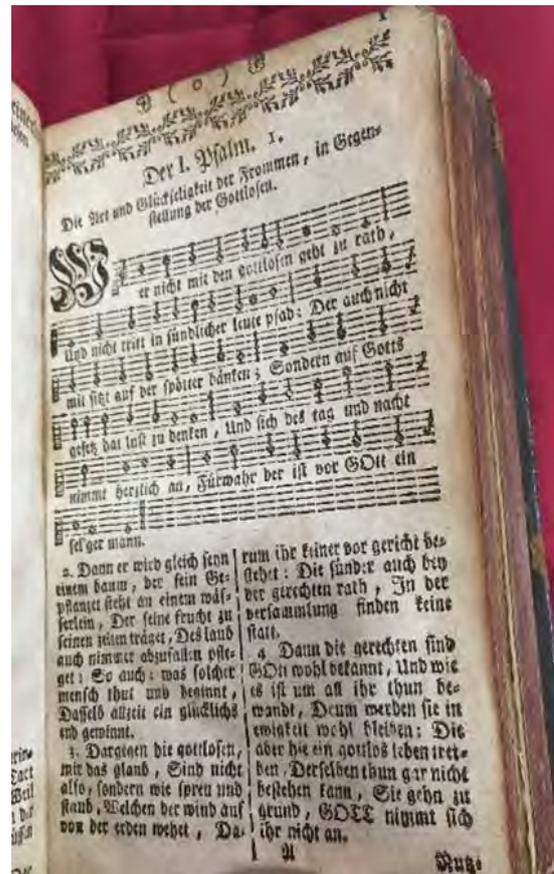


Figure 3: *Gesangbuch* réformé allemand de 1770. Fonds ancien de la Médiathèque protestante de Strasbourg - G18-0132.

Pour les livres de chants luthériens, il faudrait comparer les registres avec ceux d'autres ouvrages étrangers au duché pour en saisir le caractère fondamentalement « luthérien ». Les *Gesangbücher* réformés allemands sont quant à eux une version augmentée de la traduction allemande du *Psautier* de Genève faite par Ambrosius Lobwasser, humaniste du XVI<sup>e</sup> siècle. Ainsi, on peut affirmer que la première partie de l'ouvrage au moins – consacrée aux psaumes – est d'une culture réformée transversale, car cette traduction « Lobwasser » et l'original du *Psautier*

<sup>70</sup> Les éditions luthériennes de 1746 et 1760 portent parfois même le portrait du duc témoignant son attachement à la confession et sa volonté de l'imposer dans ses terres mixtes, par confessionnalisation culturelle.

se sont imposés dans une grande partie des Eglises francophones calvinistes ou réformées allemandes.<sup>71</sup> Il est par ailleurs probable que la version française du *Psautier de Genève* fut employée à Bischwiller pour les réformés français, même s'il n'a pas été possible de déterminer quels livres de cantiques ils utilisaient. Cependant, au-delà de ces divergences entre chants luthériens et chants réformés, la comparaison des registres des *Gesangbücher* bipontins a mis en avant que pas moins de 112 cantiques sont communs aux deux confessions – soit un tiers du recueil réformé allemand – soulignant une porosité culturelle des protestantismes.

Si la forme générale des *Gesangbücher* paraît proche, il n'en reste pas moins que les différences confessionnelles sont présentes dans les chants et plus encore dans leur mise en musique. Le luthérien ne chante pas les psaumes, mais de multiples cantiques. Pour cela, il se remémore les airs appris au catéchisme et les mélodies chantées tous les dimanches. Le réformé, lui, chante avant tout les psaumes et suit une mélodie inscrite dans son précieux ouvrage. Il chante juste et doit comprendre les paroles grâce à la décomposition des textes en syllabes et notes musicales. C'est du moins ce qui est revendiqué dans la forme et dans les *Vorrede* de ces livres. L'importance donnée à un chant juste et monodique chez les réformés, peut être interprétée comme une pratique confessionnalisée, reliant le chant à la piété et la liturgie purement calviniste. Les luthériens pratiqueraient alors un chant plus populaire s'alliant au religieux, ce pourquoi il n'y a pas besoin de partition puisque tous connaissent les airs.<sup>72</sup> Ce sont là des variations, et des distinctions culturelles, qu'intègrent les fidèles, intériorisant des pratiques confessionnalisées, qui renvoient alors à une identité luthérienne ou réformée.<sup>73</sup> Ainsi, les livres de chants révèlent les pratiques culturelles distinctes et soulignent l'adhésion des paroissiens à des identités confessionnelles au-delà même de leur appartenance à leur communauté religieuse. Pourtant, face aux identités confessionnelles n'y aurait-il pas une culture protestante plus large se posant sur un substrat commun déjà perceptible dans la forme des *Gesangbücher* ou encore dans les chants communs aux deux confessions ?

#### *L'émergence d'une « internationale fraternelle protestante » ?*

On l'a vu, qu'il s'agisse des réseaux confessionnalisés de pasteurs, des pratiques quotidiennes, l'identité confessionnelle se manifeste et se transmet aux fidèles par capillarité descendante ou par intériorisation de gestes normés par les différentes branches protestantes. Pourtant, la porosité entre les confessions semble indéniable. N'existerait-il pas une identité protestante supra-territoriale et supra-confessionnelle, transformant les protestantismes en un protestantisme, en une « internationale fraternelle protestante » animée par un esprit pieux, un substrat culturel et identitaire ?<sup>74</sup>

Deux types de réseaux apparaissent dans les correspondances entre les paroisses de Bischwiller et d'autres communautés plus lointaines. Le premier est assez identifiable et reste très confessionnalisé, constitué avant tout des échanges entre pasteurs et communautés pour la transmission d'informations, en particulier lors de la nomination des pasteurs mais aussi lors de tensions ou d'interrogations. Ainsi, les pasteurs discutent entre eux par lettres et billets interposés, les

---

<sup>71</sup> WEBER Edith, *La musique protestante de langue française*, Paris 1979, p. 71.

<sup>72</sup> *ibidem*, p. 44-47.

<sup>73</sup> DAIREAUX Luc, « Le chant des psaumes, marqueur de l'identité huguenote au XVIII<sup>e</sup> siècle » dans CHRISTIN, KRUMENACKER (note en bas de page 21), p. 165-174 et VEIT *art. cité*, p. 624-641.

<sup>74</sup> MONGE (note en bas de page 27), p. 17-25 : L'expression « internationale fraternelle » est reprise de l'auteur et transposée dans le cadre du protestantisme. La méthode de l'auteur, notamment la *network analysis* est très stimulante pour comprendre la formation des identités par des dynamiques réticulaires. Voir aussi DULEY-HAOUR Pauline, *Désert et Refuge : socio-histoire d'une internationale huguenote : un réseau de soutien aux "Églises sous la croix", 1715-1752*, Paris 2017, 502p.

Eglises locales mènent leurs enquêtes parfois loin géographiquement. L'Eglise française de Bischwiller utilise par exemple ce réseau pour vérifier les propos « médisants » de son pasteur envers la communauté bischwilleroise au moment de « l'affaire Champrenaud ». Les censeurs interrogent par lettres la paroisse de Lausanne où le ministre aurait eu de mauvais mots contre ses fidèles.<sup>75</sup> Ce réseau semble avant tout francophone et huguenot, renvoyant ici aux pratiques diasporiques entre les communautés du Refuge.<sup>76</sup>

Un second réseau plus vaste et moins confessionnalisé se présente dans ces correspondances autour de la solidarité protestante. La charité semble alors le moyen de produire une identité commune, supra-territoriale et supra-confessionnelle. La figure du coreligionnaire protestant en souffrance, qu'importe qu'il soit luthérien ou réformé, s'impose largement. Les correspondances de secours sont nombreuses et s'adressent à l'une ou l'autre communauté en fonction de la langue de l'Eglise cherchant de l'aide. Ainsi, les réformés allemands se voient encouragés à donner à la paroisse réformée de Spire en mauvaise posture, mais aussi à la ville luthérienne de Gera en Thuringe, ravagée par le feu, et les réformés français aux Eglises vaudoises du Wurtemberg.<sup>77</sup> Le ton de ces lettres dresse presque toujours le portrait d'un coreligionnaire, bon en son cœur, mais mis à l'épreuve par sa précarité physique, faisant de lui un quasi-martyr. Par exemple :

« A la faveur des [princes du Wurtemberg], [les réformés] du Villars de la Perouse s'établirent dans son Louable Bailliage de Maulbron, ou ils forment la plus nombreuse Colonie de L'Etat. Ces infortunés n'y furent pas plutôt établis, qu'un Incendie arrivé l'an 1703 consuma et réduisit en cendre toutes les maisons du Village sans exception, & mettant le comble a leurs malheurs, porta plusieurs d'entre eux à gêter la bonne odeur du sacrifice, qu'ils avoient fait de leurs biens & de leur patrie par des regrets & des retours criminels ».<sup>78</sup>

Il revient alors aux paroissiens français de Bischwiller de venir en aide à ces malheureux. Les deux communautés, pourtant éloignées font corps dans une communauté plus large : la diaspora huguenote. Dans le cadre des Eglises réformées allemandes ou luthériennes, c'est aussi une façon de faire corps que de donner au protestant dans le besoin, abaissant alors la frontière confessionnelle intérieure. Le corps « protestant » ainsi constitué se distingue d'un environnement extérieur grâce à la solidarité et la charité envers des « frères » en souffrance, au-delà des différences dogmatiques. Avant tout observé comme marqueur communautaire des diasporas, ce phénomène identitaire manifesté par la charité et les réseaux supra-territoriaux d'entraide s'élargit ici au cœur même des Eglises officielles et instituées du protestantisme.<sup>79</sup> L'adhésion à cette « internationale fraternelle protestante » dépasse alors le cadre des réseaux constitués par les Eglises locales (Bischwiller) et territoriales (duché de Deux-Ponts).

Les paroisses de Bischwiller recourent elles aussi à cette entraide et s'intègrent aux réseaux de solidarité de façon quasi indifférenciées les unes des autres. Plusieurs collectes sont effectuées au nom des différentes paroisses. La première date des années 1720-1722 pour l'élargissement du temple devenu trop étroit pour la population croissante du bourg. Toutes les paroisses partent

<sup>75</sup> A.D.B.R. 2G46/2 f. 49-52 : Affaire Champrenaud de 1714.

<sup>76</sup> DULEY HAOUR (note en bas de page 74), p. 163-209 et p. 229-254 : exemple de réseau huguenot de correspondance et d'aide.

<sup>77</sup> A.D.B.R. 2G46/2 f.635-642, f.513-519, f.409-412.

<sup>78</sup> A.D.B.R. 2G46/1 f.409-412.

<sup>79</sup> MONGE, MUCHNIK (note en bas de page 42, p.158 et p.161-166 et MUCHNIK « Charité et communauté diasporique dans l'Europe des XVIe-XVIIIe siècles » dans Revue d'histoire moderne & contemporaine, p. 15-18.

ainsi en collecte et partagent ensemble les dons pour reconstruire une même église partagée. La seconde quête, plus intéressante encore, a pour but d'une part la construction d'un diaconat luthérien, et d'autre part le fonctionnement de l'Eglise et de l'école réformée française. Or, au lieu de constituer deux collectes distinctes, les deux communautés s'assemblent et demandent en 1752 non plus aux coreligionnaires réformés ou luthériens, mais aux coreligionnaires protestants de leur venir en aide. Cette évolution n'est pas anodine. Selon la quittance établie après la collecte, le réseau sollicité s'étend en des lieux éloignés et de confessions très variées.<sup>80</sup> Suisse, Francfort, Palatinat, terres des Hanau-Lichtenberg, Danemark, France, ... voilà un réseau fraternel des plus vastes. Tous partagent le protestantisme, sans pour autant être de la même confession - on retrouve des calvinistes, des luthériens, des zwingliens, etc. Pourtant ils viennent en aide à ces deux paroisses, elles-mêmes religieusement distinctes. Si, comme on l'a vu précédemment, la charité sert à produire un corps, une communauté supra-territoriale lâche et fluctuante produisant un territoire confessionnel constitué par un réseau de partage, on retrouve bien ici une variante permettant de parler d'une « internationale fraternelle protestante » au-delà des confessions. Des protestantismes à un protestantisme, une identité européenne protestante, marquée par la solidarité face au catholicisme, face aux catastrophes de la vie, s'impose et unit les confessions en une internationale que les migrations protestantes de l'ensemble de l'époque moderne ont patiemment construite.

Au-delà de l'Eglise locale, les paroissiens s'intègrent à des identités confessionnelles manifestées par les réseaux de pasteurs, par les pratiques confessionnalisées. Appartenir à la paroisse luthérienne, c'est aussi appartenir au luthéranisme. Pourtant, de ces identités plurielles, une identité protestante unie dans l'adversité semble se construire au XVIII<sup>e</sup> siècle, produite et produisant une « internationale fraternelle protestante ».

\*\*\*\*\*

*In fine*, l'observation de la réalité micro-historique de Bischwiller témoigne de la construction complexe dans la société d'Ancien Régime des appartenances et des identités confessionnelles, ici proprement protestantes. D'une part les individus s'intègrent à des groupes socialement définis par leur religion : des Eglises locales. Dans un cas de cohabitation comme à Bischwiller, cette appartenance produit des frictions car l'altérité devient une chose présente au quotidien. Des frontières se mettent en place et renforcent les appartenances aux diverses communautés protestantes, non sans tensions. Or pour vivre avec cette altérité, les individus ont dû pacifier leurs relations et intérioriser ces frontières confessionnelles grâce à des ressorts communautaires comme la parole, la mémoire collective ou la ségrégation spatiale. D'autre part, ces groupes confessionnels introduisent aussi les paroissiens dans un espace mental et culturel plus vaste, celui de la confession. L'appartenance à l'Eglise locale participe à la diffusion d'identités confessionnelles distinctes en servant d'intermédiaire entre, d'une part, la norme religieuse et ses manifestations physiques et culturelles – gestes, chants, réseaux – et d'autre part les fidèles. Ainsi, appartenances et identités confessionnelles jouent sur deux plans, l'un sociologique et local, l'autre culturel, tout en étant intrinsèquement liées. Spécificité protestante, ces identités semblent aussi se confondre à certains moments en une culture commune, une identité européenne protestante. S'il est possible d'appréhender la construction des appartenances et des identités confessionnelles protestantes, il faut aussi les nuancer car elles sont poreuses et ne

<sup>80</sup> A.D.B.R. 2G46/2 f.182-185: « *Erstlichen, hat dessen Collecte in der Schweitz ertragen zusammen 3061 Pf. 11β 8 d. Item hat dessen Collecte in Franckfurth ertragen nach Abzug einer vierfach spanischen louis d'or, welche besonders verrechnet und vertheilet wird 687 Pfunde 13 Schilling 8 pfennige. Item die Collecte zu Hanau 19 Pf. Item die Collecte zu Strasburg 200 Pf. 14 β. Item hat dessen Collecte durch Correspondt ertragen, und zwar zu Lion 570 Pf. Item zu Coppenhagen 229 Pf. 6 β 4 d. Item zu Stetin 159 Pf. 1 β. Item zu Neufchatel 28 Pf. »*

représentent pas le seul horizon des paroissiens. Les strates qui composent le paysage mental de l'Homme de l'Ancien Régime sont plurielles et se mêlent en fonction des circonstances et des lieux. L'individu s'intègre ainsi à de nombreux groupes, aux premiers desquels la communauté villageoise, la corporation, la famille, ... et revendique des identités différentes – village, confession, territoire – soulignant alors la complexité et la profondeur de son quotidien, et rappelant qu'il n'est pas un acteur passif et négligeable de l'histoire.

# Politische Säuberungen nach der Badischen Revolution 1848/1849

## Einzelchicksale und ihre Einordnung in den gesamtdeutschen Kontext

von Sophia Ketterer

### Einleitung

Das grundlegende Ziel dieses Beitrages ist es, zunächst eine grundlegende Vorstellung davon zu erhalten, wie das Großherzogtum Baden ökonomisch, gesellschaftlich und politisch vor und während der Badischen Revolution funktionierte. Dabei werden die grundlegenden Faktoren, die zum Gelingen der Revolution beitrugen, herausgearbeitet. Besonders die politische Organisation der Bevölkerung, die sich im Vereinswesen wiederfindet, die allgemeine Spaltung der politischen Opposition und die ideologischen und wirtschaftlichen Ursprünge der Revolution sind hier wichtig. Nach dieser Betrachtung folgt ein Blick nach Rastatt als letzte Station des Aufstandes und als Ort der politischen Säuberungen in Form von Standgerichtsurteilen und -ausführungen. Nach diesem Überblick folgt ein Einblick in die Säuberungen nach der Badischen Revolution.

Bevor sich mit den Ereignissen während und nach der Badischen Revolution beschäftigt werden kann, ist eine Definitionserklärung des hier verwendeten Terminus „politische Säuberung“ notwendig.

Ein Versuch, eine allgemeine Definition festzulegen, lässt sich im Folgenden finden: „Säuberung bezeichnet das Aussondern und Ausstoßen von unerwünschten Personen oder Gruppen aus politischen, religiösen oder sozialen Verbänden. Sie kann vom bloßen Parteiausschluss bis zur Tötung reichen“<sup>1</sup>. Auf der einen Seite ist dieser Ansatz sehr breit gewählt und umfasst eine große Spanne zwischen Ausschluss und Tötung sowie keinerlei Einschränkung der Gründe oder Ziele für solche Maßnahmen. Gleichzeitig wird dieser Definitionsversuch durch folgenden Zusatz eingengt: „Politische Säuberungen sind typisch für totalitäre Regime (Stalinismus, NS-Deutschland), aber auch für die Umbruchsphase nach deren Sturz.“<sup>2</sup> Die Einengung erfolgt durch den historischen Verweis und den strukturellen Hinweis auf gesellschaftliche und politische Neuordnungen, wobei „Umbruchsphase“ unspezifisch und „Sturz“ zu differenziert ist.

Säuberung kann im Englischen mit „purge“<sup>3</sup> übersetzt werden. Folgende Worterklärungen sind hier vorzufinden: „to force people to leave a place or organization because the people in power do not like them“<sup>4</sup>, „an action to remove your opponent or the people who disagree with you from an organization or a place“<sup>5</sup>. Beide Bedeutungserklärungen zentrieren zum einen den Aspekt des Entferns oder des Beseitigens von Menschen, die entweder nicht erwünscht sind oder mit jemanden nicht übereinstimmen. Diese Gruppe von Menschen kann auch als „unwanted people“<sup>6</sup> bezeichnet werden und korrespondiert mit der oben aufgeführten Definition, die von unerwünschten Personen spricht. Daraus folgt die Deportation von einem Ort oder der erzwungene Ausschluss dieser Menschen aus einer Partei oder Organisation. Gleichzeitig wird

---

<sup>1</sup> GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (Hg.) (Stand 2015): Nationalsozialismus – Säuberung, <https://www.gra.ch/bildung/gra-glossar/begriffe/nationalsozialismus/saeuberung/> [26.08.2019].

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Longman Dictionary of Contemporary English (Hg.): Purge, Pearson Longman. Harlow, Großbritannien: <sup>5</sup>2011, S. 1409 f.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> CAMBRIDGE DICTIONARY (Hg): Purge, Cambridge Dictionary, <https://dictionary.cambridge.org/de/worterbuch/englisch/purge>, 2014, [22.07.2019].

der Machtaspekt politischer Säuberungen insofern miteingebracht, dass diese Beseitigung von einer Gruppe von Menschen vollzogen werden kann, die in Machtpositionen stehen. Durch Autorität, Einfluss und Befehls- oder Herrschaftsgewalt können nicht gewünschte Gruppen entfernt werden. Aus einer weiteren Definition ergibt sich folgende Perspektive: „An abrupt or violent removal of a group of people“<sup>7</sup>. Wodurch diese Gruppe definiert ist, bleibt an dieser Stelle offen. Auch diese Begriffserklärung zentriert die Beseitigung einer Gruppe von Menschen, nicht eines Individuums. Gleichzeitig wird der Gewaltaspekt in das Bild der politischen Säuberungen gerückt, in dem die genannte Beseitigung gewaltsam oder plötzlich vollzogen wird.

### **Die Badische Revolution von 1848/49**

Die Badische Revolution muss als Teil einer größeren Ereigniskette gesehen werden. 1848 und 1849 herrschte in Mitteleuropa Aufbruchstimmung, revolutionäre Bewegungen und Unruhen erstreckten sich über viele Länder hinweg. Zwar waren diese insofern miteinander verbunden, dass sie sich gegenseitig beeinflussten, ihre Zielsetzung war jedoch unterschiedlich an die Bedürfnisse und Bedingungen des jeweiligen Landes gebunden.<sup>8</sup> Daher ist der Blick auf das Großherzogtum Baden zu richten, wobei es nicht zielführend ist, die einzelnen Stationen und Ereignisse wie die Mannheimer Volksversammlung, den Heckerzug oder den Struve-Putsch<sup>9</sup>, wiederzugeben. Wichtiger ist es, Ursachen, Bedingungen für das Gelingen und die grundlegende politische und gesellschaftliche Situation darzustellen.

Die Revolution in Frankreich 1848 gab den ideologischen Startschuss für die Revolution in Baden. Erste revolutionäre Tendenzen und Oppositionsstimmungen zeigen sich in der Betrachtung der gesellschaftlichen Situation. Zum einen kam es zwischen 1750–1850 zu einem enormen Bevölkerungswachstum, der die Versorgung der Gesellschaft zunehmend erschwerte. Zusätzlich gab es wenig Erträge aus der Landwirtschaft, die wiederum eine Preisexplosion hervorriefen. Hinzu kamen hohe Abgaben an die Grundherren und die Zehntherrschaft. Hungerkrisen, Hungerkrawalle, Bauernrevolutionen und Auswanderungen waren die unmittelbaren Folgen dessen. Weitere Revolutionstendenzen in Baden erfolgten nach dem Hambacher Fest 1832, was zeitweilig zu politischen Repressionen führte.<sup>10</sup>

Die politische Situation in Baden zeigte sich in der Teilung zwischen konservativer Regierung und liberaler Opposition. In der Opposition selbst fanden sich gemäßigt-liberale Strömungen und radikal-liberale Elemente wieder, wodurch es schließlich zu einer Spaltung der Opposition kam.<sup>11</sup> Zwar teilten Liberale und Demokraten ihre grundlegenden Ideen, unterschieden sich jedoch in der Ausrichtung dieser. Für die Liberalen stand die individuelle Freiheit der einzelnen Bürger im Vordergrund, die Gewaltenteilung und die Teilnahme der Bürger am politischen Entscheidungsprozess, wenn wirtschaftliche Selbständigkeit und ein gewisser Bildungsstandard vorzuzeigen waren. Sie standen für eine konstitutionelle Monarchie ein, mit einem eingeschränkten Wahlrecht. Die Demokraten wiederum forderten das Gleichheitsprinzip und die absolute Volkssouveränität. Der monarchische Einfluss sollte dem Volkswillen weichen, was sich

---

<sup>7</sup> OXFORD LEXICO (Hg.): Purge, Lexico, <https://www.lexico.com/en/definition/purge>, 2019 [22.07.2019].

<sup>8</sup> Vgl. Jürgen P. NAUTZ: Die großen Revolutionen der Welt. Wiesbaden 2008, S. 78 f.

<sup>9</sup> Vgl. Johannes M. GOLDSCHMITT: „In unsrer sonst so ruhigen Stadt“. Revolution 1848/49 in Bruchsal. Ubstadt-Weiher 1998, S. 34 ff.

<sup>10</sup> Vgl. Ernst Otto BRÄUNCHE/Ute GRAU: Einführung. In: Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag (Hg.): Revolution in Südbaden. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. Karlsruhe 1998, S. 19 f.

<sup>11</sup> Vgl. Wolfgang von HIPPEL: Revolutionen im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49. Stuttgart 1998, S. 47.

in einer parlamentarischen Monarchie zeigen sollte. Aus dem Gleichheitsprinzip folgte ein allgemeines und gleiches aktives wie passives Wahlrecht. Die Badische Revolution entsprang schließlich aus radikaldemokratischen Ideen.<sup>12</sup>

Politisch organisierte sich die Bevölkerung vor allem durch Vereine, wodurch die Vereinsbewegung eine politische Massenbewegung wurde. Durch diese flächendeckende Beteiligung gab es eine innere Differenzierung je nach Ausrichtung der Vereine, es entstanden in diesem Zuge zahlreiche Turn-, Sänger-, Bildungs- und Lese- sowie konfessionelle Vereine.<sup>13</sup> Die Vereine waren Ort politischer Diskussionen, politischer Bildung und politischen Selbst-Bewusstseins. Durch eine lokale Vernetzung breiteten sich die Vereine aus und vereinigten sich, wodurch sich ein überlokales und überregionales Netz bildete.<sup>14</sup> Dieses System war grundlegend für die Organisation der Badischen Revolution. In bürgerlichen, vaterländischen und in Volksvereinen fand sich die mittlere und gehobene Bevölkerungsschicht, wodurch die Badische Revolution eine breite Zustimmung in weiten Teilen der Gesellschaft fand. Diese wurde von Bauern, Kleinbürgern, Handwerkern und Soldaten sowie Offizieren getragen. Die Massenmobilisierung fand schließlich ihren Höhepunkt in der Offenburger Versammlung 1847, in der unter anderem Pressefreiheit, persönliche Freiheit, die Vertretung des Volks im Deutschen Bund, eine gerechte Besteuerung und eine Volksbewaffnung gefordert wurde.<sup>15</sup>

Neben den ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Ursachen und Grundlagen der Badischen Revolution nimmt die Presse eine weitere Schlüsselrolle ein. Die Presse war nicht nur der Ort, an dem die Opposition dominierte, die Wirkkraft und die Reichweite der oppositionellen Ideen gewann so an Größe. Zwar litt Baden seit der Verfassung 1818 aufgrund der Karlsbader Beschlüsse unter einer Präventiv-Zensur, diese wurde jedoch 1832 aufgrund der Liberalisierungsmaßnahmen aufgehoben. Nach den Ereignissen des Hambacher Festes wurde das liberalere Pressegesetz jedoch wieder zurückgenommen. Trotz allem radikalisierte sich ein Teil der Presse, zum Beispiel durch Joseph Fickler oder Gustav Struve, die die Mannheimer Abendzeitung publizierten. Die radikale politische Presse war auch ein Grund dafür, dass die Einheit der politischen Opposition zerbrach.<sup>16</sup>

Diese ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Faktoren führten 1848 zum Beginn der Badischen Revolution, was sich in Ereignissen wie dem Hecker-Zug und dem Struve-Putsch zeigte, in denen versucht wurde, die Republik und Volkssouveränität in Baden auszurufen. Anfang Mai 1849 rief die Nationalversammlung dazu auf, die Reichsverfassung anzuerkennen, obwohl der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zuvor die Kaiserwürde abgelehnt hatte. Es folgt die sogenannte Reichsverfassungskampagne, was sich in Baden durch breite Protestbewegungen, die die Durchsetzung der Reichsverfassung forderten, zeigte. Es folgten Militärmeutereien, in denen die Soldaten gegen ihre Offiziere rebellierten und sich der demokratischen Volksbewegung anschlossen. Aufgrund der politischen Situation floh der Großherzog Leopold ins Exil. Preußen rückte wenig später in Baden ein.<sup>17</sup> Dieser kurze Abriss der Ereignisse dient zur historischen Orientierung und um das Gesamtbild abzudecken, wobei hier keine Vollständigkeit der Ereignisse, sondern bloß eine Übersicht angestrebt wurde. Diese Darstellung dient dazu, zu zeigen, dass die Badische Revolution Ursprung und Auswirkung politischer und gesellschaftlicher Umbrüche war und somit als Nährboden und Voraussetzung

---

<sup>12</sup> Vgl. ebd., S. 48.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 22 f.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S.58 ff.

<sup>15</sup> Vgl. o. A. (Stand 1847): Die Forderungen des Volkes, <https://www.offenburg.de/html/media/dl.html?v=16106> [25.07.2019].

<sup>16</sup> Vgl. HIPPEL (wie Anm. 11), S. 62 ff.

<sup>17</sup> Vgl. BRÄUNCHE/GRAU (wie Anm. 10), S. 26.

für politische Säuberungen angesehen werden kann. Als nächstes muss in der Mikroperspektive die Stadt Rastatt und deren besondere Rolle in der Revolution betrachtet werden.

### **Rastatt als letzte Station der Revolution**

Bevor Rastatt in seiner Ambivalenz und als letzte Bastion der Revolution betrachtet werden kann, muss ein Schritt zurückgenommen werden, um die Bedeutsamkeit der Stadt zu klären. Die Stadt Rastatt war zur Zeit der Revolution eine Stadt mittlerer Größe mit rund 7000 Einwohnern. Seit 1848 wurde sie als Bundesfestung gegen die Verteidigung Frankreichs eingesetzt, wodurch Militär, staatliche Bürokratie und untergeordnete Aufsichtsbehörden hier Platz fanden. Rastatt galt daher als sicher, regierungstreu und fungierte als Symbol der militärischen und monarchischen Macht, wobei die Rastatter Bürger als liberal, national und konservativ, dadurch politisch breit gefächert angesehen werden können. Die Gründung verschiedener Vereine (Turnvereine, vaterländische Vereine, Bürgervereine, Arbeitervereine), dienten der Tarnung, um sich politisch zu engagieren und organisieren.<sup>18</sup> Rastatt war auch ein Ort der ersten Soldatenaufstände, die sich mit Teilen der Bürgerwehr und den Volksvereinen verbündeten.<sup>19</sup> Amand Goegg nennt die mangelnde „*Abhängigkeit und Achtung der Soldaten gegen ihre Offiziere*“<sup>20</sup> als Grund dafür, wodurch Probleme innerhalb der Armee in den Vordergrund der Ursachenanalyse rücken. Dieser kurze Abriss zeigt, dass Rastatt auch ein Ort der Ambivalenz darstellte. Obwohl Rastatt sollte durch die Festung ein Machtsymbol für Monarchie und Militär darstellte, wurde die Stadt zur Stätte des Aufstandes.

Die Soldatenaufstände und die Verbrüderung mit der Rastatter Bürgerwehr führten letztendlich zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Rastatt, nachdem die Revolutionsarmee nach den Niederlagen in Waghäusel und Bruchsal gegen die preußische Armee gen Süden abrückte, um in der Bundesfestung Stellung zu beziehen.<sup>21</sup> Hier lag zunächst die Hoffnung, dass Rastatt als einer der letzten Stützpunkte der Badischen Revolution gegen die Preußische Armee als solche gehalten werden konnte. Gleichzeitig hoffte man auf Unterstützung von außen.<sup>22</sup> So war die Anfangsstimmung in der Festung Rastatts zunächst noch siegessicher, wie sich aus der ersten Ausgabe des Festungs-Boten von Ernst Elsenhans vernehmen lässt:

*Nicht allein die Rücksicht auf die allgemeine Freiheit und das Vaterland, aber ist es, welche wir uns vor Augen zu halten haben. Die Ehre, ohne welche ein Mann, weder im Soldaten—, noch im Bürgertod gedacht werden kann, zwingt uns, Stand zu halten auf dem Posten, den wir inne haben. [...] Und ist die Festung nicht ausgebaut, so wohnen wir in ihr entschlossene Herzen genug, die ihre Brust dem Feinde entgegen tragen wollen – ein undurchdringlicher Ball. [...] damit wir die Prinzipien der allgemeinsten Freiheit, der Vaterlandsliebe und der Ehre mit Erfolg durchführen können, bedarf es vor Allem der Einheit und Einigkeit im Handeln.“<sup>23</sup>*

---

<sup>18</sup> Vgl. Peter HANK: Rastatt. In: Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag (Hg.): Revolution in Südbaden. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. Karlsruhe 1998, S. 484.

<sup>19</sup> gl. Markus BULTMANN: Erfahrung von Freiheit und Unfreiheit in der deutschen Geschichte. Rastatt und Offenburg: Erinnerungsorte der Revolution 1848/49; Darstellung – Dokumentation – Vermittlung. Bremerhaven 2007, S. 217.

<sup>20</sup> Amand GOEGG: Badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf. Zürich 1876, S. 132.

<sup>21</sup> Vgl. BULTMANN (wie Anm. 19), S. 218.

<sup>22</sup> Vgl. Willy REAL: Die Revolution in Baden 1848/49. Stuttgart 1983, S. 166.

<sup>23</sup> Ernst ELSENHANS: Die nächste Aufgabe der Garnison und Bürgerschaft von Rastatt. In: Der Festungs-Bote, (1849), o. S.

Der Festungs-Bote bietet eine Innensicht in die Festung und in die Revolution. Seine eigentliche Funktion war es, an den Zusammenhalt der Revolutionsarmee, das Besinnen und Aktivieren der revolutionären Ideen und Zielen sowie das Agieren als Einheit zu erinnern. Obwohl Elsenhans weitere solcher Schlachtrufe publizierte, verschlechterte sich die Lage und somit die Stimmung in der Festung zunehmend. Die preußische Armee rückte am 30. Juni 1849 in Rastatt ein, wodurch die Revolutionäre in der Festung eingeschlossen waren. Unzufriedenheit, Misstrauen, Hoffnungslosigkeit und Aussichtslosigkeit verbreiteten sich unter der Revolutionsarmee und führten zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen.<sup>24</sup> Nach mehreren Verhandlungen zwischen dem preußischen General von der Groeben und dem Festungskommandanten Gustav Nikolaus Tiedemann folgte schließlich am 23. Juli 1849 die bedingungslose Kapitulation und Unterwerfung der Belagerten auf Gnade und Ungnade<sup>25</sup>. Mit dieser Entscheidung wurde die letzte Bastion der Badischen Revolution aufgegeben, was gleichzeitig der Ausgangspunkt der politischen Säuberungen bildete. Rastatt fungierte also nicht nur als letzte Hoffnung der demokratischen Bestrebungen und der letzte revolutionäre Halt, der Ort symbolisierte auch dessen Ende und wurde schließlich als Stätte politischer Säuberungen umfunktioniert.

### Politische Säuberungen nach der Badischen Revolution

Dass es sich bei den Maßnahmen gegen Revolutionäre nach der Badischen Revolution um politische Säuberungen handelte, kann nicht nur dadurch bewiesen werden, dass Historiker wie Wolfram Siemann die Zeit nach der Revolution als „anhaltende Periode politischer Säuberungen“<sup>26</sup> bezeichnen. Es gilt nun, die Ziele, Gründe und Legitimationsbasis der politischen Säuberungen darzustellen, um diese Ereignisse und Maßnahmen in die zuvor erstellte Definition einzuordnen.

Die politischen Säuberungen umfassen alle kriegsrechtlichen Strafformen und Maßnahmen, die von Standgerichten getragen worden und im Zuge der Beendigung der Badischen Revolution zu setzen sind. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem Hinrichtungen und langjährige Haftstrafen für Revolutionäre. Die Lage nach der Zerschlagung der Revolution war durch das preußische Intervenieren komplex, die Macht des Großherzogs anfänglich eingeschränkt, wodurch die provisorische Reichsregierung zunächst eine untergeordnete Rolle spielte. Im Zentrum der politischen Säuberungen standen die Standgerichte, die aus dem Kriegsrecht heraus legitimiert wurden.<sup>27</sup> Der Prinz von Preußen erklärte am 19. Juni 1849 den Kriegszustand, da „die Auführer im Großherzogtum Baden fortfahren, sich zum bewaffneten Widerstande gegen die zur Herstellung der rechtmäßigen Regierung im Lande an dessen Grenzen versammelte Armee zu rüsten...“<sup>28</sup>. Der Kriegszustand versetzte Baden in einen Zustand der akuten Bedrohung – mit der Revolution als Auslöser und Vorantreiber dieser Gefahr. Aufgrund dessen „verfallen nunmehr alle diejenigen Personen in dem Großherzogtum Baden, welche unter Meinen Befehlen stehenden Truppen durch eine verrätherische Handlung Gefahr oder Nachtheil bereiten, dem Kriegsrecht.“<sup>29</sup> Dieses vom preußischen Prinzen erhängte Kriegsrecht war die Legitimationsbasis für die Standgerichtsurteile und deren Auswirkungen. Das Ziel dieser Maßnahme

<sup>24</sup> Vgl. REAL (wie Anm. 22), S. 167.

<sup>25</sup> Wilhelm BLOS: Badische Revolutionsgeschichten aus den Jahren 1848 und 1849. Mannheim 1910, S. 111.

<sup>26</sup> Wolfram SIEMANN: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871, Frankfurt am Main 2001, S. 25.

<sup>27</sup> Vgl. Heinz HOLECZEK: Standgerichtsprozesse und Exekutionen. In: Peter HANK/Heinz HOLECZEK/Martina SCHILLING (Hg.): Rastatt und die Revolution von 1848/49. Bd. 2: Von der Freiheitsfestung zur Preußischen Besetzung. Rastatt 2001, S. 615 ff.

<sup>28</sup> PRINZ VON PREUBEN, zitiert nach: GROßHERZOG LEOPOLD: Großherzoglich Badische Gesetze und Verordnungen für das standrechtliche Verfahren gegen die Theilnehmer an der im Mai 1849 ausgebrochenen Revolution. o. O 1849, S.18.

<sup>29</sup> Ebd.

war es, die Revolution auf rechtllichem Weg zu verurteilen, um so eine juristische Bewältigung zu erlangen. Diese Bewältigung betraf zunächst die Revolutionäre, später die bürokratischen und militärischen Strukturen.<sup>30</sup> Diese Maßnahmen zeigen den Charakter politischer Säuberungen, da mit den Standgerichten ein Organ gewählt wurde, das außerhalb der juristischen Norm lag, da sie durch das Kriegsrecht legitimiert wurden. Gleichzeitig fungieren die politischen Säuberungen als justitielle Säuberungen, da das Recht als Machtinstrument genutzt wurde, um politische Ziele zu verfolgen.

Die Gründe dieser politischen Säuberungen sind vielfältig. Zum einen sollte das Großherzogtum von allen Spuren der Revolution gereinigt werden, damit die alte politisch-gesellschaftliche Ordnung wiederhergestellt werden konnte. Die Angst vor einer neu aufkeimenden Revolution verstärkte Kontrolle und Überwachung.<sup>31</sup> Amand Goegg führt zu dieser Kette von Gründen folgenden hinzu: „Mit solcher Härte wollte man das deutsche Volk ein für allemal von freiheitlichen Bestrebungen abschrecken“<sup>32</sup>. Gleichzeitig sieht er im preußischen Feldzug gegen Baden deren Drängen nach größerem Einfluss im Süden Deutschlands.<sup>33</sup>

Die politischen Säuberungen der Badischen Revolutionen dienten also vorrangig der Abschreckung und der Reinigung, weniger dem Auswechseln von Eliten wie etwa bei der Entnazifizierung. Ziel war auch die Abrechnung mit einem politischen System, hier die zuvor errichtete Badische Republik, um die politische Macht zurückzugewinnen. Gleichzeitig spielt der Aspekt der Beseitigung von einer Gruppe von Menschen insofern eine Rolle, dass die Revolutionäre als Bedrohung für den Status quo und für die Zukunft des Großherzogtum Baden angesehen wurden. Letztendlich waren die politischen Säuberungen ein Mittel zur Zurückgewinnung der Macht durch das alte System in Baden, dem Machterhalt für die Preußen und somit eine Maßnahme gegen die Demokratie.

### **Vorgehensweise der politischen Säuberungen und kritische Betrachtung**

Im Folgenden werden die politischen Säuberungen durch die Standgerichte näher beleuchtet, kritische Aspekte herausgearbeitet und durch die Rekonstruktion des Strafverfahrens gegen Ernst Elsenhans konkretisiert.

Ort der Standgerichte war der Ahnensaal im Rastatter Schloss, in dem vier Wochen nach dem Ende der Revolution die ersten Prozesse begannen. Auch hier lässt sich die Stadt Rastatt als Ort der Ambivalenz herausarbeiten. War er zunächst Stätte des demokratischen badischen Aufstandes, wurde er nun zum Ort politischer Säuberungen durch die Preußen. Zwar waren der Staatsanwalt, die Untersuchungsrichter sowie der Verteidiger badische Beamte bzw. Anwälte, die Position des Richters übernahmen jedoch die Preußen. Die Untersuchung der Fälle war zwar Aufgabe der Badischen Beamten, aber die eigentliche Macht des Richtspruches lag nunmehr in der Hand der Preußen. Nach der Eröffnung des Prozesses trug die Anklage die Beweisgründe vor und plädierte je nach Tatbestand für die Todesstrafe, so dass der Angeklagte standesrechtlich zu erschießen war.<sup>34</sup> Eine Möglichkeit der Berufung gab es nicht, was ebenso als kritisch zu bewerten ist, wie die Tatsache, dass die Sprechung des Urteils nicht im Namen des Oberbefehlshaber, also dem Prinz von Preußen, sondern im Namen des Großherzogs Leopolds erfolgte. Der Prinz von Preußen sollte mit den Standgerichten und den darauffolgenden Urteilen,

---

<sup>30</sup> Vgl. HOLECZEK, (wie Anm. 27), S. 620.

<sup>31</sup> Vgl. ebd.

<sup>32</sup> Amand GOEGG, 1876, S. 171.

<sup>33</sup> Vgl. ebd., S. 173.

<sup>34</sup> Vgl. BULTMANN (wie Anm. 19), S. 225.

besonders mit den Todesurteilen, nicht in Verbindung gebracht werden.<sup>35</sup> Dieser Aspekt betont den politischen Charakter der Standgerichte. Diese zeigen, dass Preußen die eigentliche militärische, politische und rechtliche Macht innezuhaben hatte und die Standgerichtsprozesse Mittel waren, um politische Säuberungen anzusetzen und so innenpolitische Ziele anzustreben. Diese Macht zeigt sich auch darin, dass das Kriegsrecht lange nach den eigentlichen Kampfhandlungen verlängert und durch den Titel „Pazifikation“ benannt wurde. Vorgebliches und propagiertes Ziel war also die Befriedung des Landes, die unter anderem durch die Standgerichte getragen werden sollte.<sup>36</sup>

Was besonders zu erwähnen wäre, sind die Eile und die vermutlich kurze Vorbereitung in Bezug auf die Prozesse. Viele der Prozesse, die besonders die prominenten und bekannten Personen der Badischen Revolution betrafen, wirken aus heutiger Perspektive überstürzt und mangelhaft vor- und aufbereitet. Das zeigt sich in der kurzen Zeitspanne von Untersuchung und entsprechendem Urteil, wodurch der Eindruck erweckt wird, dass selbige vor der eigentlichen Verhandlung bereits festgelegt wurden.<sup>37</sup>

Die Standgerichte sind nicht nur aufgrund ihrer Personalbesetzung, die die eigentlichen Machtverhältnisse widerspiegeln, kritisch zu sehen, auch die Schwere und die Reichweite der Strafen sind zu verurteilen. In Rastatt gab es mit 19 durchgezogenen Hinrichtungen die meisten in Baden im Zuge der Prozesse. Hinzu kamen langjährige Haftstrafen besonders gegen Soldaten und Unteroffiziere, weniger gegen Zivilisten.<sup>38</sup> Die genauen Zahlen aller zum Tode Verurteilten und tatsächlich Hingerichteten, ist nicht sicher zu ermitteln.<sup>39</sup> Sicher ist jedoch, dass nicht alle aktiven wie passiven Beteiligten, Demonstranten oder Helfer der Revolution festgenommen oder vor Gericht gestellt werden konnten. Aufgrund dessen muss man davon ausgehen, dass manche Urteile als Exempel gewertet werden konnten. Ziel war schließlich immer noch die endgültige und vollkommene Reinigung von der Revolution.

Um ein solches Exempel darzustellen, wird das Leben des Revolutionärs Ernst Elsenhans kurz angerissen und dessen Prozess kritisch begutachtet. Der am 26.09.1815 in Feuerbach bei Stuttgart geborene Journalist und Autor<sup>40</sup> zeigte vor seiner Beteiligung in Rastatt bereits Verbindungen mit radikaldemokratischen Strömungen. Er hatte Verbindungen mit dem radikalen Verleger Heinrich Hoff und vertrat in seinen Artikeln die republikanischen Anschauungen von Friedrich Hecker und Gustav Struve. So forderte er in einem seiner Schriftstücke den Sturz der Monarchie und den Umbau der sozialen Ordnungen, wodurch es zwecks einer sozialen Demokratie zu einer größtmöglichen Gerechtigkeit führen sollte. Er forderte außerdem ein Volksheer zur Verteidigung nach außen, das nicht mehr nur als Machtinstrument der Fürsten dienen sollte, sondern als Abwehrorgan für das Volk.<sup>41</sup> Wegen solchen Aussagen und wegen seines Aufrufes an Soldaten, die Befehle zu verweigern und sich zu widersetzen, wurde Elsenhans wegen Anstiftung zum Hochverrat verurteilt. Während der Revolution wurde Elsenhans aus der Haft befreit. Er meldete sich nach seiner Befreiung in Karlsruhe bei der badischen Revolutionsregierung, in der er eine Position als Sekretär des Kriegsministeriums erhielt, wodurch er schließlich nach

---

<sup>35</sup> Vgl. REAL (wie Anm. 22), S. 171 f.

<sup>36</sup> Vgl. HOLECZEK (wie Anm. 27), S. 629.

<sup>37</sup> Vgl. ebd., S.633.

<sup>38</sup> Vgl. BLOS, (wie Anm. 25), S. 126.

<sup>39</sup> Vgl. REAL (wie Anm. 22), S. 173.

<sup>40</sup> Vgl. Bernd BRAUN: Eine Rose für den Revolutionär – zum 200. Geburtstag von Ernst Elsenhans. In: HAMBACH-GESELLSCHAFT FÜR HISTORISCHE FORSCHUNG UND POLITISCHE Bildung (Hg.): Jahrbuch der Hambach Gesellschaft. Neustadt 2006, S. 190 f.

<sup>41</sup> Vgl., Heinz HOLECZEK: Ernst Elsenhans. Biographie eines revolutionären Publizisten. In: Stadt Rastatt (Hg.): Ernst Elsenhans (1815-1849). Ein schwäbischer Revolutionär in Rastatt. Rastatt 1995, S. 10 f.

Rastatt kam.<sup>42</sup> Gleichzeitig erhielt er die formale Ernennung zum Offizier, wobei er keine direkte militärische Funktion innehatte, er war vielmehr als Bote, Kurier und Dolmetscher eingesetzt wurden. Später in der Festung Rastatt schrieb und veröffentlichte Elsenhans den Festungs-Boten<sup>43</sup>, aus dem in diesem Beitrag bereits zitiert wurde.

Der Autor Ernst Elsenhans war nach der Kapitulation und der Übergabe der Festung mit anderen Revolutionären zunächst in die Kasematten gebracht wurden. Er musste sich mehreren Untersuchungen und Verhören unterziehen, die dann letztendlich zu einer Verhandlung führten. Der Anklagepunkt lautete Hochverrat, der durch *die verantwortliche Herausgabe des in vierzehn Nummern erschienenen ‚Festungsboten‘*<sup>44</sup> und *durch die maßgebliche Beteiligung am ‚Club des entschiedenen Fortschritts‘*<sup>45</sup> als *hochverräterische Verschwörung*<sup>46</sup> begründet wurde. Als Beweismittel legte man Auszüge aus dem Festungs-Boten vor. Die Aufsätze dienten nicht nur dazu, die Forderungen der sozialen Demokratie (Volkssouveränität, repräsentative Demokratie, absolute soziale Gerechtigkeit)<sup>47</sup> offen zu legen, sondern Elsenhans druckte auch Gedichte über die Preußen oder Stellungnahmen zu deren Politik ab und kritisierte die Preußische Monarchie.<sup>48</sup>

Elsenhans Anwalt argumentierte zwar, dass sein Mandant kein Soldat, sondern ein Zivilist wäre und als solcher nicht in die Zuständigkeit eines Standgerichtes fallen könnte, auf diesen Einwand wurde jedoch nicht eingegangen.<sup>49</sup> Hätte man darauf geachtet, dass Elsenhans eine eher provisorische militärische Position innerhalb der Revolutionsregierung inne hatte, er selbst nie eine Waffe getragen und vom Gericht stets als Publizist bezeichnet wurde, hätte dies zur Folge eine Verurteilung nach Landesrecht zur Folge gehabt. Diese grundlegenden Aspekte wurden jedoch nicht beachtet, was als kritisch und als oberflächliche juristische Aufarbeitung zu werten ist. Stattdessen wurde der Journalist für Hochverrat schuldig befunden und zum Tod durch Erschießen verurteilt.<sup>50</sup>

### **Leben in den Kasematten und Betrachtung von Einzelschicksalen**

Die Beteiligten der Badischen Revolution, die nach der Kapitulation der Festung in Rastatt gewesen waren, wurden zunächst in die Kasematten dieser gebracht, damit die Revolutionäre dort auf ihren Prozess warten konnten. Über 6000 Inhaftierte verbrachten diese Kasemattenhaft, über die in Zeitzeugenberichten, Briefen und Aufzeichnungen berichtet sowie in zeitgenössischen Lithografien dargestellt wird.<sup>51</sup> Auch wenn Amann, Dietz und Corvin als subjektiv zu bewerten sind, so helfen diese Beschreibungen doch, einen Eindruck von den Haftbedingungen nach der Revolution zu erhalten.

Zunächst ist die Lithografie von Friedrich Kaiser (vgl. Anhang) zeigt fünf Männer, von denen drei am Boden liegen und zwei an eine Wand lehnen. Das einzige Möbelstück in dieser Dar-

---

<sup>42</sup> Vgl. BRAUN (wie Anm. 40), S. 192 ff.

<sup>43</sup> Vgl. HOLECZEK (wie Anm. 27), S. 15.

<sup>44</sup> GLA 234/1696.c21 sqq. zit. nach HOLECZEK (wie Anm. 27), S. 642.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Vgl. ELSENHANS, 1849, Ausgabe 10: Was ist und was will die soziale Demokratie?

<sup>48</sup> Vgl. ebd., Ausgabe fünf/sieben: Von den Plänen des Preußenkönigs.

<sup>49</sup> Vgl. REAL (wie Anm. 22), S. 172.

<sup>50</sup> Vgl. HOLECZEK (wie Anm. 27), S. 643.

<sup>51</sup> Vgl. ebd., S.13.

stellung ist ein Stuhl, worauf sich einer der Gefangenen stützt. Weitere Sitz- oder Liegemöglichkeiten sind nicht vorhanden. Die Männer liegen auf einem Boden mit spärlichem Stroh. Teilweise ähnelt die Kleidung der Männer Uniformen und Militärmützen. Nahrung ist nur im Sinne eines Wasserkruges vorzufinden. Die Insassen scheinen nicht miteinander zu reden, sie blicken alle gen Boden. Die allgemeine Stimmung dieses Holzschnittes ist niederdrückend und finster, weil auch durch das spärliche Fenster wenig Licht in die Zelle gerät. Das Bild, das von den Gefangenen hier gezeichnet wird, zeigt ihre scheinbar ausweglose Situation. Sie scheinen verzweifelt, resigniert, hoffnungslos, traurig oder trotzig, nicht mehr kampfmütig oder optimistisch.

Die Behausung der Kasematten beschrieb der in Konstanz geborene Feldwebel Wilhelm Amann auf eine ähnliche Weise. Er hatte im dritten Regiment in Rastatt gedient und gehörte somit der Revolution an, wodurch er bis zu seiner Verurteilung vor dem Standgericht in die Kasematten gebracht wurde. Er beschreibt diese folgendermaßen: *„Der Boden der Casematten war weder mit Steinplatten noch Borde belegt, naß und kalt; das Wasser lief an den Wänden herab, und setzte sich in den Boden, auf dem Gefangenen ohne Stroh oder anderen Unterlagen schlafen mußten versehen“*<sup>52</sup>. Da die Kasematten unfertig und im Bauzustand waren, wurden die einfachen Soldaten oder Soldaten mit niederem Rang, auch aufgrund des mangelnden Platzes, in feuchten Räumen ohne festen Boden gebracht. Offizieren erging es insofern besser, dass sie getrennt von den Soldaten niederen Ranges, in besser ausgestatteten Zellen untergebracht wurden. Sie hatten ebenso Zugang zu Schreibmaterial.<sup>53</sup> Erst nach wenigen Tagen wurde Stroh für die restlichen Gefangenen gebracht.<sup>54</sup> Diese Beschreibungen bestätigen die Darstellung der Lithografie und zeichnen ein menschenunwürdiges und schreckliches Bild der Kasemattenhaft.

Auch Wilhelm Dietz bezeichnet die Kasematten als Käfig und als scheußlicher Kerker, dessen Lebensbedingungen aufgrund fehlenden Strohes, fehlender Bank oder Sitz- und Liegemöglichkeit, den feuchten Wänden und dem nassen Boden sogar die preußischen Offiziere erschreckte. Zusätzlich beschreibt Dietz die Enge des Raumes, in dem er mit fünf weiteren Gefangenen hausen sollte, als klein, finster und stickig.<sup>55</sup>

Otto von Corvin beschrieb die Kasematten als schauerhaftes Loch und vergleicht es mit Verließen aus dem Mittelalter.<sup>56</sup> Der Unterschied zu diesen läge darin, *daß es an dem ‚halb vermordeten Stroh‘ und dem Trinkwasser fehlte, denn wir hatten keines von beiden*<sup>57</sup> Doch nicht nur an den Unannehmlichkeiten der Räumlichkeiten, der Enge und dem Durst litten die Gefangenen. Hinzu kam der Hunger, denn *drei Tage blieben wir ohne Nahrung, erst am vierten Tage wurde in der Stadt durch die Commandanten bekannt gemacht, daß die Militärbehörde bis jetzt nicht in der Lage gewesen, die Kriegsgefangenen zu verköstigen*<sup>58</sup>. Da die Kapitulation vergleichsweise schnell vonstattenging, war die Vorbereitung auf die Kasemattenhaft für die tausenden Häftlinge unvorbereitet und unstrukturiert, wodurch es an elementaren Bedürfnissen wie Nahrung und Wasser zunächst mangelte. Die Lage verbesserte sich zwar, die Nahrung

---

<sup>52</sup> Wilhelm AMANN, zit. nach: Heinz HOLECZEK: In den Casematten zu Rastatt. Erinnerungen eines Neunundvierziger Kriegsgefangenen. Rastatt 1997, S. 18.

<sup>53</sup> Vgl. HOLECZEK (wie Anm. 27), S. 515.

<sup>54</sup> Vgl. AMANN (wie Anm. 52), S. 18.

<sup>55</sup> Vgl. H.D.: Rastatter Casematten-Erzählungen. Rastatt 1997, S. 59.

<sup>56</sup> Vgl. Otto von CORVIN: Aus dem Leben eines Volkskämpfers. Bd. 4. Amsterdam 1861, S. 73.

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> AMANN (wie Anm. 27), S.19.

wurde ausreichend, jedoch einseitig und mangelhaft. Die mangelhafte Versorgung blieb daher eine der Hauptbeschwerden.<sup>59</sup>

Hunger und Durst führten zusätzlich zu den schlechten hygienischen Umständen und der Feuchtigkeit der Räumlichkeiten zu einem mangelhaften gesundheitlichen Gesamtzustand der Gefangenen. Wilhelm Amann selbst erkrankte laut eigenen Aussagen aufgrund der Feuchtigkeit, wodurch er in eines der wenigen Lazarette gebracht wurde.<sup>60</sup> Die mangelnden hygienischen Umstände erschwerten das Leben zusätzlich, *wenn man bedenkt, daß in feuchten finsternen Casematten-Räumen oft 300 Mann beisammen lagen und volle 8 Tage hatte man diese Unglücklichen ohne Stroh im Fuß hoher feuchter aufgelockerter Dreck-Erde – wie das liebe Vieh – liegen lassen*<sup>61</sup>. Tatsächlich führten die Feuchtigkeit der Kasematten, der Schmutz, die mangelhafte Ernährung, die hygienischen Umstände und die Ansteckungsgefahr aufgrund der Enge scheinbar zu Krankheiten wie Typhus oder der Ruhr-Epidemie. Der Lazarett-Arzt Adolf Kußmaul konnte solche Epidemien für seine Zeit nicht bestätigen<sup>62</sup>. Wilhelm Amann und Otto von Corvin beschrieben jedoch gesundheitliche Auswirkungen der Kasemattenhaft: *Die Feuchtigkeit unseres Kerkers hatten an Einigen bald ihre üblen Folgen geäußert*<sup>63</sup>.

Neben den äußeren Lebensumständen litten viele Gefangene an der schweren, körperlichen Arbeit am Festungswerk, was auch aufgrund der mangelnden Ernährung zu Erschöpfung und Niedergeschlagenheit führte<sup>64</sup>, was was Friedrich Kaiser in seinem Bild aufgriff. Dieser Wehmut und diese Hoffnungslosigkeit waren auch Resultate aus Demütigungen der preußischen Besatzung. H.D. beschreibt eine Szene, in der die Häftlinge sich entkleiden mussten, damit diese durchsucht werden konnten: *Was wir an Geld, Gold, Ketten, Ringen und Uhr bei uns hatten [...] wurde abgenommen, und vor unseren Augen dann als Eigenthum des Einzelnen besonders gepackt und bezeichnet, mit dem Bewerten: daß wir das später nach Umständen wieder erhalten würden. [...] Die Rücksichtslosigkeit, die Brutalität, mit der man bei dieser Gelegenheit verfahren, hatte einen Jeden auf das tiefste empört. Scham- und Zornes-Röthe....* Über Demütigungen und Degradierungen wie diese berichteten viele ehemalige Gefangene. Zwar ist ebenso von Mitleid von den preußischen Soldaten zu lesen, so sind es vor allem die strengen Maßregelungen und Auflagen, unter denen die Häftlinge litten.

Die beschriebenen Umstände, unter denen die ehemaligen Revolutionären zu leben hatten, geben einen exemplarischen Eindruck der Lebensbedingungen in der Kasemattenhaft. Natürlich sind die verwendeten Aufzeichnungen als subjektiv und nicht als die absolute Wahrheit zu werten, jedoch bestätigen sie sich gegenseitig und mit den vorhandenen Lithografien ergibt sich ein gemeinschaftliches, exemplarisches Bild dieses Zeit- und Lebensabschnittes. Die Kasematten und die Lebensbedingungen können im weitesten Sinne als Teil der politischen Säuberungen gewertet werden. Die Funktion der Kasematten war zwar nicht die Beseitigung im Sinne von Hinrichtungen, trotzdem kam es zu einer Beseitigung aus der Gesellschaft und somit zu einer Stigmatisierung. Baden sollte von der Revolution gereinigt werden, was nur funktionieren konnte, wenn die Auslöser, Träger und Gesichter der Revolution erst identifiziert, entnommen und letztendlich abgestraft werden konnten. Die harten Haftbedingungen sollten auf zukünftige Revolutionäre abschreckend wirken.

---

<sup>59</sup> Vgl. HOLECZEK (wie Anm. 27), S. 521 ff.

<sup>60</sup> Vgl. AMANN (wie Anm. 52), S. 24.

<sup>61</sup> H.D., 1997, S.64.

<sup>62</sup> Vgl. HOLECZEK (wie Anm. 27), S. 526.

<sup>63</sup> CORVIN (wie Anm. 56), S75.

<sup>64</sup> Vgl. HOLECZEK (wie Anm. 27), S. 532.

## Auswirkungen der Zerschlagung der Revolution

Das Ende der Badischen Revolution, das letztendlich zu den Kasematten und Standgerichten führte, betraf nicht nur Rastatt als letzte Bastion der Revolution. Auch in anderen badischen Städten wie Freiburg oder Mannheim wurde ein ähnliches Prozedere gewählt, um die Revolution endgültig zu zerschlagen. Der Zeitgenosse Franz Simon Meyer sagte über diese Zeit: *Wir leben hier in einer Atmosphäre von Blut*<sup>65</sup>. Diese Auffassung findet man auch im sogenannten Badischen Wiegenlied von Ludwig Pfau wieder:

*„Schlaf’, mein Kind, schlaf leis’,  
Dort draußen geht der Preuß’,  
Deinen Vater hat er umgebracht,  
Deine Mutter hat er arm gemacht,  
Und wer nicht schläft in guter Ruh’,  
Dem drückt der Preuß’ die Augen zu.  
Schlaf’, mein Kind, schlaf leis’,  
Dort draußen geht der Preuß’“*<sup>66</sup>

Diese erste Strophe zeigt eine kritische Position gegenüber den preußischen Soldaten bzw. der preußischen Besatzungspolitik, indem eine Mutter den Tod ihres Mannes beklagt. Dieser starb aufgrund der Preußen bzw. der Zerschlagung der Revolution. Gleichzeitig wird hier beschrieben, dass nicht nur die unmittelbaren Folgen – hier die Hinrichtung eines Revolutionären – zu Leid geführt haben, sondern auch die darauf folgenden Auswirkungen auf die Familien der Verurteilten. Außerdem gehe von den Preußen noch immer eine Gefahr aus, wenn man sich nicht unauffällig – in „guter Ruh“ – verhalten würde. Schon an dieser Stelle wird der Preuße in diesem Lied als absoluter Feind stilisiert. Außerdem zeigt sich bereits in der ersten Strophe ein starker Kontrast zwischen den Motiven eines Wiegenliedes („Schlaf mein Kind, schlaf leis“) und den Elementen politischen Inhalts, die wiederum als Anklage formuliert sind. Wobei die Bitte, dass das Kind leise zu schlafen habe, als Metapher für die Repressalien und Sanktionen gegen das badische Volk während der Besetzungszeit angesehen werden kann. Diese Annahme wird dadurch bekräftigt, wenn man folgende Stelle betrachtet: *Der Preuß’ hat eine blut’ge Hand, die streckt er über’s badische Land, und alle müssen still sein als wie dein Vater unterm Stein*<sup>67</sup>.

## Revolutionsteilnehmer und Baden

Bevor auf die Auswirkungen auf die badische Gesellschaft während der Besetzungszeit eingegangen wird, werden die mit den politischen Säuberungen zusammenhängenden Folgen für die Revolutionäre aufgeführt. Unmittelbare Auswirkungen für die Revolutionäre – abgesehen von dem möglichen Verlust ihres Lebens – zeigte sich in deren Verlust der persönlichen Freiheit, ihrem Ansehen und ihrem sozialen Status.<sup>68</sup> Zahlreiche Verhaftungen zogen etliche Freiheitsstrafen mit sich, wodurch die Gefängnisse in Baden bald überfüllt waren. Gleichzeitig kam es in der badischen Armee zu Zwangspensionierungen und Zwangsentlassungen. Viele militärische Anhänger, die an der Revolution teilgenommen hatten, verloren ihren Rang oder wurden

<sup>65</sup> Franz Simon MEYER: Die ganze Geschichte meines gleichgültigen Lebens. Kiel 2017, S. 445.

<sup>66</sup> Ludwig PFAU zit. nach: Wolfgang DUFFNER: Der Traum der Helden. 12 Nachrufe auf im Sommer und Herbst 1849 hingerichteten Kämpfer der Badischen Revolution. Lahr 1997, S. 46.

<sup>67</sup> Ebd., S. 46.

<sup>68</sup> Vgl. BRÄUNCHE/GRAU (wie Anm. 10), S. 27.

degradiert,<sup>69</sup> wodurch beispielsweise Wilhelm Amann den Anspruch auf seine Pension verlor.<sup>70</sup> Weitere finanzielle Auswirkungen zeigten sich auch darin, dass die verurteilten und für schuldig befundenen Teilnehmer der Revolution für die Kriegsausgaben haftbar gemacht wurden und somit mit ihrem Privateigentum einen Teil zur Tilgung eines drei Millionen Gulden hohen Schadens beitragen sollten.<sup>71</sup> Die teilweise ungewöhnlich hohen Geldstrafen und die Beschlagnahme des Eigentums waren Mittel, um die badische Staatskasse zu entlasten und somit eine Art der Rückerstattung einzufordern. Dies führte jedoch zur Verarmung und dem Verlust des sozialen und gesellschaftlichen Status der Revolutionäre, wodurch nicht nur diese und sondern auch die betroffenen Familien unter der Zerstörung der Lebensgrundlage zu leiden hatten.<sup>72</sup> Das bestätigt die Annahme, dass die politischen Säuberungen als Machtinstrument eingesetzt wurden, um revolutionäre Bestrebungen flächendeckend zu unterdrücken und alle aktiven wie passiven Beteiligten abzustrafen und längerfristig zu schaden. Somit ist eine Hinrichtung nicht die einzige Art und Weise, wie jemand beseitigt oder „gesäubert“ werden kann, auch der Verlust der sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlage führt zu einem ähnlichen Ergebnis, wodurch diese Auswirkungen somit als verlängerter Arm der politischen Säuberungen gewertet werden können.

Die politischen Säuberungen in Form von Verfolgungen und Verhaftungen führten auch unmittelbar zur Flucht von Revolutionsteilnehmern. Die Zufluchtsorte waren die Schweiz, England, Frankreich und die USA. Selbstredend waren die Gründe der Badener auch sicherlich von wirtschaftlicher Natur, ein Sechstel der 60.000 Auswanderer bis 1855 flohen jedoch aus politischen Gründen.<sup>73</sup>

Der finanzielle Aspekt, der die politischen Säuberungen begleitet, kann im Zusammenhang mit der materiellen und wirtschaftlichen Belastung Rastatts und der ersten Auswirkung auf Baden betrachtet werden. Die geldlichen Anforderungen an die Stadt waren sehr hoch und zeigten sich in der Verpflegung, Heilung und dem Transport von revolutionären Kasemattenhäftlingen. Preußen verlangte ebenso Kriegskosten, die Baden zu zahlen hatte. Auch deshalb kam es zwischen der Rastatter Bevölkerung und der preußischen Besatzungsmacht immer wieder zu Konflikten, da beide Parteien eine grundlegend andere Sichtweise auf den Verlauf der Ereignisse hatten.<sup>74</sup>

Diese Konflikte ergaben sich ebenso durch Ausforschungen und Hausdurchsuchungen in der Zivilbevölkerung Rastatts, die auch mittels Denunziationen erwirkt werden konnten. Fand man während der Hausdurchsuchung Gegenstände oder Habseligkeiten eines Revolutionärs, wurden diese konfisziert. Wurden dagegen Waffen gefunden, musste der Hausbesitzer mit schweren Strafen rechnen. Die Besatzungspolitik Preußens hatte mit diesen Maßnahmen das Ziel, alle aktiven Anhänger und Helfer der Revolution zu ermitteln, um das Land zu „befrieden“. Hinzu kamen preußische Expeditionskorps, die versteckt gehaltene und geflohene Revolutionsteilnehmer aufspüren sollten. Zusätzlich wurden treugebliebene badische Beamte eingesetzt, um diese Verfolgungen zu realisieren und organisieren.<sup>75</sup> Treugeblieben meint in diesem Zusammenhang nicht unbedingt, dass der badische Beamte nach der Errichtung der Revolutionsregierung seinen Posten aufgab, vielmehr wird in einem Untersuchungsbericht folgendes festgelegt: *Die*

---

<sup>69</sup> Vgl. REAL (wie Anm. 22), S. 174.

<sup>70</sup> Vgl. HOLECZEK (wie Anm. 27), S.10.

<sup>71</sup> Vgl. BLOS (wie Anm. 25), S. 127.

<sup>72</sup> Vgl. REAL (wie Anm. 22), S. 176.

<sup>73</sup> Vgl. BRÄUNCHE/GRAU (wie Anm. 10), S.27.

<sup>74</sup> Vgl. Heinz HOLECZEK: Kasemattenhaft und Fluchten (wie Anm. 27), S. 522 f.

<sup>75</sup> Vgl. ebd. S. 538 f.

*Mitglieder der Ministerien wissen [...] wie es sich in ruhigen Zeiten bei geordneten, geebneten Verhältnissen die Dinge in gemessenen Gänge abwickeln lassen; im Strudel solcher gewaltigen Krisen aber hat der Vaterlandsfreund nur einen Leitstern: das allgemeine Wohl so viel als ihm möglich zu wahren.*<sup>76</sup> „Treugeblieben“ meint aus monarchischer Loyalität und aus „Vaterlands-  
liebe“ seinen Posten nicht aufgegeben zu haben, damit das Land während der Revolution nicht noch weiter ins Chaos stürzen sollte. Diese Darstellung und Differenzierung dienen dazu, die Grenze zu ziehen, zwischen denen, die bestraft und von denen das System gesäubert werden sollten und denen, die als Unterstützer der alten Ordnung galten. Somit wurde nicht nur zwischen Revolutionsbefürwortern und Revolutionsgegnern unterschieden, sondern gleichzeitig legitimiert, wer nicht von den Säuberungen betroffen war.

Zu den Denunziationen und Hausdurchsuchungen kamen zusätzlich Repressionen für die Rastatter Bevölkerung hinzu. Zu unter Vorwänden durchgeführte Hausdurchsuchungen, die dem Hausrecht widersprachen, kamen Beleidigungen, willkürlich wirkende Verhaftungen und Haft ohne Verurteilung. Preußen benutzte diese Art der Besatzungspolitik, um in ihrer Sicht Recht und Ordnung und somit das soziale System wiederherzustellen. Die rigorosen Maßnahmen, die vor allem auch die Zivilbevölkerung belastete, wurden als legitime Mittel postuliert, um Frieden, Sicherheit und Recht, wiederaufzubauen.<sup>77</sup> Diese Ausführungen entsprechen der Darstellung aus dem Badener Wiegeliad, in dem die Mutter ihr Kind dazu anhält, aufgrund der Preußen leise zu schlafen, was für die Badische Bevölkerung bedeutete, sich verdeckt zu halten und keine revolutionären Tendenzen zu zeigen.

Bisher wurde aufgeführt, dass die politischen Säuberungen nicht nur die Revolutionäre, sondern auch deren Familie und die Zivilbevölkerung an sich betroffen haben. Die politischen Säuberungen als Machtinstrument wurden jedoch auch genutzt, um die Stadtverwaltung Rastatts und den amtierenden Bürgermeister zu entlassen. Der Verwaltungsapparat wurde mit Amtsleuten aus dem alten System besetzt. Diese wiederinstallierten Beamten repräsentierten die Regierungsform vor der Revolution.<sup>78</sup> Auch hier war das vorrangige Ziel darin gelegen, die Revolution als Ganzes und in ihrem Einzelnen zu beseitigen, um das badische Land unter vorgeblich friedensstiftenden Maßnahmen in das alte System zurückzudrängen, wodurch diese als Schritte als der Restauration vorrevolutionärer Verhältnisse angesehen werden können.<sup>79</sup>

### **Gesamtdeutsche Perspektive unter der Reaktionsära**

Die Reaktionsära kann als Zeitabschnitt angesehen werden, der nach dem Ende der Revolution bis in die 1860er, teilweise bis in die 18070er-Jahre angesetzt wird. Die Betrachtung dieser Zeit ist insofern wichtig, um die weitläufigen Auswirkungen der Revolution und ihrer Zerschlagung und den darauffolgenden Ereignissen zu zeigen. Die politischen Säuberungen bewirkten gesellschaftliche Umbrüche, Umformung und Deformierung, die die politische Restauration als Ziel vorgab. Dieser Zeitabschnitt wurde schon von Zeitgenossen als Reaktion bezeichnet. Stützt man sich auf Thomas Nipperdey, sind die Revision der Verfassung und Justiz, politische Bewachung und Verfolgung, Etablierung eines systematischen und weitläufigen Polizei- und Militärapparates, eine reaktionäre Verfassungspolitik und Beeinflussung der Wahlen, Merkmale, die den Epochenabschnitt kennzeichnen und im Folgenden partiell betrachtet werden.<sup>80</sup>

---

<sup>76</sup> o. A.: Lage und das Verhalten der Mitglieder der großherzoglich badischen Ministerien während der Revolution vom 13. Mai bis 25. Juni 1849, Karlsruhe: o. A, S.7.

<sup>77</sup> Vgl. HOLECZEK (wie Anm. 27), S. 541 ff.

<sup>78</sup> Vgl. ebd., S. 539.

<sup>79</sup> Vgl. ebd., S. 535.

<sup>80</sup> Vgl. SIEMANN (wie Anm. 26), S.25, 39.

Weitere Mittel, neben den bereits aufgeführten, die von den konservativen Eliten genutzt wurden, zeigen sich in der Strafverfolgung durch die Justiz, in der Gesetzesrestauration, der Errichtung einer Geheimpolizei, der politischen Manipulation der Landtage und die Säuberung des öffentlichen Dienstes, worin sich die Merkmale Nipperdeys wiederfinden und die Reaktionsära als solche bestätigen.<sup>81</sup> Die Strafverfolgung wurde in diesem Beitrag bereits aufgegriffen und als explizites Mittel der politischen Säuberung gekennzeichnet. Strafrechtliche Maßnahmen betrafen jedoch auch die Presse durch Repressions- und Zensurmaßnahmen sowie die Zivilbevölkerung aufgrund von Anklagen wegen Hochverrat oder Majestätsbeleidigung und die politischen Vereine, indem diese zunächst verboten wurden. Besonders in Preußen und Baden wurden diese juristischen Mittel gewählt, um die revolutionären Kräfte zu schwächen und die Gesellschaft von selbigem Charakter zu reinigen.<sup>82</sup>

Die Gesetzesrestaurationen als Machtinstrument, um das alte vor-revolutionäre System wieder aufzubauen, können an verschiedenen Beispielen belegt werden. Diese politischen Maßnahmen entstanden in einer Zeit, in der Preußen und Österreich Bündnispartner waren und der Deutsche Bund wiederhergestellt wurde.<sup>83</sup> So kam es 1854 zum Bundespressegesetz, das Einschränkungen in Form von Konzessionsentzug, Kautionen und Gesamthaftung aller Beteiligte beinhaltete. Das Bundesvereinsgesetz aus 1854 beinhaltete die Zuspaltung des Fortbestandes von Vereinen, die sich jedoch nicht mehr überregional zusammenschließen durften. Vereine sollte so isoliert und regional gebunden werden, damit es eine Vereinigung und ein kommunikatives Netz wie vor und während 1848 nicht mehr geben konnte.<sup>84</sup> Diese Gesetze können daher als Vorsichtsmaßnahme und Mittel zur Prävention angesehen werden, gleichzeitig wurden demokratische Errungenschaften der Revolutionsregierung damit zurückgenommen und revidiert.

Ein weiteres Merkmal der Reaktionsära und eine weitere Auswirkung ist die Einrichtung einer Geheimpolizei, die ein systematisches Überwachungssystem einsetzte, das sich in Preußen, Österreich und Baden ausbreitete. Die Geheimpolizei verfügte über eine eigene Struktur, wodurch schneller Nachrichtenaustausch besonders durch Polizeikonferenzen und Wochenberichte ermöglicht wurde. Ziel war es, die Opposition, die Presse, mögliche politischen Gegner und Vereine sowie revolutionäre Flüchtlinge zu überwachen und somit zu kontrollieren.<sup>85</sup>

Eine weitere Maßnahme zeigt sich in der Revision der Verfassung und der politischen Manipulation der Landtage. Durch neue Wahlgesetze wie das Dreiklassenwahlrecht, das auf den materiellen Besitz des Wählers ausgerichtet war, schrumpfte der Kreis der Wahlberechtigten. Zusätzlich kam es zu manipulierenden Eingriffen in die Wahlen oder zu vorzeitigen Auflösungen von Landtagen durch die herrschenden Monarchen, damit durch Neuwahlen, eine regierungsförderliche Mehrheit erreicht werden konnte.<sup>86</sup> Diese Aspekte sind Teil des Umbaus des politischen Systems.

Das letzte Mittel, das während der Reaktionsära genutzt wurde, um Deutschland von den Spuren der Revolution zu „befreien“, war die Säuberung des öffentlichen Dienstes. Bundesweit wurden die Träger und Beamten von öffentlichen Ämtern, also auch Richter, Lehrer und Pro-

---

<sup>81</sup> Vgl. SIEMANN, Wolfram: Strategien der Gegenrevolution, in: Damals Spezial 30 (1998) S. 86.

<sup>82</sup> Ebd., S. 87.

<sup>83</sup> Ebd., S. 27 ff.

<sup>84</sup> Ebd., S. 40 f.

<sup>85</sup> Vgl. SIEMANN (wie Anm. 26), S. 46 f.

<sup>86</sup> Vgl. SIEMANN (wie Anm. 81), S. 90.

fessoren, auf mögliche Verbindungen zur Revolution überprüft. Wurde das Verhalten als revolutionsfreundlich und somit regierungsfeindlich eingestuft, folgten Entlassungen. Wer in den Staatsdienst eintreten wollte, wurde auf seine politische Vergangenheit hin untersucht.<sup>87</sup>

All diese Schritte können nicht nur als weiterführende Ereignisse der politischen Säuberungen, sondern im weitesten Sinne selbst als solche angesehen werden. Besonders die rechtliche Aufarbeitung und Verfolgung, die vor allem den öffentlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich betrafen, zeigen den Charakter politischer Säuberungen. Dieser zeigt sich auch im Aspekt des Machtgewinnes bzw. der Macht-Rückgewinnung und der Etablierung Preußens bzw. der konservativen Kräfte, was sich in der Revision der Justiz, der Verwaltung und auf politischer Ebene äußerte. Auch die Gesetzesänderungen und deren Verschärfungen im Hinblick auf die Presse und das Vereinswesen sind in ihrem Charakter und ihrer Idee nach nicht nur Mittel der Unterdrückung und Kontrolle, sondern bedeuten gleichzeitig eine Erweiterung der ursprünglichen politischen Säuberungen. Ferner ist eine Reinigung des öffentlichen Dienstes, der Schulen und Universitäten in dieser Vorgehensweise eindeutig zu den politischen Säuberungen zu zählen. Außerdem findet sich die Idee des Elitenaustausches hinter diesen Maßnahmen wieder. Längerfristig wurden dadurch die demokratischen Bestrebungen geschwächt, die Demokraten stigmatisiert und kriminalisiert, wodurch man alle erarbeiteten Strukturen der Revolution ersetzen und restaurieren konnte.

### Fazit

Von zentraler Bedeutung für politische Säuberungen sind die Kategorien Machterhalt und Machtgewinn. Die Revolutionsregierung in Baden wurde im Zuge der politischen Säuberungen abgebaut, damit das politische System restauriert werden konnte. Deshalb wurden die alten Machträger und Machtzweige, beispielsweise viele badische Beamte, wiedereingesetzt. Mit ihnen war es möglich, eine breite Bevölkerungsschicht zu verfolgen, zu verhaften und zu bestrafen. Gleichzeitig führten diese Schritte zur der Machtetablierung und Prävention vor weiteren Aufständen, um mögliche weitere Revolutionen zu unterdrücken und im Keim zu ersticken. Vorgeblich war es das Ziel der Befriedung, Recht und Ordnung in ein scheinbar von der Revolution gebeuteltem Land wiederherzustellen. Letztendlich sollte jedoch jedes revolutionäre Gedankengut in Baden vollkommen ausgerottet werden. Darunter litten besonders die Revolutionsteilnehmer, die zum Tode verurteilt und teilweise als Exempel für eine erzieherische Außenwirkung missbraucht wurden. Die politischen Säuberungen reichten also von Verfolgungen und Verhaftungen zu Entlassungen oder Zwangspensionierungen bis hin zu Freiheitsstrafen, Geldstrafen, Verlust von Besitz und Ansehen sowie Hinrichtungen. Dadurch verloren viele Anhänger der Revolution ihr Leben. In Rastatt betrafen die Hinrichtungen beispielsweise den ehemaligen badischen Offizier Ernst von Biedenfeld<sup>88</sup>, den Festungsgouverneur Gustav Nikolaus Tiedemann<sup>89</sup>, den Uhrmacher und Angehörigen der Schweizer Flüchtlingslegion Oberst Georg Böhning<sup>90</sup>, den polnischen Offizier Theophil Mniewski<sup>91</sup> sowie die preußischen Revolutionsteilnehmer und dadurch als Deserteure stigmatisierten Karl Bernigau, Jean Joseph Jansen und Friedrich Wilhelm Schrader<sup>92</sup>. Diese Liste hingerichteter Revolutionäre ist weder vollständig, noch enthält sie die Männer, die in Freiburg und Mannheim zum Tode verurteilt wurden.

---

<sup>87</sup> Vgl. ebd.

<sup>88</sup> Vgl. HOLECZEK, 2001, S. 650 f.

<sup>89</sup> Vgl. ebd., S. 656 ff.

<sup>90</sup> Vgl. ebd. S. 661 ff.

<sup>91</sup> Vgl. ebd. S. 689 ff.

<sup>92</sup> Vgl. ebd. S. 699 ff.

Legitimiert wurden dieses Vorgehen als Befriedungsmaßnahme. Unter einem ideologisch ähnlichen Stern standen die rechtlichen Säuberungen der Standgerichte, die ihre Urteile mit dem anhaltenden Notstand und Kriegszustand begründeten. Eine preußische Deutschlandpolitik war demnach nur durch die restlose Beseitigung allen revolutionären Gedankengutes möglich.

Die Zerschlagung der Revolution hatte im ökonomischen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben weitführende Auswirkungen, die sich in der Reaktionsära widerspiegeln. Die politischen Säuberungen stellen insofern den Ausgangspunkt dar, weil sie als Mittel gegen die Revolution anzusehen sind und durch ihren „reinigenden“ Charakter die Grundlage für fortführende Auswirkungen, Entwicklungen und Veränderungen geschaffen haben.

## Anhang



*In den Rastatter Kasematten (Friedrich Kaiser) aus Kapitel 5.2.2*

Quelle: Stadt Rastatt (Stand 2019): [https://www.rastatt.de/fileadmin/\\_processed\\_/3/1/csm\\_618-2017\\_Kaiser-Vortrag\\_WGM\\_Kasematten\\_24af7e969d.jpg](https://www.rastatt.de/fileadmin/_processed_/3/1/csm_618-2017_Kaiser-Vortrag_WGM_Kasematten_24af7e969d.jpg) [13.09.2019]

# Zwangsarbeit im ländlichen Raum 1940-1945

## Das Beispiel Ottersweier

von Adalbert Metzinger

Ursprünglich hatte in der historischen Betrachtung des NS-Regimes der Themenkomplex Zwangsarbeit bis weit in die 1970er Jahre weder in der Öffentlichkeit noch in der Geschichtsschreibung eine größere Bedeutung eingenommen. Aus historisch-wissenschaftlicher Sicht rührte hauptsächlich Ulrich Herberts Untersuchung des Ausländereinsatzes in der Kriegswirtschaft (1985) an Tabus und Verdrängungen bezüglich dieser Thematik. Besonders aber die öffentlichkeitswirksamen Diskussionen über Entschädigungszahlen für NS-Zwangsarbeit und die Verabschiedung eines Gesetzes durch den Deutschen Bundestag zur Entschädigungsregelung für die Zwangsarbeiter (Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“) im Jahr 2000, rückten diesen wichtigen historischen Forschungsgegenstand stärker in das öffentliche Bewusstsein und führte zu einer zunehmenden Zahl von Arbeiten und Einzelstudien zur Zwangsarbeit im „Dritten Reich“.

Zunächst lag der Schwerpunkt der Forschung auf Großunternehmen und Konzernen wie z. B. Daimler-Benz oder die I.G. Farben oder konzentrierte sich auf die Zwangsarbeit in Städten (vgl. Karlsruhe, Ludwigshafen, Pforzheim). Verhältnismäßig wenig wurde aber bis jetzt die Zwangsarbeit im ländlichen Raum untersucht, so dass über den Einsatz von Zwangsarbeitern in Dörfern kaum etwas Konkretes vorliegt. Im Zuge dieser unzureichenden Forschungslage versucht dieser Beitrag für den Ort Ottersweier (Landkreis Rastatt) mittels der noch vorhandenen Quellen die Zwangsarbeit während des NS-Regimes zwischen 1940 und 1945 als Teil der lokalen Geschichtsschreibung darzustellen.

### Der Begriff „Zwangsarbeit“

Der Begriff „Zwangsarbeit“ erstreckt sich auf verschiedene Formen des Arbeitseinsatzes, die bezüglich der zuständigen Verwaltungsdienststellen und ebenso im Ausmaß des Zwangs differenzieren. Spoerer unterteilt die ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen in vier Gruppen:

1. Ausländische Zivilarbeiter, die freiwillig ins Reich gekommen waren und die den Krieg hindurch Deutschland z. B. nach Beendigung ihres Arbeitsvertrages, wieder verlassen konnten. Sie stammten hauptsächlich aus verbündeten Staaten wie Bulgarien, Italien (bis 1943), Kroatien, Rumänien, Slowakei, Ungarn und aus dem neutralen Spanien.
2. Häftlinge aus Konzentrationslagern oder Arbeitserziehungslagern, die verwaltungsmäßig der „Verfügungsgewalt“ der SS ausgeliefert waren, besaßen keinerlei Einflussmöglichkeiten auf ihre existenziellen Lebensbedingungen. Zu ihnen zählen besonders sowjetische Kriegsgefangene und Häftlinge jüdischer Herkunft, die noch einmal eine Ausnahmestellung einnahmen.
3. Zivile ausländische Arbeitskräfte, die zum Arbeitseinsatz ins Reich verschleppt wurden. Zu ihnen zählen hauptsächlich Zivilarbeiter aus Polen und aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion.

4. Zwangsarbeiter, die etwas ihre Existenzbedingungen beeinflussen konnten, kamen aus den besetzten Regionen außerhalb Polens und der Sowjetunion und waren meistens Kriegsgefangene, vor allem aus Belgien, Holland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland und Jugoslawien.<sup>1</sup>

### **Beginn der Zwangsarbeit 1940**

Im Folgenden wird überwiegend die Situation ausländischer Zivilarbeiter und von Kriegsgefangenen, die mehrheitlich aus Polen und der Sowjetunion stammten, beschrieben. Nach dem Ende des Polenfeldzugs begann die Wehrmacht ab Oktober 1939 die polnischen Kriegsgefangenen nach Deutschland zu überführen: „Die Verschickung der „erbeuteten“ polnischen Kriegsgefangenen in das Reich klappte dann auch ziemlich reibungslos, so dass bereits im Oktober 1939 213.000 und zum Jahresende rund 300.000 von ihnen in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt waren. Gleichzeitig mit dem Vormarsch der Kampftruppen sorgten schnell eingerichtete Stellen der Arbeitsämter in Polen für die Rekrutierung von zivilen Arbeitskräften, wodurch bis zum Jahresende 1939 weitere 40.000 polnische Arbeitskräfte in diese Sektoren eingegliedert werden konnten“.<sup>2</sup>

Ab dem 14. April 1940 wurden in Ottersweier (ca. 3000 Einwohner) die ersten 28 polnischen Zwangsarbeiter eingesetzt. Es handelte sich dabei um polnische Kriegsgefangene aus dem Gefangenenlager in Offenburg: *Das Oberkommando der Wehrmacht hat die Freilassung der polnischen Kriegsgefangenen angeordnet. Bedingung für die Freilassung ist, dass der Kriegsgefangene sich schriftlich verpflichtet, bis zur endgültigen Entlassung durch das Arbeitsamt in die Heimat als freier Arbeiter jede ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten und seine Arbeitsstelle ohne Genehmigung des Arbeitsamtes oder der Polizei nicht zu verlassen. Unerlaubtes Verlassen der Arbeitsstelle wird bestraft und hat sofortige Verhaftung durch die Polizei zur Folge.*<sup>3</sup>

Die Tätigkeit der ersten polnischen Zwangsarbeiter beschränkte sich meist auf eine landwirtschaftliche Beschäftigung. Die ausländischen Zwangsarbeiter unterlagen einer rechtlichen Abstufung. Für fast jede Ausländergruppe galten eigene Vorschriften. Am untersten Ende der Völker rangierten Polen und die aus der Sowjetunion deportierten Arbeitskräfte („Ostarbeiter“). Für sie galten Sondererlasse, die sie einer umfassenden Diskriminierung und politisch-sozialen Kontrolle unterwarfen. Dies belegt auch das Schreiben des Landrats des Kreises Bühl vom 27. August 1940 („Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums“):

*Die polnischen Zivilarbeiter unterliegen als feindliche Ausländer den Vorschriften über die Behandlung von Ausländern, z. B. Aufenthaltszwang am Arbeitsort.*

*Die Polen haben auf der rechten Brustseite jedes Kleidungsstückes ein mit ihrer jeweiligen Kleidung festgebundenes Kennzeichen („P“) stets sichtbar zu tragen.*

*Verboten ist ihnen u. a.*

- a) *Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel*
- b) *Besuch deutscher Veranstaltungen kultureller, kirchlicher und gesselliger Art*
- c) *Besuch von Gaststätten*

---

<sup>1</sup> Mark SPOERER: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart 2001, S. 16 f.

<sup>2</sup> Jürgen SCHUHLADEN-KRÄMER: Zwangsarbeit in Karlsruhe 1939-1945. Karlsruhe 1997, S. 17.

<sup>3</sup> Schreiben des Arbeitsamtes Rastatt an den Bürgermeister von Ottersweier vom 15.08.1940. Gemeindearchiv Ottersweier (GAO XI/2).

### *Seelsorgerische Betreuung der Polen*

- a) *Bei vorhandenem Bedürfnis kann ihnen Gelegenheit gegeben werden, an Sonn- und Feiertagen dem Gottesdienst beizuwohnen (Gottesdienst nur für Polen ohne deutsche Gemeindeglieder)*
- b) *Verboten ist es, die Beichte in polnischer Sprache abzunehmen*
- c) *Verboten im Gottesdienst: Gesang von Liedern in polnischer Sprache.*<sup>4</sup>

Verboten war auch der nächtliche Ausgang, später sogar die Benutzung von Fahrrädern. Viele tiefgläubige polnische Katholiken dürfte das Verbot deutsche Messen zu besuchen, stark getroffen haben. Die speziellen Gottesdienste nur für Polen fanden nur sporadisch statt, wobei die polnische Sprache auch noch verboten war. Bei intemem Umgang mit Deutschen – „GV-Verbrechen“ wie das in der abnormen Nazi-Sprache hieß - drohte die Hinrichtung: „Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft“.<sup>5</sup>

Vom 14. April 1940 bis zum Ende des 2. Weltkrieges, als am 14. April 1945 französische Truppen Ottersweier besetzten, lebten insgesamt 78 polnische Zwangsarbeiter (72 Männer und sechs Frauen) in diesem Dorf (vgl. GAO XI/2). Die ältesten Zwangsarbeiter entstammten der Geburtsjahrgänge 1887, 1889, 1891 und 1889, während die jüngsten drei Jugendliche im Alter zwischen 16 und 17 Jahren waren. Zu den 78 Zwangsarbeitern kamen noch drei Kinder (geboren 1942, 1944 und 1945) hinzu, die aus einer Familie stammten und vom 07.08.1944 bis zum 23. Mai 1945 alle bei einem einzigen „Arbeitgeber“ lebten. Die meisten polnischen Zwangsarbeiter kamen 1940 (28) und 1944 (20).

Am 22. Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Infolge der Ausdehnung des Krieges hatte sich die deutsche Wirtschaft (z. B. Rüstungsindustrie) und Landwirtschaft auf eine längere Auseinandersetzung einzustellen und verlangten mehr Arbeitskräfte. Da die deutsche Bevölkerung nicht mehr stärker belastet werden sollte, organisierte die NS-Führung den weiteren Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. Sie wurden in den besetzten russischen Städten und Dörfern zusammengetrieben und ins Reich verschleppt. Dabei gingen die deutschen „Werbekommandos“ häufig mit beispielloser Brutalität in den besetzten sowjetischen Gebieten vor. Um die von der Rüstungsindustrie geforderten Kontingente an arbeitsfähigen Männern und Frauen zusammenzubekommen, wurden regelrechte Menschenjagden und willkürliche Verhaftungsaktionen auf Marktplätzen oder in Kinos veranstaltet, Dörfer niedergebrannt, Bewohner ganzer Landstriche verschleppt, Passanten auf offener Straße gekidnappt: „Man fängt jetzt Menschen, wie die Schinder früher Hunde gefangen haben“, klagte ein ukrainischer Bauer im November 1942.<sup>6</sup> Die Professorin Nina Afanasjewna Toropowa, die 1999 nach Deutschland reiste, um in Ottersweier Nachkommen ihres „Arbeitgebers“ während ihrer Zwangsarbeit von 1942 bis 1945 zu besuchen, beschrieb ihre „Rekrutierung“ so: Als zwölfjähriges Mädchen musste sie erleben, wie deutsche Soldaten ihre Familie auseinanderrissen. Sie wurde gemeinsam mit ihrem Vater Afanasji zu Zwangsarbeit in Deutschland verpflichtet, während man ihre Mutter verhaftete und in ein Konzentrationslager verschleppte. Zurück blieben ihre beiden acht- und elfjährigen Brüder.<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> GAO XI/2.

<sup>5</sup> SCHUHLADEN-KRÄMER (wie Anm. 2), S. 38 f.

<sup>6</sup> Volker ULLRICH: Die „Ostarbeiter“ waren am schlimmsten dran. In: Frankfurter Rundschau 11.01.1986.

<sup>7</sup> Acher- und Bühler Bote (14.07.1999).

Als zweite Ausländergruppe kamen ab Juni 1942 Personen aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion nach Ottersweier. Der Bürgermeister von Ottersweier berichtete in einem Schreiben vom 5. Juni 1942 an den Bühler Landrat:

*31 männliche und zwei weibliche Arbeitskräfte sowie fünf Kinder (ein Junge und vier Mädchen) befinden sich in Ottersweier.*

*Alle, bis auf einen Mann, sind in der Landwirtschaft eingesetzt. Ein Mann ist in einem Betrieb mit Fahrradreparaturen beschäftigt.*

*Die Männer sind bis auf drei, in dem seitherigen, dazu eingerichteten Lager untergebracht. Die drei sind in abgelegenen Gehöften, welche vier km einfachen Weg bis zum Lager entfernt sind. In diesen Gehöften sind männliche Betriebsleiter noch vorhanden, welche die Überwachung gut ausführen können.<sup>8</sup>*

Auf Anordnung des Landrats mussten am 27. Oktober 1942 alle in der Gemeinde wohnhaften sowjetrussischen Zivilarbeiter und -arbeiterinnen zwecks Abnahme der Fingerabdrücke und der Aushändigung der Arbeitskarten auf das Rathaus in Ottersweier kommen.<sup>9</sup> Als Kennzeichen hatten die sowjetrussischen Zwangsarbeiter ein „OST“-Abzeichen zu tragen. Im Reichsgesetzblatt von 1942 stand die folgende Definition für Ostarbeiter: *Ostarbeiter sind diejenigen Arbeitskräfte nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die im Reichskommissariat Ukraine, im Generalkommissariat Weißruthenien oder in Gebieten, die östlich an diese Gebiete und an die früheren Freistaaten Lettland und Estland angrenzen, erfasst und nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht in das Deutsche Reich einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren gebracht und hier eingesetzt werden.<sup>10</sup>*

Bis zum Ende des Krieges am 14. April 1945 lebten insgesamt 77 sowjetrussische Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen in Ottersweier. Darunter befanden sich ca. 14 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren (vier Mädchen und 10 Jungen). Erstaunlich ist, dass in drei Fällen auch Kinder ab Juni 1942 bzw. Mai 1944 bereits Zwangsarbeit verrichten mussten. Es handelte sich dabei um die am 9. September 1932 in Leningrad geborene Galja Saidowa, die am 15. September 1929 in Smolenskaja geborene Nina Wichodzewa und die am 17. Mai 1932 in Pomirci geborene Lydia Romaniw. Während G. Saidowa völlig auf sich allein gestellt bei einer Bauernfamilie ihre Arbeit verrichtete, konnte Nina Wichodzewa mit ihrem Vater zusammen bei ihrem „Arbeitgeber“ bleiben. Bei Lydia Romaniw war es so, dass sich noch drei weitere Familienangehörige bei drei anderen „Arbeitgebern“ im Ort befanden. In insgesamt 11 Fällen waren Familienangehörige bzw. Verwandte als Zwangsarbeiter in Ottersweier beschäftigt:

- Vater und Sohn (geb. 1923) bei verschiedenen Arbeitsstellen
- Vater und Tochter (geb. 1929) bei der gleichen Arbeitsstelle
- Eltern und Tochter (geb. 1926), Eltern beim gleichen „Arbeitgeber“, Tochter bei einem anderen
- Mutter und zwei Töchter (geb. 1924 und 1928) bei verschiedenen Arbeitsstellen
- Vater und drei Söhne (geb. 1923, 1926, 1927) bei verschiedenen Arbeitsstellen, wobei der 1927 geborene Sohn von Juni 1942 bis zum 26. Oktober 1942 beschäftigt war,
- während der Vater mit seinen beiden anderen Söhnen bis zum April 1945 Zwangsarbeit verrichtete. Über den Sohn ist nach dem 26. Oktober 1942 nichts bekannt.

---

<sup>8</sup> GAO XI/2.

<sup>9</sup> GAO XI/2.

<sup>10</sup> SPOERER (wie Anm. 1), S. 94.

- Vater, zwei Söhne (geb. 1925, 1929) und eine zwölfjährige Tochter bei vier verschiedenen Arbeitsstellen
- drei Familienangehörige bei verschiedenen Arbeitsstellen (u. a. Tamara Kontarjew, geb. 1928)
- sechs Familienangehörige vom 25. Mai 1944 bis April 1945 bei vier verschiedenen „Arbeitgebern“ (Mutter und vierzehnjährige Tochter, Mutter und siebenjähriger Sohn Semen und Josef Iwanonkiw)

Im August 1942 stellten Polen und Russen nicht nur in Ottersweier, sondern auch in ganz Baden das weitaus größte Potential an ausländischen Arbeitskräften dar. Über 70 Prozent kamen aus diesen Ländern, woran sich bis 1945 nicht mehr viel geändert hat.

- Von Elena Laskowa ist nur bekannt, dass sie zwischen Oktober 1942 und dem 26. Juli 1944 in Ottersweier arbeitete. Am 6. Mai 1944 brachte sie die Tochter Maria zur Welt: „Die Ostarbeiterin Elena Laskowa war bei R.F. im Münchhof (Okt. 1942–26. Juli 1944) beschäftigt. Sie war einige Tage im Krankenhaus Achern zur Entbindung“.<sup>11</sup> Was nach dem 26. Juli 1944 mit beiden geschah, konnte nicht festgestellt werden.
- Maria Petrowa (geboren 1922 in Kischenlotschina) war von August 1943 bis zum 4. November 1943 in Ottersweier. Sie brachte am 20. Oktober 1943 in Achern den Jungen Alexander zur Welt. Auch in diesem Fall ist über den weiteren Verbleib der beiden nichts bekannt.

Die ursprüngliche Praxis der deutschen Arbeitseinsatzbehörden, Familien zu trennen, war zutiefst unmenschlich. Zudem führte diese Maßnahme dazu, dass sich z. T. Zwangsarbeiter von ihrer Arbeitsstelle entfernten, um ihre an einem anderen Ort eingesetzten Familienangehörigen zu treffen. Deshalb machte Fritz Sauckel (von 1942 bis 1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz) die zuständigen Behörden darauf aufmerksam, Familien möglichst zusammen einzusetzen, was teilweise auch in Ottersweier geschah.

Noch wenig untersucht ist das Schicksal der Kinder von Zwangsarbeiterinnen aus Polen und der Sowjetunion: „Ende September 1944 arbeiteten 1,99 Millionen ausländische Frauen im Deutschen Reich, davon 60 % Ostarbeiterinnen und polnische Ukrainerinnen sowie 24 % ethnische Polinnen“.<sup>12</sup> Die Frauen aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion und Polens waren in der Mehrheit sehr jung. Viele wurden im Alter zwischen 14 und 25 Jahren zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt: „Zusammen mit Polinnen befanden sich die sowjetischen Zwangsarbeiterinnen in der rassistischen Hierarchie weit unten“.<sup>13</sup> Spoerer geht im Gau Schwaben Anfang 1944 von geschätzten 2 % Schwangerschaften bei Ostarbeiterinnen und bei 5 % der Polinnen aus. Das Reichsinnenministerium schätzte im Juni 1944 die Anzahl der ausländischen Kinder auf ca. 140.000, davon entfielen auf Ostarbeiterinnen 75.000, auf Polinnen 58.000 und auf Ausländerinnen anderer Nationalität 8300.<sup>14</sup> Am Anfang schickten die Behörden schwangere Zwangsarbeiterinnen in ihr Heimatland zurück. Seit 1943 gewährten die NS-Behörden schwangeren Ostarbeiterinnen und Polinnen auf Antrag die Abtreibung: „Illegale Abbrüche waren bei diesen Gruppen straffrei – deutsche Frauen hatten dagegen strenge Strafen zu erwarten“.<sup>15</sup> Wenn sich eine Zwangsarbeiterin gegen einen Schwangerschaftsabbruch entschied

<sup>11</sup> Schreiben des Ottersweierer Bürgermeisters an den Landrat vom 12.09.1944. GAO XI/2.

<sup>12</sup> SPOERER (wie Anm. 1), S. 205.

<sup>13</sup> Tamara FRANKENBERGER: Rassistische und sexistische Diskriminierung sowjetischer Zwangsarbeiterinnen zwischen 1941 und 1945 In: Dichotomie, Dominanz, Differenz. Hg. von Annette Bertrams. Weinheim 1996, S. 89–105, hier S. 89.

<sup>14</sup> SPOERER (wie Anm. 1), S. 205.

<sup>15</sup> Ebd., S. 206.

und ihr Kind austrug, bekam sie meist nur einen eingeschränkten Mutterschutz, damit sie bald wieder als Arbeitskraft zur Verfügung stand. Gemäß Himmlers Erlass vom Juli 1943 sollten die Frauen nach der Entbindung „baldmöglichst der Arbeit wieder zugeführt“ werden. Spätestens nach neun Tagen kehrten die Frauen zur Arbeit zurück.

Aus den Unterlagen der Gemeinde Ottersweier geht hervor, dass am 15. Oktober 1944 vier französische Staatsangehörige Zwangsarbeit im Ort leisteten.<sup>16</sup> Zwei waren in einer Autoreparaturwerkstätte beschäftigt und zwei arbeiteten bei Landwirten. Da die vier Franzosen aus Gaggenau kamen, können sie vielleicht Häftlinge des Konzentrationslagers Rotenfels gewesen sein. Aufgrund der sich nähernden Front war ab Ende August 1944 begonnen worden, das KZ Schirmeck im Elsaß nach Rotenfels zu verlegen: „Seine Existenz ausgerechnet im Raum Gaggenau verdankt es der Tatsache, dass in der kleinen Stadt an der Murg schon damals die Firma Daimler-Benz eine herausragende Rolle spielte“.<sup>17</sup> Der Rüstungsbetrieb benötigte zahlreiche Arbeitskräfte und beschäftigte deshalb einen Großteil der Häftlinge aus dem Lager Rotenfels. Im Gaggenauer Werk von Daimler-Benz arbeiteten 1945 neben 3313 deutschen Arbeitern allein 900 KZ-Häftlinge, 601 zivile Ausländer und 298 Kriegsgefangene.<sup>18</sup> Da die meisten der Rotenfeler Häftlinge aus Frankreich stammten und einige auch in Außerkommandos eingesetzt waren, könnten diese vier Franzosen möglicherweise vom Lager Rotenfels gekommen sein. Am 5. April 1945 nannte die Gemeindeverwaltung von Ottersweier insgesamt 10 französische Zwangsarbeiter, die z. B. in einer Gaststätte, bei einem Farrenwärter oder in der Landwirtschaft beschäftigt waren.

Die Unterzeichnung des Waffenstillstands zwischen Italien und den Alliierten im September 1943 veranlasste die Wehrmacht die Truppen des ehemaligen Verbündeten in ihrem Einflussbereich gefangen zu nehmen und zum Arbeitseinsatz nach Deutschland zu transportieren. Die Wehrmacht überführte „im August und September 1944 fast alle Mannschaftsgrade, insgesamt ca. 450.000, wie vier Jahre zuvor die polnischen Kriegsgefangenen, kurzerhand geschlossen in den Status von Zivilarbeitern“<sup>19</sup>. Aus diesem Grund kamen am 27. September 1944 auch fünf italienische Zwangsarbeiter aus dem Kriegsgefangenenlager in Offenburg nach Ottersweier.<sup>20</sup> Sie stammten aus den Provinzen L'Aquila, Neapel und Vincenzo. Eingesetzt wurden vier Italiener bei Landwirten und einer in einem Handwerksbetrieb (Blechnerei).

Ab Herbst 1943 arbeiteten auch ca. 35.000 griechische Zivilarbeiter und mindestens 1000 Zwangsarbeiter, die den Status von Kriegsgefangenen hatten, in Deutschland.<sup>21</sup> Ein „namentliches Verzeichnis der nichtdeutschen Personen, welche sich zur Zeit in Ottersweier befinden“ (Bürgermeister der Gemeinde Ottersweier) führt mit Datum vom 18. April 1945 auch drei Griechen, die alle in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Eine Aufstellung über „fremdvölkische Arbeitskräfte“ der Gemeinde vom 5. April 1945 nennt auch einen Belgier, der in einer Gaststätte mit einer angeschlossenen Metzgerei arbeitete. Aus den Unterlagen der Gemeinde über Zwangsarbeiter geht hervor, dass zwischen 1941 und 1944 auch vier Niederländer in Ottersweier arbeiteten, die u. a. in einer Autoreparaturwerkstatt tätig waren.<sup>22</sup>

---

<sup>16</sup> GAO XI/2.

<sup>17</sup> Udo BÖHM, Helmut BÖTTCHER, Rainer REUTER, Michael WEINGARDT: Sicherungslager Rotenfels. Ein Konzentrationslager in Deutschland. Ludwigsburg 1989, S. 12.

<sup>18</sup> Badische Neueste Nachrichten, 04.12.1999.

<sup>19</sup> SPOERER (wie Anm. 1), S. 83.

<sup>20</sup> GAO XI/2.

<sup>21</sup> SPOERER (wie Anm. 1), S. 70.

<sup>22</sup> GAO XI/2.

Insgesamt waren seit dem 14. April 1940 bis zum Kriegsende 1945 in Ottersweier ca. 176 ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Nach ihrer nationalen Zugehörigkeit lassen sie sich folgendermaßen zuordnen:

- 75 aus der Sowjetunion (Russen und Ukrainer, 51 Männer und 24 Frauen)
- 78 aus Polen (72 Männer und 6 Frauen)
- 10 aus Frankreich (Männer)
- 5 aus Italien (Männer)
- 4 aus den Niederlanden (Männer)
- 3 aus Griechenland (Männer)
- 1 aus Belgien (Mann)

Zusätzlich lebten damals noch drei polnische und zwei russische Kleinkinder in Ottersweier. Die Gemeinde Ottersweier nannte am 5. April 1945 in einer Aufstellung namentlich 10 Franzosen, einen Belgier, fünf Italiener, 31 Polen und 48 Ostarbeiter, also insgesamt 95 „fremdvölkische Arbeitskräfte“, die kurz vor Kriegsende in dieser Gemeinde noch arbeiteten.<sup>23</sup>

### **Unterkünfte und „Arbeitgeber“**

Die ausländischen Zwangsarbeiter und die Kriegsgefangenen lebten im Reich in Barackenlagern, in Turnhallen oder in Sälen von Gaststätten. Da in Ottersweier die meisten der Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft arbeiteten, waren relativ viele bei den Bauern untergebracht. Bei einer solchen Einzelunterbringung auf dem Land konnten die Bewachungsvorschriften nicht strikt eingehalten werden, denn für diese Gruppe von Zwangsarbeitern waren nicht extra Wachsoldaten abgestellt worden. Die restlichen Zwangsarbeiter wohnten in relativer Enge, die wenig Privatheit zuließ, in einem Saal der Gaststätte „Adler“ (Hauptstraße in der Nähe der kath. Pfarrkirche) mitten im Dorf, wo sie auch einer stärkeren Bewachung durch die Dorfpolizisten unterlagen. Eine weitere Gruppe von Zwangsarbeitern war in einem Backsteingebäude mit vergitterten Fenstern in der „Bindermühle“ im Ortsteil Hub untergebracht.

Die namentlich erfassten 176 Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen waren zwischen dem 15. April 1940 bis Kriegsende in Ottersweier bei insgesamt ca. 58 „Arbeitgebern“ (56 privat und zwei Institutionen) beschäftigt. Der überwiegende Teil der ausländischen Arbeitskräfte war in der Landwirtschaft bei Bauern tätig. Die restlichen Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen verteilten sich auf Handwerksbetriebe (Schuhmacher, Blechnerei, Autoreparaturwerkstätte, Fuhrunternehmen, Mühlen oder Gaststätten). Weitere „Arbeitgeber“ waren das Kurhaus Hundseck im Schwarzwald, die Kreispflegeanstalt Ottersweier-Hub sowie die Gemeinde selbst, die ab April bis Ende September 1944 insgesamt 10 polnische Zwangsarbeiter erhielt. Der Ortsbauernführer und gleichzeitige Kreishauptamtsleiter bei der Kreisbauernschaft hatte zwischen 1940 und Kriegsende insgesamt sieben Zwangsarbeiter (vier Russen und drei Polen) beschäftigt. Drei „Arbeitgeber“ ließen jeweils vier Zwangsarbeiter für sich arbeiten und bei vier Einwohnern waren jeweils drei Zwangsarbeiter tätig. In 26 Fällen hatten „Arbeitgeber“ jeweils zwei Zwangsarbeiter beschäftigt. In der Regel arbeitete meist nur ein einziger Zwangsarbeiter bei seinem „Arbeitgeber“. Von den 56 privaten „Arbeitgebern“ waren 21 Mitglied der NSDAP (z. B. Bürgermeister, Ortsbauernführer usw.). Wenn in Ottersweier so viele Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen in der Landwirtschaft arbeiteten, lag es einerseits daran, dass es im Ort keine Industriebetriebe gab und andererseits die Zwangsarbeiter/innen den durch den Krieg personell ausgedünnten Bauern zur Hand gehen sollten. Nach anfänglichem Zögern forderten viele Bauern immer mehr ausländische Arbeitskräfte an. Zum Beispiel verfügten im Donaueschinger Bezirk (Südbaden) schon im März 1940 fast alle Gemeinden über ein Lager mit polnischen

---

<sup>23</sup> GAO XI/2.

Kriegsgefangenen. Roland Peter stellt fest: „Ohne sie wäre die Ernte auf den Feldern verrottet. Noch 1942 waren in der badischen Landwirtschaft 20.000 Fremdarbeiter beschäftigt – genauso viele wie in der Industrie“.<sup>24</sup>

### Disziplinierung

Für Ottersweier konnten im Gemeindearchiv keine Unterlagen über behördlich angeordnete Strafen gegen Zwangsarbeiter gefunden werden. Trotzdem ist aber aufgrund von Zeitzeugen davon auszugehen, dass auch in diesem Ort Zwangsarbeiter körperlich gezüchtigt und misshandelt wurden. Die Rechtlosigkeit besonders der polnischen und sowjetrussischen Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen begünstigte „eine Eigendynamik, in der untere Chargen ihrem Hass und ihrer Wut – bevor das ganze System am Ende zusammenbrach – in engen Räumen freien Lauf lassen konnten, ohne dass sie ihrerseits mit Sanktionen wegen der Eigenmächtigkeiten zu rechnen hatten“.<sup>25</sup> Die Landesbauernschaft Karlsruhe forderte z. B. für den ländlichen Raum ausdrücklich das Recht zum Schlagen, wie sich aus einer Anweisung gegenüber polnischen Zwangsarbeitern ergibt: „12. Das Züchtigungsrecht steht jedem Betriebsführer für die Landarbeiter polnischen Volkstums zu, sofern gutes Zureden und Belehrungen ohne Erfolg waren. Die Betriebsführer darf in einem solchen Fall von keiner Dienststelle deswegen zur Rechenschaft gezogen werden“ (ebd.). Anlässe für Züchtigungen bezogen sich häufig auf die zu leistende Arbeit und auf Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin (z. B. Unpünktlichkeit, Verlassen des Arbeitsplatzes, ungenügende Arbeitsleistung, „Meckern“ usw.). In Ottersweier war besonders der Dorfpolizist Karl Friesinger gefürchtet, der häufig Zwangsarbeiter misshandelte. Im Gasthaus „Adler“ züchtigte er Zwangsarbeiter z. B. Montagmorgens, wenn jemand nicht rechtzeitig aufstehen wollte. Schläge und Schreie der Misshandelten waren dabei in der Nachbarschaft zu hören. Manchmal beschwerten sich auch einzelne „Arbeitgeber“ beim Nazi-Bürgermeister Scheer über ihren Arbeiter. Scheer wies daraufhin den Polizisten Friesinger an, den betreffenden Zwangsarbeiter zu züchtigen.

Ein wesentliches Terrormittel gegen Zwangsarbeiter stellten nach Spoerer die Arbeitserziehungslager (AEL) dar: „Den Häftlingen wurde in den drei bis maximal acht Wochen ihres Aufenthalts härteste Arbeit zugemutet, vor allem bei kräftezehrenden Bauvorhaben. Mit der Einweisung von Ostarbeitern ab 1942 verschärfte sich die Haftbedingungen derart, dass sich einige AEL zu Todeslagern entwickelten“.<sup>26</sup> Auch in Niederbühl bei Rastatt befand sich ein Anfang 1942 im Auftrag der Gestapo errichtetes Arbeitserziehungslager. Die Gemeinde Ottersweier notierte am 20. März 1945 in ihren Unterlagen: „Der sowjetrussische Civilarbeiter Kasmir Nalischetij (geb. 23. November 1923 in Skotijans, UdSSR) ist am 9. März 1945 vom Arbeitserziehungslager Niederbühl kommend hier zugezogen und wurde bei Wagner und Landwirt F. K. in Ottersweier eingesetzt“.<sup>27</sup> Bis Ende des Krieges war K. Nalischetij dann noch als Zwangsarbeiter eingesetzt. Die Gründe für seine Einweisung in das Arbeitserziehungslager Niederbühl sind nicht bekannt.

Auffällig ist auch, dass der polnische Zwangsarbeiter Stanislaus Piech (geb. 16. Januar 1911 in Dankow), der von 1940 bis vermutlich 1944 beim Ortsbauernführer arbeitete, vom 1. Dezember 1944 bis zum 29. April 1945 als „Schutzhäftling“ (Haftnr.: 134 234) im KZ Dachau inhaftiert war. Über die Gründe seiner Deportation nach Dachau liegen bis jetzt keine Erkenntnisse vor.

---

<sup>24</sup> Roland PETER: Keine Liebe in Deutschland. Das Leben der ausländischen Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg in Baden. In: Frankfurter Rundschau 03.02.1990.

<sup>25</sup> SCHUHLADEN-KRÄMER (wie Anm. 2), S. 74.

<sup>26</sup> SPOERER (wie Anm. 1), S. 179.

<sup>27</sup> GAO XI/2.

## Verhältnis zu den „Arbeitgebern“

Polen und Ostarbeitern ging es im ländlichen Gebiet in der Regel besser als in den großen städtischen bzw. betrieblichen Barackenlagern. In den Dörfern war das alltägliche Leben der Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen nach Spoerer weniger durch das bestehende Kontroll- und Strafsystem reglementiert: „Auf dem Lande konnte es passieren, dass ein deportierter polnischer Teenager als Familienmitglied aufgenommen oder als billiger Sklave angesehen und behandelt wurde“.<sup>28</sup> Die oft engen Kontakte bei der landwirtschaftlichen bzw. handwerklichen Arbeit oder beim Mittagessen ließen auf dem Land häufig freundlichere Beziehungen zwischen „Arbeitgebern“ und Zwangsarbeitern entstehen: „Die unterschiedlichen Erfahrungen beteiligter Zwangsarbeiter zeigen, dass innerhalb der vom Regime gesetzten Grenzen ein Verhalten möglich war, das sich mit „korrekt“ – d. h. keine Schikane – und auch mit „freundlich“ bezeichnen ließ. Keine Vorschrift zwang dazu, „Fremdarbeitern“ mit Hass und Verachtung zu begegnen“.<sup>29</sup> Die Gestapo und die SS versuchten deshalb der Landbevölkerung zu verbieten, ihre ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen bei Weihnachtsfeiern mitmachen zu lassen oder sie zu beschenken. Die Gemeinde Ottersweier erhielt z. B. ein Schreiben des Höheren SS- und Polizeiführers bei dem Reichsstatthalter in Württemberg und Baden vom 20. November 1942 zur Teilnahme an Feier und Geschenkwendung anlässlich des Weihnachtsfestes und der Jahreswende, „dass der erforderliche Abstand zu Kriegsgefangenen und ausländischen zivilen Arbeitskräften von der Bevölkerung besonders leicht vergessen wird.“<sup>30</sup> Dreißig damaligen Ottersweierer „Arbeitgebern“ von Zwangsarbeitern wurde dieses Schreiben auf dem Rathaus bekanntgegeben, worauf sie diese „Belehrung“ per Unterschrift bestätigen mussten.

Bemerkenswert erscheint mir auch die schriftliche Aussage des ehemaligen polnischen Zwangsarbeiters Franciszek Jaworski, der vom 14. April 1940 bis zum 8. Januar 1946 als landwirtschaftlicher Arbeiter bei einem Bauern beschäftigt war: „Hiermit erkläre ich, dass mein polnischer Kamerad Stanislaus Piech, der bei dem Bauern B. F. beschäftigt war, nach seiner Befreiung aus dem KZ Dachau nach Ottersweier zurückgekehrt ist, um seine Sachen abzuholen. Desgleichen erkläre ich, dass die ehemaligen polnischen Gefangenen, die während des Krieges bei dem Bauern B. F. beschäftigt waren, stets ordentlich und gerecht behandelt worden sind“.<sup>31</sup> Diese Erklärung des polnischen Zwangsarbeiters bezieht sich auf den bereits erwähnten Ortsbauern- und Kreisbauernschaftsführer (seit dem 1. März 1933 NSDAP-Mitglied) und verdeutlicht, dass nicht immer ein klarer Zusammenhang zwischen Mitgliedschaft oder Stellung in der NSDAP und dem Verhalten gegenüber den ausländischen Arbeitskräften bestand. In der Dorfchronik von Ottersweier schildert K. Knüttel das Verhältnis zwischen Zwangsarbeitern und der Bevölkerung so: „Manches Unrecht war in den letzten Jahren an gefangenen Polen und Russen verübt worden, Verhetzte führten auch in Ottersweier höhere Befehle aus. Im Allgemeinen wurden jedoch die Gefangenen, die zur Mitarbeit zu Bauern abgestellt waren, ordentlich behandelt“.<sup>32</sup>

Die im Alter von 12 Jahren gemeinsam mit ihrem Vater aus der Sowjetunion nach Ottersweier verschleppte Nina Wichodzewa besuchte im Juli 1999 Ottersweier, um im Ortsteil Walzfeld Elfriede Zerr zu treffen. Bei ihr handelt es sich um die Tochter von Regina und Alois Burgert, bei denen N. Wichodzewa zusammen mit ihrem Vater von Juni 1942 bis zum Kriegsende im landwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet hatten: „Ich konnte kein Deutsch. Alles was ich sagen konnte, war, ‚denken kann man viel‘“. Nina freundete sich rasch mit Elfriede an, und es

<sup>28</sup> SPOERER (wie Anm. 1), S. 192.

<sup>29</sup> SCHUHLADEN-KRÄMER (wie Anm. 2), S. 43.

<sup>30</sup> GAO XI/2.

<sup>31</sup> Beglaubigt durch den Bürgermeister am 14.09.1945. GAO XI/2.

<sup>32</sup> Karl KNÜTTEL: Ottersweier – Ein Gang durch die Jahrhunderte. Ottersweier (ohne Jahr), S. 115.

herrschte eine vertrauliche Atmosphäre in der Familie, die sich immer wieder die Frage stellte, „wozu brauchen wir diesen Krieg?“ „Selbst als Regina erfuhr, dass ihr Mann gefallen sei und ihr Sohn vermisst würde, änderte sich nichts im Verhalten zu uns. Wir besuchten gemeinsam die Oma in Lauf und fuhren mit den Rädern an den Rhein. Ich habe keine schlechten Erinnerungen als Kind, sonst wäre ich nicht hier. Mein Wunsch wäre, dass unsere Kinder und Enkelkinder nicht zu Feinden werden“.<sup>33</sup>

### Todesfälle

Vereinzelt findet man noch einige wenige Gräber von Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen auf Friedhöfen mittelbadischer Gemeinden. So kann der Besucher auf dem alten Friedhof von Ottersweier auch das Grab des polnischen Zwangsarbeiters Franciszek Ukleja entdecken. Geboren am 3. Oktober 1910 in Laski (Kreis Kozenice) arbeitete er zunächst als Schmied. Nach dem Polenkrieg kam der ledige Pole vom Kriegsgefangenenlager Offenburg nach Ottersweier, um ab dem 14. April 1940 in einem landwirtschaftlichen Betrieb mit einer dazu gehörenden Mühle als Zwangsarbeiter tätig zu sein. Am 27. November 1944 erhängte er sich im Schweinestall des Bauernhofes. Die Enkelin der damaligen „Arbeitgeber“ (eine Witwe mit neun Kindern und ihr ältester Sohn) teilte mir mit, dass F. Ukleja hauptsächlich in der Landwirtschaft arbeitete und „er es gut bei ihnen gehabt hätte“ (H. K., 14. Januar 2013). Auf die Umstände des Suizids angesprochen, sagte sie mir, dass F. Ukleja „schwermütig“ gewesen sei. Da bis jetzt keine weiteren Quellen (z. B. Abschiedsbrief) zu den Motiven dieses Suizids vorliegen, muss diese Aussage einer Zeitzeugin so akzeptiert werden. F. Ukleja wurde auf dem Friedhof in Ottersweier in einer sehr auffälligen und unwürdigen Art bestattet, denn sein Grab wurde als einziges seitlich am Rande des Friedhofes errichtet. Über Ursachen dieser diskriminierenden und ausgrenzenden Bestattung konnten keine Belege gefunden werden. Vielleicht spielte hier der Suizid als Todesursache eine Rolle oder vielleicht auch der Umstand, dass F. Ukleja als polnischer Zwangsarbeiter nicht neben Deutschen beerdigt werden sollte. Erst vor etwa zwei Jahren wurden die sterblichen Überreste von F. Ukleja im Rahmen einer Umgestaltung des alten Friedhofes umgebettet, so dass sich seine letzte Ruhestätte jetzt direkt neben den Kriegsgräbern von gefallenen Soldaten aus Ottersweier befindet. Auf dem schwarzen Grabstein steht: *Franciszek Ukleja – 1910–1944 „Tu spoczywa w spokoju hasz kolega“* („Hier ruht in Frieden unser Kollege“). Die Gemeindeverwaltung von Ottersweier bestätigte am 28. Februar 1946, dass der Kamerad des Verstorbenen, Jan Majchrzak, die folgenden Nachlassgegenstände von F. Ukleja bei seiner Rückkehr nach Polen im Juli 1945 mitgenommen hat: *1 Koffer, 1 Hose, 1 Kittel, 1 Selbstbinder, 1 Hut, 2 Hemden, 1 Paar Schuhe, 1 Paar Stiefel, 1 Pullover, 1 Paar Unterhosen, 1 Schal, 1 Gürtel, 1 Rasiermesser, 1 Uhr und 335 Mark Bargeld mit Briefmappe*.<sup>34</sup>

Die russische Zwangsarbeiterin Eugenia Fotjewa (geboren am 1. März 1896 in Nowgorod) war ab dem 25. Januar 1943 als Zwangsarbeiterin bei einem Landwirt im Ortsteil Haft beschäftigt. Sie starb am 19. Februar 1944 in Offenburg.<sup>35</sup> Nähere Einzelheiten über ihren Tod sind nicht bekannt. Ihre beiden Töchter Alexandra (geboren am 6. Mai 1924) und Sinaida (geboren am 6. Juni 1928) arbeiteten vom 25. Januar 1943 bis Kriegsende in zwei landwirtschaftlichen Betrieben.

---

<sup>33</sup> Acher- und Bühler Bote (14.07.1999).

<sup>34</sup> GAO XI/2.

<sup>35</sup> GAO XI/2.

Der Kreispflegeanstalt Ottersweier-Hub – 526 Insassen dieser Einrichtung wurden zwischen 1940 und 1941 in Grafeneck ermordet<sup>36</sup> – war ab 1942 auch eine Lungenheilstätte angeschlossen. Es fällt auf, dass gegen Ende des Krieges vermehrt Menschen mit russischer Staatsangehörigkeit in diese Lungenheilstätte aufgenommen wurden. Der Bühler Landrat forderte am 22. August 1945 den Bürgermeister von Ottersweier auf, ein „Verzeichnis der Todesfälle von Angehörigen der alliierten Staaten“ zu erstellen.<sup>37</sup> Diese Liste vom 23. August 1945 nennt namentlich 30 tote Russen (6 Frauen und 24 Männer) und eine Frau aus dem Elsaß, die alle an Lungentuberkulose gestorben sind und alle auf dem Friedhof der Anstalt beerdigt wurden. Eine Nachfrage der amerikanischen Armee „bezüglich Grabstätten Toter der amerikanischen oder alliierten Armeen“ vom 9. Mai 1946 ergab, dass sieben Franzosen, 13 Marokkaner und 19 Russen auf dem Huber Anstaltsfriedhof begraben waren. Bei den „Marokkanern“, die laut Sterbebüchern der Gemeinde Ottersweier (1945 und 1946) aus Marokko, Algerien und Tunesien stammten, und den Franzosen handelte es sich um Angehörige der französischen Armee. Eine weitere Liste der französischen Besatzungsarmee („Service de Sante“) vom 31. Dezember 1945 führt 32 tote Russen (vermuteter Status: Deportierte, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter) auf, die zwischen dem 4. Juni und dem 22. September 1945 an einer Krankheit in der Hub gestorben sind.<sup>38</sup> Ein Namensvergleich zwischen den „Ostarbeitern“ in Ottersweier und den russischen Opfern in der Hub ergibt, dass kein Toter aus dieser Anstalt als Zwangsarbeiter in Ottersweier gearbeitet hat. Vermutlich stammen die in der Hub an Tuberkulose gestorbenen Russen aus umliegenden Arbeitererziehungslagern (z. B. Niederbühl) und aus städtischen und betrieblichen Barackenlagern, wo die Lebensbedingungen für „Ostarbeiter“ meist schlechter als im ländlichen Raum waren. Dass „Ostarbeiter“ für Lungenerkrankungen, insbesondere Tuberkulose, so anfällig waren, und die auch unter den Jüngeren häufig vorkam, erscheint als Ergebnis eines Zusammentreffens von mehreren gesundheitsschädigenden Umwelteinflüssen, die das das Alltagsleben der sowjetischen Arbeitskräfte erheblich beeinträchtigten: Einförmige, vitaminarme und mangelhafte Kost, unzureichende Bekleidung, überlange Arbeitszeit (12–14 Stunden), Schikanen am Arbeitsplatz, fehlende Außenreize, schlechte medizinische Versorgung, mangelnde Hygiene und die Unterbringung in dicht belegten, feuchten Unterkünften.<sup>39</sup> So traf z. B. das Mannheimer Rüstungskommando in einem Betrieb russische Arbeitskräfte an, die gerade noch 40 Kilogramm wogen.<sup>40</sup> Von den sowjetrussischen Arbeitskräften erkrankten die Männer häufiger an Lungentuberkulose als die Frauen, weil sich die weiblichen Arbeiterinnen meist in einer besseren allgemeinen körperlichen Verfassung befanden.<sup>41</sup> Vermutlich erklärt dies das Geschlechterverhältnis von 8 gestorbenen Frauen zu 24 toten Männern (Stand vom 31. Dezember 1945). Über die Qualität der medizinischen Versorgung von an Tuberkulose erkrankten Ostarbeitern in der Lungenheilstätte Hub gegen Ende des Krieges und in der Zeit bis 1946 kann kein Urteil abgegeben werden. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass sich noch Jahre nach Kriegsende ehemalige Zwangsarbeiter/innen in Krankenhäusern und Sanatorien aufhielten, um

---

<sup>36</sup> Adalbert METZINGER: Den Euthanasie-Opfern einen Namen geben. Die Ermordung von Patienten der Anstalt Hub. In: Heimatbuch des Landkreises Rastatt. Rastatt 2002, S. 191–202, S. 191 ff.

<sup>37</sup> GAO XI/2.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> Eginhard SCHARF: „Man machte mit uns, was man wollte“. Ausländische Zwangsarbeiter in Ludwigshafen am Rhein 1939–1945. Heidelberg 2004, S. 141; Annette SCHÄFER: Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe B: Forschungen Bd. 143), S. 181 ff.

<sup>40</sup> PETER (wie Anm. 24).

<sup>41</sup> Eginhard SCHARF: „Man machte mit uns, was man wollte“. Ausländische Zwangsarbeiter in Ludwigshafen am Rhein 1939–1945. Heidelberg 2004, S. 142.

ihre Tuberkulose auszuheilen. Die ungünstigen Lebensbedingungen führten bei den sowjetischen Zivilarbeitern zu einer deutlich höheren Sterblichkeit. Aufgrund des ihnen vom NS-Regime zugewiesenen niedrigen „rassischen“ Status und im Hinblick auf die zum Kriegsende hin immer weniger werdenden Ressourcen in allen Lebensbereichen besaßen die Ostarbeiter von allen zivilen ausländischen Zwangsarbeitergruppen die schlechtesten Überlebenschancen.<sup>42</sup> Glaubwürdige Zeugen, wie z. B. der Lungenfacharzt Dr. G. Höltzer, setzten sich beim Entnazifizierungsverfahren (1946) für den Leiter der Lungenheilstätte in der Hub – Dr. Göttel – ein: „Göttel hat während des Naziregimes mehrere deportierte Ausländer (Franzosen, Litauer, Ukrainer und Russen) in die Heilstätte aufgenommen und behandelt“.<sup>43</sup>

### **Vom Zwangsarbeiter zur „Displaced Person“ (DP)**

Mit Kriegsende am 14. April 1945 wurden die Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen in Ottersweier durch die französische Armee von ihrem Los befreit und erhielten dadurch den Status von „Displaced Persons“, wie sie jetzt von den Alliierten bezeichnet wurden. Displaced Persons waren „Zivilpersonen, die sich aus Kriegsgründen außerhalb ihres Staates befinden; die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dies aber ohne Hilfestellung nicht zu leisten vermögen“.<sup>44</sup> Angesichts der jahrelangen Misshandlungen durch den Dorfpolizisten Karl Friesinger entlud sich am Tag der Besetzung von Ottersweier durch die französische Armee eine lang unterdrückte Wut gegen Friesinger. Einige der nun befreiten ehemaligen Zwangsarbeiter schlugen Friesinger am frühen Nachmittag des 14. April 1945 in der Dorfmitte zusammen und warfen ihn anschließend in den Dorfbach. Ein französischer Soldat setzte dem Leben des Dorfpolizisten dann durch einen „Gnadenschuss“ ein Ende. Im Sterbebuch der Gemeinde wurde als Todesursache „gefallen“ eingetragen. Nach meinen Erkenntnissen ist dies die einzige nachweisbare Gewaltaktion von befreiten Zwangsarbeitern in Ottersweier.

In der Regel blieben die Displaced Persons vorerst bei ihren „Arbeitgebern“ oder im „Adler“ und in der „Bindermühle“, bis für sie Sammelstellen eingerichtet werden konnten und eine geordnete Rückführung in ihre Heimatländer möglich war. Das Bürgermeisteramt Ottersweier führte in einer „Liste der ausländischen Arbeiter, die sich zur Zeit in Ottersweier befinden“ vom 2. Mai 1945 acht Sowjetrussen (zwei Frauen und sechs Männer, zwischen 1918 und 1932 geboren), 9 Galizier/Ukrainer (drei Frauen und sechs Männer/zwischen 1907 und 1937 geboren), drei Griechen (Männer) und 25 Polen (sechs Frauen und 19 Männer, darunter drei Kinder: 1942, 1944 und 1945 geboren).<sup>45</sup> Eine weitere Liste des Bürgermeisteramtes vom 29. September 1945 verzeichnet noch 9 ehemalige polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die als landwirtschaftliche Arbeiter beschäftigt sind, sowie einen ausländischen Arbeiter aus Estland und zwei „Ausländer“ aus der Ukraine. Bereits am 21. Juli 1945 hatte der Bühler Landrat an den Ottersweierer Bürgermeister geschrieben: „Laut Mitteilung der Militärregierung stehen etwa 80–100 Polen der Landwirtschaft zwecks Obsternte und anderer Arbeiten zur Verfügung. Die Polen sind bei den Leuten zu verpflegen und unterzubringen. Wegen der Bezahlung wird noch eine besondere Vereinbarung getroffen werden“.<sup>46</sup>

Besonders sowjetrussische Displaced Persons hatten bei ihrer Repatriierung mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, denn weil sie sich während des Krieges im Deutschen Reich aufgehalten hatten, verdächtigten sie die stalinistischen Behörden wegen „Feindbegünstigung“ der

---

<sup>42</sup> SCHARF (wie Anm. 22), S. 260.

<sup>43</sup> Adalbert METZINGER: Dr. Richard Göttel. In: Die Hub. Geschichte und Gegenwart einer einzigartigen Einrichtung. Hg. von Martin WALTER. Gernsbach 2012, S. 128–130, hier S. 130.

<sup>44</sup> SCHUHLADEN-KRÄMER (wie Anm. 2), S. 93.

<sup>45</sup> GAO XI/2.

<sup>46</sup> Ebd.

Kollaboration: „Besonderes Misstrauen schlug dabei den zahlreichen Kriegsgefangenen entgegen, die nach Stalin den Freitod der Gefangennahme hätten vorziehen müssen und daher als Verräter betrachtet wurden. Aber auch diejenigen, die das Glück hatten, bis Oktober 1945 nach Hause zu kommen, erwartete dort in der Regel „kein freundlicher Empfang, der sich u.a. in Form von Arbeitsverboten oder in Kollaborationsbeschuldigungen manifestierte“. Die sowjetrussischen Displaced Persons wurden zuerst in die sowjetrussische Besatzungszone gebracht, wo sie vom NKWD intensiv verhört wurden, „wobei die „Unbelasteten“ nach Hause zurückkehren durften, während eine bislang unbekannte, aber nicht unbedeutende Anzahl im GULAG zum Teil über mehrere Jahrzehnte interniert bzw. dort getötet wurde“.<sup>47</sup> Schätzungen sowjetischer Historiker zufolge wurde ein Fünftel der 5,45 Millionen Heimkehrer zum Zwangsdienst in der Roten Armee und Arbeits- und Strafbataillonen eingezogen, erschossen oder verschwindet in einem Straflager.<sup>48</sup> Nicht alle Displaced Persons wollten nach ihrer Befreiung möglichst sofort in ihr Heimatland zurückkehren. Schuhladen-Krämer gibt dafür folgende Motive an:

„Die Beweggründe reichten von Lethargie, die aus dem die persönliche Versorgung sichernden Lagerleben herrührte, über eine allgemeine Perspektivlosigkeit angesichts der desolaten Zustände im zerstörten Herkunftsland, gar dem Verlust der Heimat infolge verschobener Grenzen, bis hin zu politisch motiviertem Widerstand. Ein Gemenge aus Ablehnung sowjetischer bzw. kommunistischer Herrschaft in den östlichen Herkunftsländern, aus Nationalismus und aus Kollaboration verschiedener Gruppen mit dem Nationalsozialismus während des Zweiten Weltkrieges, führte zu einer starken Abwehr gegenüber allen Repatriierungsversuchen“.<sup>49</sup>

Die Volkszählung im Herbst 1946 ergab, dass in Ottersweier damals sechs Polen (eine Frau und fünf Männer), wovon sich aber drei Personen vermutlich wegen einem Lungenleiden in der Lungenheilstätte der Hub befanden, und zwei Männer aus der Ukraine lebten. Das Bürgermeisteramt Ottersweier nannte am 30. August 1947 insgesamt sechs „zwangsverschleppte Personen“ (drei Polen, ein Russe, ein Estländer und ein Serbe), die sich z. T. seit Oktober 1939 bis zum August 1947 in der Gemeinde befinden.<sup>50</sup>

Mit der Befreiung durch die französische Armee war für viele ausländischen Arbeitskräfte die Zwangsarbeit während des 2. Weltkrieges zwar beendet, nicht aber die psychischen und physischen Beeinträchtigungen, die teilweise gar nicht mehr vollständig geheilt werden konnten: „Noch Jahre nach der Befreiung befanden sich ehemalige Zwangsarbeiter in Krankenhäusern und Sanatorien, um ihre Tuberkulose auszukurieren“.<sup>51</sup> Dies bestätigt auch eine Liste des Bürgermeisters von Ottersweier vom 24. Januar 1947, die die folgenden „deplazierten Personen“ verzeichnet, die seit dem 8. Mai 1945 in der Lungenheilstätte Hub an Tuberkulose gestorben sind: 13 russische Staatsangehörige und ein Pole. 12 Verstorbene wurden auf dem Anstaltsfriedhof der Hub beigesetzt und die beiden anderen in Lauf und in Haslach im Kinzigtal. Das Durchschnittsalter der zwischen dem 10. Juni 1945 und dem 20. August 1946 Verstorbenen betrug ca. 26 Jahre. Die jüngste Verstorbene war das russische Kind Nina Kusnezowa mit 12 Jahren, während die Älteste dieser deplazierten Personen, Maria Wassaliuk, mit 65 Jahren starb.<sup>52</sup>

---

<sup>47</sup> Christian HALLER: Der „Ausländereinsatz“ in Pforzheim während des Zweiten Weltkrieges. Heidelberg 2004, S. 90.

<sup>48</sup> Florian HASSEL: Zweifach Opfer. Vom Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener, die erst unter Hitler, dann unter Stalin litten. In: Frankfurter Rundschau 7.5.2005.

<sup>49</sup> SCHUHLADEN-KRÄMER (wie Anm. 2), S. 99.

<sup>50</sup> GAO XI/2.

<sup>51</sup> SPOERER (wie Anm. 1), S. 217.

<sup>52</sup> GAO XI/2.

## Ergebnisse

Wurde Zwangsarbeit in der Vergangenheit meist als Neben aspekt der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft betrachtet, so wird heute deutlich, dass es sich beim Einsatz von Zwangsarbeitern im Deutschen Reich um einen wesentlichen Bestandteil des NS-Regimes handelt. Rund 13,5 Millionen Ausländer arbeiteten als Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Fremdarbeiter oder als KZ-Häftlinge unter zum Teil sehr eingeschränkten und unmenschlichen Bedingungen. Zwangsarbeit war staatlich organisiert und von der Volksgemeinschaft akzeptiert. In vielen großen Städten bestimmten „Fremdarbeiter“ das Straßenbild. Eine gewisse alltägliche Präsenz der Zwangsarbeit zeigte sich auch im ländlichen Raum, so wie ich es exemplarisch für die Gemeinde Ottersweier dargestellt habe. Bereits 1939 und vor allem 1940 wurden zuerst Hunderttausende von Polen ins Reich deportiert. Für das Überleben der Zwangsarbeiter war der Einsatzort nach Spoerer von großer Bedeutung:

„Glück im Unglück hatte, wer eine Beschäftigung in der Landwirtschaft zugewiesen bekam. Bauern konnten „ihren“ Ausländern Nahrungsmittel direkt aus der eigenen Produktion geben, die allen Versuchen zum Trotz nie komplett von den Behörden erfasst werden konnte. Auf dem Lande waren die Menschen – Deutsche wie Ausländer – dem staatlichen Überwachungsapparat weitaus weniger ausgesetzt als in der Stadt. Die Sicherheitsorgane bekamen vieles gar nicht mit, etwa ob die Ausländer wie vorgeschrieben ihre Mahlzeiten in einem separaten Raum oder verbotenerweise gemeinsam mit der bäuerlichen Familie einnahmen. Diejenigen Deutschen, die den Ausländern mit Teilnahme und Empathie gegenüberstanden – und davon gab es nicht wenige, hatten es auf dem Lande einfacher, sich um ein erträglicheres Schicksal dieser Menschen zu bemühen“.<sup>53</sup>

Die dargestellte Situation der Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen zwischen 1940 und 1945 in Ottersweier beruht überwiegend auf der Auswertung der einschlägigen Akten aus dem Gemein dearchiv. Vereinzelt flossen auch noch Berichte von Zeitzeugen mit ein. Einzelne dieser Zeitzeugen konnten sich noch an die ausländischen Zwangsarbeiter, die sich teilweise fünf Jahre im Ort aufhielten und oft in den Bauernfamilien lebten, erinnern. Das Verhältnis zwischen den „Arbeitgebern“ und den Zwangsarbeitern – in den Familien häufig als „Knechte“ bezeichnet – wird dabei sowohl mit „anständig“ als auch mit „problematisch“ beschrieben. Besonders fällt auf, dass die Disziplinierungspraxis mit Schlägen und Misshandlungen durch den Dorfpolizisten Friesinger – der Mann fürs Grobe – im Gedächtnis der Befragten tief verwurzelt ist. Was leider fehlt sind Berichte von betroffenen ehemaligen Zwangsarbeitern, vor allem aus Polen und der Sowjetunion, um deren individuellen Erlebnisse zu erfahren. Deutlich wird durch die Todesfälle in der Lungenheilstätte Ottersweier-Hub, dass das Zusammenwirken von schlechten Lebensbedingungen besonders die sowjetischen Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen in hohem Maß anfällig für lebensbedrohende Erkrankungen, wie hier die Tuberkulose, machten. Dass auch bereits Kinder vereinzelt Zwangsarbeit verrichten mussten, zeigt ein erschreckendes Ausmaß an Unmenschlichkeit.

Die Erschließung der Geschichte der Zwangsarbeit im ländlichen Raum stellt aufgrund der geringen Aufarbeitung bis heute eine bedeutende Aufgabe dar. Wenn man bedenkt, was während des Zweiten Weltkrieges den Millionen von deportierten Ausländern – zusätzlich zu dem Leid, das die deutschen Armeen über ihre Völker brachten – alles angetan worden ist, wären Gesten der Erinnerung und Versöhnung im ländlichen Gebiet auch nach fast 70 Jahren wünschenswert. Eine Ausstellung zu diesem Thema oder eine Gedenktafel für Zwangsarbeiter könnten beispielsweise dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

---

<sup>53</sup> SPOERER (wie Anm. 1), S. 258 f.

# Die Grundschullehrer des früheren Reichslandes Elsass-Lothringen und ihre „Umschulung“ (1918-1924)

von Daniel Morgen

Von 1919–1924 wird die französische Sprache als einzige Unterrichtssprache im Schulunterricht in den Departements Bas-Rhin, Haut-Rhin und Moselle eingeführt. Wie hat die französische Schulverwaltung dieses Vorhaben bewältigt? Als erste Maßnahme lässt sie Lehrer aus Inner-Frankreich kommen, die in der Lage sind, diese sprachliche Umorientierung zu bewältigen. Sie ersetzen die des Landes verwiesenen oder freiwillig ausgeschiedenen Lehrer. Für die verbleibenden Lehrer des ehemaligen elsässischen und lothringischen Schulsystems heißt das: Systemwechsel. Dieser ist für sie, ihr Schüler und die Gesellschaft nicht ohne Schwierigkeiten. Die folgenden Ausführungen beschreiben diesen Sprachen- und Systemwechsel ab 1919.

## 1919: Die Lage

1919 sprechen nur acht bis zehn Prozent der elsässischen Bevölkerung noch Französisch.<sup>1</sup> In ihrer Mehrheit reden die Kinder den alemannischen oder den rheinfränkischen Dialekt und lernen dann die deutsche Hoch- und Schriftsprache in der Schule. Die französische Sprache wird ihnen in den vielen Mittelschulen oder ab dem Gymnasium angeboten. Viele Grundschullehrer und auch Fachlehrer sind nicht der französischen Sprache mächtig oder beherrschen sie zu wenig, um sie im Unterricht zu benützen. Trotzdem sind die Französisch-Kenntnisse in der Lehrerschaft (bei bis zu 30 % der Lehrer) noch wesentlich höher als in der allgemeinen Bevölkerung. Viele Lehrer wandten ihre Französischkenntnisse vor Kriegsende in der Gefangenschaft, im Lager und an der französischen Arbeitsstelle an.

Da jeder sechste Lehrer (13,8 %)<sup>2</sup> sich in der Übergangszeit für Deutschland entschieden hat oder ausgewiesen wird, muss die Verwaltung Lehrer oder neue Bewerber aus Inner-Frankreich einstellen. Diese Koexistenz von zwei Kategorien von Lehrern stellt eine außergewöhnliche Situation dar. Der „cadre local“ umfasst die Lehrkräfte, die ihren früheren Abschluss in Elsass-Lothringen erworben haben, im Gegensatz zu den neu hinzugekommenen französischen und in Frankreich ausgebildeten Lehrkräften, die den „cadre général“ bilden.

Durch die Verordnungen vom 27. September 1919 und 15. Januar 1920 wurde Französisch im Elsass die alleinige Unterrichtssprache. Die getroffenen Maßnahmen bedeuten eine radikale Veränderung für Lehrer und Schüler und auch für die elsässische Gesellschaft.

Zwischen 1871 und 1918 ist Deutsch die einzige Unterrichtssprache in der Primarschule und auch in den weiterführenden Schulen. Ab 1919 nimmt die französische Sprache diesen Platz ein. Der Unterricht ist in ganz Europa nach dem „nationalen Prinzip“ gestaltet. Zwei- und Mehrsprachigkeit ist eine Besonderheit zumeist von Minderheiten und wird als Unsinn und als Gefahr gebrandmarkt. In den drei „départements recouvrés“, d. h. in den wiedergewonnenen Bezirken Oberrhein, Niederrhein und Lothringen (Haut-Rhin, Bas-Rhin et Moselle), führt die Verwaltung die Nationalsprache nach dem Regulativ von 1881 als einzige Sprache in den Schulen ein.<sup>3</sup> Der Unterricht soll jetzt dem französischen Lehrplan folgen. Aber manche Merkmale bleiben erhalten. Obwohl im Inner-Frankreich Schule und Kirche streng getrennt sind, bleibt im Elsass das Konkordat von 1801 in Kraft, das Fach Religion steht weiter im Lehrplan, und die

---

<sup>1</sup> Dominique HUCK: Une histoire des langues de l'Alsace. Strasbourg 2015, S. 170.

<sup>2</sup> Von 6664 Volksschullehrern und -lehrerinnen siedeln 921 aus.

<sup>3</sup> Règlement scolaire modèle des écoles primaires, pour servir à la rédaction des règlements départementaux. 6 janvier 1881. Dans : «L'enseignement du Français à l'école primaire» – Textes officiels. Tome 2: 1880-1939. Paris: INRP, 1995, S. 79–80.

Kinder sollen weiter ab der dritten Klasse Deutsch lesen und schreiben lernen. Deutsch bleibt ein Schulfach im selben Umfang (3 Wochenstunden) wie vor dem deutsch-französischen Krieg. Die drei départements genießen also weiterhin eine bestimmte, unumstrittene Autonomie.<sup>4</sup>

Die Schulverwaltung ist aber nicht in der Lage, die gesammelten Erfahrungen in den „Territoires occupés“ (Kreise Thann, Masmünster, Dammerkirch<sup>5</sup>), d. h. in den seit 1914 durch das französische Heer besetzten Gebieten, ohne Weiteres auf die ganze Region zu übertragen. Was in einem kleinen Gebiet, mit Mitteln wie z. B. dem Filmmaterial der „Section Cinématographique de l’Armée“ (SCA) und durch einen progressiven Übergang von der Anpassung an die Integration möglich war, ist nicht direkt auf ein größeres Gebiet übertragbar.<sup>6</sup> Aber sogar in diesen kleineren Bezirken, wie z. B. dem Kreis Thann–Masmünster, hatten die Lehrer nicht immer den gewünschten Erfolg: Es wird berichtet, dass manche Jungen nach dem Primarschulabschluss Jean de la Fontaine Fabeln hersagen, ohne sie verstanden zu haben.<sup>7</sup>

Die Schulbehörden haben es mit Lehrern zu tun, die Französisch nicht genug beherrschen. Deutsche Lehrer aus dem Altreich warten nicht auf ihre Abschiebung, da ihnen klar war, dass ihr Verbleib im Elsass ihnen keine Zukunft bot. Viele Lehrer, die die französische Staatsangehörigkeit hätten bekommen können, verlassen auch ihre Heimat, andere werden aus politischen Gründen ausgewiesen. Manche davon wurden 1914 im Elsass als Geiseln durch vom französischen, sich zurückziehenden Militär mitgenommen, erst 1917 und 1918 freigelassen und hatten unter der harten Behandlung gelitten, die ihnen als Deutsche in den Lagern südlich der Loire zuteil wurde. Diese fühlten sich auch kulturell eher als Deutsche. Schließlich ergreift die Verwaltung gegenüber im Elsass verbliebenen Lehrern übereilte Maßnahmen von extremer Strenge, die sie später als ungerecht anerkennen musste: Durch die Entlassung von Lehrern oder die Androhung einer Entlassung, sanktioniert sie „Untreue“ oder „Verrat“, die vor dem Versailler Vertrag 1919 begangen worden waren.<sup>8</sup> Wer bleibt, erfährt oder erlebt zumeist eine gewisse „Herabstufung“. Denn die Lehrer haben eine lange Ausbildung hinter sich, die nach einem dreijährigen Referendariat mit Fachprüfungen (Pädagogik, Religion, Rechnen) und mündliche Prüfungen sowie einer Lehrprobe abgeschlossen wurde.

Im Juni 1919, kurz nach der Nominierung des neuen *Commissaire général d’Alsace et de Lorraine*, Alexander Millerand, übermitteln die Verwaltungsstellen den Lehrkräften ein Informationsblatt und eine Umfrage über die Kenntnis und Praxis der französischen Sprache und die Fähigkeit zum Unterricht in dieser Sprache. Bei Einsicht in die einzelnen, in den *Archives départementales du Bas-Rhin* aufbewahrten Personalakten stößt man auf zahlreiche ausgefüllte Notizen, welche passive Französischkenntnisse (Verstehen, Lesen) und Sprachschwierigkeiten angeben. Die Schulaufsichtsbeamten möchten diese Lehrer gerne loswerden und sie trotz der nachgewiesenen beruflichen Fähigkeiten recht vorschnell in den Ruhestand drängen. Bei anderen Lehrern sind recht gute Französischkenntnisse zu finden. Diese haben sie den familiären Sprachgewohnheiten zu verdanken, aber ihre Kenntnisse stammen auch von ihrer Sekundarschulbildung oder aus einem früheren Aufenthalt im französischen Hoheitsgebiet. Frauen spre-

---

<sup>4</sup> Alfred WAHL: Les autonomismes en Alsace 1871-1939. Orbe 2019.

<sup>5</sup> Thann, Masevaux, Dannemarie.

<sup>6</sup> Joseph SCHMAUCH: Réintégrer les départements annexés. Le gouvernement et les services d’Alsace-Lorraine (1914–1919). Metz 2019, S. 277, 295.

<sup>7</sup> ADHR: Conseil consultatif d’Alsace et de Lorraine, Procès-verbaux. 6.01.1921, S. 96.

<sup>8</sup> ADBR: 121 AL 1077 : Fonds du Commissariat général de la République. Situation, statut et indemnités dans l’enseignement primaire.

chen besser Französisch, was auch auf ihre größere geistige Flexibilität, ihre Aufgeschlossenheit für Sprachen und den erhaltenen Unterricht in den „Höheren Mädchenschulen“<sup>9</sup> zurückzuführen ist. Die Zahl der Französischsprachigen ist auch bei den Lothringern aus romanischen, den sogenannten „Patois-Gebieten“ höher, was unsere Tabelle beweist.<sup>10</sup>

Tabelle : 1910 : Sprachen im Elsass<sup>11</sup>

1910	Deutsch	Französisch	beide Sprachen
Untersass (Bas-Rhin) (700 938 Einwohner)	671 425 (95,8%)	26 394 (3,8%)	1077
Obersass (Haut-Rhin) (517 865 E.)	481 375 (93)	31 771 (6.1)	1271
Lothringen (Moselle) (655 211 E.)	481 46 (73.5)	146 097 (22.3)	1047
Reichsland (1 874 014 E.)	1 634 260 (87.2)	204 262 (10.9)	3395

Diese Umfrage über Sprachkenntnisse gibt Anlass zu Bedenken, die eine Delegation des neugegründeten Lehrerverbands im Juni 1919 gegenüber A. Aubin, den Leiter der Abteilung für Volksschulen, vorbringt. Hier wird durch Aubin auf die Bedeutung der Beherrschung der Sprache hingewiesen. Die nicht perfekte Beherrschung der französischen Sprache im Beruf ist nun kein Ausschlusskriterium mehr – wie es einige Monate vorher noch der Fall vor –, aber, so Aubin, die Beherrschung des Französischen wird sicher die Beförderungen und die weitere Laufbahn bestimmen. Die Delegation verlangt auch die Gleichwertigkeit der Diplome, der Gehälter und Laufbahnen zwischen ihnen und den Lehrern des „cadre général“, sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen.<sup>12</sup>

Das Generalkommissariat nimmt alle diese Forderungen unter die Lupe. Das Jahr 1920 ist das letzte Jahr der „deutschen“ Abschlussprüfung der künftigen Grundschullehrer, sowie der Dienstprüfung. 1920 ist auch das erste Jahr der französischen Zeugnisse (Certificat d'aptitude à l'enseignement) und 170 Männer und 170 Frauen erhalten dieses Zertifikat.<sup>13</sup>

In den folgenden drei Jahren konsolidiert das Kommissariat die Gleichstellung des Beamtenstatus und die Angleichung der Laufbahnen und Gehälter. Der Erlass vom 24. Januar 1920 passt die Gehälter der Elsässer und Lothringer an die der französischen Neulehrer durch auf das Kalenderjahr angerechnete Zuschläge an. In den Verwaltungsanweisungen werden für beide Laufbahnen die gleichen Regeln festgelegt. Das Gesetz vom 22. Juli 1923 schließlich überträgt die bisherigen Anpassungen in die Lehrerbesoldungsverordnung und ergänzt die schrittweise Integration des „cadre local“ unter Beibehaltung einiger früher günstiger Bestimmungen. Die Philosophie dieser Neufassung der Statuten besteht darin, dass den elsässischen und lothringischen

<sup>9</sup> Eric ETTWILLER: Die Höheren Mädchenschulen : Des écoles bilingues autour de 1900? In: Länd ùn Sproch. Les Cahiers du bilinguisme 2020, Nr. 213, S. 18-19.

<sup>10</sup> ADBR: dossiers d'enseignants hors fonction, décédés ou retraités: séries ADBR D 194, 237, 253, 411.

<sup>11</sup> Paul LEVY : Histoire linguistique d'Alsace et de Lorraine Tome 1 / Tome 2 De la Révolution à 1918. Les Belles Lettres, Paris réédité par les éditions Manucius (79800 Houilles) en 2004 (coll. Alsatiques). Tome 2, S. 423.

<sup>12</sup> ADBR: 121 AL1080 : Caisses de maladie et de secours mutuel. Syndicats, associations.

<sup>13</sup> ADBR: Bulletin de l'enseignement primaire, 1920 n° 1, S. 4.

Beamten die Errungenschaften ihres Status erhalten bleiben, selbst wenn sie aus den drei Départements versetzt werden. Diese Änderungen sind für die elsässischen und lothringischen Lehrer von Vorteil.<sup>14</sup>

### Die Weiterbildungsprogramme

1920 veröffentlicht der Recteur de l'académie – er steht an der Spitze der Schulverwaltung in Straßburg –, die Programme, an denen sich Lehrer beteiligen können, und erklärt den Geist der ergriffenen Maßnahmen. „Die elsässischen und lothringischen Grundschullehrer –[unzureichend vorbereitet], um in französischer Sprache einen echten Unterricht zu erteilen –, dürfen in keiner Weise unter ihrer momentanen Unkenntnis der französischen Sprache leiden, sondern müssen an vorübergehenden Bildungsmaßnahmen teilnehmen, die sich an das Wissen und den guten Willen aller anpassen.“<sup>15</sup> Eine Statistik aus dem Département Haut-Rhin zeigt, dass 361 Männer und 897 Frauen gut Französisch beherrschen, dass 382 und 265 Frauen die Sprache noch einigermaßen passabel sprechen, aber 22 Männer und 5 Frauen nicht in der Lage sind, sie zu unterrichten.<sup>16</sup> Wie ist es der Verwaltung trotz allem gelungen, Lehrern eine Zusatzausbildung zu vermitteln?

### Akademische Sprachkurse

Ab Dezember 1918 werden mit Unterstützung französischer Stiftungen lokale und akademische Kurse sowie Informationsveranstaltungen über das Elsass und Lothringen veranstaltet. Eine davon war die „Renaissance française“, 1916 auf Initiative des späteren Präsidenten Poincaré gegründet, „um durch Briefverkehr Beziehungen zwischen französischen und elsässischen Schülern herzustellen“.<sup>17</sup> Bereits im Sommer 1919 schlossen sich mehrere andere Universitäten der Universität von Straßburg an und boten während der Sommerferien Sprachkurse für Elsässer und Lothringer an. Der Conseil général du Bas-Rhin – also das oberste gewählte Kollegialorgan eines französischen Départements, heute Conseil départemental – beschloss, Lehrern und Lehrerinnen Ausbildungsvergütungen zu zahlen. Die 1919 gegründete Gesellschaft der „Freunde der Universität“ verteilt dadurch einen Gesamtbetrag von mehr als einer halben Million Francs für Stipendien, für Studien, Reisen und den Besuch dieser Sommerkurse.<sup>18</sup>

Die Teilnahme an Sommerkursen ist hoch: 1921 zählt die Inspection académique (Oberschulamt) du Haut-Rhin 717 eingeschriebene Lehrer an verschiedenen Orten.<sup>19</sup> Häufig nutzen die Lehrer beide Möglichkeiten und absolvieren zunächst die Sommerkurse der Universität Straßburg und dann die einer Universität des Innern. Die Schulräte verfolgen die Teilnahme an diesen Lehrgängen mit Interesse und erwähnen sie in den Berichten.

---

<sup>14</sup> ADBR: Instructions du 22 avril 1922, Bulletin de l'enseignement 3e année n° 1 et n°3.

<sup>15</sup> ADBR: BAD 3759/1 Bulletin de l'enseignement 1920 Nr.1 et 4 : Circulaires de Sébastien Charléty 15 janvier et 19 octobre 1920. « Les instituteurs alsaciens et lorrains – [insuffisamment préparés] à donner en français un véritable enseignement-, ne devront pâtir en aucune façon de leur ignorance momentanée de la langue française», mais y être préparés par « une organisation assez souple pour que le savoir et la bonne volonté de tous puissent utilement s'exercer».

<sup>16</sup> ADBR: BAD 3759/1 Bulletin de l'enseignement 1920 Nr. 1 und 4: Circulaires Sébastien Charléty 15 janvier et 19 octobre 1920.

<sup>17</sup> Jules KOCH: «Les Alsaciens à Paris et dans les Départements». Comité alsacien d'Etudes et d'Informations : L'Alsace depuis son retour à la France T 1 S. 594.

<sup>18</sup> Louis ARMAU DE POUYDRAGUIN: «Les Grandes Associations» [289-326], Comité alsacien d'Etudes et d'Informations , ouvr. cité S. 293.

<sup>19</sup> ADHR: Bulletin de l'instruction primaire. Département du Haut-Rhin 2e année, n° 6. Rapport annuel 1921 de l'Inspecteur d'Académie [S. 395].

## Staatliche Schulseminare („écoles normales“)

Bereits 1919 entsendet die Schulbehörde aus dem Kriegsdienst entlassene Junglehrer in ein Schulseminar in Inner-Frankreich. Die beste Möglichkeit, um ihre sprachliche Ausbildung zu ergänzen, besteht darin, ihnen einen sechsmonatigen Aufenthalt in einem französischsprachigen Umfeld anzubieten.<sup>20</sup> Die Maßnahme wurde ergriffen, da es eine unzureichende Zahl französischsprachiger Ausbilder in den Seminaren gab und die Notwendigkeit bestand, diese Einrichtungen so schnell wie möglich wieder aufzubauen. Im Herbst 1921 beenden die ersten Junglehrer eine abgeschlossene Ausbildung. Einige Jahre später schickt die Schulbehörde nur noch dialektsprechende Schüler als Praktikanten in eine Schule in Inner-Frankreich schicken, die französischsprachigen Schüler aus den romanischen Tälern und Gemeinden des Elsass und Lothringens jedoch an Schulen in der elsässischen Ebene oder in das besetzte Rheinland.<sup>21</sup> Diese Praktika dauern bis 1952.

### Einsatz im schulischen Bereich

1920 nehmen immer mehr elsässische und lothringische Lehrer erstmals an einem einjährigen Einsatz an Schulen oder Gymnasien in Inner-Frankreich teil. Einige von ihnen machen Karriere an den Gymnasien, in denen sie eingesetzt und verbeamtet werden. Die Schulaufsicht weist die elsässischen oder lothringischen Lehrer einer Schule zu und beauftragt den Schulleiter mit der Überwachung ihrer Arbeit. Nachdem man 1920 der Entsendung homogener Gruppen Priorität eingeräumt hatte, stellt sich heraus, dass die Elsässer und Mosellaner in diesen Gruppen unter sich bleiben, um „Deutsch oder Dialekt zu sprechen und Widerstand gegenüber dem Einfluss der Umgebung zu leisten“. Sie machen also weniger Fortschritte. Man hat sich dann also dazu entschieden, sie in ganz Frankreich zu verteilen, um so ihre sprachliche Immersion zu fördern.<sup>22</sup>

Ab dem Schuljahr 1921 haben die Lehrer die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: Sie können entweder an einer Schule oder in einer Klasse selbständig unterrichten oder, „wenn dies zu Schwierigkeiten führen sollte“, einer großen Schule zugeordnet werden. Dort begleitet der Schulleiter „sie in ihrer Arbeit, [...hilft] ihnen bei der Vorbereitung ihrer Klasse, [...beseitigt] die Disziplinschwierigkeiten und [erleichtert] die Beziehungen zu ihren Kollegen“. Für die Ausbildung in Französisch stellt sich der Rektor und Pädagoge Sébastien Charléty mit Recht einfache Lesungen über die behandelten Themen vor, gefolgt von schriftlichen Arbeiten, eher als Vorträge über Geschichte, Geographie oder Literatur.<sup>23</sup>

Andere Lehrer und Lehrerinnen nehmen von Oktober bis Februar vormittags an den Kursen eines Lehrerseminars teil und hospitierten nachmittags bei Kollegen. Sie können auch Aufsichtsfunktionen in einem Lehrerseminar oder an einer Technischen Schule übernehmen und Praktika an den örtlichen Schulen oder Gymnasien ablegen. Sie erhalten zu 50 % verbilligte Fahrkarten, eine Zulage von 5 Franken pro Tag, Unterkunft, Zugang zur Kantine, und bezahlen jährlich 200 Franc für alle Kosten. Charléty fordert die Lehrer auf, ihm nach Abschluss ihres Praktikums einen Bericht zu übermitteln.<sup>24</sup>

---

<sup>20</sup> ADHR : P 243. Conseil supérieur d'Alsace et de Moselle (1919–1924): Procès-verbaux. Années 1920–1921, Session de janvier 1920: 07.01.1920.

<sup>21</sup> ADBR 98 AL322 et 323. Rapports annuels des IA du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle.

<sup>22</sup> Circulaire 5.04.1921. Bulletin de l'enseignement (Bas-Rhin), 2e année n° 2, p.19 à 23. Le directeur, «si possible déchargé de classe, les suivrait de près, les aiderait dans leur préparation de classe, aplanirait les difficultés de discipline, faciliterait les relations avec leurs collègues».

<sup>23</sup> Circulaire 5.04.1921.

<sup>24</sup> ADBR: Bulletin de l'enseignement, 3e année n° 1, janvier-mars 1922. Circulaire du 4 mars 1922.

Die Teilnahme der Elsässer und Lothringer an den Lehrgängen wird als gut beurteilt. Statistiken zufolge nehmen 1921 in 37 Départements 440 Lehrer (281 Männer und 159 Frauen) daran teil. Von dieser Gesamtzahl werden 128 Männer und 69 Frauen wegen ihrer Schwäche in französischer Sprache an Lehrerseminaren eingesetzt.<sup>25</sup> Trotz der angebotenen Ausbildungsmaßnahmen beherrschen nicht alle Lehrkräfte die Unterrichtssprache ausreichend.

### Einige Berichte aus der Ausbildung

Die Lehrerin Claire Adam legt dem Recteur Charléty drei vollständige Berichte vor, die durch anschauliche Anekdoten ergänzt werden. Sie absolviert ein Praktikum in Tarbes (Hautes-Pyrénées), sie ergreift Initiativen, nimmt zusätzliche Arbeit an, bittet um die Teilnahme an den Kursen der „école normale“, kümmert sich um die Bibliothek und das kleine Labor für Naturwissenschaften. Adam profitiert von der Zusammenarbeit mit den Hochschullehrern. Nur die Lebhaftigkeit der Schülerinnen stört und verwirrt sie, wie der Bezirksinspektor freundlich feststellt.<sup>26</sup>

Joseph Baehrel<sup>27</sup> (geboren 1889), seit Schulanfang 1920 Lehrer in Roeschwoog (Bas-Rhin) und Nicolas Huver<sup>28</sup> (geboren 1879), Lehrer in Mittelbergheim (Bas-Rhin) hospitieren beide an einer Schule. Joseph Baehrel ist Aufseher im Internat an der Industrie- und Handelsschule in Boulogne-sur-Mer (Pas-de-Calais); sein Praktikum findet in der Cary-Schule statt. Nicolas Huver ist Aufseher an der École Primaire Supérieure (EPS) in Gisors (Eure) und hospitiert in den Primarklassen dieser Mittelschule. Beide fühlen sich in der französischen Sprache nicht sicher, Huver sicherlich weniger als Baehrel. Huver lehnt es ab, Unterricht in den Primarschulen zu halten. Aus den Berichten des Direktors geht hervor, dass er sich schwer ausdrücken kann. Beide beenden auch auf radikale Weise die Ausbildung, indem sie zum Ausdruck bringen, dass sie keine Klasse unterrichten wollen. Baehrel beantragt einen Krankheitsurlaub zu Beginn des dritten Quartals 1926. Huver verlässt die Mittelschule am 14. Juni 1922, nachdem er dem Schulleiter mitgeteilt hatte, dass ihm sein Gesundheitszustand jegliche Arbeit verbiete. Die Verwaltung des Bas-Rhin kann nichts anderes tun, als ihn ab dem 15. Juni 1922 in den Krankenstand zu setzen.

Sowohl Baehrel als Huver haben ihren Bericht, der in ihrem Dossier aufbewahrt ist, an den Recteur Charléty gesandt. Joseph Baehrel hält sich an das Pflichtenheft: In zwei Texten „à la Balzac“ beschreibt er ausführlich sein Praktikum, indem er von einem Gesamtplan von Boulogne und seinen Hafenaktivitäten zu einem immer engeren Plan übergeht (die Schulen, die Klassen). Er schildert das schulische Leben, die Gebäude, die Hygiene und die schulischen Zwänge, die die Architektur mit sich bringt. Es fällt ihm schwer, sich schriftlich zu äußern. Huver verfasst am Vorabend von Weihnachten 1921 einen Text, in dem er auf eindrucksvolle Weise auf seine Schwierigkeiten hinweist: „Heute kann ich ein Buch, eine Zeitung mit Verständnis lesen. Aber die Sprache zu sprechen, ist etwas anderes. Es gab Zeiten, in denen ich verzweifeln konnte. Es wird lange dauern, bis ich fließend Französisch spreche. Trotzdem habe ich viele Fortschritte gemacht.“<sup>29</sup> Sein Französisch ist deutsch gefärbt. Insgesamt sind die Schwierigkeiten in Französisch für die Lehrer nach wie vor von Bedeutung.

---

<sup>25</sup> ADBR: Bulletin de l'enseignement, 1921, 2e année, C. 7 novembre 1921.

<sup>26</sup> ADBR 226 D4 dossiers personnels d'enseignants retraités ou décédés.

<sup>27</sup> ADBR 844 D 24/82 Joseph Baehrel.

<sup>28</sup> ADBR 844 D 185/35 Nicolas Joseph Huver.

<sup>29</sup> *Aujourd'hui, je sais lire un livre, un journal avec compréhension. Mais parler la langue, c'est autre chose. Il y a des moments où je pouvais désespérer. Il s'écoulera un long espace de temps jusqu'à je parle le français couramment. Néanmoins, j'ai fait beaucoup de progrès.* ADBR: 253 D1 et 253 D11, Dossiers de personnels.

## Die Frage der Sprache

Die Forderung nach Zweisprachigkeit im Elsass und in der Moselle beruht auf gesellschaftlicher Nachfrage, bei der die Hauptfunktion des Französischen in der Region nicht in Frage gestellt wird und das Deutsche an die Stelle einer zweiten Amtssprache tritt. Der Abgeordnete von der Mosel, der erste Präsident des Europäischen Parlaments und der spätere „Vater Europas“ Robert Schumann liefert in diesem Zusammenhang folgende Auffassung von einer „sinnvollen Zweisprachigkeit“. „Was man fordert, wenn man von Zweisprachigkeit spricht, ist, dass Kinder, die den deutschen Dialekt sprechen, die französische Sprache, die sie beim Eintritt in die Schule noch nicht kennen [...], besser lernen und die deutsche Sprache weiterhin beherrschen, um sie zu schreiben und zu lesen können.“<sup>30</sup> Der Begriff bezieht sich also nicht auf irgendeine sprachliche Parität im Unterricht, die 1920 nicht existiert, sondern auf die Akzeptanz des Deutschen in den Verwaltungen, im öffentlichen Leben und im Schulleben. Diese Forderung, die auch von den elsässischen Sozialisten und Jacques Peirotes<sup>31</sup> erhoben wird, soll jegliche soziale Ausgrenzung verhindern. Die Stellung der Religion in der Schule ist ein Thema, das hier nicht behandelt wird, und das zwischen den elsässischen Lehrern mit den Lehrern aus Inner-Frankreich heftig umstritten ist.

Für den Unterricht in Französisch in der Grundschule führt Sébastien Charléty<sup>32</sup> die „*méthode directe*“ ein, welche schon ab 1915 in den besetzten Gebieten des Oberelsass eingeführt worden war. Seine ersten pädagogischen Anleitungen setzen ein mittelfristiges Ziel – Französisch als Priorität im Unterricht – und ein unmittelbares Ziel, die schrittweise Umstellung von Deutsch auf Französisch. Diese Ziele stellt er den Schulaufsichtsbeamten im September 1919 durch ein Rundschreiben erstmals vor.<sup>33</sup> Sie werden in dem folgenden Rundschreiben vom 15. Januar 1920 aufgegriffen und präzisiert<sup>34</sup>.

Der erste Ansatz, der für Schüler im Unterricht konzipiert wird, ist pragmatisch. Für die Schüler nach dem 6. Schuljahr fordert Charléty, „den Systemgeist beiseite zu legen und dem Schüler auf Deutsch nur die für das Berufsleben erforderlichen positiven Kenntnisse zu vermitteln“,<sup>35</sup> gefolgt von einer Zusammenfassung auf Französisch. Zum Lesen und Schreiben soll Französisch benützt werden. Auch für die Rechentechniken soll dies gelten: Die Schüler werden aber in diesem Bereich nicht durch Sprachwechsel zurückgeschreckt und behalten ihre Erstsprache

---

<sup>30</sup> *Ce qu'on demande, en parlant de bilinguisme, c'est d'abord [...] que les enfants parlant le patois allemand puissent mieux apprendre la langue française qu'ils ne connaissent pas encore à leur arrivée à l'école [...] et continuent à savoir la langue allemande de façon à l'écrire et à la lire*. Conseil consultatif d'Alsace et de Lorraine, P.V. ouvr. cité, séance du 20.04.1923, après-midi (S. 248). Intervention de Robert Schuman (1886–1963).

<sup>31</sup> Von 10. bis 29. November 1918 Vorsitzender des Straßburger Arbeiter- und Soldatenrats. Er bat die Behörden um den Einmarsch französischer Truppen zur Beseitigung der Räteherrschaft. 1919 und 1925 wurde er zum Bürgermeister von Straßburg gewählt, was er bis 1929 blieb; 1924 Abgeordneter in der Nationalversammlung.

<sup>32</sup> Sébastien Charléty (1867–1945) wird 1899 Dozent für Geschichte der Universität Lyon. Rektor von Tunis im Jahr 1908 („Direktor des öffentlichen Unterrichts und der Schönen Künste“ 1908), kommt im Juli 1919 nach Straßburg. Dort wird er von Jean Hourticq (1873–1958) unterstützt. Hourticq kennt die Probleme des Reichslands: Er übernimmt im März 1919 die Leitung der Inspection d'Académie (Oberschulamt) in Straßburg.

<sup>33</sup> HUCK: ouvre cité, 2015, S. 181.

<sup>34</sup> Sébastien CHARLETY: «L'enseignement de la langue française et de la langue allemande dans les écoles d'Alsace et de Lorraine». Instructions du Recteur 15.01.1920, dans Bulletin de l'enseignement (Bas-Rhin) 1ère année, n° 2, (37–47), S. 39.

<sup>35</sup> *Mettre de côté tout esprit de système et de donner à l'élève - en allemand - les connaissances positives qu'exige la vie professionnelle.*

beim Kopfrechnen. Für die Schüler im 4. und 5. Schuljahr wird das Sprechen, Lesen und Schreiben in französischer Sprache behandelt, aber ohne Dogmatismus: Der Recteur empfiehlt sogar, auf Deutsch oder Umformulierung zurückzugreifen, um gelegentliche Verständigungsschwierigkeiten zu vermeiden. Nach dem zweiten Ansatz, der sich an Schulanfänger richtet, wird der Unterricht direkt und vollständig auf Französisch erteilt. Aber Charléty macht sich keine Illusionen, er weiß, dass die direkte Methode nicht mehr mit der Unnachgiebigkeit der ersten Monate angewandt wird und dass die Lehrer nicht zögern, „eine gemäßigte Methode, die den Gebrauch deutscher oder aus dem Dialekt geliehener Wörter zulässt“<sup>36</sup> und das, was das Kind mit seinen eigenen Worten gesagt hat, auf Französisch umformuliert.<sup>37</sup>

Dieser doppelte Ansatz findet sich auch in den damaligen Lehrbüchern, von denen die einen noch den Übergang vom Deutschen ins Französische gestalten, wie dieses „Erste Lehrbuch für den Französischunterricht“ von Letz und Limacher, beide Schulleiter in Straßburg. Andere Bücher, wie dasjenige von Th. Motz, einem Primarinspektor, sind ganz auf Französisch geschrieben und bieten ein Sprachlernen durch Bilder, Imprägnierung und Wiederverwendung an. Letz und Limacher, die sich auf den Grundsatz der Interaktion zwischen der allgemeinen Mundart und der französischen Sprache stützen, rechtfertigten implizit in einem Text mit dem Titel „Erste Klasse auf Französisch“<sup>38</sup> im Jahre 1915 die Verwendung des Dialekts in den ersten Schritten dieses Unterrichts.

Charléty verfügt über recht gute Kenntnisse über Zweisprachigkeit bei den Schülern und im Sprachunterricht. Er kennt den Grundsatz der sprachlichen Immersion, der in der Tradition der Linguisten und der offiziellen Anweisungen als die „Methode der Natur und der Mutter, – welche die Mütter mit ihrem Kind benutzen“.<sup>39</sup> Der Ansatz orientiert sich an der zeitgenössischen Praxis in Deutschland unter dem Namen Anschauungsunterricht – intuitiver Unterricht mit Vignetten und Wandtafeln. Diese Methode ist die Carré-Methode, die nach dem Namen eines Generalinspektors namens Irénée Carré zwischen 1887 und 1889 in den bretonischen Schulen verbreitet wurde und von den Linguisten als «direkt» bezeichnet wird. Die wahre Vaterschaft verdankt Laurent Puren jedoch einem Elsässer, Charles Vivien, Direktor der „école normale“ in Straßburg, der sie den künftigen Lehrern beibrachte.<sup>40</sup> Sie soll, so Charléty, die wunderbare Plastizität des Gehirns bei Kindern für den Unterricht in Französisch ausnutzen. Aber er sieht klar, dass „der Unterricht in französischer Sprache für Schüler, die keine Ahnung von der Sprache hatten, eine Folter für die Lehrer, eine Qual für die Kinder war.“<sup>41</sup> Denn „es liegt auf der

---

<sup>36</sup> *Une méthode tempérée qui admet l'usage de mots allemands ou empruntés au dialecte.*

<sup>37</sup> P.V du Conseil consultatif : séance du 07.01.1921, S. 111: intervention de Joseph Brom, journaliste, conseiller municipal de Mulhouse et conseiller général. Conseil consultatif, ouvr. cité, séance du 07.01.1921 (matin), S. 92, 111.

<sup>38</sup> Nach Alphonse DAUDET: «La dernière classe», *Contes du lundi*.

<sup>39</sup> GALLICA: Bulletin administratif de l'Instruction publique, Tome 14; n° 165, S. 318. Victor DURUY: Instructions aux Recteurs sur les langues vivantes et sur les conférences dans les lycées, du 29 septembre 1863 & Arrêté du 4 décembre 1863, relatif à l'enseignement des langues vivantes dans les lycées; Paul LEVY: La langue allemande en France. Pénétration et diffusion des origines à nos jours. Bibliothèque de la Société des Études germaniques. Paris 1950, S. 1967 f.

<sup>40</sup> Laurent PUREN: Pédagogie, idéologie et politique linguistique: l'exemple de la méthode Carré appliquée à la francisation de la Bretagne à la fin du XIXe siècle». *GLOTTOPOL Revue de sociolinguistique en ligne* – N°1 – Janvier 2003. <http://www.univ-rouen.fr/dyalang/glottopol> (Texte signalé par Dominique Huck, que je remercie).

<sup>41</sup> *L'enseignement donné en langue française à des élèves qui n'en connaissent aucun élément a été une torture pour les maîtres, un supplice pour les enfants.*

Hand, dass die Ergebnisse der direkten Methode entweder wunderbar oder schlecht sind, je nachdem, ob der Lehrer mehr oder weniger qualifiziert ist“.<sup>42</sup>

Obwohl Charléty qualifizierte Lehrer für den Unterricht in Deutsch und Lehrer aus der *Vieille France* zur Verfügung hat, hat er nicht genügend Lehrer, um seine Wette zu bestehen. Aber diese Feststellungen lenken ihn nicht von dem ursprünglichen Grundsatz ab. Es kann nicht in Frage kommen, dem Deutschen den ersten Platz in der Sprachenfolge einzuräumen. Die Zeit und der historische Kontext sowie seine persönliche Überzeugung hindern ihn daran. Nach der damaligen Theorie oder Voreingenommenheit konkurrieren zwei Sprachen miteinander und stiften Verwirrung in den Köpfen der Schüler. „Man muss warten“ sagt an anderer Stelle Charléty, „bevor man das Deutsche einführt, dass das Kind Französisch fließend spricht, liest und schreibt.“<sup>43</sup> Dieses Vorurteil hatte ein langes Leben. Sowohl die Darstellung des Sprachunterrichts in den Köpfen als auch die politischen Entscheidungen für eine möglichst rasche sprachliche, kulturelle und politische Assimilation verhindern andere Optionen.

In diesem politischen Zusammenhang ist die Einführung eines Deutschunterrichts ab dem 4. Schuljahr und dann sehr schnell ab Oktober 1920 im 3. Schuljahr zu begrüßen. Charléty ist ein überzeugter Befürworter der Stellung des Deutschen im Elsass neben dem Französischen: „Welche Sprache wird in der Schule unterrichtet? Französisch zweifellos, als Nationalsprache und Deutsch, die natürliche Sprache.“<sup>44</sup> In einem seiner Rundschreiben werden die Lehrer aus Innerfrankreich aufgefordert, Deutsch zu lernen, denn „wenn es notwendig ist, dass sich die elsässische Lehrer und Lehrerinnen in Französisch weiterbilden, ist es wünschenswert, dass ihre Kollegen aus Innerfrankreich mit der dialektsprechenden Bevölkerung, in deren Mitte sie unterrichten sollen, Kontakt aufnehmen können“.<sup>45</sup> Sein Nachfolger Christian Pfister, Geschichts-Professor an der Universität Straßburg, wird weitere Fortschritte bei diesen Bestimmungen erzielen.

### Schlussfolgerungen

Was ist aus dieser Studie zu entnehmen? Erstens, im Gegensatz zu dem, was man allzu oft hört, kommen die elsässischen Lehrer nach der Rückkehr zu Frankreich ziemlich gut zurecht. Innerhalb von vier Jahren integriert sie der Generalkommissar der Republik, nach Absprache mit ihren Vertretern, in den Rahmen der Beamten. Er stellt sie auf die gleiche Verwaltungsebene: Harmonisierung der beruflichen Laufbahnen, der Gehälter und der Zulagen. Alexandre Millebrand und sein Nachfolger Gabriel Alapetite verdanken wir die Umsetzung dieses Dossiers zwischen 1919 und 1924 dank der lokalen Verständigung mit den Lehrerverbänden. In diesem Zeitraum findet im Elsass eine erste und kurze Phase der tatsächlichen Dezentralisierung statt.

Sébastien Charléty ist ein guter Pädagoge und Verwalter. Seine früheren Erfahrungen als Direktor des öffentlichen Bildungswesens in einem nicht französischsprachigen Land des französischen Protektorats Tunesien und das Programm, das er dort durchgeführt hat, sollen ihm im Elsass zugutekommen. Die Anspielungen über ihn und Alapetite, ehemaliger Generalresident

---

<sup>42</sup> P.V du Conseil consultatif: séance du 7.01.1921.

<sup>43</sup> S. CHARLETY: « L'enseignement de la langue française et de la langue allemande dans les écoles d'Alsace et de Lorraine » 19.10.1920, dans Bulletin de l'enseignement 1ère année, n° 4 (77-82), p. 79. ADBR 3759.

<sup>44</sup> ADHR: Conseil consultatif d'Alsace et de Lorraine, S. 101. «Quelle langue enseigner à l'école ? Le français, sans doute, langue nationale et l'allemand, langue naturelle».

<sup>45</sup> *S'il est nécessaire en effet que les instituteurs et institutrices du cadre local se perfectionnent dans la connaissance du français, il est désirable que leurs collègues venus de l'intérieur puissent prendre contact avec les populations de dialecte germanique au milieu desquelles ils sont appelés à enseigner.* Bulletin de l'enseignement primaire n°5, S. 102.

in Tunis, „das Land des französischen Protektorats“,<sup>46</sup> gelten beiden sarkastischen Bemerkungen über das Elsass. Charléty verfolgt aufmerksam die Umsetzung der Leitlinien der Jahre 1919–1920 und verpasst keine Gelegenheit – insbesondere die in den Jahresberichten veröffentlichten Prüfungsergebnisse und Studienzertifikate –, um den Fortschritt des Französischen im Elsass zu unterstreichen. Er liest die Berichte der Lehrer für Sprach- und Kulturkurse aufmerksam und verfolgt ihre Erfahrungen und Bilanz aufmerksam. Er analysiert die Schwierigkeiten, mit denen sie bei ihren Entscheidungen konfrontiert sind. Er sieht keine andere Wahl, als sich mit dem Gefühl einer unvollkommenen Lösung zu entscheiden. Er hatte zwar die Humanressourcen, um den Unterricht in beiden Sprachen zu beginnen, aber im Jahre 1920 sind solche Schritte undenkbar. Der Nationalismus erlaubt es nicht, die Sprache des Besiegten zu bewahren. Die Wissenschaft sieht nach wie vor ernsthafte Risiken für Lernende mit zwei Sprachen, die die Pädagogik nacheinander, aber nicht gleichzeitig behandelt. Doch indem er sich fragte, „wie man diese Zweisprachigkeit, die es noch nicht gibt, in das Land bringt“,<sup>47</sup> indem er dem Deutschen neben dem Französischen einen Platz sicherte, schuf Charléty die Grundlagen für eine ganz neue gesellschaftliche Zweisprachigkeit.

Das Elsass genießt eine gewisse Autonomie sowohl im Bildungswesen als auch in der Personalverwaltung und durch die Beibehaltung des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl von 1801. Die getroffenen Maßnahmen begünstigen die Entwicklung des Französischen sowie das Fortbestehen der deutschen Sprache zu drei Stunden ab der 3. Klasse, 1927 sogar ab der 2. Klasse.

Trotz allem ist die Zwischenkriegszeit die Zeit einer geträumten Zweisprachigkeit. Die Identität des Elsass sowie seine Zweisprachigkeit sind noch im Entstehen. Die Bildungsgänge der Primar- und Mittelschule bilden Jugendliche aus, die beide Sprachen in allen vier Kompetenzen beherrschen. Es wird jedoch zwei Generationen dauern, bis sich Französisch in der gesamten Bevölkerung verbreitet. Hundert Jahre später kommt man nicht umhin, diesen schwierigen Übergang und diese verpasste Gelegenheit der wahren Zweisprachigkeit zu bedauern.

Die Verbitterung mancher Lehrer kommt aus einer gewissen anfänglichen Herabstufung, bei der die Sprache eine der Ursachen ist. Sie erhalten nicht alle Stellen, die als Beförderung gelten; haben nicht das Geschick der französischsprachigen Lehrer, und die Schulaufsichtsbeamten behandeln sie herablassend. Die Eltern vergleichen sie mit den französischsprachigen Lehrern; manche Lehrer fühlen sich herabgewürdigt.

Die Lehrer von 1920 erleben eine berufliche „Umschulung“, die viele von ihnen zwingt, einige Monate oder sogar ein ganzes Schuljahr in Schulen des Innerfrankreichs zu bleiben. Die Vielfalt der Aufenthaltsmöglichkeiten erlaubt es jedem von ihnen, die für ihn am besten geeignete Formel zu finden. Der Schwerpunkt dieser Umschulung liegt auf Beruf, Schule, Lehrplänen und auf der Zusammenarbeit mit Kollegen sowie auf kultureller Entdeckung und Umwelt. Aber der Vergleich mit der Umschulung von 1940–1942 endet hier. In den Berichten und Bilanzen fand ich weder Propaganda noch ideologische Orientierung.

Zwanzig Jahre später, nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht und dem Waffenstillstand werden 1940 das Elsass und Lothringen annektiert, sogenannte Zivilverwaltungen eingerichtet. Die Chefs der Zivilverwaltung verordnen ein nationalsozialistisches Schulsystem im Elsass und in Lothringen und die Lehrer werden umgeschult. Es ist eine Umschulung, die aus den Lehrern treue Parteigänger und Ideologievermittler machen will, eine „rééducation forcée“,<sup>48</sup> die nicht mit der französischen Umschulung der Jahre 1919–1924 verglichen werden kann.

---

<sup>46</sup> *Ces pays de protectorat français.*

<sup>47</sup> *Comment instaurer dans ce pays ce bilinguisme qui n'existe pas ?*

<sup>48</sup> Daniel MORGEN: *Memoires retrouvées, des enseignants alsaciens en bade, des enseignants badois en Alsace. Umschulung 1940–1945.* Colmar 2014.

## AUTEURS

Eberhard Abele, Aichenbachstr. 35, D-73614 Schorndorf,  
[e-abele@arcor.de](mailto:e-abele@arcor.de)

Samuel Ewert, Am Wettbach 19, D-73569 Böbingen,  
[samuel.ewert@outlook.de](mailto:samuel.ewert@outlook.de)

Matthieu Frison, 16 rue de Copenhague, F-67000 Strasbourg,  
[frisonmatthieu@gmail.com](mailto:frisonmatthieu@gmail.com)

Prof. Dr. Gerhard Fritz, PH Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Str. 200,  
D-73525 Schwäbisch Gmünd,  
[Gerhard.Fritz@ph-gmuend.de](mailto:Gerhard.Fritz@ph-gmuend.de)

Hans Jörg Gerste, Poppenweiler Str. 9, D-71672 Marbach,  
[Hans-Joerg.Gerste@landeskunde-bw.de](mailto:Hans-Joerg.Gerste@landeskunde-bw.de)

Daniel Hildwein, Gedenkstätte Grafeneck, Dokumentationszentrum, Grafeneck 3,  
D-72532 Gomadingen,  
[Daniel.Hildwein@Gedenkstaette-Grafeneck.de](mailto:Daniel.Hildwein@Gedenkstaette-Grafeneck.de)

Dr. Michael Hoffmann, Peutingen-Gymnasium, Peutingen-Str. 16, D-73479 Ellwangen,  
[michael.hoffmann@rps-schule.de](mailto:michael.hoffmann@rps-schule.de)

Sophia Ketterer, Goethestr. 7, D-77839 Lichtenau,  
[sophia.ketterer@stud.ph-karlsruhe.de](mailto:sophia.ketterer@stud.ph-karlsruhe.de)

Carina Kümmel, Siedlungsstr. 11, D-73312 Geislingen,  
[carina.kuemmel@gmx.de](mailto:carina.kuemmel@gmx.de)

Prof. Dr. Frank Meier, PH Karlsruhe, Institut für Transdisziplinäre  
Sozialwissenschaft/Geschichte, Bismarckstr. 10, D-76133 Karlsruhe,  
[Frank.Meier@ph-karlsruhe.de](mailto:Frank.Meier@ph-karlsruhe.de)

Dr. Adalbert Metzinger, Kirchstr. 39b, D-77815 Bühl,  
[Adalbert.Metzinger@gmx.de](mailto:Adalbert.Metzinger@gmx.de)

Daniel Morgen, 18 rue Wimpfeling, F-68000 Colmar,  
[Daniel.Morgen@orange.fr](mailto:Daniel.Morgen@orange.fr)

Prof. Dr. Claude Muller, Université de Strasbourg, Faculté des sciences historiques, Institut  
d'histoire d'Alsace, Palais universitaire, 9 Place de l'Université, F-67084 Strasbourg-Cedex,  
[claudemuller@unistra.fr](mailto:claudemuller@unistra.fr)

Juliane Schuhmann, Am Ziegelacker 63, D-74199 Untergruppenbach,  
[Juliane-Schuhmann@web.de](mailto:Juliane-Schuhmann@web.de)

Benjamin Seiz, Bildungszentrum Weissacher Tal, Place de Marly 1,  
D-71554 Weissach im Tal,  
[Benjamin.Seiz@web.de](mailto:Benjamin.Seiz@web.de)

Raphaël Tourtet, 6 rue de l'Aubépine, F-67000 Strasbourg,  
[rtourtet@gmail.com](mailto:rtourtet@gmail.com)

Württembergischer Geschichts- und Altertumsverein  
Konrad-Adenauer-Straße 4  
70173 Stuttgart  
e-mail: [gav@la-bw.de](mailto:gav@la-bw.de)

Abteilung Geschichte  
Institut für Gesellschaftswissenschaften  
Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd  
Oberbettringer Straße 200  
73525 Schwäbisch Gmünd  
e-mail: [gerhard.fritz@ph-gmuend.de](mailto:gerhard.fritz@ph-gmuend.de)

Abteilung Geschichte  
Institut für transdisziplinäre Sozialwissenschaft  
Pädagogische Hochschule Karlsruhe  
Bismarkstr. 10  
76133 Karlsruhe  
e-mail: [frank.meier@ph-karlsruhe.de](mailto:frank.meier@ph-karlsruhe.de)

Institut d'histoire d'Alsace  
Université de Strasbourg  
Palais universitaire  
9, place de l'université  
F-67084 Strasbourg-Cedex  
e-mail: [Claude.Muller@unistra.fr](mailto:Claude.Muller@unistra.fr)